

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: G. Beckmann,
G. v. Below, A. Cartellieri, F. Dellitsch, W. Goetz, R. Holtzmann,
P. Joachimsen, H. Lietzmann, Ed. Meyer, F. Philippl, H. Reinke-Bloch,
R. Sternfeld, F. Vigener, A. Wahl, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.

herausgegeben von Dr. E. Ebering.

===== Heft 186 =====

Die Rolle des Fernen Ostens in den politischen Beziehungen der Mächte 1895—1905

Von

Dr. Herbert Zühlke

=====

BERLIN

1929

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz
1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort	Seite V
Erster Teil: Einführung	1
I. Das Abendland und der Ferne Osten	1
II. Die europäisch-amerikanische Politik im Fernen Osten bis 1895	6
Die Wege der abendländischen Expansion S. 6 — Die Oeffnung des Fernen Ostens und die Entstehung eines englisch-russisch- amerikanischen Staatensystems S. 13 — Korea und Hinterindien. Die politische Lage der Mächte in Ostasien 1894 S. 23.	
III. Das europäische Staatensystem und der englisch-russische Gegen- satz vor 1895	41
—	
Zweiter Teil: Die Vorbereitung der ostasiatischen Probleme	46
I. Japans Sieg über China und die Stellungnahme der Mächte	47
II. Probleme internationaler Politik 1895/96	57
III. Die Zweibundmächte im Fernen Osten	62
Frankreich im Süden S. 63 — Rußland im Norden S. 67.	
Dritter Teil: Die erste Chinakrise 1897/98	73
I. Die Besetzung Kiautschous durch Deutschland und die Ostasien- politik Rußlands	73
Vorgeschichte S. 74 — Deutsch-russische Spannung S. 81 — Der Entschluß zur Besetzung Port Arthurs S. 87 — Die Stellung- nahme Deutschlands und Englands zur russischen Politik S. 93.	
II. Salisburys Ententeangebot an Rußland	103
Das Angebot S. 103 — Das Scheitern der Verhandlungen an den chinesischen Fragen S. 107.	
III. Chamberlains Bündnissondierung bei Deutschland	114
Port Arthur und Weihaiwei S. 114 — Japan zwischen England und Rußland S. 119 — Die Sondierung S. 121 — Die Annexions- politik der Mächte in China: Ergänzungen und allgemeine Cha- rakteristik S. 126.	

	Seite
IV. Beruhigung im Fernen Osten	133
Die Erwerbung der Philippinen durch Amerika S. 133 — Das Problem eines deutsch-englischen Bündnisses S. 140 — Englisch-deutsche und englisch-russische Auseinandersetzungen über Interessensphären S. 143 — Das Problem eines deutsch-russischen Türkeiabkommens S. 153 — Der Burenkrieg S. 156 — Interessensphären und offene Tür S. 157.	
Vierter Teil: Die zweite Chinakrise 1900/01	162
I. Der Boxeraufstand: Deutsch-russische Entfremdung	162
Der Aufstand S. 162 — Militärisch-politische Stellungnahme Amerikas, Rußlands, Japans und Englands S. 167 — Deutschland und Rußland S. 172 — Der Oberbefehl; die Jangtsefrage S. 181 — Rußlands Politik nach der Eroberung Pekings S. 186.	
II. Das Jangtseabkommen: Deutsch-englische Annäherung	189
Die Waldersee-Expedition und die deutsch-englischen Beziehungen S. 189 — Die Verhandlungen über das Abkommen S. 198 — Die Bedeutung des Abkommens S. 201 — Deutsch-englische Beziehungen nach Abschluß des Abkommens S. 207 — Rußland und die Mandschurei S. 210.	
III. Der Mandschureivertrag: japanisch-russischer Kriegsfall und deutsch-englische Bündnisfrage	212
Chamberlains Bündnissondierung S. 212 — Die Warnung an China und die Frage, wie Frankreich in Schach zu halten sei S. 216 — Die Bündnisverhandlungen S. 224.	
IV. Das englisch-japanische Bündnis	233
Die Rolle Deutschlands und Rußlands in der englisch-japanischen Bündnispolitik S. 233 — Der Vertragstext S. 240.	
Fünfter Teil: Die Entscheidung im Fernen Osten	244
I. Deutsch-englische Entfremdung und englisch-französische Annäherung	244
II. Krieg oder Viererbund	251
Die russische Politik S. 252 — Die Politik Englands und die russisch-japanischen Verhandlungen S. 255.	
III. Der Krieg: Deutsch-russisches Bündnis oder Viererbund	262
—	
Nachwort	270
Anhang: Der Anteil der Nationen am Chinahandel	274
Verzeichnis der wichtigsten Literatur	275
Register	277

Vorwort.

Die große Bedeutung außereuropäischer Probleme in den Jahren um die letzte Jahrhundertwende, die für die Bündnispolitik der Vorkriegszeit so entscheidend gewesen sind, legt es nahe, daß man sich einmal den damals wichtigsten außereuropäischen Schauplatz vornimmt und die Rolle untersucht, die er im Gesamtzusammenhang der internationalen Politik gespielt hat. Eine solche Fragestellung schließt die Aufgabe ein, nach der Eigenart der politischen Probleme Ostasiens zu suchen; um mit dieser bekanntzumachen, wurde in der Einführung eine verhältnismäßig ausführliche Darstellung der Politik der Mächte in Ostasien vor 1895 gegeben.¹ Die Darstellung der internationalen Politik im Fernen Osten wurde bei dieser Arbeit aber immer als Mittel zu dem Zweck gedacht, die Gesamtgeschichte der Politik der Mächte durch sie verständlicher zu machen. Im besonderen soll sie auch dazu beitragen, daß die heute so viel erörterten deutsch-englischen Beziehungen jener Jahre zutreffender und genauer gekannt und beurteilt werden.

1. Eine zufriedenstellende Darstellung der Zeit vor 1895 vom außenpolitischen Gesichtspunkt fehlt bisher. Am brauchbarsten ist das für amerikanische Leser geschriebene Buch Dennetts. — Vollständig im Gegensatz zu der in allen anderen Teilen der vorliegenden Arbeit befolgten Methode mußte sich der Verfasser in diesem einführenden Abschnitt mit kritischer Benutzung anderer Darstellungen begnügen, was sich aber für den angegebenen Zweck als ausreichend erwies.

In der Zeit, mit der sich diese Untersuchung beschäftigt, hatte man in Deutschland für die Bedeutung, die Außereuropa für die Politik der europäischen Mächte besitzt, größeres Verständnis als heutzutage, wo wir durch den Versailler Vertrag in engste Verhältnisse eingezwängt sind. Da kann gerade die Zeit um 1900 daran mahnen, daß unser Schicksal mit uns scheinbar fernliegenden Problemen in Zusammenhängen steht und von ihnen weitgehend beeinflußt wird. Diese Zusammenhänge waren um 1900 um so enger, als Deutschland selbst sich damals weltpolitisch betätigte. Die starke Aktivität der deutschen Politik in den beiden Chinakrisen von 1897/98 und 1900/01 wurde daher mit besonderer Aufmerksamkeit betrachtet.

Das Material der deutschen und englischen Aktenveröffentlichungen wies ebenfalls darauf hin, diese beiden Krisen besonders herauszuheben.² Sein Vorhandensein gab die Berechtigung dazu, das bereits von Franke in einem Teil seines Buches über Ostasien behandelte Thema neu zu bearbeiten.


Das Studium der außenpolitischen Probleme Ostasiens führte wie von selbst dazu, daß die Politik der andern Mächte stark berücksichtigt wurde, da diese eine größere Rolle als Deutschland im Fernen Osten spielten. Die Kritik an der deutschen Politik, von der die meisten deutschen Darstellungen der Politik der Vorkriegszeit innerlich bestimmt sind, wurde zu einer Nebenaufgabe. Nicht in Betracht kam der Gedanke, über eine deutsche Schuld im Sinne des Versailler Vertrages noch zu diskutieren, da dies angesichts des absoluten Friedenswillens der damaligen Politik Deutschlands sinnlos gewesen wäre. Eine möglichst objektive Beurteilung der geschichtlichen Zusammenhänge auf Grund einer möglichst gleich-

2. Auf eine genauere Darstellung des Schlusses, der Kriegszeit 1904/05, wurde verzichtet, da der augenblickliche Stand des Quellenmaterials noch keine Möglichkeit gibt, über die bisherigen Forschungsergebnisse wesentlich hinauszukommen.

mäßigen Berücksichtigung der Politik aller Mächte ist die Hauptaufgabe. Zu ihrer Lösung gehört natürlich auch die Frage nach der Zweckmäßigkeit der politischen Handlungen und die Erwägung der nicht in die Wirklichkeit umgesetzten Möglichkeiten.

Ihren Sinn erhält die gestellte Aufgabe durch die Ueberzeugung, daß die Bemühung um das Verständnis für außenpolitisches Geschehen nichts Anderes ist, als eine nationale Aufgabe ersten Ranges.

Meinen aufrichtigen Dank möchte ich aussprechen Herrn Prof. Dr. Caspar, dem vorjährigen Rektor der Albertus-Universität, und dem Königsberger Universitätsbund, deren freundliches Entgegenkommen den Druck vorliegender Arbeit ermöglichte, besonders aber Herrn Prof. Dr. Rothfels, der mir unermüdlich mit Rat und Tat zur Seite stand.



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Erster Teil.

Einführung.

Das Abendland und der Ferne Osten.

Im Laufe der neueren weltgeschichtlichen Entwicklung treten alle historisch bedeutsamen Lebensäußerungen auf der Erde in ständig zahlreicher und enger werdende Verbindungen. Bereits heute hängt das Schicksal eines Volkes mehr oder weniger von dem aller anderen großen Völker ab, und die Auswirkungen seines Schicksals reichen bis in die entferntesten Länder. Wir dürfen annehmen, daß wir noch in den Anfängen dieser Entwicklung stehen. Es sind ja erst reichlich 4 Jahrhunderte vergangen, seit im Zeitalter der Entdeckungen die Leistung vollbracht wurde, die die unentbehrliche technische Voraussetzung dieser Entwicklung war: die Ueberwindung der Weite des Erdraums durch die Völker des Abendlandes. Es konnte und kann aber nur das Ergebnis einer langen Entwicklung sein, daß die einzelnen Völker, die einzelnen Kulturkreise nicht nur äußerlich, sondern auf allen Lebensgebieten aus ihrer Isolierung herauskommen und in enge wechselseitige Beziehungen untereinander eintreten.

Den Entdeckungen folgend, legte sich schnell ein Netz von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen über die Erde, aber alle Fäden gingen immer vom Abendlande aus, ja es handelte sich um nichts Anderes, als daß die abendländischen Völker ihre räumlichen Grenzen sprengten und die ganze Erde zum Schauplatz ihrer Geschichte machten. Selbst diese Entwicklung hat Jahrhunderte gebraucht; die außereuropäischen Interessen von Politik, Handel und Mission spielten zwar in wachsendem Maße in das europäische Geschehen hinein,¹ doch blieb zunächst Europa durchaus das Zentrum der Geschichte der abendländischen Völker.

Das weltgeschichtliche Bild wurde dann durch den Abfall der nord-amerikanischen Kolonien Englands gegen Ende des 18. Jahrhunderts etwas verändert. In Amerika wuchs gleichsam der erste Ableger der abendländischen Völker empor; dort entstand ein neues geschichtliches Zentrum, das — bei allen Bindungen an das Angelsachsentum — doch seine von Europa gesonderte, in vielem andersartige Entwicklung nahm. Seine weltgeschichtlichen Wirkungen blieben freilich bei der starken Isolierung, in der das neue Volk und der neue Staat aufwuchsen, über ein Jahrhundert lang von beschränkter Bedeutung. Erst um die Wende zu unserem Jahrhundert setzte sich Amerika neben Europa mit wachsender Stärke durch. Es folgte dabei einer ähnlichen Entwicklung wie Europa selbst: alle abendländischen Völker und Staaten zogen um 1900 in einem so noch nicht dagewesenen Maße Außer-Europa in ihre Interessen und damit in ihre Kämpfe hinein. Zugleich bahnte sich eine ganz grundlegende Wandlung an, die mehr noch als der Aufstieg Amerikas der Zeit ihre Bedeutung gibt; während bisher die Weltgeschichte fast allein von den abendländischen Völkern getragen worden war, arbeitete sich jetzt eine nichtabendländische Nation, die japanische, empor und begann ihrerseits weittragende geschichtliche Wirkungen auszusenden. Es kam noch hinzu, daß zugleich der Fremdenhaß in China, wie er sich im Boxeraufstand entlud, den Europäern die Möglichkeit und den Wert einer Aufteilung Chinas nach Art Afrikas fraglicher machte, daß auch die Chinesen anfangen, wenigstens in ihrem eigenen Lande die abendländischen Völker zurückzudrängen. Die Erhebung anderer Völker steckt noch in den Anfängen; die europäischen Nationen und die amerikanische Nation spielen die ersten Rollen. Trotzdem wird in der Zukunft die Zeit um 1900 als Höhepunkt und Ende eines alten, als Beginn und Aufstieg eines neuen weltgeschichtlichen Zeitalters betrachtet werden können.

Eben in jener so bedeutsamen Zeit um die Wende zu unserem Jahrhundert spielt unsere Spezialuntersuchung, und auch in eben dem Weltwinkel, von dem jene Entwicklung ausging. Nicht zufällig

1. Vgl. die ausgezeichneten Arbeiten von Adolf Rein: sein Buch: „Der Kampf Westeuropas um Nordamerika im 15. und 16. Jahrhundert“ Stuttgart und Gotha 1925, und seinen Aufsatz „Ueber die Bedeutung der überseeischen Ausdehnung für das europäische Staatensystem“ in der Historischen Zeitschrift, Band 137, 1927.

war dies gerade der ferne Osten. Viel unmittelbarer als der Name Ostasien kennzeichnet die Bezeichnung der „Ferne“ Osten die Ferne, die Fremdheit, die Abgelegenheit des östlichen Asien, vom europäischen Standpunkt aus gesehen. In der Zeit, in der es keine Eisenbahnen, keine Dampfschiffahrt, keinen Suez- und Panama-Kanal gab, wirkte sich diese Entfernung noch mehr aus als heutzutage; neben Australien und dem fernen Westen Nordamerikas war kein größerer Erdraum so schwer von Europa aus zu erreichen. Die Gruppierung um den pazifischen Ozean schließt alle drei, Australien, Nordwest-Amerika und Ostasien zusammen, läßt sie gleichsam die Rückseite der Erde — wenn wir einmal Europa als ihre Vorderseite bezeichnen dürfen — bilden; aber diese Tatsache beginnt sich erst heute geschichtlich stärker auszuwirken.²

Denn ganz verschieden sind ihre Verhältnisse und ihre Schicksale. Die Eigenart des fernen Ostens stellt sich da recht augenfällig heraus. Australien ist von den dreien das abgelegenste und das am spätesten (Cook, 1770) entdeckte Land. Im Verhältnis zu seiner Größe von geringer Bedeutung, mit schwacher, primitiver, politisch nicht organisierter einheimischer Bevölkerung, nach seiner Entdeckung von der stärksten Seemacht Europas in Besitz genommen, erregte es nicht die Begehrlichkeit anderer Nationen und wurde erst in der jüngsten Zeit zu einem Gegenstand verborgener politischer Spannungen und zu einem immerhin beachtenswerten Zentrum abendländischen Lebens außerhalb Europas. Der ferne Westen Nordamerikas wurde zum Teil schon früh, ganz und eindringend aber erst zur selben Zeit wie Australien entdeckt. Ebenfalls von beschränkter Bedeutung, ebenfalls ohne stärkeren Widerstand bietende einheimische Kräfte, nicht so abgelegen wie Australien, aber unter den damaligen Verhältnissen ziemlich schwer zu erreichen, wurde er doch sogleich mit politischen Spannungen geladen, weil hierhin amerikanische, englische, spanische und russische Ausdehnungsbestrebungen von bereits erworbenen Ansatzpunkten her vorstoßen konnten. Immerhin gelang bereits nach einem $\frac{3}{4}$ Jahrhundert eine einigermaßen endgültige Lösung zu überwiegendem Vorteil des auf demselben Kontinent wohnenden und dort stärksten Volkes. Wie anders jener dritte Erdraum, der

2. Haushofer.

an Entfernung von Europa sich mit jenen vergleichen läßt! Ein Teil derselben eurasischen Landmasse, schon vor den Entdeckungen Europa bekannt und zu Lande von dort zu erreichen, dann der natürliche Endpunkt der Verlängerung der Schifffahrtsstraße nach Indien, von einer Australien und den fernen Westen weit überragenden Bedeutung, blieb er doch an Intensität der Durchdringung und der Einbeziehung in die abendländische Geschichte hinter allen anderen großen Erdräumen zurück, auf die Dauer selbst hinter dem so spät erschlossenen Afrika. Geographische Eigenart und innerer Wert konnten zur Durchdringung nur antreiben, aber viel schwerer fiel auf der anderen Seite die Widerstandsfähigkeit und Sprödigkeit Ostasiens ins Gewicht. Hier wohnte nicht nur das zahlenmäßig stärkste Volk der Welt mit einer außerordentlich hochstehenden Kultur, hier gab es auch — man denke dabei vergleichend an Indien — Staaten, denen bei allen Schwächen zum mindesten eine starke Defensivkraft, und Völker, denen ein starkes Selbstbewußtsein eigen war, das sich nicht unterdrücken ließ. Hierdurch in erster Linie wird die Tatsache erklärt, daß das Abendland sich Ostasien am spätesten und am unvollkommensten öffnete, und daß hier zuerst die abendländische Expansionspolitik den Rückzug antreten mußte, nachdem sie um 1900 ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Damit hat natürlich das Abendland seine Rolle in Ostasien noch lange nicht ausgespielt, und seine Tätigkeit hat dort weiter den größten Einfluß. Erst recht um 1900, als das Abendland fast überall der angreifende Teil war, bestimmten die von Europa und Nordamerika her wirkenden Kräfte das Schicksal des fernen Ostens mehr als die mit ihnen in Wechselwirkung stehenden, dem fernen Osten selbst innewohnenden Kräfte. Der allgemeine Charakter der europäischen Expansion war von Anfang an durch zweierlei Interessen bestimmt: die des Handels und der Mission. Beide, Handel wie Mission, waren auf den Staat angewiesen, weil sie allein nicht gegen den Widerstand Ostasiens ankamen. Sie trieben ihre Heimatstaaten zum politischen Eingreifen an, weil sie im Grunde nur unter ihrem Schutz etwas erreichen konnten. Die christliche Religion, die der Missionar predigte, wirkte in Ostasien staats- und kulturumwäzgend, denn sie mußte gegen die Grundlage beider, den Ahnenkult, ankämpfen. Im Interesse der Missionare lag es, daß der Staat durch eine energische Politik ihnen ihre Bahn ebnete; die Missionsauf-

gaben hielten das Interesse der europäischen Völker am fernen Osten reger, als es das Handelsinteresse allein vermocht hätte. Auch der Handel brauchte die Politik und trieb sie vorwärts. Doch während der Kaufmann sich mit der wirtschaftlichen Erschließung begnügen konnte und die ostasiatischen Völker diese sich noch eher, wenn auch widerwillig genug, gefallen ließen, traf der Versuch der Bekehrung auf sehr großen Widerstand, erregte eine Erbitterung, die zu fortwährenden Gewalttaten gegen die kühn bis ins Innerste Chinas vordringenden Missionare führte, und brachte damit in die Beziehungen zwischen Ostasien und Europa eine fortwährende Unruhe, die von den Wirtschaftskreisen nicht immer gewünscht wurde.³

Eine Einschränkung des Antriebs, den die Handelsinteressen auf die Politik ausübten, ergab sich daraus, daß die Aufgabe der wirtschaftlichen Erschließung des fernen Ostens im 16., 17. und 18. Jahrhundert noch nicht so sehr drängte. Viele andere Länder, vor allem Ostindien und Mittelamerika, lagen näher und boten einer wirtschaftlichen Ausnutzung viel weniger Widerstand. Erst die Entwicklung des europäisch-amerikanischen Kapitalismus seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts und die fortwährende Abnahme der Zahl der politisch verfügbaren und noch nicht kapitalistisch durchdrungenen Gebiete machten die Aufgabe drängender. Der Rohstoffbedarf, mehr noch die Notwendigkeit des Warenabsatzes,⁴ in wachsendem Maße auch der Drang nach gewinnversprechender Kapitalsanlage trieben die Politik der Mächte in Ostasien vorwärts. Der Staat war zu Ende des 19. Jahrhunderts in hohem Grade Vollstrecker der Wünsche der kapitalistischen Wirtschaft, während die Interessen der Mission immer mehr zu einem taktischen Mittel der Politik geworden waren, das diese gerne aufgriff, wenn sie sie für ihre eigenen Zwecke brauchen konnte.

Doch über die Zwecke von Handel und Mission hinaus war die Erschließung des fernen Ostens — wie die anderer Gebiete auch — die Auswirkung eines elementaren Dranges nach Lebensbetätigung. Die ihnen innewohnende Energie trieb die Staaten und Nationen

3. Vgl. hierzu Curzon, 305 ff.; Radowitz 1. 55 ff.

4. Die Exportmengen Chinas nahmen im Verhältnis zu den Importmengen im Laufe der Jahre immer mehr ab, wie die Zollberichte beweisen.

dazu, aus der Enge und Not heimatlicher Verhältnisse hinaus in die weite Welt zu streben. Zugleich damit übertrug sich der Kampf der Staaten in Europa auch auf die erst zu erschließenden Länder Asiens und Afrikas und nahm damit ein viel größeres Ausmaß an. Die Welt wurde aufgeteilt und keine der großen Nationen wollte zu kurz kommen. Erst die Differenzierung der Politik der einzelnen Staaten in Ostasien gibt der Geschichte der Erschließung des fernen Ostens ihre Farben, sie war das stärkste schicksalbildende Element. Der Staat ist die eigengesetzliche Lebensform, in der die Interessen der Einzelnen, in der die Energien der Nationen — trotz aller zwischen ihnen und dem Staat vorhandenen inneren Spannungen — doch letzten Endes zur Einordnung und Auswirkung kommen. Ein Einblick in die Politik der einzelnen Staaten zersetzt das einheitliche, aber vage Gesamtbild des ostasiatischen Problems, so wie wir es bisher entworfen haben. Von einer Gemeinsamkeit der abendländischen Interessen im fernen Osten bleibt wenig übrig; eine ganze Reihe von Sonderproblemen taucht auf. Die Differenzierung der Politik der einzelnen Staaten ist ein historischer Prozeß in der Geschichte des fernen Ostens; daher soll als Einführung in die Geschichte der internationalen Politik in Ostasien um die letzte Jahrhundertwende untersucht werden, wie dort im fernen Osten allmählich die politischen Probleme Gestalt gewinnen, wie Konfliktsfelder sich abzeichnen und zwischenstaatliche Beziehungen sich herausbilden.

Die europäisch-amerikanische Politik im Fernen Osten bis 1895.

Die geographischen Verhältnisse des fernen Ostens waren die gegebene Grundlage, mit der die Politik der Mächte rechnen mußte. Ihre Erfolgsaussichten waren zu einem großen Teil bereits bestimmt durch die Art der Wege nach dem fernen Osten, die sie beschritten, und durch die räumlichen Verbindungen, in denen sie in Ostasien mit ihrer Heimat oder mit einem anderen bereits errungenen Machtzentrum standen. Auf die Dauer werden immer die Mächte den größten Einfluß ausüben können, die die Zugangswege am festesten in der Hand halten können; dazu ist das beste und dauerhafteste Mittel immer die Besiedlung, in zweiter Linie die militärische oder maritime Sicherung. Im großen gesehen, konnten drei „Straßen“

an den fernen Osten heranzuführen: die sibirische, pazifische und ost-indische. Die mittelasiatischen Wüsten und Hochgebirge, über die die alten Handelsstraßen führten, boten zuviel natürliche Schwierigkeiten, als daß man von ihnen aus politisch mit Erfolg in den fernen Osten hätte vorstoßen können. Daher haben auch die Schicksale der mittelasiatischen Außenländer des chinesischen Reiches auf die politische Geschichte des fernen Ostens trotz des chinesischen Reichszusammenhangs nicht stärker eingewirkt, als etwa die Schicksale selbständiger asiatischer Staaten, wie die Afghanistans, Persiens und der Türkei.

Die nördliche Umgehung Mittelasiens, die Eroberung Sibiriens, wurde seit dem Ende des 16. Jahrhunderts von russischen Eroberern mit großer Schnelligkeit vollzogen; die riesigen fast unbewohnten Weiten Sibiriens boten den Russen keinen Widerstand; bereits 1647 gründeten sie Ochotsk als erste Siedlung am Stillen Ozean. Natürlich bogen hier die Russen auch nach Süden ein; sie drangen über den Amur hinüber und gerieten dort in Kämpfe mit den Chinesen. Der russisch-chinesische Vertrag von Nertschinsk (1689) machte dieser allzu stürmischen Bewegung ein Ende und wies die Russen bis zum Stanowoi-Gebirge zurück.⁵ Eine große Anzahl russischer Gesandtschaften und ein reger Handel mit dem Hauptplatz Kiachta knüpften aber die Beziehungen Rußlands mit China enger als die der anderen Mächte. 1727 erhielt Rußland das Recht zu einer russischen Ansiedlung in Peking. 1733 kam sogar eine chinesische Gesandtschaft nach Petersburg, ein einzig dastehender Fall.⁶ Die näher liegende Aufgabe Rußlands war jedoch die Erkämpfung des Zugangs zu den europäischen Meeren. Die Entfernung der pazifischen Küste von Rußland war zu groß, als daß die russische Politik ihr Schwergewicht hierhin hätte verlegen können. Immerhin setzte ungefähr ein Jahrhundert später, gegen Ende des 18. Jahrhunderts, eine neue Expansion ein, die die chinesische Machtsphäre nicht berührte, sondern sich längs der Inseln vorwärts bewegte. Jesso, Sachalin und die Kurilen wurden von den Russen aufgesucht; 1804 mißlang Krusenstern der Versuch, Japan dem russischen Handel zu öffnen.⁷ Japan ergriff Gegenmaßregeln; schon

5. Franke, 14 f.; Morse, 1. 59 f.

6. Morse, 1. 60—62. 1. 473—476; Dennett, 255.

7. Dennett, 254 f.

seit 1780 erforschten Japaner die Kurilen und Sachalin.⁸ Ein japanischer Entdecker stellte 1808 zum ersten Male den Inselcharakter Sachalins fest und fuhr den Amur hinauf.⁹

Großartig als diese russische Expansionsbewegung war die andere, die über die Bering-Straße nach Amerika hinübergriff und längs der dortigen Küste südwärts strich.¹⁰ Eine Reihe russischer Siedlungen entstand, die südlichste (Roß) unmittelbar nördlich vom heutigen San Franzisko; ja selbst auch auf Hawaii legten Russen Siedlungen an. Ein russischer Diplomat wagte um 1820 das Wort: die große Weite des pazifischen Ozeans werde Rußland nicht daran hindern, ihn zu einem geschlossenen Meer zu machen. Es war das weiteste politische Vordringen in östlicher Richtung um die Erde herum. Im Grunde aber beruhte es nur auf wenigen spärlichen Handelssiedlungen; Fundament, Machtmittel und Interessen waren zu schwach, als daß Rußland hier in Amerika sich Gegnern gegenüber hätte halten können. Es wurde seit den 20iger Jahren des 19. Jahrhunderts zurückgedrängt von den beiden Mächten des östlichen Nordamerika, Canada-England und den Vereinigten Staaten, denen beiden der Weg nach dem Westen durch das Vordringen der Russen bis an die spanische Zone in Kalifornien heran versperrt zu werden drohte.

Rußland war daher gezwungen, wenn es im Osten vordringen wollte, südlich gegen Japan und China einzubiegen. Die russische Gefahr stand drohend an den Grenzen der Kernländer des fernen Ostens. Rußland hatte in Sibirien eine ungefährdete, feste und, wie sich erst spät herausstellte, in sich schon sehr wertvolle Landverbindung mit Ostasien, die nur wirtschaftlich allzu wenig entwickelt und räumlich allzu ausgedehnt war. Dank des festen und ungefährdeten Landzusammenhangs mit dem europäischen Rußland war Sibirien von vorneherein nicht als Kolonie im Sinne der Kolonien der anderen Mächte anzusehen. Rußland war die einzige Macht, die mit einem stetig zunehmenden Teil ihrer eigenen russischen Bevölkerung in Asien festgeankert war, in diesem Sinne der einzige gleichzeitig europäische und asiatische Staat, und es mußte daher

8. Ariga, 149.

9. Ariga, 150.

10. Callahan, 32—34.

für ein künftiges Ringen um die Macht im fernen Osten die besten Aussichten haben.

Die Zurückdrängung Rußlands aus Amerika war die Auswirkung der entgegengesetzten westlich um die Erde herum nach dem fernen Osten strebenden Expansionstendenz. Die pazifische „Straße“ ist das Gegenstück der sibirischen ebenso wie der — nachher zu erwähnenden — ostindischen Straße. Entsprechend der denkwürdigen Weltteilung von 1494 durch Papst Alexander VI. fiel der westliche Seeweg den Spaniern zu. Sie griffen über die Weite des Pazifik nach den Philippinen (1569 förmliche Besitzergreifung). Bezeichnend für deren Lage ist, daß die Portugiesen, die in östlicher Richtung nach Ostindien vordrangen und erklärlicherweise den Spaniern den Besitz der Inseln bestreiten wollten, sie Ostinseln, die Spanier die Westinseln nannten.¹¹ Der Handel der Inseln ging zum größeren Teile nicht nach Ostindien, sondern nach Mittelamerika (Acapulco).¹² Durch ein merkwürdiges Geschick wurden die Philippinen Jahrhunderte später den Spaniern durch eine ebenfalls vom Westen herübergreifende Macht, durch die Vereinigten Staaten, genommen und blieben damit in der eigentlich unnatürlichen Verbindung mit dem Westen.

Die Vereinigten Staaten¹³ hatten schon unmittelbar nach dem Ende des Unabhängigkeitskriegs den Handel mit Ostasien aufgenommen. Pelzhandel, Robbenfellhandel und Walfischfang beschäftigten eine große Anzahl amerikanischer Schiffe im Pazifik; Hawaii wurde durch die amerikanische Handelsschiffahrt wie durch die Tätigkeit amerikanischer Missionare bereits in den Kreis der amerikanischen Interessen gezogen. In Kanton trieben neben den Engländern einzig die Amerikaner nennenswerten Handel.¹⁴ Das englische Monopol der ostindischen Gesellschaft und die vielen Kriege Englands verschafften den amerikanischen Kaufleuten einen natürlichen Vorteil.¹⁵ Wieviel wirksamer mußte der Einfluß der

11. Haushofer, 329.

12. Morse, 1. 47.

13. Callahan. Dennett, Kap. I; Foster, *American Diplomacy in the Orient*.

14. Schon 1789 wurden in Whampoa unterhalb Kanton 61 englische, 15 amerikanische und nur 10 kontinentaleuropäische Schiffe gezählt. Morse, 1. 82.

15. Dennett, 56. Morse 1. 87.

Vereinigten Staaten im pazifischen Ozean und in Ostasien werden, wenn sie erst den Westen Nordamerikas in ihren Besitz gebracht hatten! Zu derselben Zeit, in der sie noch mitten in der Besiedlung und politischen Sicherung des Mississippitals steckten, ging auf Anregung Jefferson's bereits eine Expedition über das Felsengebirge an die pazifische Küste. Als um 1840 die Besiedlung des Mississippitals zum Abschluß kam, setzte die Eroberung des fernen Westens ein. Weil sie 1840 noch nicht vollzogen war, konnte Amerika in den 40igern noch nicht mit Nachdruck in Ostasien eingreifen; das bedeutete eine Verzögerung. Aber das Bewußtsein, daß es mit der Eroberung des fernen Westens auch eine pazifische Macht werden würde, hatte es schon damals. Der ferne Westen wurde nicht allein um dessentwillen erobert, was er als Land wirtschaftlich bieten konnte, sondern auch weil man einen Zugang zum pazifischen Ozean, mit allen sich daran knüpfenden Aussichten, bekommen wollte. So gesehen, hatten die Vereinigten Staaten den Weg nach Ostasien schon beschritten.

Abgesehen von der Möglichkeit, daß etwa Hawaii in den Besitz einer anderen Macht kam, oder daß im Pazifik eine große, ihm feindliche Seemacht das Uebergewicht gewann, konnte Amerika einfach als Anlieger des pazifischen Ozeans seine Interessen und Bestrebungen überall in Ostasien geltend machen, ohne auf dem Wege dorthin irgendwie von politischen Gefahren bedroht zu sein. Da es auch sonst als einzige Großmacht seines Kontinents und als ein Land, das im Notfall wirtschaftlich sich selbst genügte, sich in einer außergewöhnlich ungefährdeten Lage befand, konnte seine Politik in Ostasien mit seinen anderen Lebensinteressen kaum in Widerspruch geraten.

Die europäischen Völker hatten es, abgesehen von Rußland, viel schwerer, in Ostasien eine auf gesicherte Verbindung mit der Heimat begründete Politik zu treiben. Sie mußten die ostindische Straße beherrschen, die an den fernen Osten in südlicher Umgehung der asiatischen Wüsten- und Hochgebirgszone heranführt. Das war nur einer Seemacht möglich, die eine große Flotte und Stützpunkte in Afrika und Ostindien besaß. Bekanntlich lösten sich Portugal, Holland und England im Besitz dieser wertvollsten und am frühesten befahrenen Schiffsfahrtsstraße nach Ostasien ab. Südafrika und Ceylon waren als die wichtigsten Etappenstationen, Malakka als

Schlüssel zum fernen Osten nacheinander im Besitz dieser Mächte.¹⁶ Weder Portugal noch den Niederlanden gelang eine auch nur wirtschaftlich befriedigende Erschließung Chinas und Japans. Die Portugiesen errichteten Niederlassungen in Ningpo in der Nähe der Mündung des Jangtse und in Macao in der Nähe der Mündung des Sikiang, konnten aber nur Macao zu einem politisch gesicherten Stützpunkt machen.¹⁷ Dies blieb bis 1842 der einzige Stützpunkt des europäischen Handels in China. Ähnlich stark und unzugänglich wie China erwies sich auch Japan, das nach einer Periode starker Expansion im 16. Jahrhundert sich zu Anfang des 17. Jahrhunderts von der Außenwelt abschloß und die bis dahin sehr erfolgreiche christliche Mission aus dem Lande wies. Ebenso wenig wie Portugal erreichten die Niederlande. Sie besetzten Formosa, mußten es aber bald wieder räumen.¹⁸ Eine kleine Handelsniederlassung auf der japanischen kleinen Insel Deshima konnten sie zwar bis ins 19. Jahrhundert halten, aber sie besaß viel weniger Wert für den Handel als Macao, und die niederländischen Kaufleute mußten darauf wie Gefangene wohnen. Wichtig für die späteren politischen Schicksale des südlichen Ostasiens war, daß die niederländische Herrschaft auf den Sunda-Inseln festen Fuß faßte und sich bis in die Gegenwart erhalten hat, diese also dem späteren politischen Kampf ganz entzogen blieben.

Nicht so schnell wie die portugiesische und die niederländische drang die englische Seeherrschaft vor. Bezeichnenderweise kamen die ersten britischen Schiffe nach China (Macao) erst nachdem sie die Erlaubnis des portugiesischen Statthalters von Goa (Ostindien) eingeholt hatten (1637). Die Portugiesen wollten das Monopol des Handels auf dem Kantonfluß behalten und steckten sich hinter die Chinesen, aber 1685 wurde den Engländern doch von den Chinesen das Recht zur Unterhaltung einer Faktorei in Kanton eingeräumt; erst 1715 machte die ostindische Gesellschaft davon Gebrauch, doch durfte die Faktorei nur während einer kurzen Zeit des Jahres benutzt werden.¹⁹ Zunächst mußte England in dem großen weltpolitischen Kampf des 18. Jahrhunderts sich erst in Indien gegen

16. Morse, I. 41.

17. Morse, I. 41—46.

18. Morse, I. 47—49.

19. Morse, I. 51 ff., I. 71.

Frankreich durchsetzen; dabei blieb China fast²⁰ ganz aus dem Spiel. Doch n a c h dem Siege über Frankreich stand im Indischen Ozean England als eine europäische Großmacht an der Spitze, die sich nicht mit dem Erwerb von Küstenplätzen begnügt hatte, sondern sich durch die Unterwerfung Indiens ein gewaltiges Machtzentrum schuf. Damit hatte England zugleich eine wertvolle und breite Basis gegen den fernen Osten hin; allerdings mußten noch die Verbindungen geschaffen werden. Der Sicherung des Landwegs dienten die Erwerbung Assams und der birmesischen Küste (1826), der noch wichtigeren Sicherung des S e e wegs der Erwerb Singapores (1824), nachdem schon 1786 Penang an der Malakkastraße besetzt worden war.²¹ An der Mündung des Kanton-Flusses hatte der englische Handel die Führung; sein Einfluß nahm noch zu, als mit der Auflösung der ostindischen Gesellschaft (1834) deren Handelsmonopol verschwand.²² Die Kaufleute befanden sich gegenüber den Chinesen in gedrückter Lage und genossen nicht mehr den Schutz der Gesellschaft; der Staat selbst hatte jetzt den Schutz seiner Bürger in China zu übernehmen. Die Aufschließung Chinas war die natürliche nächste Etappe der englischen Weltpolitik.

Zur Lösung dieser Aufgabe war England durch seine unbestrittene Seeherrschaft in der ganzen Welt weit mehr als irgend eine andere Macht befähigt. Während des ganzen 19. Jahrhunderts gab die Beherrschung der Meere durch seine Flotte und seine Flottenstützpunkte England in der Weltpolitik eine gewaltige Ueberlegenheit. Der Besitz Indiens machte England zu der größten asiatischen Macht. Dadurch wurde seine Politik allerdings von gewaltigen Aufgaben belastet, die es schwerlich hätte tragen können, wenn es eine europäische K o n t i n e n t a l macht gewesen wäre. Das Auftreten von Konkurrenten zur See an den asiatischen Küsten mußte England höchst unerwünscht sein, weil es, von dem unmittelbaren Schaden abgesehen, die maritime Grundlage der englischen Weltherrschaft gefährden konnte; das Auftreten eines Gegners zu Lande

20. 1802 und 1808 besetzten die Engländer Macao, angeblich um es nicht in französische Hände fallen zu lassen; sie räumten es aber wieder gegenüber dem Widerstand der Chinesen, Morse, 1. 44.

21. Vgl. Arn. Wright and Thom. A. Reid, *The Malay Peninsula*, London u. Leipzig 1912.

22. Morse, 1. 169.

in Asien mußte noch gefährlicher sein, weil England gegen einen solchen Gegner keine handgreiflichen Waffen besaß.

Als England 1840 die Tore Chinas aufstieß, stand Rußland an den nördlichen Grenzen der Außenländer des chinesischen Reichs, und Amerika, die werdende Großmacht auf der anderen Seite des pazifischen Ozeans, begann an Ostasien ebenfalls Interesse zu nehmen. Rußland hatte sich einen geschützten Weg zum fernen Osten gebahnt, Amerika war noch dabei; die Stärke der Politik beider lag in der Natürlichkeit des Wachstums. Trotz der Ueberlegenheit Englands entstand im fernen Osten eine Art internationaler Politik in den Formen des abendländischen Staatensystems, sie erreichte um 1860 ihren ersten Höhepunkt, schwelte dann ab, aber wurde besonders durch die wachsende Aktivität Japans wieder emporgetragen. Dabei tauchten eine große Anzahl politischer Probleme in ersten Anfängen auf, die später um die Wende des Jahrhunderts mit ganz anderem Gewicht die Politik beeinflussten.

England tat mit dem ersten Chinakrieg den entscheidenden Schritt zur Erschließung Ostasiens und erzwang die Oeffnung von 5 chinesischen Häfen. Der Opiumhandel hatte den unmittelbaren Anlaß zum Kriege gegeben; seine tiefere Ursache lag aber darin, daß die schroffe und stolze Selbstabsperrung Chinas bei der damaligen Weltentwicklung auf jeden Fall eine gewaltsame Lösung herausfordern mußte. England hatte sie selbständig und ohne Hilfe einer anderen Macht durchgesetzt und war entschlossen sie politisch für sich auszunutzen. Es ließ sich Hongkong abtreten und legte China die Verpflichtung auf, das Tschusan-Archipel nie an eine andere Macht abzutreten (A n m. Dieses hatte es einige Jahre über den Friedensschluß hinaus bis in den Juli 1846 als Garantie für die Zahlung der Kriegskosten besetzt gehalten).²³ England hatte die Bedeutung dieser beiden Punkte in ihrer Lage an den Strommündungen des Sikiang und Jangtse erkannt, und in den Formen der Annexion und „Hypothek“ sich Einfluß gesichert — in den zwei typischen Formen, zu denen die Machtpolitik in Ostasien dann immer wieder griff. Der Gedanke konnte nicht fernliegen, daß England aus China allmählich ein zweites Indien zu machen beabsich-

23. Morse, I. 301 f.; I. 315; I. 484.

tige. In dem Interesse jeder anderen dort interessierten Macht mußte es liegen, dies zu verhindern. In der Politik der Vereinigten Staaten und ihrer Vertreter im fernen Osten hatte England einen Gegenspieler, dessen politische Sorgen, Ziele und Methoden damals schon sich ausbildeten und zum Teil dieselben waren, wie die der später gegen die englische Uebermacht sich durchsetzenden, handelspolitisch interessierten Mächte, auch Deutschlands.²⁴

Bereits in den 40iger Jahren befürchteten amerikanische Beauftragte in China — der eine angeregt durch Nachrichten von englischen Bemühungen, mit China durch Assam Beziehungen zu eröffnen —, daß England von China Besitz ergreifen wolle.²⁵ Bestärkt wurden solche Gedanken durch den Anfang der 50iger Jahre wütenden Taiping-Aufstand. Beeinflußt durch Sympathien mit den angeblich christlichen Aufständischen machte England Miene, sie anzuerkennen. Der amerikanische Vertreter Marshall fürchtete im Mai 1853, als der Aufstand auf dem Höhepunkt stand, England werde sich ausschließliche Rechte im Jangtse-Tal sichern;²⁶ der Weg vom Irawadi zum Jangtse sei kurz. Ja als 6 Wochen später das Gerücht ging, die chinesische Regierung in Peking habe um Hilfe gebeten, und der Zar habe schon die nötige Hilfe versprochen, fürchtete Marshall eine Teilung Chinas zwischen Rußland und England. Wenn die Gerüchte auch falsch waren und England bald seine Politik im Sinne der Erhaltung Chinas ausdrücklich gegenüber Amerika festlegte, so hatten die Vermutungen Marshalls doch einen richtigen Kern.

Der Gedanke, eine englische Machtlinie von Indien über Birma nach dem Jangtse zu schaffen, beschäftigte die englische Politik in zunehmendem Maße. Die Unterwerfung Unter-Birmas wurde vervollständigt;²⁷ Expeditionen wurden von Birma nach dem Jangtse-

24. Radowitz 1. 52 teilt die interessante Beobachtung mit, daß die Engländer in den sechziger Jahren das Anwachsen der deutschen Handelstätigkeit mißgünstig ansahen, während die anderen Nationen — so die Franzosen — es begrüßten, weil sie alle die Ueberlegenheit des britischen Handels als drückend empfanden.

25. Dennett, 95.

26. Dennett, 214 f. Auch in den englisch-chinesischen Verhandlungen über Tschusan arbeiteten Amerikaner den Engländern entgegen. Dennett, 294 f.

27. 1852.

Tal geschickt.²⁸ Freilich erwiesen sich die natürlichen Hindernisse als so stark, daß England den natürlichen Vorteil, mit China eine gemeinsame Landgrenze zu haben, nicht recht ausnützen konnte; noch heute führt keine Bahn von Birma nach Jünnan. Auch abgesehen von der Möglichkeit der Landverbindung war die englische Politik am Jangtse-Tal besonders interessiert, schon wegen seines Wertes, der den aller anderen Teile des chinesischen Reichs weit überragte, und wegen des großen Uebergewichts des dortigen englischen Handels. So ließ es sich wohl vermuten, daß England das Jangtse-Tal in Form eines Protektorates oder einer Einflußsphäre wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen anderer Mächte entziehen wollte. Im Taiping-Aufstand, wie später 1900 im Boxeraufstand, lag es der englischen Politik nahe, mit der chinesischen Partei gute Beziehungen zu unterhalten, die im Jangtse-Tal das Heft in der Hand hatte, und sich ausschließliche Rechte dort von ihr geben zu lassen. In der Situation des Taiping-Aufstandes konnte Marshall bereits die Besorgnis vor einer englisch-russischen Teilung Chinas kommen, durch die die anderen Mächte aus China herausgedrängt worden wären, dieselbe Besorgnis, die während des Boxeraufstandes das wie Amerika an China besonders handelspolitisch interessierte Deutschland bedrückte und von großer Bedeutung für Deutschlands allgemeine Politik wurde. Es war eben die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß England und Rußland die verworrenen Zustände in China zur Sicherung von Sondervorteilen, England im Jangtse-Tal, Rußland im Norden, ausnützten. Im Grunde schätzten auch zur Zeit des Boxeraufstandes trotz dessen fremdenfeindlichen Charakters viele Politiker die Macht Chinas wenig höher ein, als es zur Zeit des Taiping-Aufstandes geschah, in der Marshall schrieb, China stehe wie ein Lamm vor dem Scherer und sei so leicht zu erobern wie die Provinzen Indiens. Derartige, ausgesprochen aggressive Tendenzen englischer Politik waren Möglichkeiten, die auch im Wesen der englischen Interessen begründet waren, und die jede Zeit besonderer Schwächezustände Chinas an die Oberfläche zu treiben vermochte. 1853 konnte England das allgemeine Uebergewicht seines Einflusses in ganz China genügen, die erwähnten Tendenzen waren damals lange nicht so ausgeprägt wie 1900. Daß

28. 1868, 1874. Morse, 2. 286.

ein heilsichtiger, mißtrauischer Kopf sie sah, ist beachtenswert genug.

Die amerikanische Politik hatte sich im fernen Osten teils gegen, teils neben England durchzusetzen. In den 40igern war die ostasiatische Frage für Amerika nur eine Nebenfrage, neben den großen zwischen England und Amerika schwebenden Fragen der kanadischen Grenze (fifty-fifth or fight!) und des mittelamerikanischen Kanalprojekts (Clayton-Bulwer-Vertrag), deren friedliche Lösung 1846 und 1850 gelang. Der ferne Osten war ein Nebenschauplatz der englisch-amerikanischen Rivalität, aber er wurde durchaus nicht vergessen. Bereits 1842 erklärte der amerikanische Präsident, Amerika werde die Besetzung oder Nutzbarmachung Hawaiis durch eine fremde Macht nicht dulden; die Hawaii-Inseln wurden sozusagen in die Monroedoktrin mit einbezogen. Als ein englischer Kriegsschiff-Kommandant 1843 die Inseln besetzte, desavouierte ihn die englische Regierung auf die Proteste Amerikas hin; ähnlich ging es bei einem Versuch der Franzosen 1849.²⁹

In China war es die Aufgabe Amerikas, sich dieselben Rechte wie England zu verschaffen. Es sicherte sich durch die Meistbegünstigungsklausel die „offene Tür“ (soweit wie sie England sich geöffnet hatte), die das Mindestziel aller Handelsmächte in China sein mußte.³⁰ Die Methode der amerikanischen Politik war damals wie auch in der Folgezeit sehr einträglich. Sie überließ es England, China durch Gewaltmittel nachgiebig zu machen und einzuschüchtern, sicherte sich dann die gleichen Rechte und strich ihre Absichten und ihre Friedlichkeit gegenüber den Absichten und der Kanonenboot-Politik Englands heraus. Im amerikanischen Handelsinteresse lag es allerdings, die asiatischen Staaten gegenüber eigennützigen Bestrebungen europäischer Mächte zu unterstützen. Bei deren Schwäche war aber mit einer solchen „Freundschafts“-Politik nicht immer viel zu machen.

So setzte denn auch Anfang der 50iger die amerikanische Politik mit energischen Mitteln ein. Wie in den 40iger Jahren amerikanische, so machten sich in den 50iger Jahren europäische politische Probleme in der Politik im fernen Osten geltend. Es kam

29. Dennett, 177, 609 ff.

30. Dennett, Cap. VI.

nämlich der amerikanischen Politik sehr zugute, daß über die Frage des nahen Ostens England und Rußland in Konflikt gerieten und England während des Krimkriegs Streitigkeiten mit Amerika natürlich vermeiden mußte.³¹ So erreichte Amerika 1853 die Internationalisierung des wichtigsten, bisher von England für sich allein in Anspruch genommenen Geländes in Schanghai.³² Der amerikanische Handel in Schanghai kam dem britischen damals fast gleich.³³ Zur selben Zeit verhandelte Amerika mit Hawaii über einen Annexionsvertrag, der aber wegen einiger für Amerika zu ungünstiger Bedingungen nicht ratifiziert wurde. Im nächsten Jahre erschien Perry im Auftrag der amerikanischen Regierung mit einer Kriegsflotte in der Bucht von Jeddo und erzwang die Oeffnung japanischer Häfen mit Exterritorialitätsrecht usw. In jener Zeit gab das Aufkommen der ozeanischen Dampfschiffahrt der Politik neuen Antrieb; denn die Dampfschiffahrt verringerte einerseits die lästigen Entfernungen und brachte andererseits die Notwendigkeit mit sich, Kohlenstationen in nicht zu weiten Abständen zu besitzen. Dadurch gewannen die vor China liegenden ostasiatischen Inselgruppen an Interesse für die amerikanische Politik. Perry annektierte trotz englischer Proteste die Bonininseln; später erwiesen sie sich als wertlos und wurden wieder aufgegeben. Perry besetzte eine zeitlang auch die Liukiu-Inseln und befürwortete ihre Annexion.³⁴ Er und der amerikanische Beauftragte in China drängten auch auf Besitzergreifung Formosas, das seiner Kohlenlager wegen von englischen und amerikanischen Expeditionen besucht wurde.³⁵ 1857 wurden allerdings diese Pläne von der amerikanischen Regierung zurückgewiesen.

Trotzdem hatte sich Amerika in Ostasien während des Krimkriegs eine recht beachtliche Stellung gesichert. Seine Interessen gingen dabei, wie natürlich, besonders auf die ihm zugewandten westlichen Inseln. Es band sich weder an Rußland noch an England, aber weil England im fernen Osten so viel stärker war, pflegte

31. Morse, I. 413.

32. Dennett, Cap. X, Morse I. 348.

33. Tonnengehalt der in Schanghai 1855 eingelaufenen Schiffe. Britische 75 133 to, amerik. 56 792 to, die übrigen 22 957 to. Morse I. 357.

34. Callahan, auf Grund amerikanischer Akten.

35. Callahan, 67.

es bewußt freundschaftliche Beziehungen mit Rußland. Clarendon sprach 1851 einem amerikanischen Gesandten den Wunsch aus, von triple alliance (England, das mit ihm verbündete Frankreich und die Vereinigten Staaten) im Unterhaus sprechen zu dürfen.³⁶ Der russische Admiral Putiatin hatte 1853 Perry vorgeschlagen, gemeinsam Japan zu öffnen.³⁷ Doch ähnlich wie später Deutschland, zog jetzt Amerika in Ostasien aus der englisch-russischen Rivalität große Vorteile, ohne sich auf irgend einer Seite festzulegen. Mit dem Ende des Krimkriegs 1856 hätte allerdings das englische Uebergewicht im fernen Osten sich wieder mehr auswirken müssen, aber inzwischen hatte Rußland schon begonnen, dort vorzudringen, und so konnten sich zwischen den drei Mächten auf Grund ihrer ostasiatischen Interessen Beziehungen herausbilden, wie sie die Eigenart eines Staatensystems bilden.

Das neue Vordringen Rußlands³⁸ war das persönliche Verdienst des Gouverneurs von Ostsibirien Murawiew. Er ließ 1849 von Nevelskoi Sachalin erforschen und einen russischen Hafen dort einrichten. Im Januar 1855, noch nicht ein Jahr nach Perrys Aktion, schloß Graf Putiatin einen Vertrag mit Japan. Darin wurde die russisch-japanische Grenze mitten zwischen die Kurilen gezogen. Sachalin dagegen wurde in seinem status quo belassen.³⁹ Da Japaner und Russen dort Ansiedlungen hatten, war das natürlich keine Lösung. Das russische Interesse an Sachalin steigerte sich noch durch die Entdeckung von Kohlenlagern. 1859 erschien Murawiew mit einer Flotte in der Bucht von Jeddo und verlangte die Abtretung von ganz Sachalin.⁴⁰ Japan weigerte sich und die Verhandlungen zogen sich, verzögert durch die innerjapanischen Unruhen, bis zum Jahre 1875 hin.

Ebenso drang Rußland auf dem Festlande vor. Murawiew legte Handelsstationen am Amur an. Von den Chinesen war selbst am o b e r e n Amur ernster militärischer Widerstand nicht zu befürchten. Mitten in dieser Vorwärtsbewegung sollte Rußland die

36. Dennett, 250.

37. Dennett, 275.

38. Franke, 15 f. Dennett, 179.

39. Ariga, 150.

40. Ariga, 150 f.

Veränderung der politischen Lage nach dem Krimkrieg sehr zugute kommen.

England nahm jetzt, gestützt auf das mit ihm verbündete Frankreich, einen Zwischenfall mit China (Lorcha Affair) zum Anlaß, um eine wirksamere Aufschließung Chinas zu erzwingen. Denn die bisher geöffneten 5 Häfen konnten dem Handel nicht genügen, und vor allem war es überaus erschwerend, daß keine Möglichkeit direkten diplomatischen Verkehrs mit der Pekinger Regierung bestand. England hatte nicht die Absicht, sich territoriale Sondervorteile zu verschaffen; die Situation hatte sich gegenüber der von 1842 stark geändert. Das belegen am eindruckvollsten die Worte Disraelis (Februar 1857): „Vor 50 Jahren bot Lord Hastings an, China mit 20 000 Mann zu erobern. Einem so großen Mann wie Hastings hätte es gelingen können; aber seit der Zeit als Clive und Hastings unser indisches Reich gründeten, hat sich die politische Lage im Osten stark verändert. Große Mächte sind dort mit uns in Berührung gekommen. Wir haben dort das Russische Reich und die amerikanische Republik, und ein System politischen Ausgleichs hat sich entwickelt wie das politische Gleichgewicht in Europa; und wenn man jetzt nicht vorsichtig und sorgsam in der Behandlung der chinesischen Angelegenheiten vorgeht, so wird man finden, daß man aller Wahrscheinlichkeit nach nicht den Handel fördert, sondern die Eifersucht mächtiger Staaten erregt.“⁴¹

England konnte bei dem bevorstehenden neuen Krieg keine im Hintergrund stehenden Rivalen brauchen. Es bot im Frühjahr 1857 Amerika eine Entente⁴² an. Doch Amerika zog es vor, sich weiter zurückzuhalten.⁴³ Seine Situation war zur Zeit des zweiten China-Krieges nicht weniger günstig als zur Zeit des Krimkriegs. Wie später im Boxeraufstand, so fanden sich damals die russische und amerikanische Politik in der „Freundschaft“ für China gegenüber den es mit Gewalt behandelnden Mächten zusammen. Es kam dabei

41. Dennett, 298.

42. Sie sollte in sich schließen: eine Erklärung, die die Ziele Englands und Frankreichs billigte; die Ernennung eines hochstehenden Bevollmächtigten, der an seinen Bestimmungsort in einem Kriegsschiff ging, das der Würde seines Landes und seiner Sendung entsprach. Das amerikanische Ostasiengeschwader sollte verstärkt werden. Dennett, 301 f.

43. Morse, 1. 485. Foster, *American Diplomacy in the Orient*, 231 ff.

auch zu recht absurden Situationen. So verhandelten Reed und Putiatin als Vertreter der beiden neutralen Mächte friedlich mit chinesischen Bevollmächtigten fast solange, bis die Engländer und Franzosen die Taku-Forts angriffen, und dann nach deren Einnahme durch die Engländer und Franzosen fuhren sie in einem anderen Schiff dicht hinter dem der kriegführenden Mächte den Peiho hinauf nach Tientsin und schlossen fast genau so günstige Verträge mit China ab wie die Kriegführenden. Bei der Erneuerung des Kriegs 1860 hielt der amerikanische Kapitän bei einem englisch-französisch-chinesischen Seegefecht vor den Taku-Forts wider seine Instruktion die Neutralität nicht ein.⁴⁴

Die englisch-französische Aktion in China konnte Amerika dank eines der fähigsten Vertreter, die es in Ostasien je hatte, Townsend Harris, in Japan sehr geschickt ausnutzen.⁴⁵ Harris schreckte die Japaner mit der Nachricht von der Eroberung Tientsins, erzählte ihnen von englischen Absichten auf Siam, von englisch-französischen Plänen, China zu teilen, von dem englisch-russischen Gegensatz, zwischen dem Japan aufgerieben werden könnte. Er hob hervor, daß Amerika die Erwerbung Formosas und der Hawaii-Inseln und das Bündnis mit England und Frankreich abgelehnt habe. Auf solche Weise erreichte er ohne militärische Gewalt von Japan einen außerordentlich günstigen Vertrag und stärkte den Einfluß Amerikas. Das Interesse Amerikas ging dahin, die Tür der asiatischen Staaten zu öffnen, aber sie auch gegenüber den Sonderbestrebungen europäischer Mächte offenzuhalten. Der Gedanke, Amerika habe die asiatischen Staaten zu stützen, ließ sich allerdings nicht wirklich in die Tat umsetzen, weil Amerika sich ernstlich nicht für sie einsetzen konnte und sie selbst zu schwach waren.

Noch gründlicher als Amerika in Japan und vor allem mit weiter in die Zukunft reichender Wirkung nutzte Rußland in Nordchina die Situation des zweiten Chinakrieges aus.⁴⁶ Es konnte von den eingeschüchterten Chinesen 1858 und 1860 die Grenzfürhung Amur—Ussuri-Tumen erpressen.⁴⁷ Der ganz lose Zusammenhang,

44. Dennett, 340; Morse, 1. 514 ff., 1. 525 ff.

45. Dennett, 358—364; Ariga, 153 f.

46. Franke, 16 f.

47. Morse, 1. 477.

in dem die jenseits liegenden Gebiete mit China gestanden hatten, machte der Pekingener Zentralregierung den Verzicht leichter. Murawiew durchforschte das ganze neu erworbene Küstengebiet nach einem eisfreien Hafen. 1860 wurde die Bucht besetzt, an der dann Wladiwostok, d. i. „die Beherrscherin des Ostens“ gegründet wurde. Murawiew gab der Bucht den Namen „Peters des Großen-Bucht“. Den Namen darf man als das Zeichen einer Tat annehmen, die sich an Bedeutung mit der welthistorischen Tat Peters des Großen schon verglichen läßt: wie Peter der Große den Zugang zur Ostsee, so hatte Murawiew den zum Pazifik Rußland eröffnet. Aber wie im Westen Rußland nach einem südlicheren Tor hinstrebte, so jetzt auch im Osten. Die Tat Murawiews bedeutete weniger eine Lösung als eine Aufgabe. Der Expansionswille des Russischen Staates drängte im Westen wie in Mittelasien wie hier im fernen Osten vorwärts. Der russische Bauer und Siedler konnte die Erwerbungen viel tiefer in den Boden legen als der westeuropäische oder amerikanische Kaufmann. Selbst ein halb asiatisches Volk, verstanden die Russen auch am besten die Behandlung der asiatischen Völker. Rußland wußte, ihnen als Freund sich nähernd und Schutz gegen die unheimlichen zivilisierten Westeuropäer versprechend, überall sich Einfluß zu verschaffen, und ihnen das Wesen der Macht immer mehr zu nehmen. Ab und zu fuhr es mit kriegesischer Gewalt drein und verstand es doch wieder den Weg der friedlichen Durchdringung weiter zu verfolgen. Noch nie freilich war ein so großes Reich wie China Objekt der russischen Politik geworden, und die Geduld zu einer ruhigen aber zähen Politik war daher dort am schwersten zu bewahren. Anders als die sonst ähnliche amerikanische Politik, die im allgemeinen ebenfalls ihren von der Politik der anderen europäischen Mächte gesonderten Weg zu gehen pflegte, krankte die russische Politik an dem inneren Widerspruch ihrer Ziele, einerseits ganz China zu ihrem Werkzeug zu machen und andererseits sich bestimmte territoriale Vorteile zu verschaffen.

Murawiew hatte durch seine Tätigkeit den Boden für eine russische Politik großen Stiles im fernen Osten vorbereitet. Allzu lästig blieb jedoch die Riesenentfernung; in den 60iger Jahren tauchten die ersten, freilich noch liegen gelassenen Pläne zu einer transsibirischen Bahn auf.⁴⁸ Doch war um 1860, in der Zeit nach

48. Marc, Einführung XIII.

dem Krimkriege, die russische Politik in Ostasien so rege wie vielleicht noch nie. Gegen Japan und China gewann sie an Boden, ja sie griff bereits auf jenes Zwischenfeld zwischen China und Nord-Ostasien, zugleich zwischen China und Japan, hinüber, in dem sich später alle Konflikte stauten und das etwa aus der Halbinsel Liautung, der Süd-Mandschurei, Korea und der Korea-Straße besteht: die Insel Tsuschima in der Korea-Straße wurde 1861 von den Russen besetzt, wahrscheinlich mit der Absicht, sie nicht wieder zu räumen.⁴⁹ Der russische Befehlshaber soll die Besetzung als Vorbeugungsmaßnahme gegen die Besetzung durch die Engländer oder Franzosen gerechtfertigt haben.⁵⁰ Mag daran etwas Wahres gewesen sein oder nicht, das so außerordentlich Wichtige ist die Tatsache, daß hier zum ersten Mal räumlich die von Süden und die von Norden vordrängenden Expansionstendenzen sich trafen. In derselben Zwischenzone wiederholten sich derartige Zusammenstöße 1885 (Port Lazareff — Port Hamilton) und 1898 (Port Arthur — Weihaiwei). Von einem Zwischenfall zum andern wurde die allgemeine Machtstellung Rußlands stärker und die Gefahr für Englands Stellung in China größer. 1861 genügte die Drohung eines englischen Admirals, er werde auf Tsuschima solange bleiben wie die Russen blieben, um diese zum Abzug zu veranlassen. Damit war die Sache erledigt; es war nur ein erstes Aufblitzen künftiger Möglichkeiten gewesen.

Zur Zeit der Aufschließung Chinas hatte die Rivalität der Mächte ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Fortan wurde das politische Leben starrer; was an kleineren Fragen auftauchte, erledigten die Mächte gemeinsam. Die russische Expansion kam zunächst nicht weiter vorwärts. Amerikas Stellung wurde unter dem Einfluß des Bürgerkrieges und der Abnahme des amerikanischen Ostasienhandels fast bedeutungslos.⁵¹ Allein das Interesse des Staatssekretärs Seward hielt sie in den 60iger Jahren noch in gewisser Höhe.⁵² Schon 1852, als die Perry-Expedition vorbereitet

49. A. J. Brown, *The Mastery of the Far East* 1919. Curzon, 224. Dennett, 418.

50. Es gingen damals auch Gerüchte herum, England und Frankreich zögen die Teilung Japans in Erwägung. Dennett, 419.

51. Dennett, 414, 580, 597, 599.

52. Dennett, 421.

wurde, hatte Seward gesagt, er sehe den Tag voraus, wo die atlantischen Interessen der Vereinigten Staaten verhältnismäßig an Wichtigkeit verlieren würden, während der pazifische Ozean, seine Gestade, seine Inseln, und die riesigen Länder jenseits des Ozeans der Hauptschauplatz in der Weltgeschichte der Zukunft werden würden. Daß dies keine bloßen schönen Worte waren, zeigt zur Genüge sein Kauf Alaskas 1867 und die Inbesitznahme der Midway-Inseln (westlich der Hawaii-Inseln) im gleichen Jahre.⁵³ In Ostasien selbst mußte er sich auf Zusammenarbeit mit dem stärkeren England beschränken. Dies führte in China zu einer friedlichen Politik. Im Dezember 1868 erklärte Clarendon, der eben ans Ruder gekommene liberale Minister, dem Amerikaner Burlingame, man dürfe keinen unfreundlichen Druck auf China ausüben und sich in Beschwerdesachen nur an die Zentralregierung wenden, d. h. die Zentralregierung müsse unterstützt werden.⁵⁴ England konnte mit der politischen Ruhe in China nur einverstanden sein. Was die Europäer wirtschaftlich brauchten, war gesichert, und England hatte davon den Hauptgewinn; denn sein Handel war weit überlegen und an ernstliche Konkurrenz anderer war nicht zu denken. Kleinenglische Anschauungen und die näher liegenden Sorgen um den nahen Osten ließen Ostasien jahrzehntelang in der englischen Politik stark zurücktreten. Es war das Beste für England, China aufrecht zu erhalten, seinen Einfluß dort zu wahren und so weder die Eifersüchteleien anderer Mächte zu erregen noch einem Vordringen Rußlands Vorschub zu leisten. Etwas anders lagen die Dinge in Japan, wo die inneren Kämpfe und die Gewaltmaßnahmen der Mächte in den 60iger Jahren in Wechselwirkung einander förderten. Damals stieg der englische Einfluß immer mehr und verdrängte den amerikanischen. Für die Mächte war Ende der 60iger Jahre in Japan die gleiche wirtschaftliche und rechtliche Stellung wie in China gesichert; doch der Sieg der Mikado-Partei 1869 leitete eine neue Entwicklung in der Geschichte des fernen Ostens ein.

Während bis in die 60iger Jahre das politische Geschehen sich an die Probleme der Oeffnung Chinas und Japans angeschlossen

53. Dennett, 416, 610; vgl. seine Bemerkung in dem Buch über Roosevelt, S. 103.

54. Dennett, 373 ff.

hatte, traten nun in der Zeit bis 1895 zwei wichtige Probleme in den Vordergrund der Politik, das Korea-Problem und das Hinterindien-Problem.

Gerade auf dem künftigen Aktionsfelde Japans, in Korea, hatte als vierte abendländische Großmacht Frankreich selbständig in die Geschicke Ostasiens einzugreifen versucht, — und es war ein Glück für sie, daß der Eingriff an d i e s e r Stelle ihr mißlang. Es war das auf außenpolitische Erfolge angewiesene Frankreich Napoleon III. Nicht nur Luxemburg und Belgien und das linke Rheinufer und Savoyen und Nizza, auch Mexiko und der ferne Osten waren Objekte seiner Politik. Im Krimkrieg und im zweiten Chinakrieg hatte Frankreich an der Seite Englands gekämpft. Es nahm für sich das Recht des Schutzes der katholischen Mission in Anspruch und benutzte dies als immer willkommenes Mittel zu politischem Einschreiten. Keine Macht hat die Mission politisch so für sich ausgenutzt wie Frankreich. Die Ermordung französischer Missionare in Korea, März 1866, veranlaßte den französischen Beauftragten, der koreanischen Regierung die Eroberung Koreas durch Frankreich anzudrohen. Eine französische Flottenexpedition unter Admiral Roze im Herbst 1866 nach Korea mißlang kläglich. Da für das nächste Frühjahr die Franzosen eine neue Aktion mit größerem Aufwand vorbereiteten, wurden die englische und die amerikanische Politik unruhig. Frankreich gab aber von sich aus den Plan auf, weil es durch die Notwendigkeit des Rückzugs aus Mexiko und durch den Fehlschlag Admiral Roze's enttäuscht war.⁵⁵

Mehr als ein Ausgleich für diesen Fehlschlag war, daß Frankreich an einer viel günstigeren, weil von den Rivalitäten der Mächte nicht so umspielten Stelle, im östlichen Hinterindien, damals bereits festen Fuß gefaßt hat. Frankreich besaß in Hinterindien zwar schon länger politische Rechte, das eigentliche Vorgehen begann aber erst 1859 mit der Eroberung Saigons. 1862 folgte die Annexion von Kambodscha und dem größten Teil von Cochinchina, 1867 die des Restes von Cochinchina. In dem Vertrage hierüber verpflichtete sich schon der König von Annam, nie einer anderen Macht als Frankreich einen Teil seiner Herrschaftsgebiete abzutreten.⁵⁶ In

55. Dennett, 417—19; Cordier 1. 265 ff.

56. Art. 4 Morse, 343.

den Jahren um 1870 erforschten Franzosen die Rotflußroute, Jünnan und den oberen Jangtse.⁵⁷ Hier gerieten sie in Antagonismus mit den Engländern, die eben damals sich um die Erforschung der Route von Indien zum oberen Jangtse bemühten und von Westen her an die Tore Südwestchinas klopfen. Frankreich suchte Annam dem chinesischen Machtbereich zu entziehen und in Tongking Fuß zu fassen, wandte dabei aber zu geringfügige Machtmittel auf.⁵⁸ Erst die Politik Ferrys brachte wie in Afrika so auch in Hinterindien große kolonialpolitische Entscheidungen. 1883 annektierte Frankreich ganz Annam in aller Form;⁵⁹ darüber kam es zum Kriege mit China. Im Laufe des Krieges besetzten die Franzosen einen Teil Formosas und die Pescadores.⁶⁰ Gewisse militärische Rückschläge der Franzosen im Frühjahr 1885 in Tongking erleichterten den Friedensschluß. Darin bekamen zwar die Franzosen alles Gewünschte, doch belastete der Krieg China nicht mit dem Ruf militärischer Unfähigkeit, wie später in so folgenschwerer Weise der chinesisch-japanische Krieg, vielmehr hinterließ er den Eindruck, daß China auch einer europäischen Macht unter Umständen gefährlich werden könne.

Frankreich hatte sich ein Kolonialreich von bedeutendem Ausmaß geschaffen, dessen Ausdehnungstendenz nach Westen gegen das englische Indien, nach Norden gegen das von England wirtschaftlich beherrschte China ging. Wie 1885 die hinterindische Frage sich bedenklich zugespitzt hatte, so führte auch die Entwicklung des noch wichtigeren Korea-Problems im Jahre 1885 zu einer höchst kritischen politischen Situation. Diese Entwicklung hängt mit der Geschichte der japanischen Außenpolitik aufs engste zusammen.

Seit der Restauration begann die Uebernahme der europäischen Zivilisation durch Japan und zugleich eine neue Epoche japanischer außenpolitischer Expansion. Die Hauptkraft Japans richtete sich nicht gegen abendländische Mächte, sondern gegen China. Der Aufstieg Japans war zunächst eine interne ostasiatische Entwicklung. Darin liegt vielleicht zu einem Teil das Geheimnis der Erfolge

57. Morse, 2. 343; 2. 283 ff.

58. Morse, 2. 344 ff.

59. Morse, 2. 351; Cordier, 2. 387.

60. Morse, 2. 360 f.; 2. 365.

Japan; es konzentrierte seine Kräfte auf das engere Feld der zwischen ihm und China liegenden Objekte und stand plötzlich vor den erstaunten europäischen Mächten in überraschender Stärke da. Eine unumgängliche, rein defensive Aufgabe hatte die japanische Politik allerdings gegen die Großmächte durchzusetzen: die Abschüttelung der ihm von den Großmächten aufgezwungenen Verträge.⁶¹ Das schmale von allen Seiten zugängliche Japan war etwaigen Angriffen der Mächte von Natur viel stärker ausgesetzt als das große, massige China. In China blieben die Mächte immer am Außenrand haften; China war von der ziemlich exponierten Lage Peking abgesehen, etwa so schwer wirklich zu treffen und zu überwältigen wie Rußland in Europa. Die Abschüttelung der als unwürdig empfundenen Verträge beschäftigte die japanische Politik und die japanische öffentliche Meinung dauernd. Sie gelang auf diplomatischem Wege, und gelang deswegen, weil Japan sich in einem gewaltigen Umformungsprozeß die westliche Zivilisation zu eigen machte. Als 1890 das erste japanische Parlament zusammentrat und ein dem europäischen angepaßtes geordnetes japanisches Recht schuf, war den Mächten, die sich schon vorher zu Konzessionen bereit erklärt hatten, der Vorwand für die Aufrechterhaltung der Extraterritorialität genommen.⁶² Trotzdem an den Verträgen festzuhalten, wäre nur mit einer ins Unabsehbare führenden Gewaltpolitik möglich gewesen. Dies erkannte England trotz seiner Antipathien gegen Japan als den Gegner Chinas und Friedensstörer im Fernen Osten und trotz der Proteste der in Japan wohnenden englischen Kaufleute; es zeichnete als erster einen neuen Vertrag auf der Grundlage der Gegenseitigkeit noch vor Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges im Juli 1894, eine Maßnahme, die ihm die spätere Umstellung auf die japanische Seite erleichtert hat.⁶³

Das Ringen zwischen Japan und China setzte unmittelbar nach der Restauration ein, dauerte eigentlich ununterbrochen fort und führte mehrmals an den Rand des Krieges. Korea war ein Tributärstaat Chinas und galt allgemein als von China abhängig. Nur zu

61. Ariga, 204 ff.; Curzon, Teil I.

62. Ariga, 214.

63. vgl. Hayashi, 71.

Ende des 16. Jahrhunderts hatten die Japaner Korea kurze Zeit in ihrer Gewalt gehabt.⁶⁴ In Fusan an der koreanischen Seite der Koreasraße bestand schon seit dem 15. Jahrhundert eine kleine japanische Handelsniederlassung. Korea konnte für das über-völkerte Japan das Einwanderungsland der Zukunft werden. Auch wirtschaftlich war es wegen der Einfuhr von Reis und Bohnen nach Japan für dieses wichtig.⁶⁵ China spielte den japanischen Absichten auf Korea selbst in die Hand, indem es bei Ermordung von Fremden in Korea — zuerst zur Zeit der französischen Aktion 1866 und dann wiederholt gegenüber Japan und Amerika — seine politische Verantwortlichkeit für Korea und damit seine eigene Oberhoheit dort verleugnete.⁶⁶ Bereits um 1870 herum war die japanische Politik sehr reger. Japan schloß einen Vertrag mit China, der die Stellung der Japaner in China regelte.⁶⁷ Interessant ist die Tatsache, daß im Laufe der Verhandlungen die Europäer für einen Augenblick zu der Furcht kamen, Japan und China könnten sich gegen sie verbünden,⁶⁸ — ein Gespenst, das in den 90iger Jahren wieder auftaucht. Damals 1871 war von einem Bündnis keine Rede. Mit Korea, das noch ganz von der Außenwelt abgeschlossen war, suchte Japan Beziehungen anzuknüpfen.⁶⁹ Eine politische Studienmission wurde 1871 nach Amerika und Europa geschickt.⁷⁰ Während deren Abwesenheit trieben die Japaner immer mehr in Kriegsstimmung gegen Korea hinein.⁷¹ Nur die Rückkehr der Mitglieder der Studienmission 1873 rettete den Frieden. Die Gründe,⁷² die sie für die Erhaltung des Friedens beibrachten, erhellen recht gut die damalige Lage Japans: es fehle an Soldaten und Geld; im Kriegsfall sei ein Aufstand der Schogun-Partei zu befürchten; die Anwesenheit von Truppen der Vertragsmächte in Jokohama sei eine größere Schande für Japan als die von Korea Japan zugefügten Beleidigungen (so lähmte die Stel-

64. Morse, 3, 2.

65. Dies wurde von Ito 1885 geltend gemacht. Ariga 197; Dennett, 485.

66. Curzon, 213 f.

67. Allerdings nicht die Japaner auf gleichem Fuß mit den Europäern setzte. Morse, 3, 8; Ariga, 154 f.

68. Dennett, 437, 445.

69. Ariga, 148.

70. Iwakura-Mission, Ariga, 155 ff.

71. Ariga, 165.

72. Ariga, 166.

lung der Mächte in Japan die japanische Angriffslust!). Bei einem japanisch-koreanischen Krieg werde Korea Rußland zur Beute fallen, und England werde, wenn sich Japan von ihm finanziell abhängig mache, sich in Japans innere Angelegenheiten einmischen und es zu einem zweiten Indien machen. — Diese Gründe hatten ein gut Teil Berechtigung; nur der Aufschub des Krieges ermöglichte die innere Konsolidierung und die Durchführung der Reform.

Die japanische Expansion strebte nach drei Richtungen: westlich nach Korea, südlich nach den Liukiu-Inseln und Formosa, nördlich nach Sachalin und den Kurilen. Die russische Politik jener Zeit war in Ostasien nicht sehr energisch. Der Petersburger Vertrag von 1875, der Rußland Sachalin, Japan die Kurilen gab, wurde von den Japanern deswegen als ein Erfolg angesehen, weil sie in ihm gleichberechtigte Vertragspartner waren.⁷³ In dem Konflikt mit China wegen des Kuldsha-(Ili-)Gebiets, eines mittelasiatischen Außenhandels des chinesischen Reiches, gab Rußland schließlich nach und räumte es zu einem großen Teile.⁷⁴ Es waren die Jahre der Kämpfe im Nahen Osten und der mittelasiatischen Ausdehnung auf Afghanistan zu. Erst 1884 sehen wir Rußland wieder aggressiv in Ostasien vorgehen. Im Norden hatte Japan eine einigermaßen befriedigende Lösung erreicht.⁷⁵ Nach Süden hin erreichte Japan mit der Annexion der Liukiu-Inseln 1879 auch einen halben Erfolg. Das wertvollste und begehrteste Objekt japanischen Expansionswillens war doch das festländische Korea im Westen.

Japan hatte 1873 die Gefahren begriffen, die ein Versuch, Korea zu annektieren, mit sich bringen konnte. Seine Korea-Politik schlug darum ein langsames Tempo an. Es erzwang 1876 die Eröffnung Koreas durch einen Vertrag, der mit ihm als „unabhängigem Staat“ geschlossen wurde. Japan begann sich die Waffen europäischer Diplomatie zu eigen zu machen: schon in den Verhandlungen mit China über die staatsrechtlichen Beziehungen der Liukiu-Inseln und Formosas hatte es den westlichen Souveränitätsbegriff gegen China ausgespielt, während China ihn nicht anerkennen

73. Ariga, 173 ff.

74. Morse, 2. 338.

75. Der Norden ist immer viel mehr Sorge des Staates als der Nation gewesen; vgl. Haushofer, Das Japanische Reich.

wollte.⁷⁶ Jetzt legte Japan Korea dieselben Vertragsbedingungen auf, die vor ungefähr 20 Jahren Perry ihm selbst diktiert hatte.⁷⁷ Als erste abendländische Macht folgten Japan in Korea die Vereinigten Staaten (1882).⁷⁸ Sie waren schon seit den 60iger Jahren auf die Oeffnung Koreas ausgegangen; schon 1871 war eine amerikanische Expedition nach Korea ausgefahren, aber hatte keinen Erfolg heimbringen können. Die Japaner begrüßten das amerikanische Interesse an Korea, weil sie es ausnutzen zu können glaubten, um Korea von China abzulösen. Li-Hung-Tschang erkannte 1880, daß eine gemeinsame amerikanisch-japanische Korea-Politik für China, das sich damals außerdem noch am Rande eines Krieges mit Rußland befand, eine zweite ernste Gefahr sei.⁷⁹ Er erreichte es auch, daß der koreanisch-amerikanische Vertrag durch seine, also durch chinesische, Vermittlung zustande kam, nur ließ er sich herbei, die tatsächliche Unabhängigkeit Koreas zuzugestehen.⁸⁰

Die amerikanische Politik scheint auch hier den Fehler gemacht zu haben, die Stärke asiatischer Staaten zu überschätzen. Denn es war nicht daran zu denken, daß die Unabhängigkeit Koreas sich aufrecht erhalten lasse. Seit dem Beginn der 80iger Jahre suchten sowohl Japan wie China immer mehr sich t a t s ä c h l i c h e n Einfluß in Korea zu verschaffen. Sie mischten sich in die inneren Wirren ein und förderten dadurch den Kampf der koreanischen Parteien untereinander. In dem Auf und Ab der inneren Kämpfe stieg und sank bald der Einfluß des im allgemeinen verhaßten Japans, bald der Chinas. Bereits 1882 kam es zu einer bedenklichen Situation.⁸¹ China, das auch die Annexion der Liukiu-Inseln durch Japan noch nicht verschmerzt hatte, dachte an Krieg.⁸² Im selben Jahre gelang es Li, durch einen günstigen Vertrag mit Korea und be-

76. Ariga, 169.

77. Curzon, 205.

78. Dennett, 430 f.; Curzon, 214 ff.; Morse, 3. 4 ff.; Ariga, 148.

79. Vielleicht hatte er auch die Absicht, durch Hereinziehung der Mächte nach Korea die Annexion durch eine einzelne Macht, wie Japan oder Rußland (das schon damals Absichten auf Port Lazareff gehabt haben soll), zu erschweren. Curzon, 223 f.

80. Curzon, 216.

81. Ariga, 179 ff.; Dennett, 457, 468.

82. Hayashi, 307 ff.

sonders durch den tüchtigen Yuan-Shikai, den er als seiner Vertreter und chinesischen „Residenten in Söul“ einsetzte, den chinesischen Einfluß sehr zu stärken und zu befestigen.⁸³ Doch da kam Ende 1884 der Ausbruch des französisch-chinesischen Krieges den Japanern wie gerufen. Die japanische Partei in Korea machte am 4. Dezember 1884 einen Staatsstreich. Aber die Truppen Yuan-Shikais griffen ein, die Japaner mußten fliehen. In Tokio sah man sich wieder vor die Frage gestellt:⁸⁴ Krieg oder Frieden?

Wir sind damit an den Zeitpunkt herangekommen, wo die koreanische und hinterindische Frage ihrer Verknüpfung zustreben. Japan wie Frankreich waren die Gegner Chinas; wäre da nicht ein Zusammengehen beider gegen China natürlich gewesen? In der Tat bot Frankreich Japan gemeinsames Vorgehen an und drängte es zur Kriegserklärung an China.⁸⁵ Doch Japan ging nicht darauf ein. Es wählte den Weg friedlicher Verhandlungen mit Korea und China. Es läßt sich gut denken, daß Japan gegen Frankreich mißtrauisch war. Frankreich hatte die Fischerinseln und zum Teil Formosa besetzt und damit gerade in die Interessensphäre Japans eingegriffen. Man konnte nicht wissen, ob Frankreich nicht für immer die Inseln festhalten würde.⁸⁶ Abgesehen davon mochte Japan, das sich noch nie mit europäischen Mächten und ihren Rivalitäten näher eingelassen hatte, von einem Zusammengehen mit einer europäischen Macht unabsehbare Folgen befürchten. Es glaubte wohl, auch wenn es seinen eigenen Weg ginge, die günstige Situation des französisch-chinesischen Krieges für sich ausnutzen und in den Verhandlungen mit China seinen Willen in der Koreafrage durchsetzen zu können. Allerdings gelang ihm dies nicht ganz, weil der französisch-chinesische Krieg bereits zwei Tage nach Eröffnung der japanisch-chinesischen Verhandlungen beendet wurde. Trotzdem konnte Japan Gleichstellung mit China in Korea erreichen. Die Instruktoren der koreanischen Armee sollten weder Chinesen noch

83. Morse, 3. 10.

84. Curzon, 214 ff.; Ariga, 190. Ariga, 190 ff.

85. Dennett, 479; Ariga, 195.

86. Der französische Admiral Courbet, der Makung auf den Fischerinseln auszubauen begonnen hatte, setzte sich bei Friedensschluß energisch dafür ein. J. März 287.

Japaner sein; in dem Fall, daß irgend welche Unruhen schwerer Natur in Korea ausbrechen sollten, die es für Japan und China oder eines von ihnen notwendig machten, Truppen nach Korea zu senden, sollten sie einander vorherige Mitteilung machen, indem sie ihre Absicht dazu bekanntgäben, und nach Erledigung des Falles sollten sie ihre Truppen zurückziehen und sie nicht weiter dort stationieren.⁸⁷

Selbstverständlich war ein solches Uebereinkommen alles andere eher als eine Lösung des Korea-Problems. Das chinesisch-japanische Ringen mußte weitergehen; ja noch viel verwickelter wurde die Situation, weil auch Rußland und England eingriffen. Korea lag im Schnittpunkt des chinesisch-japanischen und des russisch-englischen Gegensatzes. Den Ereignissen von 1885 gibt die Tatsache den Charakter eines Vorspiels, daß beide Interessengegensätze nicht miteinander zu einem einzigen Gegensatz verschmolzen. Japan hielt sich gegenüber Rußland wie gegenüber England zurück. Es mochte sich nicht stark genug fühlen und mochte gegen beide noch denselben Argwohn haben wie 1873; deswegen vermied es auch einen Krieg mit China um Korea. Englands Politik, das China in Korea unterstützte, lief den japanischen Interessen ebenso zuwider wie Rußlands Politik, das Korea selbst haben wollte, und die Gewalt der Ereignisse war noch nicht stark genug, um eine Klärung der politischen Lage zu erzwingen. Selbst als China aus Korea herausgedrängt war, bewahrte sich Japan die „freie Hand“ und stellte sich erst spät fest in die natürliche Frontstellung gegen die aggressivste Macht im Fernen Osten, Rußland, neben die im Grunde defensive Macht, England.

England hatte seine Vormachtstellung zu verteidigen und es geriet dabei schon 1885 in eine bedenkliche Lage. Im März 1885 marschierten die Russen gegen Penjdeh in Afghanistan. In der ägyptischen Frage standen sich England und Frankreich unversöhnlich gegenüber. Die Stellung der Franzosen in Hinterindien hatte eine Front gegen Indien und eine gegen China. Sie konnten von Annam aus nach Birma, dem Nachbarland Indiens, greifen. Damals besetzten die Franzosen die Fischerinseln; sie konnten Südchina

87. Korea, Treaties and Agreements, S. 7 f.

allmählich unter ihren Einfluß bringen.⁸⁸ Mit Korea, hieß es, hatten die Russen einen geheimen Vertrag geschlossen. Indien war von zwei Seiten bedroht, China ebenfalls.⁸⁹ Es war Zeit, daß England Gegenmaßregeln ergriff.

Ferry machte kurz vor seinem Sturz England den Vorschlag, Oberbirma zur neutralen Zone zwischen den britischen und französischen Besitzungen zu machen (!);⁹⁰ er wurde selbstverständlich von England abgelehnt. Im Jahre 1886 griff England zu und annektierte selbst Oberbirma. Damit hatte es wohl Indien gesichert, in China hatten die Franzosen aber doch einen natürlichen Vorsprung, weil Jünnan von Tongking aus viel leichter als von Birma aus zu erreichen war. Auch die Stellung Hongkongs war gefährdet, wenn die Franzosen durch Bau von Eisenbahnen den Handel vom Kantonfluß abzogen. Frankreich wurde für England noch gefährlicher, als es sich Anfang der 90iger Jahre mit Rußland verbündete. Als Frankreich 1893 Siam an sich reißen zu wollen schien, bestand für einen Augenblick Kriegsgefahr.⁹¹ Mit China schloß England am 1. März 1894 einen Vertrag, der den Handel zwischen Birma und China erleichtern und Frankreich den Zugang zum oberen Mekong abwehren sollte.⁹² England und Frankreich waren in Ostasien natürliche Gegner — und doch, Frankreich war England noch lange nicht so gefährlich wie Rußland. Denn es bedrohte England nur von einer Kolonie aus, die wenig entwickelt und von der nächsten französischen Kolonie weit entfernt war. Zur See war England Frankreich am Ende doch weit überlegen, selbst wenn zeitweilig die russische und französische Flotte zusammen der englischen in Ostasien gleichkam. Schließlich war auch das Interesse des französischen Mutterlandes an den ostasiatischen Dingen lange nicht so stark, daß gegebenenfalls eine englisch-französische Verständigung d a r a n zum Scheitern kommen mußte.

88. Es war kein Wunder, daß die Neutralität Englands im französisch-chinesischen Krieg nichts weniger als wohlwollend war. Z. B. erhob England gegen die Erklärung Frankreichs, es werde Reis, der für Häfen nördlich Kanton bestimmt sei, als Kriegskonterbande betrachten, schärfsten Protest. Morse, 2. 360—62.

89. So sieht auch Dilke, 1890 die Lage an. Dilke, 351.

90. „Revue des troupes coloniales“.

91. GP 8. 101 ff.

92. Mac Murrav. 1 ff

So war im Grunde die Gefahr, die England von Rußland, der asiatischen Landmacht, drohte, viel ernster. 1884 verhandelte der Ratgeber der koreanischen Regierung von Möllendorf mit Rußland über einen geheimen Vertrag. In ihm sollte Rußland versprechen, die Unversehrtheit Koreas gegen alle Angriffe zu schützen, von welcher Seite sie auch immer erfolgten; dafür sollte Rußland Korea Militärinstrukteure stellen und Korea Rußland Port Lazareff als Winterhafen leihen. Gerüchte von noch weitergehenden Bedingungen gingen um.⁹³ Rußland besetzte Ende März das Penjdeh-Gebiet; da entschloß sich England zu einem Gegenzug. Am 15. April 1885 beschloß es die Besetzung Port Hamiltons;⁹⁴ im Mai wurde sie durchgeführt. Nun weigerte sich die koreanische Regierung wohl auf Druck Chinas hin, den von Möllendorf verhandelten Vertrag zu ratifizieren und behauptete, Möllendorf sei nicht zu den Verhandlungen ermächtigt gewesen.⁹⁵ Die Russen mußten auf den Vertrag verzichten. Inzwischen begannen die Chinesen und die Engländer zu verhandeln. Die Chinesen fürchteten, sicher auf Grund von Drohungen, Rußland und Japan würden andere Punkte Koreas besetzen. Noch aber waren weder England noch Rußland entschlossen, größere Machtmittel im Fernen Osten einzusetzen. Englische Admirale berichteten, wenn man Port Hamilton halten wolle, müsse man erst sehr kostspielige Befestigungen anlegen und ein Geschwader dort stationieren. Im Herbst 1886 gelang es Li, von Rußland eine Erklärung zu bekommen, es werde unter keinen Umständen koreanisches Territorium besetzen.⁹⁶ Die Engländer gaben sich damit zufrieden und räumten Port Hamilton im Februar 1887, nach einem Aufenthalt von 1¾ Jahren.

England wußte natürlich, daß Rußland sich auf die Dauer an dies Versprechen nicht halten würde. Welche Mittel besaß es, um ein russisches Vordringen nach Korea zu verhindern? Gern hätte es eine internationale Garantie der Integrität Koreas gesehen,⁹⁷ aber darauf wäre natürlich keine andere Macht eingegangen. Es blieb ihm also nur übrig, entweder Japan oder China in ihren Bestre-

93. Curzon, 224; Morse, 3. 12.

94. Curzon, 228—230; Dennett, 480 f.

95. Morse, 3. 13.

96. Curzon, 229, 225.

97. Curzon, 229, 231 f.; Morse, 3. 13 ff.

bungen in Korea zu unterstützen und dadurch Rußland einen Riegel vorzuschieben. Nicht ohne gute Gründe setzte sich England in der Korea-Frage für China ein, und sogar als einzige Macht, während Frankreich China im Süden, Rußland und Japan es in Korea bedrohten, und (das im Hintergrund stehende) Amerika dem japanischen Standpunkt günstig war. Japans Unruhe war England höchst unerwünscht. Der englische Gesandte Wade hatte 1874 in den japanisch-chinesischen Streit um Formosa eingegriffen und einen Vergleich vermittelt: die Japaner, die schon Formosa besetzt hatten, zogen damals wieder ab. Diese englische „Vermittlung“ ist ein interessanter Präzedenzfall zu dem Einspruch gegen den Frieden von Schimonoseki. Japan hatte noch keine Probe, keinen Beweis seiner Kraft gegeben; man erwartete wohl, wenn Japan Korea angriff, so würde Rußland nur der lachende Dritte sein. Japan und China, so schrieb Curzon 1894, sollten sich wieder vertragen und Rußland als ihren gemeinsamen Feind erkennen.⁹⁹ Auf der anderen Seite hatte man in England und in Europa überhaupt einen viel zu hohen Begriff von der militärischen Stärke Chinas, obgleich man die einzelnen Schwächen Chinas wohl kannte. Der Ausgang des Kuldscha-Konflikts und des französisch-chinesischen Kriegs schienen dafür zu sprechen, daß China sich zu wehren wisse.¹⁰⁰ Ruhe konnte in Korea nur herrschen, wenn die Chinesen dort die Macht hatten. England selbst brauchte Korea nicht, aber es konnte die Annexion Koreas durch Rußland nicht dulden, etwa ebensowenig wie eine Annexion der Niederlande durch Deutschland. Rußland im Besitz Koreas hätte Englands Vorherrschaft in China und in Ostasien überhaupt in Frage gestellt. Wenn England China unterstützte, so hatte es außerdem noch mehr im Auge als die Sicherung Koreas.

Es wünschte, daß China selbst erhalten und dem englischen Handel offenbliebe. Wenn sich England China entfremdete, so konnte nur Rußland (und Frankreich) dadurch gewinnen, wie es schon 1858 während des zweiten Chinakrieges und 1895/96 wenigstens zunächst wieder geschah. In der Ferne sah Curzon (1894)

98. Ariga, 170; Morse, 2. 274.

99. Curzon, 232.

100. Curzon, 300 f.; Morse, 2. 339; Cordier, 2. 240; Dilke, 534.

bereits das Gespenst, daß Rußland einmal aus den chinesischen Massen Riesenheere stampfen könne; dann war auch Indien bedroht!¹⁰¹ Dilke sah (1890) in einem Bündnis mit China die einzige Möglichkeit, Rußland wirksam bekämpfen zu können, da Deutschland ja leider nicht zu haben sei!¹⁰² Die einzige Schwierigkeit erblickte er in der der chinesischen Einwanderung feindlichen Haltung Australiens und Canadas — derselben Dominien, die später die Allianz mit Japan bekämpften! Alle Interessen Englands schienen darauf hinzuweisen, China in Korea wie überhaupt zu stützen. Aber was sollte England machen, wenn China sich in Korea gegen Japan oder gegen Rußland nicht halten konnte, wenn es überhaupt trotz seiner riesigen Größe und Bevölkerungszahl zu schwach sein sollte, um sich, so wie es war, zu behaupten??

Englands großer asiatischer Gegner, Rußland, dachte nicht daran, seine Bestrebungen in Korea, die 1884 zum ersten Mal deutlich geworden waren, wieder aufzugeben. Es sicherte sich 1888 in einem Handelsabkommen mit Korea Vorzugsrechte für seinen Ueberlandhandel, Oeffnung der Landgrenze und das Recht, im nördlichen Korea „Agenten“ zu halten. Es bot Korea Armeeinstrukteure an und suchte mit allerlei kleinen Maßnahmen doch dem großen Ziele der Annexion Koreas näher zu kommen.¹⁰³ Viel wichtiger freilich war, daß jetzt endlich Rußland an die Arbeit ging, die die unumgängliche Vorbedingung für eine russische Politik großen Stiles in Ostasien war: die transsibirische Bahn wurde gebaut.¹⁰⁴ Die ersten Pläne dazu waren, wie bereits erwähnt, in den 60iger Jahren aufgetaucht, doch wurden sie von der Regierung lange liegen gelassen: der Türkenkrieg und die ihm folgenden finanziellen Schwierigkeiten Rußlands ließen den Gedanken an die Ausführung eines solchen Riesenunternehmens nicht aufkommen. Alexander III. nahm persönlich Interesse an dem Plan; der Generalgouverneur des Amurgebietes betonte Ende 1886 die politischen und strategischen Gründe, die den Bau, wenigstens von Teilstrecken der Bahn, so dringlich machten. Aber die Vorbereitungen zum Bau gingen nur langsam vorwärts, weil der Finanzminister Wischnegradsky die

101. Curzon, 362.

102. Dilke, 391 f.; 664.

103. Curzon, 226 f.

104. Zum folgenden siehe Marc, Einführung.

Mittel nicht aufbringen konnte und man fürchtete, die Bahn werde sich wirtschaftlich nicht bezahlt machen. Endlich 1891 wurde beschlossen, mit dem Bau der äußersten Enden der Bahn in Westsibirien und im Ussuri-Gebiet zu beginnen. Der Thronfolger, der spätere Zar Nikolaus II. legte am 19. Mai 1891 den Grundstein zu der Ussuri-Strecke der sibirischen Bahn. Er befand sich damals auf einer Asienreise, die für ihn der erste Schritt ins Freie war und die ihn persönlich mit den russischen Interessen in Asien vertraut machte. Er brachte von ihr die Ueberzeugung heim, daß Rußland im Fernen Osten eine große Zukunft bevorstehen könne und daß es darum dorthin sich ausdehnen solle. Im Januar 1893 wurde er zum Präsidenten des Komitees der sibirischen Bahn ernannt. Doch die Persönlichkeit, die in den Bau der sibirischen Bahn Leben brachte und das Hauptverdienst an ihr beanspruchen darf, ist nicht der Zar, sondern Witte gewesen. Nach seiner Ernennung zum Finanzminister legte er im November 1892 eine große Denkschrift vor, in der er die Ueberzeugung aussprach, daß die Bahn sich auch vom rein finanziellen Standpunkt aus rentieren werde. Die wirtschaftlichen Reichtümer Sibiriens seien nur wegen der schlechten Verkehrsverhältnisse nicht ausgenutzt und bekannt und würden durch die Bahn aufgeschlossen werden. Er betonte, daß durch sie ein riesiges Gebiet der russischen Kolonisation eröffnet werden würde, und wußte auch die finanziellen Operationen ausfindig zu machen, die den Bau möglich machen konnten. Witte setzte sich durch. Sein Bauprogramm war ursprünglich auf lange Fristen zugeschnitten, aber der Bau ging so schnell vorwärts, daß bereits im April 1894 ein schnelleres Bautempo beschlossen wurde, nach dem 1899 schon die ganze Linie mit Ausnahme der Strecke längs des Amurs fertig sein sollte. Mit Absicht natürlich schob Rußland den Bau der Amur-Strecke mit dem großen Umweg um die Mandschurei auf. Vielleicht änderte sich inzwischen die politische Lage, vielleicht konnte es die russische Politik erreichen, daß die Bahn direkt durch die Mandschurei geführt werden konnte? Auch abgesehen von dem besonderen Anreiz, den dies Problem der Linienführung auf die russische Politik ausübte, war die politische Wirkung und doch natürlich auch der politische Zweck des Baus der sibirischen Bahn, daß Rußland große neue Möglichkeiten im Fernen Osten eröffnet wurden, und daß das ganze Schwergewicht

seiner Politik sich nach dem Fernen Osten hin legte. Nur eine Erwägung mußte die Aktivität Rußlands vorläufig herabstimmen. Einem K r i e g in Ostasien ging es besser solange aus dem Wege, bis die sibirische Bahn fertiggestellt war. Dann aber stand es vielleicht so mächtig da, daß niemand einen Angriff auf Rußland dort wagen würde. In dieser Beziehung hat der Bau der sibirischen Bahn einige Aehnlichkeit mit dem späteren deutschen Flottenbau (Gefahrzone, Risikogedanke).

Im Jahre 1894 war Rußland von den drei in Ostasien besonders interessierten europäischen Mächten die, von der die größte Aktivität und Machtsteigerung im Fernen Osten zu erwarten war, während Frankreich in kleinerem Maßstabe im Süden Ostasiens seine Macht zu erweitern suchte und England auf die Abwehr beider bedacht sein mußte. Hinter den drei europäischen Mächten stand damals Amerika stark zurück, aber es konnte jederzeit wieder hervortreten und so wie in den 50iger Jahren sich geltend machen. Daß die Hawaii-Inseln ihm nicht im Weg lagen, dafür war bereits gesorgt. 1887 pachtete Amerika Pearl Harbour bei Honolulu als Flottenbasis und lehnte es ab, in einer Konvention mit England und Frankreich zusammen die Neutralität der Inseln zu garantieren. Eine starke innere Gefahr bildete die ständig wachsende mongolische Einwanderung auf den Inseln. Doch 1893 hatten es die Amerikaner in der Durchsetzung ihres Einflusses bereits so weit gebracht, daß sie den Sturz der Monarchie auf Hawaii in Szene setzen und einen Annexionsvertrag arrangieren konnten. Die Zurückziehung des Vertrages durch Präsident Cleveland war nur ein Aufschub; die endgültige Annexion 1897 war in der Tat, wie Mac Kinley sagte, *not a change, but a consummation!*¹⁰⁵

Die Stellung Japans zu den vier westlichen Mächten hatten wir schon oben mit dem Schlagwort der freien Hand charakterisiert. Ihr Sinn war, daß Japan sich selbst innerlich und militärisch recht stark machen, die europäischen und asiatischen Gegensätze der westlichen Mächte ausnutzen und das Anwachsen dieser Gegensätze abwarten sollte („wait for the confusion of Europe“), um dann selbst zu einer großen und schiedsrichterlichen Stellung im Fernen

105. Dennett, 611 f.

Osten zu kommen.¹⁰⁶ Doch wie die Politik der freien Hand Deutschlands und wie die Politik der splendid isolation Englands, so hatte auch dieses japanische Programm eine schwache Stelle: Japan war allzu stark unmittelbar an dem gegenüberliegenden asiatischen Kontinent interessiert, die Korea-Frage mußte Japan am Ende zu einer Bündnispolitik führen.

Nach 1885 hatte sich der Zustand Koreas zunächst etwas gebessert. Japan war durch die inneren Reformen und die Revision der Verträge stark in Anspruch genommen. Der chinesische Einfluß in Korea wurde stärker, aber wirkte nicht aufreizend.¹⁰⁷ Zwischen Japan und Korea erregte nur die Frage der koreanischen Reiszufuhr nach Japan Unruhe;¹⁰⁸ 1894 aber wuchs aus dem Boden Koreas selbst die Tonghak-Bewegung¹⁰⁹ empor, die sich gegen alle Fremden, besonders gegen die Japaner richtete und die Selbständigkeit Koreas durchsetzen wollte. Im März 1894 marschierten die Tonghaks auf Söul; der König von Korea rief die Chinesen um Hilfe, diese machten vertragsgemäß Mitteilung nach Tokio, aber noch ehe die chinesischen Truppen ankamen, waren die Japaner schon da.¹¹⁰ Diesmal waren sie entschlossen, den Konflikt bis zum Kriege zu treiben. Der Abschluß des revidierten Vertrags mit England mag der japanischen Regierung — ganz im Widerspruch zu der Absicht Englands — den Entschluß erleichtert haben. Der Bau der sibirischen Bahn machte es dringend, Korea möglichst schnell mit Beschlag zu belegen. Auch wird die Regierung die inneren Parteigegensätze (zwischen 1891 und 1894 war das Parlament dreimal aufgelöst worden) durch einen auswärtigen Krieg haben überbrücken wollen.¹¹¹

Mit den Siegen Japans sah die englische Politik, die auf die Stützung Chinas eingestellt war, ihre Berechnungen zusammenstürzen, Rußland sah seine künftige Interessensphäre bedroht,

106. Das beste Zeugnis hierfür ist die sehr lesenswerte, damals in Japan unter der Hand verbreitete Denkschrift des Ministers Grafen Tani, 1887. Dennett, 527 f.

107. Ariga, 199 f.; Curzon, 219 f.

108. Ariga, 200; Dennett, 485.

109. Morse, 3. 19 ff.

110. Ariga, 202 f.; Morse, 3. 22.

111. vgl. Curzon, 204; Dennett, 497.

Amerika mußte ein starkes Japan an der anderen Seite des pazifischen Ozeans unbequem werden, die Möglichkeit, daß ein starkes Ostasien entstehe, mußte überhaupt allen Handelsmächten unwillkommen sein. Aber das wirkliche Ergebnis des Krieges, der die innere Schwäche Chinas augenfällig bewies, war, daß die Mächte jetzt erst recht aggressiv wurden, überall sich einmischten und daß ihre Interessen in Ostasien sich gewaltig steigerten. In diesen Kampf um China hat dann auch Deutschland eingegriffen.

Vor 1895 hatte die deutsche Politik in Ostasien nur eine geringe Rolle gespielt.¹¹² Preußen hatte im Gefolge der anderen Mächte Handelsverträge mit den ostasiatischen Staaten abgeschlossen. Im Laufe der Jahre wurde von Handels-, Marine- und Wissenschaftskreisen eine lange Reihe von Stützpunkten zur Erwerbung vorgeschlagen: 1867 bereits wies ein „Memorial der Deutschen aus China“ auf den Wert Formosas und Hainans als „Sammelplätze für überseeische Deutsche“ hin, um 1870 machte Prinz Adalbert von Preußen auf die Vorzüge der Montebello-Inseln an der Südspitze Koreas aufmerksam; 1871 beim Friedensschluß wurde die Erwerbung des französischen Saigon empfohlen, 1869 wurde Formosa von einer preußischen Mission erkundet, Makao, Manila, die Sulu-Inseln wurden genannt. Aber alle diese Projekte blieben ohne Bedeutung, einzig die Vorschläge des großen Geographen Freiherrn von Richthofen (Kiautschou-Bai, Tschusan-Inseln) sollten noch eine Rolle spielen. Deutschland fehlten in Ostasien starke Interessen, Machtmittel und Verbindung mit dem Mutterlande. Seit den 80iger Jahren stieg der deutsche China-Handel. Großen Einfluß konnten Deutsche sich in Japan erringen.¹¹³ Die deutsche Verfassung wurde in Japan nachgebildet, weil sie den japanischen Verhältnissen eher entsprach als die parlamentarischen Verfassungen Westeuropas. Deutsche in allen Stellungen waren Ratgeber und Lehrer der Japaner. Dieser Einfluß hätte ein An-

112. Außer den im Literaturverzeichnis angeführten Büchern von Radowitz und J. März vgl. auch Karl Alex. von Müller, England und die deutsche Kolonialpolitik in den Süddeutschen Monatsheften August 1915. Sehr wenig Politisches bietet das umfangreiche Buch Brandts, „33 Jahre in Ostasien“. J. M. v. Radowitz' „Briefe aus Ostasien“ (Berlin und Leipzig 1926) sind gute Unterhaltungslektüre.

113. Dennett, 525. Vgl. G. P. 9. 329.

knüpfungspunkt für die spätere, regere deutsche Ostasien-Politik werden können. Natürlich erregte das Wachsen des deutschen Einflusses sofort Aufmerksamkeit und Mißtrauen, (z. B. bei den Amerikanern); eine eigentlich politische Rolle spielte aber Deutschland 1894 im Fernen Osten noch nicht. Erst seit 1895 wurden die ostasiatischen Fragen für Deutschlands allgemeine Politik von wirklicher Bedeutung.

Der chinesisch-japanische Krieg brachte eine neue Entwicklung in der politischen Geschichte überhaupt; ein Jahrzehnt lang wurde Ostasien zu einem der wichtigsten Schauplätze der Politik der Mächte. Interessen, Ziele und Methoden der Ostasien-Politik Englands, Rußlands, Amerikas und Frankreichs hatten sich bereits in der Zeit von 1840—1895 heraus entwickelt. An Intensität des politischen Lebens kam in der Zeit von 1895—1905 kaum ein anderes Gebiet Ostasien gleich; in Europa war damals nur wenig politische Bewegung wahrzunehmen. Trotzdem blieben natürlich die europäischen Verhältnisse für die europäischen Mächte von grundlegender Bedeutung; der Eintritt des an seine mitteleuropäische Lage tragisch geketteten deutschen Reiches in die ostasiatische Politik steigerte noch die Wechselwirkung zwischen ostasiatischen und europäischen Bedingungen des Staatensystems.

Das europäische Staatensystem und der englisch-russische Gegensatz vor 1895.

Die Anfänge des englisch-russischen Gegensatzes im Fernen Osten vor 1895 hatten noch keine Wirkung auf das europäische Staatensystem ausgeübt. Im Nahen und Mittleren Osten dagegen waren England und Rußland schon seit langer Zeit Rivalen, und die Konflikte, die sich an den Meerengen und in Afghanistan konzentrierten, waren ein wesentlicher Faktor in der Politik der europäischen Staaten. Während England die Weltmeere und Indien beherrschte und sich Aegypten anzueignen suchte, brachte der russische Imperialismus an den Grenzen des Russischen Reiches von Mitteleuropa bis Mittel- und Ostasien, bald hier, bald dort mit besonderer Stärke vorstoßend, Unruhe und Bewegung in das politische Leben. Die Stellung Deutschlands zu dieser russischen Politik läßt sich in ihren Grundzügen kurz umreißen.¹¹⁴

Das Deutsche Reich war nach 1871 außenpolitisch saturiert, und die Hauptaufgabe der Politik Bismarcks war die Isolierung Frankreichs, für dessen Machtbewußtsein nicht nur der Verlust Elsaß-Lothringens, sondern schon die bloße Existenz eines starken, einigen Deutschen Reiches unerträglich war. Je weiter die Zeit fortschritt, je mehr sich Frankreich innerpolitisch und militärisch erholte und dadurch wieder bündnisfähig wurde, desto drohender wurde die Gefahr, daß die beiden Grenznachbarn Deutschlands, Frankreich und Rußland, sich zusammenschließen würden, um gemeinsam an dem bestehenden Zustand Europas, der sie nicht befriedigte, zu rütteln. Es war für Bismarck daher geboten, die russische Monarchie gegen die panslavistischen, außenpolitisch

114. Dabei können natürlich nur die wichtigsten Zusammenhänge dargelegt oder angedeutet werden.

und innenpolitisch revolutionären Kräfte zu unterstützen. Auf die monarchische Solidarität allein konnte er seine Politik freilich nicht aufbauen; denn das zaristische Rußland konnte und wollte sich nicht den außenpolitischen Expansionstendenzen entziehen. Es gelang Bismarck trotzdem, die Beziehungen zu Rußland so intim zu erhalten, daß er Zeit seines Amtes der russischen Neutralität für den Fall eines französischen Revanchekrieges sicher sein konnte. Dabei ließ er der russischen Politik nicht die Zügel schießen; an einem Prinzip hielt er dauernd fest: der Notwendigkeit der Erhaltung Oesterreichs als Großmacht. Das Defensivbündnis mit Oesterreich sollte Deutschland davor bewahren, daß seine Politik in vollkommene Abhängigkeit von einem Europa hegemonisch beherrschenden Rußland geriet.

Ganz anders stand Bismarck zu dem russischen Vordringen in Mittelasien. Eine Betätigung der russischen Politik in jenen Deutschland fernen Gebieten war ihm nur erwünscht, weil sie Mitteleuropa von dem russischen Druck entlasten mußte. Nicht daß ihm ein Krieg zwischen England und Rußland lieb gewesen wäre, vielmehr wünschte er, daß England als Großmacht bestehen bliebe, eben damit Rußland und England gegenseitig ihre Kräfte banden. Von analogen Gesichtspunkten ließ sich Bismarck gegenüber den englisch-französischen Konflikten in Afrika leiten. Er nutzte hier sogar die Situation dazu aus, Deutschland in Afrika einen bescheidenen Kolonialbesitz zu verschaffen. Die Lage Deutschlands war in der ersten Hälfte der achtziger Jahre am günstigsten, als Frankreichs Kräfte in Afrika und Rußlands Kräfte in Asien weltpolitisch in Anspruch genommen und durch den Widerstand der Weltmacht England gebunden waren.

Bismarck ist aber auch meisterhaft der Schwierigkeiten in den Jahren von 1885 bis 1890 Herr geworden, als Rußlands Kräfte sich auf Balkan und Meerengen konzentrierten. Das Problem der Meerengen, der Grenze zwischen Europa und Asien, nimmt naturgemäß auch im Rahmen der deutschen Rußlandpolitik eine Mittelstellung zwischen Oesterreich- und Asienpolitik ein. An der Sperrung der Meerengen durch die Türkei hatten sowohl Oesterreich als England Interesse, aber die Meerengen waren für Oesterreich der Endpunkt des südosteuropäischen Konfliktsfeldes und gleichzeitig für England der Endpunkt des asiatischen Konfliktsfeldes. Die Bindung der

russischen und der rußlandfeindlichen Kräfte hatte daher hier ihre besonderen Schwierigkeiten. Oesterreich ließ sich von Bismarck nicht zum Prinzip der Interessensphären — Konstantinopel den Russen, Saloniki den Oesterreichern — bewegen. Daher erforderte der von Bismarck geschlossene Rückversicherungsvertrag, der Rußland des deutschen Desinteressesments an Bulgarien und den Meerengen versicherte, die Ergänzung, daß England sich Oesterreichs russenfeindlicher Meerengenpolitik anschloß. Diese Ergänzung wurde im Mittelmeerabkommen zwischen Oesterreich, England und Italien zur Tatsache.

Nach Bismarcks Entlassung wurde der Rückversicherungsvertrag leider nicht erneuert, obgleich Rußland lebhaft auf Erneuerung drängte. Rußland konnte nicht mehr auf das deutsche Desinteressesment an den Meerengen rechnen. Deutschland schien sich an die Balkanpolitik Oesterreichs gebunden zu haben. So schwenkte Rußland von der Seite Deutschlands auf die Seite Frankreichs hinüber. Da sich das russisch-französische Bündnis nicht wieder erschüttern ließ, wurde es für Deutschland jetzt wichtig (schon Bismarck hatte in seinem Bündnisangebot von 1889 einen Versuch dazu gemacht), sich der englischen Unterstützung für einen deutsch-französischen Kriegsfall zu versichern. Die vielseitigen Gegensätze zwischen England und Frankreich (Aegypten, Siam, Madagaskar, westlicher und östlicher Sudan!) reichten doch nicht aus, um England zu einer entscheidenden Annäherung an Deutschland zu veranlassen. Dagegen suchte Rosebery Deutschland in die Meerengenfrage hereinzuziehen durch seinen Vorschlag, Deutschland solle sich verpflichten, im Fall eines russisch-englischen Krieges wegen der Meerengen Frankreich in Schach zu halten. Die deutsche Politik ließ sich nicht darauf ein, weil England freie Hand behalten hätte und weil die Kriegsgefahr vergrößert worden wäre. Sie hielt es für möglich, daß der Strom der weltpolitischen Begebenheiten einmal doch England oder vielleicht auch Rußland zu einer vollen und unumgehbaren Sicherung der Kontinentalstellung Deutschlands zwingen werde. Nur in dem Falle, daß England gegen die Zweibundmächte oder Rußland gegen England ganz dringend, vielleicht unmittelbar vor dem Ausbruch eines Krieges, Deutschlands Hilfe brauchten, ließ sich etwas Derartiges erwarten. Inzwischen wollte die deutsche Politik im Vertrauen auf den Antagonismus der

Weltmächte Deutschland selbst Schritt für Schritt weltpolitisch hochbringen.

Die Gefahren dieser Politik zeichneten sich leise bereits 1894 ab, als anlässlich deutsch-englischer kolonialer Unstimmigkeiten Rosebery vorübergehend eine Annäherung an den Zweibund zu erwägen schien. Wenn England den Zweibund auf Kampf gegen den Dreibund festlegen konnte, so erreichte es damit nicht nur die Einkreisung Deutschlands, sondern die „Einkreisung des Kontinents“ (Rothfels) überhaupt. Höchst bedenklich wurde es damals, daß nur die Meerengenfrage zwischen England und Rußland stand; denn in England schien die Meinung an Boden zu gewinnen, daß Englands Interesse nicht notwendig die Sperrung der Meerengen erfordere. Machte es der Schutz des Seewegs nach Indien wirklich nötig, daß sich Englands Politik an die Erhaltung der Türkei und die Sperrung der Meerengen band? Konnte sich die englische Politik nicht durch Aufgabe ihres bisherigen Grundsatzes von Deutschland abhängig machen? War durch eine solche Umstellung seitens Englands die englisch-russische Rivalität behoben, und gelang es, Frankreich durch englisch-russische Annäherung (oder unabhängig davon) zur Nachgiebigkeit in seiner Kolonialpolitik zu bewegen (diese war ja nie von so starken Kräften getragen worden wie die deutschfeindliche Kontinentalpolitik), dann stand Deutschland mit Oesterreich allein.

Das Aufbrechen des englisch-russischen Gegensatzes in Ostasien 1895/97 bewahrte Deutschland vor dieser Gefahr: darin besteht seine Bedeutung für das europäische Staatensystem.

Von jenem gefährlichen Boden, auf dem sich die Nachfolger Bismarcks nicht zu bewegen verstanden, wandte sich die russische Politik hinweg nach dem Fernen Osten, wo die Verhältnisse nicht durch das deutsch-österreichische Bündnis kompliziert waren. Freilich ließ sich der Schaden nicht wieder gut machen, daß durch eigene Schuld der deutschen Politik das russisch-französische Bündnis zustande gekommen war. Doch dies Bündnis konnte jetzt Deutschland nicht ernstlich bedrohen: der große weltpolitische Konflikt in Ostasien entlastete Deutschland in Europa. In drei Fällen konnte die Erleichterung wieder verloren gehen. Es war denkbar, daß eigenes Eingreifen Deutschlands in Ostasien die weltpolitischen Gegner, Zweibund und England, gegen Deutschland

zusammenführte. Rußland und England konnten sich vielleicht in Ostasien durch Teilung der Beute einig werden. Rußland war aus dem Fernen Osten unter Umständen mit Gewalt zu verdrängen. Demgemäß gehören zu den wichtigsten Problemen: die deutsche Politik in Ostasien, die Versuche zu russisch-englischer Verständigung und die Organisation des Widerstandes gegen Rußland.

Zweiter Teil.

Die Vorbereitung der ostasiatischen Probleme.

Am Anfang wie am Ende der hier behandelten Epoche steht ein Krieg. In beiden Kriegen geht es um Korea; in beiden siegt Japan. Der erste Krieg (1894/95) scheidet China aus dem Kampf um Korea aus, der zweite (1904/05) Rußland. Im ersten Krieg sucht Japan China die Herrschaft über den Golf von Tschili zu entreißen; Rußland verhindert dies. In der ersten Chinakrise, 1897/98, anläßlich der Annexion Kiautschous durch Deutschland, begründet Rußland durch die Annexion Port Arthurs seine eigene Herrschaft über den Golf von Tschili. In der zweiten Chinakrise, 1900/01, anläßlich des Boxeraufstands, versucht Rußland, durch Annexion der Mandschurei die Landverbindung zwischen Port Arthur und den sibirischen Ländern sich zu sichern. Im zweiten Krieg entreißt Japan Rußland die Herrschaft über den Golf von Tschili.

Vier Mächte, so sahen wir bereits bei Betrachtung der Lage von 1885, waren am Schicksal Koreas und des Golfs von Tschili interessiert. Korea lag im Schnittpunkt des chinesisch-japanischen und des russisch-englischen Gegensatzes. Die Lösung des chinesisch-japanischen Gegensatzes zugunsten Japans im Jahre 1895 konzentrierte (die Sache einmal ganz grob betrachtet) den Kampf um Korea auf drei Mächte, Japan, Rußland, England. England war die einzige Macht, der es nie daran lag, Korea selbst zu besitzen; sein Interesse war, daß nicht eine andere Macht von Korea oder dem Rande des Golfs von Tschili aus die ostasiatischen Gewässer und China selbst in englandfeindlichem Sinne beherrschte. Japan war schwächer und für den Handel mit China und für Englands Weltstellung überhaupt ungefährlicher als Rußland. Darum stellte sich England, nachdem China versagt hatte, hinter Japan. So wird der

Kampf um Korea und den Golf von Tschili zu einem Kampf zwischen Rußland und Japan, in dem Japan von England gedeckt ist. Dabei ist Japan mehr um Korea zu tun, England um den Golf von Tschili. Durch den Krieg von 1905 scheidet Rußland aus, und Japan wird zum Herrn von Korea und Port Arthur. Es kommt aber nicht etwa in logischer Fortsetzung zu einer Auseinandersetzung Japans auch mit England, das als vierte Macht 1885 in Nordostasien interessiert war. Denn Japans Machtstellung in Nordostasien bedroht ernstlich weder Englands Seemacht noch den Bestand Chinas; von 1905 an ist die Niederhaltung Deutschlands der englischen Politik wichtiger als alle ostasiatischen Fragen.

So sieht, isoliert, in ganz großen Umrissen und mit Beschränkung auf die vier Hauptmächte, die Geschichte des damals politisch wichtigsten ostasiatischen Problems aus. Es ist deutlich, daß die beiden Kriege die entscheidenden Machtverschiebungen bringen, daß die Politik nach 1895 die Schlußfolgerungen aus dem ersten Kriege zieht. Und doch ist das geschichtliche Leben viel reicher, als es solche Grundzüge erscheinen lassen möchten. Die Politik Deutschlands, Frankreichs, auch Amerikas hat eine wichtige Rolle gespielt; es gab eine Fülle von Möglichkeiten im politischen Spiel, angesichts derer manch schwerer Entschluß zu fassen war. Die Probleme um Korea und den Golf von Tschili standen in engem Zusammenhang mit den chinesischen Problemen. Diese beherrschten die beiden Krisen von 1897/98 und 1900/01, in denen der Bestand Chinas in Frage gestellt und durch die England besonders stark betroffen wurde. Bei allem Ineinandergreifen der ostasiatischen Probleme läßt sich doch festhalten: eine große japanische diplomatische Niederlage leitet die Epoche ein, eine große russische militärische Niederlage schließt sie ab; die Zwischenzeit ist von dem e n g l i s c h - russischen politischen Ringen beherrscht, das in zwei Höhepunkten 1898 und 1901 gipfelt. Schließlich — und das ist uns hier das Wichtigste — standen die ostasiatischen Probleme der Epoche in dem größeren Zusammenhang der Weltpolitik und des Systems der großen Mächte.

Japans Sieg über China und die Stellungnahme der Mächte.

Gerade während der Zeit des japanisch-chinesischen Krieges waren die Beziehungen zwischen Rußland und England entspannt,

dank der Verschlechterung der Beziehungen Englands zu Deutschland, der englisch-russischen Einigung über mittelasiatische Fragen im Pamir-Vertrag und des Besuchs des englischen Kronprinzen in Petersburg. Auch die armenische Frage drängte England zu türkenfeindlicher Haltung und zur Zusammenarbeit mit Rußland. Daher war ein gemeinsames Vorgehen Englands und Rußlands in der japanisch-chinesischen Frage möglich. England wie Rußland sahen sich, wenn auch von verschiedenen Gesichtspunkten aus, einer ihnen unangenehmen Situation gegenüber. England war bei der seit Jahrzehnten kaum unterbrochenen Ruhe im Fernen Osten voll auf seine Kosten gekommen. Ein besiegttes China konnte unter den Einfluß Japans geraten und es konnte für Rußland und Frankreich einen Anreiz zu territorialen Erwerbungen bieten.¹ Bereits Anfang Oktober 1894 regte England bei den Mächten eine Friedensvermittlung zwischen Japan und China auf der Grundlage einer Kriegsentschädigung und einer internationalen Garantie der Unabhängigkeit Koreas² an. Das zielte versteckt auch gegen etwaige russische Absichten auf Korea. England wollte damals, indem es sich an die Spitze einer gemeinsamen Intervention stellte, die Entscheidungen im Fernen Osten maßgebend beeinflussen. Daher unterhielt England mit Rußland während des ganzen Winters regen Gedankenaustausch.³ Wenn ein englisch-russisches Zusammengehen von Dauer sein sollte, so mußte aber auch die Divergenz der russischen und englischen Politik in Ostasien irgendwie beseitigt werden. Eine Aeußerung Lascelles', des damaligen Botschafters in Petersburg, habe (so wird uns berichtet) darauf hingedeutet, daß England nichts dagegen haben würde, wenn Rußland einen Teil des nördlichen China, seiner Eisenbahn wegen, und etwa einen Hafen in Korea annektierte.⁴ Die Folgerung lag dann doch nahe, und sie war in der Tat die Versuchung für Englands Chinapolitik, daß England seinerseits Sondervorteile suchte, und zwar wäre dafür nur das Jangtse-Tal in Betracht gekommen. Zu einem russisch-englischen Abkommen in diesem Sinne kam es aber nicht. Der Interventionsgedanke und der Gedankenaustausch mit Rußland waren

1. G. P. 9, 62. Brandenburg, 49.

2. GP. 9, 243.

3. Franke, 38.

4. GP. 9, 257.

ja gerade dadurch veranlaßt, daß Japan und Rußland an der Ausdehnung ihrer Macht über China verhindert werden sollten. Aber auch aus einer gemeinsamen Intervention hätte Rußland doch die Hauptvorteile gezogen.

Hatzfeld hatte den Eindruck, daß es der englischen Regierung unangenehm war, zwischen China und Japan Stellung nehmen zu müssen.⁵ Konnten nicht Japans und Rußlands Kräfte gegeneinander gebunden werden? Japan, die zivilisierte Macht, konnte doch auf China gerade einen für den englischen Handel heilsamen Einfluß ausüben. Japans wirtschaftspolitische Friedensvorschläge an China waren dem britischen Handel denkbar günstig.⁶ So erklärt sich die überraschende Stellungnahme des englischen Kabinetts am 8. April 1895. England gab bekannt, seine Interessen würden eine Intervention nicht rechtfertigen.⁷ Rosebery glaubte, daß damit die Intervention überhaupt hinfällig gemacht werde.⁸ Sollte China zusammenbrechen, so konnte England Tschusan nehmen, um nicht allein leer auszugehen; es schmeichelte sich sogar mit dem Gedanken, China könne seine Hauptstadt ja nach Nanking verlegen, also in die Nähe des englischen Machtbereichs.⁹ Doch wenn die Intervention auch ohne England zustandekam, so trat der russische, England feindliche Einfluß in China an die erste Stelle, und zwar viel unumschränkter als wenn England an der Intervention teilgenommen hätte. So ist es in der Tat gekommen; England verlor durch seine Politik im Frühjahr 1895 seinen bisherigen überragenden Einfluß in China und im Fernen Osten überhaupt. Es schnitt sich gleichzeitig (wenigstens vorläufig) die Möglichkeit zu einer allgemeinen Entente mit Rußland ab, zu der ja Ansätze bereits gebildet waren. Die englische Politik im Frühjahr 1905 macht doch den Eindruck starker Unsicherheit, und man wird, solange keine positiven Nachrichten vorliegen, gut tun, wenigstens in diesem Falle der eng-

5. GP. 9, 264.

6. Times, 8. April. — Für England bedeutete es eine Enttäuschung, daß Japan dann nur einen Teil dieser Vorschläge durchsetzte. Chirol fragt, ob Japan England nur damit hatte ködern wollen. Chirol, 154 ff.

7. Der russische Interventionsvorschlag v. 8. April war dem englischen Kabinett am 8. noch nicht bekannt. GP. 9, 267.

8. GP. 9, 267; 9, 273.

9. GP. 9, 264.

lischen Politik nicht zu große Voraussicht zuzuschreiben.¹⁰ Es soll damit nicht geleugnet werden, daß damals schon die Erwägung mitgespielt hat, Japan werde sich gegen Rußland brauchen lassen. Englands entscheidender Rechenfehler bestand aber in dem Glauben, eine Intervention werde ohne seine Teilnahme nicht zustandekommen.

Nach der Haltung zu schließen, die Rußland während des Krieges eingenommen hatte, war dies in der Tat gar nicht so unwahrscheinlich. Gewiß war Rußland eine Ausbreitung der japanischen Macht in Korea, der südlichen Mandschurei und Nordchina sehr unerwünscht, um so mehr als der Bau der sibirischen Bahn Rußland nach dem Fernen Osten geradezu drängte. Aber Rußland fühlte sich nicht stark genug, um allein einen Kampf mit Japan aufzunehmen; die sibirische Bahn war ja noch lange nicht fertig.¹¹ Daher war der russischen Politik das Zusammengehen mit England nur erwünscht. Merkwürdig wenig Aktivität entfaltete Rußland, um eine Intervention in Gang zu bringen;¹² aber das mag daran liegen, daß es auf das so rührige England rechnen zu können meinte und sich nicht durch eigene Aktivität einer Isolierung aussetzen wollte. Natürlich spielte auch mit, daß es nach dem Tode Giers' im Januar bis zur Ernennung Lobanows am 11. März in Rußland an einer festen Leitung fehlte.¹³ Doch haben die Russen nicht versäumt, in Tokio Mäßigung in den Forderungen zu empfehlen, besonders auf wirkliche Unabhängigkeit Koreas zu drängen.¹⁴

Man fragt sich, ob vielleicht eine direkte russisch-japanische Verständigung hätte zustande kommen können; Besprechungen fanden tatsächlich statt.¹⁵ Japans Politiker sind zunächst offenbar durchaus nicht für so schroffe Forderungen gewesen, wie sie nach-

10. vgl. Franke, gegenüber dessen ausführlicher Darstellung der Shimonoseki-Affäre wir uns auf Heraushebung einiger wesentlicher Punkte beschränken.

11. Brandenburg, 49.

12. Brandenburg, 47. Die einzige Nachricht von russischem Drängen GP. 9, 251.

13. Brandenburg, 48.

14. Franke, 41, 52.

15. vgl. GP. 9, 255 f. Interpretation Frankes, 50 ff. Rußland hat selbstverständlich nicht daran gedacht, auch nur sein stillschweigendes Einverständnis zur Festsetzung der Japaner auf dem Festlande zu geben.

her gestellt wurden. Doch infolge der überwältigenden Siege Japans drängten die japanischen Militärkreise darauf, den Sieg so stark wie möglich auszunutzen. Bei der Ungewißheit darüber, wie weit die europäischen Mächte gegen Japan Stellung nehmen würden, haben die japanischen Minister nicht ihre Kraft daran gesetzt, den Militärs zu widersprechen.¹⁶ So schloß sich Japan selbst die Möglichkeit friedlichen Einvernehmens mit Rußland aus; um so stärker und nachhaltiger hat dann die Intervention Japans Politik in den nächsten Jahren auf die Berücksichtigung der Politik der Kontinentalmächte hingewiesen. Es ist einleuchtend, daß Rußland wenigstens den Versuch machen mußte, mit Hilfe der anderen Mächte die japanischen Friedensbedingungen, so wie sie Anfang April bekannt gegeben wurden, zurückzuschrauben. Am 8. April regte es an, der japanischen Regierung in freundschaftlicher Form als Anschauung der europäischen Mächte mitzuteilen, die Annexion von Port Arthur sei ein Hindernis für die Anknüpfung guter Beziehungen zwischen Japan und China und eine ständige Bedrohung des Friedens in Ostasien.¹⁷ Zu diesem Vorschlag wurde Rußland gewiß ermutigt durch die Haltung Deutschlands.

Gleich 1895 tritt zutage, wie wichtig für die internationale Politik in Ostasien die Politik Deutschlands wurde. Anfangs wirkte Deutschlands Haltung durchaus hemmend auf die Interventionspläne.¹⁸ Deutschland als die am wenigsten in China interessierte Macht hatte keine Lust, sich durch eine Intervention in Krieg mit Japan hineinziehen zu lassen. Deutschland wollte, zumal bei dem russisch-englischen Interessengegensatz, nicht die Geschäfte Rußlands und Englands besorgen. Doch ein Motiv drängte es aus seiner Zurückhaltung heraus. Kam es infolge der Siege Japans zu Territorialerwerbungen europäischer Mächte, so wollte Deutschland nicht leer ausgehen. Es galt nur, nicht aus Besorgnis vor dieser Eventualität etwa selbst den Anstoß zu Territorialerwerbungen zu geben.¹⁹ Es wurde erwogen, welche Erwerbung für

16. Hayashi, 73 f.; Franke, 54 f.; GP. 9, 329 f.

17. GP. 9, 265.

18. Japan hat hierfür seine Dankbarkeit ausgesprochen, GP. 9, 253 Anm.; andererseits brachte Li bei seiner Europareise Juni 1896 gegenüber Bülow Deutschlands passive Rolle zu Anfang des Krieges zur Sprache. GP. 14, 1, 27.

19. GP. 9, 247.

Deutschland etwa in Betracht käme. Auf deutscher Seite gab man darauf acht, ob etwa England, Frankreich und Rußland über Land-erwerbungen sich verständigten. Daher gab die deutsche Regierung der englischen zu verstehen, sie werde selbst Kompensationen beanspruchen, wenn andere Mächte Erwerbungen machten, und erklärte ihre Bereitschaft zu einem Gedankenaustausch mit England.²⁰ Rußland wurde mitgeteilt, Deutschland sei bereit, mit ihm in einen Meinungsaustausch zu treten und evtl. gemeinsam zu handeln (!).²¹ Nach Bekanntwerden der japanischen Friedensbedingungen teilte die deutsche Regierung nach Petersburg und London die Auffassung mit, sie sehe die Bedingungen nicht ohne Besorgnis. Als die russische Anregung gemacht wurde, gab die deutsche Regierung umgehend ihr Einverständnis.²² Warum die Eile? Warum wartete man nicht auf Englands Entscheidung, dessen Teilnahme doch nach Hatzfelds Berichten²³ nicht mehr ganz bestimmt zu erwarten war? Warum hielt Deutschland an seiner Entscheidung fest, auch als England seinen Entschluß bekannt gegeben hatte?

In diesem Augenblick ging die deutsche Politik entschieden über die bisher eingehaltene Linie hinaus. Der Kaiser malte sich in phantastischen Zügen die „gelbe Gefahr“ aus.²⁴ Die Möglichkeit einer Vereinigung Japans mit China und deren etwaige Gefahren für den europäischen Handel waren ja auch in London erwogen worden. An die gelbe Gefahr in diesem Sinne wurde vielfach geglaubt.²⁵ Außerdem war es schon lange das Bestreben der deutschen Politik, die durch die Kündigung des Rückversicherungsvertrags veranlaßte russisch-deutsche Entfremdung wieder abzumildern. Ein irreführender Bericht Eulenburgs aus Wien ließ den Kaiser die Möglichkeit überschätzen, Rußland von der französischen auf die deutsche Seite hinüberziehen zu können.²⁶ Es war aber ganz

20. GP. 9, 250 ff.

21. GP. 9, 259.

22. GP. 9, 261; 9, 265.

23. GP. 9, 262; 9, 264.

24. Brandenburg, 53.

25. Franke, 64. Gerards Ansicht (1897) ging in derselben Richtung. Gerard, 46 f.; Chirol, sonst für eine Annäherung an Japan, sah doch, daß die Zeit kommen hönnte, wo Japans und Englands Wege auseinandergingen.

26. GP. 9, 348.

richtig, daß Rußlands Asienpolitik die vom russisch-französischen Bündnis drohende Gefahr ganz wesentlich abmilderte. Durch Unterstützung Deutschlands sollte Rußland nach dem Fernen Osten gewiesen werden. Für den Fall der Unterstützung Rußlands durch Deutschland ließ sich mit größerer Wahrscheinlichkeit die Bindung Rußlands im Fernen Osten erwarten, als wenn Deutschland nicht mitmachte und Japan in Liautung blieb.²⁷ Deutschland konnte nicht erwarten, daß ihm Rußland ein Versprechen gab, Deutschland im Falle eines Kriegs mit Frankreich nicht an seiner Ostgrenze anzugreifen, ein Versprechen, wie es Bismarck für das Zugeständnis der freien Hand an den Meerengen für Rußland bekommen hatte. Man konnte aber damit rechnen, daß mehr als durch Versprechen durch die tatsächliche Entwicklung die Ostgrenze entlastet würde. Rußlands Vorgehen in O s t a s i e n bot noch den Vorteil, daß Deutschland sich nicht dabei um seine Bundesgenossen sorgen mußte. Auch ließ sich nicht absehen, daß Rußland in Ostasien auf eigene deutsche Interessen stoßen werde. Im Gegenteil, man erwartete, im Bunde mit Rußland zum Erwerb einer Kohlenstation kommen zu können.²⁸ Auch dies trieb jetzt zur Teilnahme an einer Intervention. Eine Erklärung, durch Englands Ablehnung sei die Voraussetzung für die Intervention hinfällig geworden, wäre zwar noch denkbar gewesen, wenn auch nicht ohne Verstimmung Rußlands; aber es wäre sehr schwer gewesen, dann gleichzeitig Rußland von der Ostgrenze abzulenken und in Ostasien Erwerbungen zu machen. Eine solche Erklärung wurde wohl gar nicht erwogen; auch ein anderer nicht fernliegender Gedanke hat zum mindesten in den Akten keinen Niederschlag gefunden: die Absicht, durch Zusammengehen mit Rußland England zur Annäherung an Deutschland zu veranlassen.

Nach dem englischen Kabinettsbeschluß war Deutschland die einzige Macht, die wirklich fest zu einer Intervention entschlossen war. Ohne Deutschland wäre die Intervention wahrscheinlich gar nicht zur Ausführung gekommen.²⁹ Frankreich war sehr wenig erfreut und machte hauptsächlich deshalb mit, weil es eine russisch-

27. Dies muß gegen Meinecke, 26 gesagt werden. Japan wäre ohne den Einspruch bereits 1895 etwa in die Lage gekommen, die es 1905 sich erkämpft hatte.

28. GP. 9, 266.

29. GP. 9, 269.

deutsche Annäherung auf Kosten Frankreichs verhindern wollte, und Rußland wäre allein oder auch nur mit Frankreich zusammen schwerlich gegen Japan vorgegangen.

Unzweifelhaft war es also gerade die Haltung des an den von Japan gewünschten Gebietserwerbungen nicht unmittelbar interessierten Deutschland, die das Zustandekommen der Intervention im entscheidenden Moment ermöglichte. Bekanntlich hat der unfähige deutsche Gesandte in Tokio der deutschen Beteiligung eine unnötige und unerwünschte Schärfe gegeben, unter anderem indem er schriftlich mit Krieg drohte!³⁰ Holstein war daran zwar nicht ganz ohne Schuld,³¹ doch hat er auf Anraten Hatzfelds in den folgenden Verhandlungen auf die Zweibundmächte möglichst mäßigend einzuwirken versucht. Denn er wollte es vermeiden, daß es zu einem gemeinsamen Kriege käme und wollte Deutschland nicht unnötig mit Japans Feindschaft belasten.³² Es ist ja der deutschen Politik vielfach der Vorwurf gemacht worden, sie habe durch den Einspruch gegen Schimonoseki Japans Feindschaft auf sich geladen, daher dessen Teilnahme am Weltkrieg. Diese über zwei Jahrzehnte springende Auffassung vermag aber ernster Prüfung nicht standzuhalten; die internationale Politik ist „ein flüssiges Element“ (Bismarck). Wie wir noch sehen werden, hatte Deutschlands Stellungnahme gegen Japan einen im Gegenteil für Deutschland sehr nützlichen Einfluß auf die japanische Politik. Durch die Konzentration der russischen Politik auf den Fernen Osten erhielt Deutschland 10 Jahre lang eine vorteilhafte Stellung gegenüber Rußland und England. Gleich zu Anfang hat allerdings der Kaiser die deutsche Politik an die russische Politik moralisch derart gebunden, daß dadurch eine spätere eventuelle Umstellung auf die englische Seite erschwert wurde. Er versprach dem Zaren wiederholt brieflich, Rußlands Politik im Fernen Osten zu unterstützen und ihm in Europa den Rücken zu decken.³³ Mit der Entlastung Deutschlands sollten durch diese Politik gleichzeitig Deutschlands eigene Interessen in China gefördert werden;³⁴ in der Tat hat der Zar wiederholt zugesagt, er werde gegen eine deutsche Erwerbung in China

30. GP. 9, 278.

31. GP. 9, 270.

32. GP. 9, 279.

33. Wilhelm II., 12, 15 f., 19, 28.

34. GP. 9, 351. Wilhelm II., 12.

nichts einzuwenden haben.³⁵ Drei Hauptmotive hatten den deutschen Einspruch und die Anlehnung an Rußland herbeigeführt: der Wunsch die Ostgrenze zu entlasten, der Wunsch nach einer Kohlenstation in China, und schließlich die Vorstellung des Kaisers von der gelben Gefahr. Doch hat der Lauf der geschichtlichen Entwicklung dahin geführt, daß gerade Deutschlands Chinapolitik Reibungen mit Rußland und Annäherung an England brachte. Viel schneller noch ist es deutlich geworden, daß auch die Entlastung Deutschlands nur in einem beschränkten Grade und in beschränkter Verlässlichkeit erreicht war.

Es konnte gewiß nicht schwer für Deutschland sein, Rußland in Europa tatsächlich den Rücken zu decken, solange Rußland Europa den Rücken wandte. Man erkannte auch in Oesterreich den Nutzen der russischen Ostasienpolitik³⁶ und ließ sich nicht auf Balkanabenteuer ein. Als Konzession gegen seine ausdrückliche Erklärung, er werde Rußland den Rücken decken, dachte sich der Kaiser vor allem die erhebliche Verminderung der russischen Truppenmacht an Deutschlands Grenze;³⁷ zu einer solchen ist es unseres Wissens nicht gekommen. Rußland lockerte sein Bündnis mit Frankreich nicht.³⁸ Nachdem einmal Rußland die Hemmungen zu einem Bündnis mit Frankreich abgestreift hatte, ließ es das Bündnis nicht wieder fahren; immer deutlicher konnte es ihm werden, wie selbst das Bündnis mit Frankreich und gerade das Bündnis mit ihm zugleich Deutschland (und Oesterreich) in Schach hielt. Gewiß war Lobanow besonders franzosenfreundlich, aber auch unter seinen Nachfolgern ist es nicht anders geworden. Gewiß hätte sich die deutsche Politik in den Tagen nach dem 8. April Rußland kostbarer machen und mit Verständigung mit England drohen können; ob die Wirkungskraft solcher Drohungen weit gegangen wäre, muß doch bezweifelt werden.³⁹ Die Tatsache der

35. GP. 14, 1, 12, Anm. 2.

36. GP. 9, 185.

37. GP. 9, 359 oben.

38. Damals kam auch Münster zur Ueberzeugung, daß feste Abmachungen zwischen Rußland und Frankreich beständen. GP. 9, 407 f.

39. Einen vollen Beweis für diesen Zweifel kann allerdings Rußlands kühle Haltung gegenüber den vielen späteren Denunziationen englischer Anträge durch den Kaiser nicht geben. Denn diese betonten nicht Deutschlands Willen zur Umstellung.

unverminderten russisch-französischen Einigkeit wurde gerade an einer chinesischen Angelegenheit evident. Deutschland hat bei den Einzelverhandlungen über die Revision des Friedens von Schimonoseki mehrfach russischen und französischen Sonderwünschen nachgeben müssen, um eine russisch-französische Separatstellung in wichtigen Punkten der Verhandlung zu vermeiden.⁴⁰ Vor allem war Rußlands Haltung in der Anleihefrage von symptomatischer Bedeutung. Obgleich Witte wußte, daß Deutschland an der Anleihe Interesse hatte, mit der China seine Kriegsentschädigung bezahlen sollte, brachte er hinter dem Rücken Deutschlands eine russisch-französische Anleihe an China zustande. Lobanow hat dies zwei Monate später offen genug damit begründet, die Franzosen seien nicht gewillt gewesen, an eine Anleihe mit deutscher Beteiligung heranzugehen.⁴¹ Deutschland, so rechnete Lobanow, war durch das russisch-französische Zusammengehen an Rußland herangezungen; der Kaiser hatte ja zugesagt, unbedingt Rußland in Ostasien zu unterstützen. „Er habe die Empfindung“, sagte Lobanow zu Radolin, „die kaiserliche Regierung wolle Rußland nicht so unbedingt unterstützen, wie der Kaiser selbst.“ Und er erwähnte den letzten Ratschlag Kaiser Wilhelm I. „unter allen Umständen mit Rußland zu gehen“.⁴² In Ostasien hat die russische Politik auch sonst durchaus nicht im Sinne deutscher Interessen gewirkt. Denn sie stellte in Tokio Deutschland als den Hauptschuldigen an der Intervention hin, um sich zu entlasten, und hat auch wahrscheinlich in Peking hinten herum gegen Deutschlands Wunsch, einen Stützpunkt zu erwerben, agitiert, um sich bei China

40. GP. 9, 322.

41. GP. 9, 312. Es machte gar nichts aus, ob etwa die deutschen Bankiers an die Londoner Hochfinanz gebunden waren. Es hat auch durchaus nichts geschadet und war nur eine gesunde Lehre für Rußland, daß die Deutschen die nächste Anleihe an China in Gemeinschaft mit England betrieben. Diese Anleihe hat auch gewiß nicht das — sehr hypothetische — chinesische Vertrauen zu Deutschland untergraben, wie Franke S. 108 behauptet. Nach Gerard (126 ff.) soll Witte die Absicht gehabt haben, diese Anleihe im Verein mit Berlin zustande zu bringen, aber auch das soll am Widerspruch von Paris gescheitert sein.

42. GP. 9, 313.

beliebt zu machen.⁴³ Schlimmer als dies war die Tatsache, daß, wie Hatzfeld richtig schrieb, die Russen niemals die Franzosen fallen lassen würden, solange der Dreibund bestünde, und daß man sie bei jeder großen Krise in Europa vereinigt vor sich finden werde.⁴⁴ Aber durch Rußlands Ablenkung nach dem Fernen Osten war das Eintreten einer großen Krise in Europa bedeutend unwahrscheinlicher geworden.

Probleme internationaler Politik 1895/96.

Die wachsende Bedeutung des Fernen Ostens trat bald bei einer europäischen Frage in Erscheinung, welche die Mächte im ersten Jahr nach der Intervention in Atem hielt: der Meerengen-Frage. Nicht Rußlands Politik rollte diese Frage auf, vielmehr schien der innere Zerfall der Türkei bevorzustehen. Es wurde allmählich immer deutlicher, daß Rußland, in Ostasien beschäftigt, nicht die türkischen Wirren ausnutzen wollte, um selbst einzugreifen; Rußland suchte vielmehr die Türkei zu stützen und wollte sich mit friedlichem Einfluß in Konstantinopel begnügen. Es schloß schließlich sogar ein Orientabkommen mit Oesterreich, in dem zwar nichts über die Meerengen enthalten war, das aber als Abmachung über die Balkanstaaten die Situation außerordentlich beruhigte. Bis es aber dazu kam, war die Politik Oesterreichs, Italiens und besonders Englands im Nahen Osten viel lebhafter als die russische. Die deutsche Politik⁴⁵ bekam den bleibenden Eindruck, daß England die Meerengenfrage aufrollen wolle, um Rußland vom Fernen Osten auf den Nahen Osten zurückzulenken und dort seine Kräfte zu binden. Damit wäre aber der ganze Vorteil, um dessentwillen Deutschland an der Intervention teilgenommen hatte, verloren gegangen. Die deutsche Politik fürchtete, daß England ihr das wichtigste Werkzeug entziehen wollte.

Um verständlich zu machen, warum Englands Politik angesichts der so starken Gegensätze zu Frankreich und Rußland sich

43. Auch Chirol sah 1896, daß Deutschland in Peking von Rußland und Frankreich sofort an die Wand gedrückt wurde und die russisch-französische Intimität nicht lockern konnte. Chirol, 67 ff.

44. GP. 9, 322.

45. Vor allem Holstein, gelegentlich auch Hatzfeld.

nicht zu einem Bündnis mit dem Dreibund entschloß, sei hier folgende Aeußerung Salisburys, des von 1895 bis 1902 leitenden und letzten Endes ausschlaggebenden Ministers, vorangestellt, weil sie seine Grundanschauung wiedergibt: England wolle sich an den Dreibund anlehnen, werde aber nie ein Versprechen geben, welches für irgend eine zukünftige Eventualität die Verpflichtung zum Kriege enthalte. Diese Politik sei der Regierung vorgeschrieben, einmal durch die öffentliche Meinung, welche derartige Versprechungen gegebenenfalls über den Haufen werfen werde, sodann aber durch die insulare Lage des Landes, welche die vertragsmäßige Uebernahme einer Verpflichtung zum Kriege zu Selbstverteidigungszwecken unnötig erscheinen lasse; diese Politik sei die einzig mögliche.⁴⁶

Man wird dies bezweifeln müssen, man wird auch nicht verkennen können, daß etwas von kleinenglischer Anschauung darin steckt. Die Bündnisfrage ist meist von den Männern aufgerollt worden, die stärker imperialistisch eingestellt waren. Doch auch Salisbury hat die Interessen des Imperiums, oft anscheinend schwächlich und doch vielleicht klüger als jene, auf seine Weise wahrzunehmen gesucht. Als es im Sommer 1895 um die Türkei schlecht stand, hat er sich erneut die Frage vorgelegt, ob es lohnend sei, am Grundsatz der Verteidigung der Meerengen festzuhalten, und hat die Aufteilung der Türkei ins Auge gefaßt. Er wußte wohl, daß Deutschland vielleicht im entscheidenden Moment auf Rußlands Seite abspringen konnte:⁴⁷ einer russisch-französischen Flotte im Mittelmeer war die englische damals nicht gewachsen.⁴⁸ Salisbury kam zuerst Deutschland mit einem Plan der Aufteilung. In ihm faßte er die vollständige Ueberlassung der Meerengen an Rußland ins Auge, dagegen wollte er für England Aegypten und den Persischen Golf (Euphrat) sichern. Hierin darf man das Hauptziel Salisburys sehen.⁴⁹ Eine solche Lösung wäre gegen Frankreich gegangen und hätte die russisch-französischen Beziehungen erschüttern können. Auf deutscher Seite lehnte man aus

46. GP. 11, 242; vgl. BD. 2, 68 f. sein entscheidendes Memorandum, Mai 1901.

47. GP. 10, 34.

48. GP. 12, 1, 76.

49. vgl. auch 12, 1, 71.

Mißtrauen ab. Es war wohl zuviel vermutet, daß Salisbury mit einem solchen Vorschlag auf den Kontinentalkrieg hinzielte.⁵⁰ Man wird aber annehmen dürfen, daß Rußland durch die Aufgaben, die ihm bei der Besitzergreifung der Meerengen gestellt wurden, durch den Widerstand, den es dann bei Oesterreich (und bei Frankreich?) fand, so in Anspruch genommen werden sollte, daß es England in Ostasien, am Persischen Golf und in Aegypten keinen Schaden tun konnte. Jedenfalls wäre dies die tatsächliche Folge gewesen. Die Tatsache, daß Salisbury an D e u t s c h l a n d herantrat und nicht an Rußland, weist in die Zeit zurück, als England in der Meerengenfrage bei dem Dreibund Anschluß zu suchen pflegte. Der Charakter des Vorschlags barg gewiß große Gefahren für Deutschland in sich; dies schließt nicht aus, daß sich Deutschland wenigstens auf nähere akademische Diskussionen hätte einlassen können.

Es finden sich dann Anzeichen, daß Salisbury die Aufteilung der Türkei mit Befriedigung Frankreichs (Marocco-Aegypten-Gedanke)⁵¹ oder direkt in Verständigung mit Rußland ins Auge faßte.⁵² Der Gedanke einer Verständigung mit Frankreich blieb liegen, weil Frankreich nicht die Hoffnung und die Ansprüche auf Aegypten aufgeben wollte; hieran scheiterten wohl auch die Verhandlungen Salisburys und Courcels Anfang 1896 zur Zeit der englisch-deutschen Spannung. Rußland gegenüber hat Salisbury den Gedanken der Aufteilung nicht entwickelt, aber doch angedeutet.⁵³ Seine türkenfeindliche Politik erregte in Rußland starkes Befremden, und Lobanow hätte wohl aus demselben Mißtrauen heraus wie Deutschland seine Sondierungen abgelehnt.⁵⁴ So blieb Salisbury zunächst dabei, Oesterreich und Italien gegen Rußland auszuspielen, lehnte aber eine Erneuerung und Erweiterung der Mittelmeer-Entente von 1887 ab. Als im Oktober 1895 die Times fälschlich ein geheimes russisch-chinesisches Abkommen meldete, hat Salisbury geäußert, es wäre ihm durchaus nicht unlieb, wenn

50. GP. 10, 31.

51. GP. 10, 28.

52. GP. 12, 1, 242.

53. Der Zar soll bei seinem Aufenthalt in England Herbst 1896 Salisbury schroff abgewiesen haben, als dieser auf die Notwendigkeit einer Absetzung des Sultans hindeutete. GP. 12, 1, 233; vgl. GP. 12, 1, 242.

54. GP. 10, 92; 13, 82.

Rußland sich in China weiter engagiere; es werde dadurch von kriegерischem Vorgehen im Nahen Osten abgelenkt werden.⁵⁵ Wenn man diese Aeüßerung nicht als unwahr ablehnen will, so bleibt nur die Annahme übrig, Salisbury sei in Sorge gewesen, daß er es mangels vorhergehender Verständigung über die Türkei auf ein kriegерisches Vorgehen gegen Rußland ankommen lassen müsse. Nahm Rußland sich mit Gewalt die Dardanellen, so konnte England vielleicht von der Lösung der türkischen Frage ausgeschaltet werden. Vielleicht erwog Salisbury für diesen Fall doch die Entsendung der Flotte nach den Dardanellen.⁵⁶ Jedenfalls wollte Salisbury einen englisch-russischen Kampf um die Meerengen vermeiden. Doch so, wie die Lage nach Abweisung Oesterreichs und bei dem Ruhebedürfnis Rußlands im Nahen Osten war, bot sie für England den Nachteil verstärkter Gefahren im Fernen Osten.

Die russische Politik war von Mißtrauen gegen England erfüllt, suchte freilich gerade darum unter Zuhilfenahme der verwandtschaftlichen Beziehungen der Herrscherhäuser nicht die Fühlung zu ihm zu verlieren. Sie sicherte Rußland den Rücken durch die Pflege der guten Beziehungen zu Deutschland und Oesterreich, ohne dafür Opfer zu bringen. Sie behielt das Bündnis mit Frankreich als ihre Grundlage. Sie ermutigte Frankreichs antienglische Aspirationen auf Aegypten, um Frankreich nicht darüber unzufrieden werden zu lassen, daß das Bündnis mehr antienglisch als antideutsch sich auswirkte. Daneben haben Lobanow und der Zar es auch als direktes Interesse Rußlands angesehen, daß der Suez-Kanal, die Seeverbindung zwischen europäischem und ostasiatischem Rußland, nicht definitiv in englische Hände falle.⁵⁷ Die russische Politik hat die Meerengen nie vergessen; Ende 1896 soll ein Ministerrat abgehalten worden sein, indem über die eventuelle Besetzung Konstantinopels beraten wurde. Witte und seine Politik sorgten dafür, daß die russische Politik nicht derart abbog.⁵⁸ Die Politik der friedlichen Durchdringung Nordchinas, die finanziellen Unternehmungen, die dazu nötig waren, erforderten den Frieden. Für Ruß-

55. GP. 10, 36; vgl. 10, 111.

56. GP. 12, 1, 85 f.

57. GP. 11, 21.

58. GP. 12, 1, 67 ff.; 81, 83.

land wie für England waren die Meerengen zu einer Frage zweiten Ranges geworden.

Der Nahe Osten brachte also Deutschland letzten Endes keine Umänderung des politischen Bildes, wie es die Schimonoseki-Aktion festgelegt hatte. Deutschland erwog im Juli 1896, ob man Rußland nicht andeuten solle, man sei bereit, ihm eine Anleihe zu geben. Dafür hätte dann Rußland Deutschland in China entgegenzukommen. Aber Radolin hat davon abgeraten: Rußland werde das Geld in erster Linie zu Rüstungen gegen Deutschland verwenden und Deutschland ohne wertvolles Äquivalent nur stärker von Rußland wirtschaftlich abhängig werden.⁵⁹ In der Tat hätte sich auch auf diesem Wege die Loslösung Rußlands von Frankreich nicht erreichen lassen. Schon Schimonoseki hatte gezeigt, daß das größte Entgegenkommen gegen Rußland dies nicht zur Lockerung seines Bündnisses mit Frankreich veranlaßt haben würde.

Inzwischen war auch ein halber Versuch gescheitert, Frankreich und also Frankreich-Rußland zu gewinnen. Zu diesem Versuch hatte die antienglische Burenpolitik Deutschlands Dezember 1895/Januar 1896 aufgefordert. Als die Krüger-Depesche die englisch-deutschen Beziehungen zur Siedehitze brachte, erwog Holstein, eine Entente mit dem Zweibund einzugehen und ihn gegen England zu gewinnen — aber nicht ihn auf die Dauer zu gewinnen. Dies war eben eine Unmöglichkeit dank der Grundbedingung der kontinentalpolitischen Lage. So nahm Holstein Aegypten von seinem Vorschlag an Frankreich aus. Damit wahrte sich Holstein den Rückweg zu England, den er sich wahren mußte. Der Kontinentalbundgedanke hatte schon genug geleistet, wenn er England an Deutschland heranzwang. Dies war der eigentliche und letzte Zweck Holsteins: England aus der Isolierung herauszuzwingen.⁶⁰ Doch eben weil Holstein Frankreich das Einzige nicht bieten konnte, um dessentwillen ein zeitweiliges Zusammengehen mit dem Erbfeinde diesem lohnend erschienen wäre, ging Frankreich gar nicht auf den deutschen Vorschlag ein. Es benutzte vielmehr die deutsch-englische Spannung, um im Dienste seiner kontinentalpolitischen Interessen den Anschluß an England zu suchen.⁶¹ Die Fran-

59. GP. 11, 351.

60. GP. 11, 68 f.

61. GP 11 mehrfach.

zosen gaben den Engländern mündlich die Zusicherung, in einem deutsch-englischen Kriege mindestens wohlwollende Neutralität zu bewahren. In jene Zeit, als Salisbury nachgiebig gestimmt war, fällt auch das englisch-französische Abkommen über Siam.⁶² Doch eben Aegyptens wegen kam die Annäherung nicht zustande; die englische Dongola-Expedition entfremdete beide wieder. Die bedenkliche Erschütterung des Dreibunds und die scharfe Spannung zwischen Deutschland und England wichen einer Beruhigung, aber kühl blieben die deutsch-englischen Beziehungen in der ganzen folgenden Zeit. Eben damals formulierte die deutsche Politik den Grundsatz, Deutschland habe, fest gestützt auf den Dreibund, ruhig zwischen England und dem Zweibund sich zu halten. Aegypten war das eine, nun aber bald an Bedeutung abnehmende Objekt, das eine Verständigung des Zweibunds und Englands verhinderte; Ostasien wurde in steigendem Maße das zweite, an die Stelle Aegyptens tretende Objekt.

Die Zweibundmächte im Fernen Osten.

England hatte sich durch seine Stellungnahme im April 1895 selbst isoliert. Bald nach dem Frieden von Schimonoseki haben auf englischer wie auf japanischer Seite sich Politiker publizistisch für eine englisch-japanische Allianz gegen Rußland als den gemeinsamen Feind eingesetzt und haben ihr dadurch vorgearbeitet.⁶³ Derartige Bündnisideen brauchen aber Zeit zum Reifen; es hat bis 1898 an einem Anlaß gefehlt, wo ganz handgreiflich und unmittelbar lebenswichtige zugleich japanische und englische Interessen bedroht wurden und wo beide sich an ein Zusammengehen hätten gewöhnen können. Währenddessen war China der russischen und französischen Politik ausgeliefert (Deutschland wurde ja ganz zurückgedrängt). Die chinesische Politik hat sich zunächst, verängstigt durch den Krieg mit Japan und der eigenen Schwäche bewußt, nicht ernstlich gestraußt, sich „dankbar“ zu erweisen. Der Einfluß Cassinis und Gérards in Peking war von 1895 bis 1897 allmächtig. In diesen Jahren legten Rußland und Frankreich allmählich die Grundlagen zu einer Situation, in der England zum Eingreifen ge-

62. Siehe S. 64 f. dieser Arbeit.

63. Hayashi, 82, 103 ff.; Chirol.

zwungen war, wollte es nicht China überhaupt verloren geben. Für das chinesische Problem ist auch die Zeit von 1895/97 noch eine Zeit der Vorbereitung insofern, als es noch zu keiner akuten Krise in China mit dementsprechend starken internationalen Konsequenzen kam. 1895 hat aber die international-politische Grundlage für diese akuten Krisen gebracht.

Gewiß war Frankreich nur mit einigem Widerstreben an die ostasiatische Aktion herangegangen und hatte nur mitgemacht, um sich nicht von seinem europäischen Bundesgenossen Rußland zu trennen. Dann aber hat es sogar schneller als Rußland die chinesische „Dankbarkeit“ in Anspruch genommen, so daß englischen Augen die französische Politik in China wenigstens anfangs fast bedrohlicher und mit englischen Interessen noch schwerer versöhnlich erscheinen konnte als die russische.⁶⁴ Am 20. Juni 1895 bereits schloß Frankreich mit China zwei Verträge ab.⁶⁵ In dem einen wurde die Grenze zwischen Indochina und China festgelegt; dabei überließ China an Frankreich ein Territorium, das in dem britisch-chinesischen Verträge über Burma und Tibet vom 1. März 1894 China zugewiesen war mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß China es keiner anderen Macht abtreten werde.⁶⁶ Im zweiten Vertrag wurden Frankreich eine Reihe von Handelsplätzen in den chinesischen Grenzprovinzen geöffnet. Für Bergwerksunternehmungen in den drei Provinzen sollten in erster Linie Franzosen herangezogen werden. Existierende oder projektierte annamitische Eisenbahnen sollten nach gegenseitigem Uebereinkommen auf chinesisches Ge-

64. Gérard, 45. China forderte Anfang Mai 1895 Frankreich auf, gegen die Annexion Formosas Einspruch zu erheben. Eine solche Forderung hätte zum Kriege mit Japan und wahrscheinlich zur Annexion Formosas durch Frankreich selbst geführt. Frankreich ging zwar nicht darauf ein, wohl weil die Schwierigkeiten zu groß gewesen wären und eine Bluttaufe des ostasiatischen Dreibunds ihm selbst nicht erwünscht sein konnte. Lobanow verwandte sich aber dafür, wahrscheinlich, weil Frankreich einen „moralischen“ Erfolg vor dem Lande erringen wollte durch eine Zusicherung Japans, die Fischer-Inseln würden nicht befestigt oder einer dritten Macht abgetreten werden. Das Resultat deutscher Bemühungen um Abschwächung der französischen Forderung war schließlich die Erklärung Japans, den Kanal von Formosa nicht zu sperren und auch die neu erworbenen Inseln keiner anderen Macht abzutreten. GP. 9, 284 ff.

65. Mac Murray, 26—30.

66. Mac Murray, 4.

biet verlängert werden. Der britische Gesandte hat im letzten Augenblick die Chinesen an der Unterzeichnung der Verträge zu hindern gesucht. Der französische Gesandte erlebte vor der Unterzeichnung zwei aufregende Stunden, in der die chinesischen Bevollmächtigten abwechselnd bei OConor und ihm selbst konferierten.⁶⁷ England konnte sich nicht durchsetzen. Der von Salisbury und Courcel am 15. Januar 1896 abgeschlossene Vertrag⁶⁸ brachte allerdings ein gewisses Zurückweichen Frankreichs. Es hieß im Artikel IV, daß alle bisher oder zukünftig erlangten Vorrechte Frankreichs oder Englands in Jünnan und Ssetschuan, so weit es an ihnen liege (!), ausgedehnt und verallgemeinert werden sollten auf beide Mächte und ihre Untertanen, und daß sie sich verpflichteten, ihren Einfluß und ihre guten Dienste bei der chinesischen Regierung in dieser Absicht zu gebrauchen — eine doch recht unentschiedene Formulierung. Im dritten Artikel nahm England stillschweigend die Grenzregulierung des französisch-chinesischen Abkommens im Mekong-Gebiet an.

Ueber Siam enthielt der Vertrag folgende Bestimmung. Nach Mittelsiam (dem Flußgebiet des Menams und einigen anderen Teilen Siams) sollten weder Frankreich noch England Truppen schicken dürfen; dort sollten alle Privilegien ihnen und ihren Untertanen gemeinsam oder gleicherweise offen sein. Für die östlich und westlich der Mittelzone gelegenen Gebiete Siams war nichts bestimmt; eben deshalb mußte jeder aus dem Verträge herauslesen, daß Frankreich die westlichen Gebiete als Einflußsphäre Englands, England die östlichen Gebiete als Einflußsphäre Frankreichs stillschweigend anerkannte.⁶⁹ So handelte England dem Geist des Abkommens nicht zuwider, als es 1¼ Jahre später, am 6. April 1897, einen Geheimvertrag mit Siam über die Gebiete der hinterindischen Landzunge schloß.⁷⁰ Darin verpflichtete sich Siam, südlich von Muong Bang Tapan⁷¹ keine seiner Rechte über einen Teil seiner Territorien

67. Gérard, 64 f.

68. Mac Murray, 54 f.

69. ...rin bestärkt noch die Ueberschrift des Artikels „englische und französische Einflußsphären in Siam“.

70. BD. 2, 270.

71. Etwas nördlich des 11. Breitengrades, auch nördlich der Landenge von Kra, bis zu der auf der Westseite der Landzunge der hinterindische Besitz

und ohne die schriftliche Zustimmung der britischen Regierung auch keine Sondervorteile territorialer oder wirtschaftlicher Natur der Regierung oder den Angehörigen einer dritten Macht zu gewähren. Dafür verpflichtete sich England, Siam im Widerstand gegen jede dritte Macht zu unterstützen, die versuche, in dem genannten Gebiet Herrschaft zu erwerben oder ihren Einfluß oder ihr Protektorat zu errichten. Geheim gehalten wurde der Vertrag offenbar deswegen, damit Frankreich nicht seinerseits im Osten Siams zu weiterem Vorgehen angeregt wurde. Ob die im Vertrag von 1896 angedeutete Abgrenzung der Interessensphären an und für sich Frankreich oder England größere Vorteile im Kampf um Siam brachte, ist schwer zu entscheiden. Der Vertrag wurde geschlossen zur Zeit der ärgsten deutsch-englischen Spannung.⁷² Salisbury war daher zum Nachgeben bereit.⁷³ In Frankreich gefielen zwar seine Bestimmungen nicht, aber man nahm ihn als Abschlagszahlung hin in der Hoffnung, daß es dem klugen Courcel gelingen werde, von Lord Salisbury für Aegypten Konzessionen zu erlangen.⁷⁴

Der Vertrag hinderte Frankreich nicht, seinen Einfluß in Südchina weiter auszubreiten. Bereits seit September 1895 verhandelte Gerard mit den Chinesen über eine Bahnkonzession Dongdang—Lungtschau. Gerard selbst nennt es den ersten Versuch, in die chinesische Mauer eine Bresche zu legen.⁷⁵ In ihrer Tendenz konnte sich die Bahn ebenso gegen Englands Handelsbestrebungen in Jünnan wie am Kantonfluß richten. Wie beim Schachspiel folgten die Züge der Gegner aufeinander. Als ein guter Gegenzug gelang England der Vertrag vom 4. Februar 1897:⁷⁶ weniger gut für

Englands schon seit längerer Zeit hinabreichte. Jetzt wurde es also für Frankreich unmöglich, die Landenge von Kra durch einen Kanal zu durchstechen, um den Weg von Annam (und Ostasien) nach dem Indischen Ozean abzukürzen und dem britischen Welthafen Singapore einen schweren Schlag zu versetzen.

72. Im Artikel II verpflichteten sich England und Frankreich, nicht irgend ein Separat-Abkommen einzugehen, das einer dritten Macht erlaubte, irgend eine Aktion zu ergreifen, von der abzustehen sie selbst durch ihren Vertrag gebunden waren. Dies zielte offenbar auf den Fall, daß Deutschland am Fuß zu fassen beabsichtigte.

73. GP. 11, 60.

74. GP. 11, 175.

75. Gérard, 129 ff.

76. Mac Murray, 94 ff.

Jünnan,⁷⁷ wirkungsvoller für den Kantonfluß: denn China öffnete Wutschau, Samschui und Kongkung dem allgemeinen, d. h. in erster Linie dem britischen Handel. Daraufhin setzte Frankreich wieder einen Ergänzungsvertrag durch (12. Juni 1897).⁷⁸ Darin bekam Frankreich das Recht, die Bahn nach Lungtschau gegebenenfalls bis Nanning am Kantonfluß zu verlängern (wodurch sich die Möglichkeit ergeben hätte, den Handel, der bisher auf dem Kantonfluß nach Hongkong ging, zu einem beträchtlichen Teile nach Indochina abzulenken) und von hier oder längs des Rotflusses eine Bahn nach der Hauptstadt Jünnans zu bauen.

In diesem zähen Kampf war im allgemeinen Frankreich durchaus im Vorteil. Frankreich kam auch auf den Gedanken, von China eine Erklärung zu erpressen, China werde die Insel Hainan nie einer anderen Macht abtreten — nach dem Tsuschan-Vertrag 1846 der zweite Fall einer Nichtabtretungserklärung.⁷⁹ Die künftige französische Interessenssphäre zeichnete sich schwach, aber anspruchsvoll in dem Auftrage der Delegierten der Handelskammer von Lyon ab; diese bereisten Setschuan, Kweitschau und die beiden Hu-Provinzen.⁸⁰ Der Generalgouverneur von Indo-China unterhielt engste Beziehungen mit dem Militärbefehlshaber von Kwangtung; er suchte die französische Schifffahrt auf dem Jangtse und dem Kanton-Fluß zu heben.⁸¹ Frankreich bemühte sich auch um finanzielle Wirkungsmöglichkeit innerhalb oder außerhalb der russisch-chinesischen Bank, um nicht zu sehr im Schlepptau Rußlands zu bleiben.⁸² Schließlich setzte sich Gerard im Dezember 1896 auch mit dem belgischen Gesandten in Verbindung, um den französischen Einfluß für das chinesisch-belgische große Bahnprojekt Peking—Hankau sicherzustellen.⁸³ Li hatte auf seiner Europareise im Sommer 1896 mit dem belgischen König über dies Projekt verhandelt.⁸⁴

77. China stimmte zu, zu erwägen, ob die Handelsverhältnisse den Bau von Eisenbahnen rechtfertigten; es konzessionierte ein britisches Konsulat in Sumao, wo es bisher nur ein französisches Konsulat gab.

78. Mac Murray, 31 f.

79. Mac Murray, 98; Gérard, 202 f.

80. Gérard, 233 ff.

81. Gérard, 227, 241.

82. Gérard, 230 f.

83. Gérard, 178.

84. Gérard, 150 f.

Durch Verträge im Sommer 1897 erhielt die belgische Gesellschaft den Auftrag zur Finanzierung der Bahn;⁸⁵ als Garantien für die Anleihe sollten Bahnlinie und Bahnmaterial gelten.

So drohte der Süden bis zum Jangtse unter französischen Einfluß zu kommen, und bereits wurde eine Verbindung der russischen und französischen Zone vorbereitet; denn hinter den Belgiern standen Franzosen und Russen bei dem Peking—Hankau-Bahnunternehmen. Im Norden errang Rußland große Erfolge. Dank seiner Macht und dank der nördlichen Lage der chinesischen Hauptstadt übte es den stärksten Einfluß auf die chinesische Regierung aus. Das nächste und sehr natürliche Ziel der russischen Politik war, eine Konzession zum Bau der Bahn nach Wladiwostok quer durch die nördliche Mandschurei zu bekommen. Witte, der eigentliche Leiter der russischen Ostasienpolitik, ging sehr geschickt vor. Er gründete zunächst im Dezember die chinesisch-russische Bank, in Wirklichkeit eine von Russen geleitete Bank mit vorwiegend französischem Kapital.⁸⁶ Geld und Eisenbahnen sollten die Werkzeuge der russischen Politik sein. Im Frühjahr 1896 stellte Cassini die Forderung auf die Mandschurei-Linie.⁸⁷ Im Frühjahr 1896 fuhr Li zur Zarenkrönung nach Rußland;⁸⁸ diese Reise war schon an und für sich ein Erfolg für Rußland, war sie doch ein Bruch Chinas mit dem traditionellen System, sich von aller Welt abzuschließen.⁸⁹

Witte ist es gelungen, in Verhandlungen mit Li einen ganz außerordentlichen Erfolg für Rußland zu erringen: ein geheimes russisch-chinesisches Bündnis.⁹⁰ Witte lag es in erster Linie an dem Bau der Bahnlinie und er begründete die Forderung damit, daß nur im Falle ihrer Erfüllung Rußland imstande sein werde, China wirksam zu helfen. Li wollte auf keinen Fall auf Wittes Vorschlag eingehen, daß die Bahn vom russischen Staat gebaut werden und

85. Mac Murray, 145 ff.

86. Marc, 2 ff.; Witte, 34 f.

87. Marc, 8 f.; Gérard, 135 ff.

88. Gérard, 122 ff.; Witte, 36 ff.

89. vgl. jedoch S. 7 Anm. 6 dieser Arbeit.

90. Gedruckt in Mac Murray, S. 84, aus einer Veröffentlichung des Daily Telegraph. Echtheit des Inhalts bestätigt durch Witte, 39 f., auch durch Gérard. Witte bringt mehr Episoden als sachlich Wichtiges über die Entstehungsgeschichte des Vertrags.

dem russischen Staat gehören sollte. Es mußte also eine „Privat“-Gesellschaft aufgezogen werden, die in Wirklichkeit dem russischen Staat unterstand. Diese konnte aber nicht so schnell gegründet werden, da vor ihrer Gründung die Konzession zum Bahnbau in allen Einzelheiten hätte festliegen müssen. Daher wurde bestimmt, daß China der russisch-chinesischen Bank die Konzession zum Bahnbau geben sollte. Die Bank sollte aber ihr Recht nicht nutzbar machen,⁹¹ sondern mußte sich verpflichten, die Konzession ihrerseits der von der russischen Regierung zu bildenden Gesellschaft der ostchinesischen Bahn zu übertragen. So hatte Witte in der folgenden Zeit zwei Institute als Werkzeuge seiner Politik: die russisch-chinesische Bank für Finanzierungen und die Gesellschaft der ostchinesischen Bahn für den Bau und die Verwaltung von Eisenbahnen.

In dem Vertrage, den Li mit Witte im Mai 1896 schloß, gab „die chinesische Regierung, in der Absicht, das Herankommen der russischen Landtruppen zu den bedrohten Punkten zu erleichtern und die Mittel ihrer Unterhaltung (subsistance) zu sichern, ihre Zustimmung zum Bau einer Bahn durch die chinesischen Provinzen Heilungkiang und Kirin in der Richtung auf Wladiwostok“.⁹² Dafür ging Rußland auf die Bestimmung ein, daß „im Falle eines Angriffs Japans auf China (oder auf russisches Landgebiet in Asien)⁹³ China und Rußland sich verpflichteten, einander wechselseitig mit allen Land- und Seestreitkräften zu unterstützen, über die sie in jenem Moment verfügen könnten und einander soviel wie möglich in der Verpflegung ihrer Streitkräfte zu helfen.“ Auch sollten „während der militärischen Operationen alle Häfen von China nötigenfalls den russischen Kriegsschiffen offenstehen“.⁹⁴ Die Verpflichtung, die Rußland hiermit übernahm, bedeutete keine große Belastung, weil Rußland mit den chinesischen zugleich seine eigenen Interessen in der Mandschurei schützte. Unangenehm konnte der Vertrag höchstens dann für Rußland werden, wenn Japan Amoy angriff, oder wenn England Japan anstachelte, noch einmal nach Port Arthur zu greifen, Rußland aber aus anderen Gründen den Frieden einer der-

91. Damit Witte die Bahn ganz fest in der Hand habe?

92. Art. IV.

93. Daily Telegraph druckt auch „oder Korea“. Witte sagt hiervon nichts. Gérard geht darüber hinweg.

94. Diese Bestimmung findet sich bei Witte nicht.

artigen Erschütterung seiner ostasiatischen Stellung doch vorgezogen hätte. Solche andere Gründe konnten innere Ursachen sein oder — vom russischen Standpunkt gesehen — ein Angriff einer Dreibundmacht, der Rußland im Westen voll in Anspruch nehmen konnte. Selbst diesen Fall gesetzt, hätte Rußland mit dem Vertrag nicht mehr verloren als ohne ihn, aber immerhin legte der Vertrag Rußland daraufhin fest, seine Ostasien-Politik nicht wieder aufzugeben, sondern zu schützen. Die Vorteile, die der Vertrag Rußland bot, bedürfen keiner näheren Erläuterung.

Entsprechend der seltsamen Taktik, die Witte eingeschlagen hatte, folgte dem Bündnisvertrag im Herbst (am 8. September 1896) ein Vertrag zwischen der russisch-chinesischen Bank und China.⁹⁵ Im Artikel 6 dieses Vertrages war bestimmt: „Die Landgebiete, die tatsächlich notwendig für den Bau, den Betrieb und den Schutz der Linie sind, wie auch die Landgebiete in der Nähe der Linie, die notwendig für die Beschaffung von Sand, Steinen etc. sind, werden der Gesellschaft übergeben werden . . . Die Gesellschaft wird das absolute und ausschließliche Recht der Verwaltung ihrer Gebiete haben.“ Schließlich wurden im Winter (am 16. Dezember 1896) die Statuten der Gesellschaft der ostchinesischen Bahn festgelegt.⁹⁶

Infolge des Bündnisses waren die Beziehungen zwischen China und Rußland so intim wie nur denkbar. Es war nur die Frage, ob für China die Ansprüche weiter erträglich blieben, die Rußland an seine Dankbarkeit stellte. Der Gedanke an den Bau einer Zweigbahn von der nordmandschurischen Bahn nach dem Gelben Meer mußte sich jedem Russen aufdrängen. Rußland brauchte einen südlichen, eisfreien Hafen; statt in Korea konnte ihn Rußland auch in China suchen. Häfen auf der Liautung-Halbinsel und die Kiautschaubucht wurden von russischen Schiffen aufgesucht und auf ihre Eignung als Stützpunkt geprüft.⁹⁷ Der Zar, auch Cassini, erzählten

95. Mac Murray, 74.

96. Mac Murray, 84 ff. Hierin hieß es: „Die Wahrung des Gesetzes und der Ordnung in den Gebieten, die der Bahn und ihrem Zubehör zugesprochen sind, soll Polizeiaagenten anvertraut werden, die von der Gesellschaft ernannt werden“. Nach Wittes Erzählung hat er sich hierüber mit Li bereits im Mai verständigt. Witte, 40.

97. Am 30. Oktober 1896 veröffentlichte der North China Herald den Text eines angeblichen russisch-chinesischen Vertrags, der sogen. Cassini-Konvention. Der Text enthält zahlreiche Ungereimtheiten. Artikel IX und X

den Deutschen von diesen Plänen, als ob ihre Ausführung nahe bevorstände. Bis zum Eingreifen Deutschlands in China im November 1897 hielt sich freilich die russische Politik in dem durch den Vertrag von 1896 gekennzeichneten, von Witte bestimmten Sinne.

Der Einspruch gegen den Frieden von Schimonoseki, aus dem Witte so hervorragend Nutzen zu ziehen verstand, hatte sich nicht auf Korea bezogen; trotzdem brachten die Jahre 1896 und 1897 auch in Korea Rußland große Erfolge. China hatte im Frieden mit Japan auf Korea verzichtet und die Unabhängigkeit Koreas anerkannt. Japan lag es natürlich nicht an der Unabhängigkeit Koreas überhaupt, sie sollte nur die Vorstufe sein für ein japanisches Protektorat. Jedoch hat es Japan nicht verstanden, in geduldiger diplomatischer und wirtschaftspolitischer Arbeit diesem Ziele zuzustreben. Die koreanische Königin wurde von Japanern ermordet. Es folgte eine Zeit allgemeiner Aufregung und gewaltiger Erbitterung der Koreaner gegen die Japaner. Am 11. Februar 1896 flüchtete der koreanische König und der Kronprinz in die russische Gesandtschaft; sie blieben hier bis zum 20. Februar 1897!⁹⁸

Für Japan war es nicht möglich, die Unterwerfung Koreas zu erzwingen; es mußte seine Truppen zurückziehen. Mit Rußland schloß es zwei Verträge.⁹⁹ Sie beruhten auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit; dies gab aber Rußland eine Stellung in Korea, die es noch nie gehabt hatte. Die Bestimmungen der Verträge erweckten den Anschein, als sollte Korea möglichst sich selbst über-

gibt Rußland Rechte auf Kiautschou, Port Arthur und Talienwan. Der Vertrag sieht u. a. bereits die südmandschurische Bahn vor. Er ist sicher unecht. Gérard, Mac Murray, Dennett, Roosevelt, S. 66. Eine ungezwungene Erklärung liegt in der Annahme, daß der Text ein russisches (den Chinesen eingereichtes?) Memorandum über die Ziele der russischen Politik darstellt. vgl. Cordier, 3, 347 f.

98. Franke, 114 f.

99. Waeber-Komura-Vertrag 14. Mai zu Söul, Lobanoff-Yamagata-Vertrag 9. Juni zu Moskau. Rußland wie Japan durften in Korea eine gleiche, geringe Anzahl Truppen unterhalten. Rußland und Japan verpflichteten sich, die koreanische Regierung finanziell zu beraten und, wenn sie auswärtige Anleihen brauche, ihr nach gegenseitiger Uebereinkunft beizustehen. Korea sollte die Einrichtung und Aufrechterhaltung seines Heeres überlassen werden, doch war dabei ein Vorbehalt, der Rußland (oder Japan) jederzeit ein Eingreifen in die Heeresangelegenheiten ermöglichte. Korea Treaties, 21 ff., vgl. Marc, 33 ff.; was Witte, 55 f. sagt, ist sehr ungenau.

lassen, im übrigen von Rußland und Japan beraten werden. Doch da Japan es mit der koreanischen Regierung verdorben hatte, wurde zunächst der russische Einfluß vorherrschend. Was Japan im Kriege von 1894/95 mit den Waffen erkämpft hatte, war ihm 1895 und 1896 fast vollständig wieder entwunden worden. Japan und England waren die Leidtragenden der Entwicklung von 1895—1897.

Auch das Jahr 1897 brachte Japan einen schweren Schlag: Amerika annektierte die Hawaii-Inseln. Japan protestierte energisch gegen die Annexion.¹⁰⁰ Es begründete seinen Protest nicht nur mit der Schädigung der Interessen der auf Hawaii lebenden Japaner, sondern auch mit der Störung des status quo im Pazifik. Japan hat seinen Protest bald wieder zurückgezogen. Wie sollte es auch einen Krieg mit Amerika durchführen? Wenn Japan dem asiatischen Kontinent den Rücken zuwandte und seine Front gegen Amerika richtete, so war die russische Politik in der Mandschurei und in Korea nicht mehr durch Rücksichtnahme auf die Eventualität eines Krieges mit Japan zur Mäßigung gezwungen. Wenn Japan mit Amerika gute Beziehungen pflegte, konnte es Amerika, wenn nicht den Staat, so doch das amerikanische Kapital, vielleicht für Korea interessieren. Die Erinnerung an Amerikas Politik zu Anfang der 80iger Jahre konnte in diesem Gedanken bestärken. Japan hat, seine Augen gebannt durch die russische Gefahr, sich bis 1905 mit der amerikanischen Politik abgefunden und sich mit Amerika vertragen.

Auch England sah die Annexion Hawaiis nicht gern, erhob aber keinen Einspruch.¹⁰¹ Man kann doch auch in der Politik Salisburys schon den Gedanken erkennen, daß er eine Spannung mit Amerika vermeiden wollte. Japan und England traten der aufsteigenden Weltmacht nicht entgegen. Einer der Gründe hierzu war für England seine Gegnerschaft gegen die Zweibundmächte, deren Politik im Fernen Osten immer gefährlicher für es wurde. Ebenso fühlte sich Japan durch die russische Politik im Fernen Osten bedroht.

100. Dennett, 613 f.

101. Deutschland wollte Salisbury zu einem gemeinschaftlichen Protest in Washington bewegen. Salisbury zeigte anfangs Neigung dazu, hat aber dann seine Ablehnung vor allem damit begründet, daß ein Protest die Annahme des Annexionsvertrages durch den Senat nur beschleunigen werde. GP. 13, 28 bis 45.

Japan und England standen zudem in schlechten Beziehungen zu Deutschland, dem Teilnehmer an der Intervention von 1895, dem Gegner Englands in Südafrika von 1895/96. Im Januar 1897, als England und Amerika einen Schiedsgerichtsvertrag unterzeichnet hatten, hat Murawiew über die Möglichkeit einer Einmischung Amerikas in Ostasien nachgedacht. Er sprach darüber mit Hohenlohe und Marschall während seines Aufenthaltes in Berlin.¹⁰² Fast möchte man hier schon Anzeichen einer Gruppierung England—Japan—Amerika einerseits, Deutschland—Rußland—Frankreich andererseits, natürlich nur mit dem Fernen Osten als Geltungsbereich, bemerken. Doch mit Amerika war vorläufig noch nicht ernstlich zu rechnen. Es mußte bei dem Vordringen der Russen und Franzosen in Ostasien von grundlegender Bedeutung sein, welche Entwicklung die Politik Deutschlands, des Gegners der Zweibundmächte in Europa, in Ostasien nahm.

102. GP. 13, 55; 13, 59.

Dritter Teil.

Die erste Chinakrise 1897/98.

Die Besetzung Kiautschous durch Deutschland und die russische Politik.

Die Konzentrierung der russischen Politik auf den Fernen Osten lag im Interesse Deutschlands, seines westlichen Nachbarn. Es konnte sich der russischen und englischen Ostasienpolitik gegenüber etwa so verhalten wie Bismarck gegenüber der englischen und französischen Politik in Aegypten und in Afrika überhaupt, nur daß auf Rußland wegen der deutschen Ostgrenze größere Rücksicht genommen werden mußte wie auf das im Grunde immer deutschfeindliche Frankreich und das nicht-kontinentale England. Deutschland konnte die ostasiatische Frage lediglich als ein Mittel ansehen und ausnutzen, die internationalen Beziehungen Deutschlands im deutschen Sinne zu regeln. In Aegypten wie in Ostasien war es in der Lage, sich für die Macht einzusetzen oder auf die Macht einen Druck auszuüben, von der es etwas haben oder die es ungefährlich machen wollte. Diese einfache Linie der deutschen Politik war überall dort in Frage gestellt, wo die deutsche Politik unter Ausnutzung der bestehenden weltpolitischen Spannungen zwischen den anderen Mächten eigene handels- oder kolonialpolitische Ziele verfolgte. Selbst wenn sie in bewußter Selbstbeschränkung nur bescheidene Aufgaben sich stellte und sie mit politischem Takt zu lösen suchte, mußten doch die Vorteile weltpolitischer Uninteressiertheit im Lauf einer natürlichen Entwicklung einer Situation Platz machen, in der für Deutschland weltpolitische Reibungen auftraten und sich mit den bestehenden europäischen Gegnerschaften vielleicht gefährdend, vielleicht auch nützlich verknüpfen konnten.

Der deutschen Bagdad-Bahn-Politik hat man den Vorwurf gemacht, sie sei eine zu schwere Belastung unserer Gesamtpolitik gewesen. Durch den Flottenbau habe die deutsche Politik die Beziehungen zu England überspannt, durch den Bagdadbahnbau die Beziehungen zu Rußland.¹ Doch Deutschlands Ostasienpolitik hat man nicht als Drittes dem Flotten- und Bagdadbahnbau zur Seite gestellt, um die deutsche Weltpolitik zu verurteilen, so sehr im einzelnen auch die Ostasienpolitik kritisiert worden ist.

In der Türkei wie in Ostasien (seit der Erwerbung Kiautschous) hatte Deutschland ein mit eigenen Interessen belastetes Schiff zwischen russischen und englischen Interessen und Interessensphären hindurchzusteuern. Der entscheidende Unterschied aber sei hier gleich vorweggenommen: Deutschlands Aktivität in Ostasien wurde im Verhältnis zu der politischen Rolle der anderen Mächte nie so stark, daß es die dauernde Feindschaft einer Macht mit Notwendigkeit auf sich lenkte. So fehlt zwar der deutschen Ostasienpolitik der einheitliche große Zug und darum die einheitliche große Wirkung, aber andererseits überspannte Deutschland hier nicht seine Weltpolitik. Die Gebundenheit durch eigene ostasiatische Interessen beeinflusste Deutschlands Gesamtpolitik, wurde aber nie für sie auf die Dauer entscheidend.

Entsprechend der eigentümlichen ostasiatischen Lage im Jahre 1895 hatte ein direktes handels- und weltpolitisches Interesse Deutschlands, der Wunsch, eine Kohlenstation zu erwerben, es dicht an die russische Seite gedrängt. Der Zar hatte dem Kaiser damals die Zusage gegeben, er werde den Erwerb einer Kohlenstation durch Deutschland begrüßen. Doch war es klar, daß die russische Haltung davon abhing, wo die gewählte Kohlenstation lag.

Man hat in Deutschland jahrelang darüber hin und her beraten, welcher Platz der geeignetste sei, vom marinetechnischen wie vom kommerziellen Standpunkt aus. Selbstverständlich sollte die Kohlenstation möglichst auch für den deutschen Handel wertvoll sein; ihre Erwerbung sollte davor bewahren, daß Deutschlands Handel je aus China ausgeschlossen werden konnte. Im Gegensatz

1. Von Überspannung der deutsch-englischen Beziehungen durch den Bagdadbahnbau kann — trotz mancher Reibungen zwischen Deutschland und England sinnetwegen — nicht die Rede sein.

zu den vier anderen im Fernen Osten sozusagen schon eingebürgerten Mächten mußte sich Deutschland einen Ansatz- und Ausgangspunkt für seine Politik erst schaffen, wenn sie nicht überhaupt auf direkte Betätigung dort verzichten wollte. Es haftete ihr daher notgedrungen etwas Unorganisches an. Der Kaiser hat sich in der ganzen Zeit von 1895/97 mit größtem Nachdruck für die Erwerbung eines Stützpunktes eingesetzt und dabei nicht immer die nötige politische Ueberlegung gewahrt.² Mehr als die Marinebehörden trieb er persönlich die deutsche Politik in dieser Frage wie in allen weltpolitisch-ostasiatischen Fragen vorwärts.

Einer der besten Plätze von größtem strategischen Wert an der Peripherie Chinas sind die Tschusan-Inseln; das Reichsmarineamt hat dies sofort erkannt.³ Ebenso entschieden hat aber das Auswärtige Amt begriffen, daß des englisch-chinesischen Vertrages wegen Tschusan von vorneherein für Deutschland nicht in Betracht käme.⁴ Im November 1895 hat aber Admiral Knorr in einer Denkschrift und in einer Audienz beim Kaiser sich mit aller Entschiedenheit für die Erwerbung Tschusans eingesetzt. Knorr drückte gegenüber Hohenlohe Zweifel aus, ob der englisch-chinesische Vertrag von 1846 noch in Kraft sei.⁵ Das Auswärtige Amt hat daraufhin nochmals festgestellt, daß von der Erwerbung Tschusans aus höheren politischen Rücksichten abzusehen sei.⁶ Dem englischen Vertreter in Peking ist etwas davon zu Ohren gekommen. Denn er meldete im November, der deutsche Gesandte bemühe sich, von der chinesischen Regierung eine Kohlenstation in der Tschusan-Gruppe zu erhalten.⁷ England hat daraufhin die chinesische Regierung an ihre Verpflichtung erinnert und von ihr eine schriftliche Erklärung erhalten, daß sie keine solche Konzession gewähren werde.⁸

2. GP. 14. 1. 16 f.; 14. 1. 21; 14. 1. 43; 14. 1. 67 f.

3. GP. 14. 1. 10; 14. 1. 14.

4. GP. 14. 1. 14.

5. GP. 14. 1. 20 f., 22 Anm. 2.

6. GP. 14. 1. 22.

7. Nach Ausweis der deutschen Akten hat der deutsche Gesandte nur allgemein den Wunsch nach irgendeiner Flottenstation ausgesprochen. Die falsche englische Meldung ist noch in einem Memorandum vom 1. Januar 1907 von Eyre Crowe als Beitrag zur Geißelung der deutschen Kolonialpolitik verwertet worden. BD. 3. 412.

8. BD. 1. 328.

Die Erörterungen über die Frage, wo Deutschland sich am besten festsetze, führten Ende 1896 schließlich dazu, daß man Kiautschou für den relativ geeignetsten Platz hielt. Da er abseits der engeren englischen Interessensphäre lag, wäre es denkbar gewesen, daß Deutschland sich vorher mit England über die Erwerbung Kiautschous verständigt hätte. Doch war es sehr fraglich, ob England überhaupt eine Festsetzung Deutschlands in China gern sehen würde, falls es selbst nicht größere Kompensationen bekam; konnte doch der Spielraum für den englischen Handel dadurch eingeengt und diese oder jene Macht zu ähnlichem Vorgehen wie Deutschland angereizt werden. Auch Graf Hatzfeld gewann aus einer Unterredung mit Lord Salisbury im Mai 1897, in der er die Frage berührte, nicht den Eindruck, daß Salisbury ohne weiteres auf die deutschen Wünsche in China eingehen werde.⁹ Die deutsch-englischen Beziehungen waren damals noch von der Krüger-Depesche her kühl.¹⁰ Näher lag der deutschen Politik eine vorausgehende Verständigung mit Rußland. Sie lag in der Linie des bisherigen Zusammengehens mit Rußland in Ostasien, sie mußte erleichtert werden durch die früheren Versprechungen des Zaren, sie war geboten durch den besonderen Umstand, daß Kiautschou in der Nähe der russischen Interessensphäre lag. Denn wenn die Politik der Freien Hand erforderte, daß koloniale Neuerwerbungen Deutschland möglichst wenig belasteten, so mußte es das Einverständnis der Macht einholen, die, mit ihm befreundet, dort vielleicht empfindlich getroffen werden konnte. Später, nach der Besetzung Kiautschous, hat die deutsche Diplomatie bei England den Gesichtspunkt geltend gemacht, es sei günstig für England, daß Deutschland sich im Norden und nicht in größerer Nähe englischer Interessengebiete festsetze.¹¹ Bei Rußland brachte sie den umgekehrten Gesichtspunkt vor, es sei günstig für Rußland, daß Deutschland sich in der Nähe der russischen Interessenssphäre festsetze, weil es dadurch zu dauernder Anlehnung an Rußland gedrängt werde; lehnten wir uns — räumlich — an die englische Interessenssphäre an, so würden wir genötigt sein, der englischen Politik als Ausgleich

9. GP. 13. 27.

10. GP. 13, Kap. 84; GP. 13. 3 Anm.

11. GP. 14. 1. 104 Text und Anm.

unsere politische Freundschaft und Unterstützung zu bieten.¹² Beide Gesichtspunkte haben, obgleich sie sich scheinbar widersprechen, auch wirklich in den Erwägungen der deutschen Politik eine Rolle gespielt. Die Lage Kiautschous war in der Tat so günstig, daß Deutschland, ohne England dabei in den Weg zu treten, doch an Rußland angelehnt vorzugehen suchen konnte.

Würde aber das Einverständnis Rußlands, das Deutschland vor der Besetzung Kiautschous einzuholen bereit war, überhaupt ohne schwerwiegende Kompensationen zu erlangen sein? Wenn Deutschland sich in Kiautschou nach russischer Auffassung nicht neben, sondern in die russische Interessenssphäre setzte, würde es dann nicht vor die Wahl gestellt werden, ob es sich in seiner ganzen Politik an Rußland binden oder sich an England anlehnen und eine ernste Spannung mit Rußland riskieren solle? Unmittelbar nach der Besetzung Kiautschous hat Deutschland allerdings drei Wochen lang den Druck dieser alternativen Frage spüren müssen.¹³ Alles hing davon ab, welche Rechte, vor allem welche Interessen Rußland in Kiautschou hatte. Weil die Russen selbst diese Interessen nicht einheitlich beurteilten und wahrnahmen, kam es dazu, daß Deutschland sich zum mindesten in stillschweigendem Einverständnis mit Rußland glaubte und dann, als es handelte, in eine kurze, aber unerwartete Spannung mit Rußland geriet.

Nur eins von den Rechten, die Rußland in Kiautschou gehabt haben soll, hat erweisbar wirklich bestanden.¹⁴ Auf Grund eines

12. GP. 14. 1. 104 Text und Anm.

13. GP. 14. 1. 73—107.

14. Zum Art. 9 der angeblichen Cassini-Konvention über Kiautschou vgl. S. 69, Anm. 97 dieser Arbeit. Gerade im Herbst 1897, in dem Monat, bevor Deutschland Kiautschou besetzte, kamen Nachrichten von einem russisch-chinesischen Geheimvertrag über Kiautschou nach Berlin — es wäre interessant zu wissen, aus welchen Quellen, wahrscheinlich handelte es sich um Wiederauftauchen der 1896 umlaufenden Meldungen über die Cassini-Konvention. Vgl. Brandenburg, S. 88 zit. Tel. Heyking 27. Okt. und GP. 14. 1. 71. Von chinesischer Seite ist die Existenz von Rechten Rußlands auf Kiautschou — außer dem oben im Text erwähnten — stets verneint worden. GP. 14. 1. 37; 14. 1. 61 Anm. 2; 14. 1. 62 Anm. 1. Später am 6. Dezember 1897, bezeichnete Murawiew selbst das Faktum des ersten Einlaufens russischer Schiffe als ein *privilège*, und fügte hinzu, ein *droit* würde in dieser Beziehung ein Vertragsverhältnis mit China voraussetzen. Auch diese Äußerung ist ein Argument gegen das Bestehen der Cassini-Konvention. GP. 14. 1. 111; vgl. GP. 14. 1. 63 Anm.

Uebereinkommens mit China hatten russische Schiffe im Winter 1895/96 in der Kiautschou-Bucht überwintert.¹⁵ Bei der Intimität der russisch-chinesischen Beziehungen war anzunehmen — gleichgültig ob das ausdrücklich vertraglich festgelegt war oder nicht —, daß Rußland auch weiter dort überwintern lassen konnte, wenn es wollte.¹⁶ Das Interesse Rußlands an der Kiautschou-Bucht war aber nicht sehr lebhaft. China schien den Hafen für eigene Zwecke benutzen zu wollen und Rußland erklärte sich damit einverstanden, daß die Chinesen ihn befestigten.¹⁷ Die Entfernung von Wladivostok wurde als zu groß empfunden.¹⁸ Der russische in Ostasien kommandierende Admiral äußerte sogar wiederholt, Rußland habe keine Ansprüche und Wünsche dort.¹⁹ Andere Häfen lagen dem Bereich der russischen Interessen näher. Das Anwachsen des russischen Einflusses in Korea konnte Aussichten auf den Erwerb eines dortigen Hafens eröffnen.²⁰ Strategisch günstiger, den Golf von Tschili beherrschend, lagen die Häfen der Liautung-Halbinsel, dazu noch am Südeinde der Mandschurei, die Rußland als seine Einflußsphäre ins Auge gefaßt hatte. Bei ersten Besichtigungen Port Arthurs hatten die Russen allerdings einen ungünstigen Eindruck von den dortigen Hafenverhältnissen bekommen,²¹ und überhaupt war es für Rußland, solange es weder in Korea noch auf Liautung einen Hafen besaß, natürlich wertvoll, daß ihm der Zutritt zur Kiautschou-Bucht offen blieb, besonders bei drohendem Herannahen und während der Dauer eines Krieges.²²

Diesem Stande der russischen Interessen entsprach die Antwort, die der Zar und Murawiew dem Kaiser und Bülow gaben, als diese während ihres Besuchs in Peterhof Anfang August 1897 das Terrain sondierten; Rußland habe ein Interesse daran, sich den Zu-

15. GP. 14. 1. 35; 14. 1. 37; 14. 1. 22 Anm. 2.

16. GP. 14. 1. 56 f.

17. GP. 14. 1. 56 f.

18. GP. 14. 1. 55; 14. 1. 57; Marc, 18.

19. GP. 14. 1. 52; 14. 1. 54; vgl. 14. 1. 128 f.; Tirpitz, Erinnerungen S. 64.

20. vgl. GP. 14. 1. 36; Marc, 21.

21. GP. 14. 1. 35; Marc, 20.

22. Art. 9 der angeblichen Cassini-Convention spiegelt dies Interesse wieder. GP. 14. 1. 63 Anm. oben, ein angebliches Versprechen Li's, das aber für alle chinesischen Häfen schon im Bündnisvertrag Art. 3 gegeben war.

tritt zur Kiautschou-Bucht zu sichern, bis es einen nördlicheren schon ins Auge gefaßten Hafen (Pingjang bei Port Arthur) erhalten habe. Auf die Frage des Kaisers, ob der Zar Bedenken dagegen habe, daß deutsche Schiffe im Bedürfnisfalle und nach eingeholter Erlaubnis der russischen Marinebehörden in der Bucht ankerten, antwortete der Zar negativ. Dies wurde schriftlich festgelegt und Murawiew bemerkte dazu, Rußland habe nicht die Absicht, die Bucht definitiv zu behalten, wenn er auch noch nicht sagen könne, wann dasselbe in der Lage sein werde, die Bucht zu räumen. Nach erfolgter Räumung wünsche Rußland sie uns zuzuwenden.²³ Murawiew mußte sich klar darüber sein, daß Deutschland im Grunde nicht auf die Möglichkeit des Ankerns, sondern auf die Besitznahme aus war. Dementsprechend hätte Murawiew, die Sache vom russischen Standpunkt aus gesehen, besser getan, in seiner Antwort ausdrücklich zu betonen, daß Rußland die Erwerbung Kiautschous durch Deutschland auf keinen Fall zulassen könne, solange, bis es selbst einen Hafen auf der Liautung-Halbinsel wirklich erworben habe; er hätte dadurch eine deutsche Annexion von dem Vorausgehen einer russischen abhängig gemacht. Doch hatte diese Versäumnis nicht allzu viel zu bedeuten, weil Deutschland nach der Abmachung von Peterhof in der Kiautschou-Angelegenheit nichts tun konnte, ohne Rußland vorher zu fragen. Durch die Abmachung war eine Annexion durch Deutschland nicht von vorneherein klar ausgeschlossen, aber klar an eine Verständigung mit Rußland gebunden worden. Denn wenn schon das Ankern deutscher Schiffe an die Erlaubnis russischer Behörden gebunden war, so war selbstverständlich eine Annexion erst recht an die Zustimmung Rußlands gebunden. Deutschland hatte, obgleich Rußland Kiautschou nicht besaß, doch dessen faktisches Verfügungsrecht über es anerkannt. Die Politik Murawiews bekam nun dadurch einen Riß, daß Lamsdorff und der Zar gerade diesen Anspruch auf das Verfügungsrecht nicht wahrnahmen; gerade weil es juristisch, vertragsmäßig nicht voll zu begründen war, hätte Rußland auf seinem faktischen, politischen, in Peterhof von Deutschland anerkannten Recht bestehen müssen. Im Herbst teilte die deutsche Regierung der russischen ihre Absicht mit, im Laufe des kommenden Winters

23. GP. 14. 1. 58 f.; vgl. auch schon die Ansicht Detring's, 14. 1. 37.

in der Kiautschoubucht Kriegsschiffe vor Anker gehen zu lassen.²⁴ Von russischer Seite erfolgte kein Widerspruch.²⁵ Nach einem Bericht Tschirschkys sagte ihm Lamsdorff, Rußland sei nicht in der Lage, über den Hafen zu verfügen, vollends da es keine Schiffe oder sonstige Organe in der Bucht habe; seines Wissens habe Rußland jetzt überhaupt keine Rechte dort.²⁶

Deutschland war es in seinen bisherigen Verhandlungen mit den Chinesen nicht gelungen, sie in gütlicher Einigung zur Abtretung einer Kohlenstation zu bewegen. Von chinesischer Seite selbst — dem chinesischen Gesandten in Petersburg — war man darin bestärkt worden, daß nur rücksichtslose Gewaltanwendung die einzige Sprache sei, die die Chinesen verstanden.²⁷ Am 6. November 1897 las der Kaiser die Nachricht von der Ermordung zweier deutscher katholischer Missionare im südlichen Schantung und telegraphierte an das Auswärtige Amt, das deutsche Geschwader müsse sofort nach Kiautschou fahren, dort geeignete Punkte und Ortschaften besetzen und von den Chinesen vollkommene Sühne erzwingen.²⁸ Rußland vergaß er offenbar dabei ganz; als er aber von Hohenlohe telegraphisch daran erinnert wurde, daß gemäß der Peterhofer Vereinbarung für die Besetzung von Kiautschou das russische Einverständnis nachzusuchen sein würde,²⁹ telegraphierte er an den Zaren und erhielt umgehend von ihm die Antwort, er könne die Absendung des deutschen Geschwaders nach Kiautschou weder billigen noch mißbilligen, da er kürzlich erfahren habe, daß dieser Hafen nur zeitweilig russisch gewesen sei, und zwar von 1895—1896.³⁰ Damit ließ der Zar den Anspruch auf das Verfügungsrecht Rußlands fallen. Alexejew, Lamsdorff und jetzt auch die maßgebende Instanz, der Zar, hatten Rußlands Recht und Inter-

24. GP. 14. 1. 60; 14. 1. 62.

25. Es wäre wünschenswert zu wissen, ob und wie Murawiew auf die im GP. Nr. 3682 und 3685 enthaltenen deutschen Mitteilungen noch geantwortet hat.

26. GP. 14. 1. 62 ff.

27. GP. 14. 1. 39 ff.

28. GP. 14. 1. 67

29. GP. 14. 1.

30. GP. 14. 1.

esse an Kiautschou abgeleugnet.³¹ Das deutsche Kreuzergeschwader erhielt den Befehl zur Fahrt nach Kiautschou.³²

Es war nicht Deutschlands Sache, sich daran zu stoßen, daß das Zarentelegramm dem Geist der Peterhofer Abmachung nicht entsprach. Doch die Tatsache, daß Rußland sich noch keinen Hafen gesichert hatte, während Deutschland offensichtlich im Begriff war, sich einen zu nehmen, blieb bestehen.³³ Murawiew, ohne dessen Genehmigung das Zarentelegramm abgesandt worden war,³⁴ war daher entschlossen, der deutschen Aktion in den Weg zu treten;³⁵ aber während Deutschland sich auf das Telegramm versteifen konnte,³⁶ befand sich Murawiew sinnetwegen von vornherein in einer schiefen Lage. Diese konnte dadurch kaum gebessert werden, daß er sich auf ein angebliches Recht der ersten Ankerung berief, auf eine Zusage von China, daß Rußland unter allen Umständen die Vorhand gesichert sei, wenn je der Hafen einer fremden Macht überlassen werden sollte.³⁷ Von einem vertraglich von China gesicherten Recht hatte Murawiew in Peterhof offenbar nicht gesprochen, nur von dem tatsächlichen Interesse Rußlands.³⁸ Deutschland hatte die mehr als laue Wahrnehmung dieses Interesses zu seiner Aktion ausgenutzt.

Doch ganz abgesehen von der Begründung, die Murawiew gab — vor die T a t s a c h e sah sich Deutschland gestellt, daß Rußland sich ihm bei seinem ersten eigenen Schritt in Ostasien entgegenstellte. Murawiew ließ mitteilen, der russische Vertreter in Peking sei angewiesen, Deutschland bei China Genugtuung zu verschaffen, d. h. natürlich Deutschland den Vorwand zu seiner Aktion zu nehmen. Der russische Admiral sei aufgefordert, im Fall des Einlaufens deutscher Schiffe in die Kiautschou-Bucht russische Schiffe dorthin zu senden. Die Wendung, eine friedliche Lösung

31. Alexejew, 14. 1. 52; Lamsdorff, 14. 1. 62 ff.; der Zar, 14. 1. 70.

32. GP. 14. 1. 72.

33. GP. 14. 1. 90.

34. Dies ist für unzweifelhaft zu halten. GP. 14. 1. 80 Anm. 2.

35. Cassini, der sich gerade in Petersburg befand, wird ihn darin bestärkt haben, vgl. GP. 14. 1. 129.

36. GP. 14. 1. 97.

37. GP. 14. 1. 73 f., 14. 1. 84.

38. vgl. S. 78 ff. dieser Arbeit.

würde die Intervention anderer Mächte überflüssig machen, enthielt eine kaum versteckte Drohung.³⁹ Es war das Verdienst des Kaisers, daß Deutschland sich trotzdem nicht einschüchtern ließ und eine Gelegenheit wahrnahm, die sich wohl nicht noch einmal geboten hätte.⁴⁰ Der stellvertretende Staatssekretär befürwortete unter dem Eindruck, daß Deutschland gegen ein Einlaufen der Russen in Kiautschou nichts machen könne und wieder werde abziehen müssen, Kiautschou aufzugeben und einen südlicheren Hafen zu wählen.⁴¹ In Wirklichkeit gab es aber keine geeigneten Plätze außer solchen, wo wir mit England in schärfsten Konflikt gekommen wären. Hohenlohe suchte die deutsche Aktion abzuschwächen;⁴² er erwartete, daß Deutschland aus Kiautschou wieder werde herausgehen müssen und erwog auch die Besitzergreifung eines südlichen Hafens.⁴³ Er fürchtete, daß Russen und Franzosen die Chinesen gegen uns aufhetzen und unseren Chinahandel auf Jahrzehnte hinaus ruinieren würden.⁴⁴ Genau so dachte Hatzfeld.⁴⁵ Der Kaiser dagegen war für Festbleiben. Rußland werde wegen Kiautschous bestimmt keinen Krieg anfangen, da es uns notwendig im Orient brauche.⁴⁶ Rußlands Interesse sei auf den Golf von Tschili und auf die Gegend am Jalu gerichtet.⁴⁷ In einer Beratung am 15. November wurde im Sinne des Kaisers entschieden, daß die dauernde Besitzergreifung der Bucht in Aussicht zu nehmen sei.⁴⁸ Damit wurden die deutsch-russischen Beziehungen — zum ersten Male von Ostasien her — einer starken Spannung ausgesetzt. Die Lösung der

39. GP. 14. 1. 73 f.

40. Tirpitz, der sich schon vorher so stark für Kiautschou eingesetzt hatte, hat sicher auch damals seinen Einfluß für Festhalten an Kiautschou geltend gemacht.

41. GP. 14. 1. 75 ff.

42. GP. 14. 1. 78 ff.

43. GP. 14. 1. 83.

44. GP. 14. 1. 80 f.

45. GP. 14. 1. 87 f. Hatzfeld war damals über die politisch-geographischen Verhältnisse Ostasiens ganz ungenügend orientiert: ausgerechnet er brachte die Erwerbung Wusungs an der Jangtse-Mündung, dicht bei Schanghai, oder des Vertragshafens Amoy in Vorschlag.

46. GP. 14. 1. 78.

47. GP. 14. 1. 77; 14. 1. 85.

48. GP. 14. 1. 85.

Situation hing von zweierlei Fragen ab, einerseits wieweit Deutschland mit Gegenzugeständnissen an Rußland gehen würde, um dessen Zustimmung zu erkaufen, oder wie weit es durch Annäherung an England Rußland entgegenwirken würde, andererseits wie weit Rußland in der Verhinderung der deutschen Absichten gehen würde durch eigene Maßnahmen oder, indem es sich hinter seine chinesischen Freunde steckte.

Deutschland hat sich das Nachgeben Rußlands nicht durch irgendwelche Opfer, geschweige denn durch Bindung seiner Gesamtpolitik an Rußland erkauft. Die deutschen Noten an Rußland haben keinen gereizten, jedoch einen festen Ton. Die deutsche Regierung drohte nicht, sondern suchte die Verstimmung des Zaren darüber, daß sein Telegramm von ihr zur Schädigung russischer Interessen ausgenützt werde, durch dilatorische Behandlung und Entgegenkommen in der Form zu beseitigen.⁴⁹ Die Trinksprüche, die der Kaiser in Kiel in Anwesenheit russischer Offiziere auf den Zaren als deutschen Ehrenadmiral und auf die Waffenbrüderschaft der russischen und deutschen Flotte in allen Meeren ausbrachte,⁵⁰ waren für Deutschland ungefährlich, konnten aber Rußland an den Wert allgemeiner guter Beziehungen zu Deutschland erinnern.⁵¹ In einer deutschen Note war von Korea, Nordchina bis Peking und dem inneren Gelben Meer als der Zone ausschließlichen russischen Einflusses gesprochen;⁵² das war zwar nicht im mindesten eine formelle Zusicherung Deutschlands, es werde dort Rußland keine Hindernisse bereiten, aber es konnte Rußland daran erinnern,⁵³ daß es bei seinen großen Zielen im Fernen Osten Deutschland auf seiner Seite haben konnte, wenn es nur sein kleines, temporäres Interesse an Kiautschou aufgab.

Ein Grund, warum Deutschland trotz des Kiautschou-Zwischenfalls den bisherigen Kurs seiner Rußland-Politik vorläufig nicht so oder so veränderte, war auch, daß es sich erst über die Stellungnahme Englands orientieren wollte.⁵⁴ Zwei Erwägungen

49. GP. 14. 1. 91; vgl. 14. 1. 103; 14. 1. 119.

50. GP. 14. 1. 101.

51. vgl. Holstein, nach Lösung der Krise GP. 14. 1. 107.

52. GP. 14. 1. 98.

53. siehe Anm. 51.

54. GP. 14. 1. 91.

führten Deutschland zu einer Fühlungnahme mit England. Da Murawiew seine ungewöhnliche Sprache nur mit Rücksicht auf unser schlechtes Verhältnis zu England gewagt habe, sei es wünschenswert, daß Deutschland irgend ein erkennbares Zeichen deutsch-englischer Zusammenarbeit in die Hand bekäme, um damit einen Druck auf Rußland auszuüben, also etwa ein koloniales Spezialabkommen über Samoa oder die Abgrenzung Togos.⁵⁵ Dieser Gedanke der deutschen Regierung war verständlich, aber nicht gerade glücklich. Der Abschluß aller Kolonialabkommen, die Deutschland mit England eingegangen hat, hat immer außerordentlich viel Zeit und Zähigkeit erfordert. Salisbury war zwar durchaus bereit, auf Verhandlungen einzugehen,⁵⁶ aber es kam zu nichts. Chamberlain zeigte kein Entgegenkommen,⁵⁷ Hatzfeld durfte nicht zu sehr drängen, wenn er nicht alle Aussichten für Deutschland verderben wollte; im Dezember, als Deutschland und Rußland sich schon wieder aussöhnten, sagte ihm Salisbury, daß das englische Kabinett angesichts der unfreundlichen Stellung der englischen öffentlichen Meinung gegen Deutschland vorläufig leider noch keine nach außen erkennbare Annäherung an Deutschland wagen könne.⁵⁸

Mit mehr Wahrscheinlichkeit vielleicht konnte die zweite Erwägung Deutschland auf die englische Seite hindrängen. Man befürchtete nämlich, entweder Rußland einen sehr hohen politischen Preis für Kiautschou zahlen oder es aufgeben zu müssen. Für diesen Fall mußte sich Deutschland nach der Möglichkeit umsehen, ob es mit England über den Erwerb eines anderen chinesischen Platzes einig werden könnte.⁵⁹ Besonders Hatzfeld fürchtete, das Auswärtige Amt könne sich zu fest an Rußland binden, und drängte daher auch besonders auf Aufgabe Kiautschous.⁶⁰ Er schlug vor, England in Südafrika freie Hand zu lassen.⁶¹ Doch seitdem und solange Deutschland entschlossen war, an Kiautschou festzu-

55. GP. 14. 1. 83; 14. 1. 86.

56. GP. 13. 43 f.

57. GP. 14. 1. 108 f.

58. GP. 13. 45 f.

59. GP. 14. 1. 83.

60. GP. 14. 1. 87 f.; 14. 1. 95.

61. GP. 14. 1. 88; 14. 1. 95. Eine ähnliche Anregung Hatzfelds bereits im April 1897, GP. 13. 20 f.

halten, durfte ein solcher Vorschlag gegenüber England nicht erwähnt werden.⁶² Holstein wünschte keine Verschiebung der deutschen Gesamtpolitik durch Uebernahme von Verpflichtungen gegen England, wie sie ein Herausgehen aus Kiautschou und eine Festsetzung weiter südlich hätte mit sich bringen können. Deutschland hat, abgesehen von den sachlichen Gründen und von der Haltung des Kaisers und des Admirals Tirpitz, einen südlichen Hafen deshalb nicht genommen, weil es englische Interessen nicht verletzen und weil es sich nicht an England binden wollte. Umgekehrt lag bei der Festsetzung in Kiautschou die Gefahr nahe, daß es russische Interessen verletzen würde und die, daß es sich an Rußland werde binden müssen. Holstein vertraute aber darauf, daß Rußland die entscheidende Bedeutung guter Beziehungen zu Deutschland für seine allgemeine Ostasienpolitik erkennen werde, und hatte daher die Geduld zu warten.⁶³

Englands Haltung gegenüber Deutschland war dadurch bestimmt, daß es die deutsche Aktion nicht hindern konnte. In Peking besaß England zu wenig Einfluß, eine Verständigung mit Rußland wäre schwerlich zu erlangen gewesen und war doch auch nicht erforderlich. Dazu waren die Ausmaße der deutschen Aktion zu gering, so wenig angenehm England ein neuer Rivale in Ostasien sein konnte, der in anderen Ländern ihm schon oft unangenehm geworden war, und so böse die Gefahr war, daß Rußland und Frankreich dem Beispiel folgen würden. Zudem war Kiautschou ja näher der russischen als der englischen Interessenssphäre. Unklar war es England, wieweit Deutschland mit Rußland im Einverständnis war. Murawiew hat allem Anschein nach mit England nicht Fühlung genommen, um Deutschland entgegenzutreten.⁶⁴ England durfte Deutschland nicht durch unfreundliche Stellungnahme in die

62. England für Kiautschou eine Abschlagszahlung zu geben, wäre unnötig und unklug gewesen. Auf Hatzfelds Antrag wurde ihm gestattet, die Bündnissondierung Obrutschews Salisbury mitzuteilen, GP. 13. 89. Text u. Anm. 14. 1. 95. Hatzfeld machte, soviel wir wissen, von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch, wohl weil Salisbury ihm nicht genügend entgegenkam.

63. GP. 14. 1. 107; dies ist nicht eine Weisheit post festum, sonst hätte Holstein nicht gewartet.

64. vgl. BD. 1. 7. Dadurch wird nicht ausgeschlossen, daß andere, etwa Witte, bei England irgendwie sondiert haben; zu entscheiden ist es nicht.

Arme Rußlands treiben; es erhob darum keinen Einspruch. Andererseits legte sich Salisbury aber auch nicht dadurch fest, daß er Deutschlands Politik ausdrücklich billigte⁶⁵ und Deutschland in anderen Kolonialfragen Zugeständnisse machte. Vielleicht merkte Salisbury auch, daß zwischen Deutschland und Rußland etwas nicht in Ordnung war. Englands Politik war angesichts seiner Isolierung und der Unklarheit des deutsch-russischen Verhältnisses eine Politik des Abwartens.

Nur gegen die am 20. November von Deutschland erhobene, das Meistbegünstigungsrecht verletzende Forderung nach Priorität für deutsche Unternehmer für eine Bahn in Schantung mit Bergwerksbetrieb legte England bei China (nicht bei Deutschland) Protest ein,⁶⁶ erneuerte ihn aber nicht, nachdem Deutschland die Forderung nach Gebietsabtretung ausgesprochen hatte.⁶⁷ In einem anderen Punkte zeigte Deutschland von sich aus Entgegenkommen. Nachdem Anfang Januar die Verhandlungen mit China über Kiautschou in der Hauptsache abgeschlossen waren, ließ Bülow Hatzfeld erklären, Deutschland werde in Kiautschou handelspolitisch nach denselben freiheitlichen Grundsätzen vorgehen, wie es England zu tun pflege; er legte aber die deutsche Politik nicht auf Erklärung Kiautschous zum Freihafen fest.⁶⁸ Salisbury hätte mehr gewünscht;⁶⁹ er fand sich aber mit der deutschen Festsetzung praktisch ab. Im ganzen standen doch am Anfang des neuen Jahres die englische und die deutsche Politik ziemlich fremd zueinander, wenn auch nicht feindlich. Bülow wollte weiter auf ein leidliches Verhältnis zu England achten;⁷⁰ doch die Spannung mit Rußland war damals schon überwunden. England und Deutschland waren sich (aus Gründen, die, wie wir sahen, auf beiden Seiten zu suchen sind) nicht näher gekommen. Die Aktivität der russischen Politik beherrschte jetzt die politische Bühne und stellte England vor schwere Fragen.

65. GP. 14. 1. 109; GP. 14. 1. 146 und BD. 1. 4 (diese beiden Aufzeichnungen Hatzfelds und Salisburys ergänzen einander).

66. Morse, 3. 113 zitiert Blaubuch China Nr. 1, 1898.

67. Dies sagt Morse, 3. 114, ohne Belege anzuführen.

68. vgl. GP. 14. 1. 141 f.

69. vgl. sein Drängen am 12. Januar, GP. 14. 1. 146, BD. 1. 4.

70. GP. 14. 1. 132 Anm.

Ehe wir uns der durch die englisch-russischen Beziehungen bestimmten Zeit zuwenden, haben wir die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen an dem Punkte aufzunehmen, wo beide Mächte Kiautschous wegen noch miteinander in Konflikt standen. Rußland hat zwar sein Geschwader nicht nach Kiautschou fahren lassen,⁷¹ aber bei China hat es alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Deutschen wieder aus Kiautschou herauszubringen. Es drängte die Chinesen, die verlangte Sühne zu leisten, um damit der deutschen Politik den Vorwand für die Besetzung Kiautschous zu nehmen.⁷² Am 20. November verlangte China von Deutschland sogar die Räumung Kiautschous als Vorbedingung für die wegen der Genugtuung einzuleitenden Verhandlungen.⁷³ Die russische Hand im Spiele ist auch deutlich zu sehen bei der chinesischen Anregung, Deutschland solle statt Kiautschous einen südlichen Hafen nehmen.⁷⁴ Eben hierzu riet damals auch Witte der deutschen Politik.⁷⁵ China stützte sich auf Rußland (und Frankreich); es soll Rußland um die Absendung eines Geschwaders nach Kiautschou gebeten haben.⁷⁶ Rußland stellte Hilfe in Aussicht, forderte aber, daß Eisenbahnbauten und Anstellung von Militärinstrukteuren nördlich der großen Mauer Rußland allein vorbehalten bleiben sollten, und bekam anscheinend von China auch zum mindesten mündliche Zusagen.⁷⁷ Das Bedürfnis Chinas nach einer Anleihe zur Begleichung seiner Kriegsschulden an Japan gab Rußland bald noch eine weitere Karte in die Hand.⁷⁸

Deutschland jedoch haben die Russen trotz ihrer guten Beziehungen zu China nachgegeben. Ihr Einlenken war das Ergebnis einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen Murawiew und Witte, in der in höchst interessanter Weise verschiedene Ziele und

71. Marc, 18.

72. GP. 14. 1. 73; 14. 1. 89.

73. GP. 14. 1. 98 f.; vgl. 14. 1. 102.

74. GP. 14. 1. 110, 113, 119.

75. GP. 14. 1. 104 Anm.

76. Marc, 18 u. 21.

77. Wie alle von russischer Seite stammenden Nachrichten über russisch-chinesische Abmachungen sind auch die hierüber mit Vorbehalt zu übernehmen; doch soviel, wie oben behauptet ist, ist sicher nach GP. 14. 1. 124, 134; St. A. 64. 64; Marc, 25 u. 47.

78. Marc, 22.

Methoden russischer Politik gegeneinander standen. Murawiew mußte bei dem Notenwechsel mit Deutschland sehen, daß seine rechtliche Position nicht eindeutig war und daß Deutschland nicht gütlich nachgeben werde. Er mußte sich sagen, daß er den ganzen diplomatischen Kampf nur um einen Hafen führte, den Rußland sowieso bald hatte aufgeben wollen, um sich einen besseren zu nehmen. Bot sich jetzt nicht eine vorzügliche Gelegenheit, jetzt gleich diesen besseren Hafen, Port Arthur, sich anzueignen? Vielleicht kam eine so gute Gelegenheit nie mehr wieder. China, das sich bisher so stark an Rußland angelehnt hatte, würde sich schon gefügig machen lassen. Unmittelbar nach der Besetzung Kiautschous durch Deutschland würde diese Aneignung nicht solches Aufsehen machen wie sonst. Port Arthur lag am Süden der Mandschurei, deren nördlichen Teil sich Rußland durch seine Eisenbahn schon gesichert hatte. Port Arthur konnte der Endpunkt einer südlichen Abzweigung der sibirischen Bahn werden. Mit seiner Besitzergreifung war die ganze Mandschurei für Rußland fast schon gesichert, noch ehe eine russische Schiene in der Mandschurei lag. Dazu mußte die glänzende den Golf von Tschili beherrschende Lage Port Arthurs das Gewicht des russischen Einflusses in Peking verstärken. Am 23. November legte daher Murawiew einer Spezialkommission ein Memorandum vor, in dem er die Erwerbung Talienwans und Port Arthurs befürwortete.⁷⁹ Murawiews Entschluß mußte ein Einlenken gegenüber Deutschland nach sich ziehen. Denn jetzt wurde es für Rußland wichtig, daß es Deutschland bei seiner bevorstehenden eigenen Aktion nicht gegen sich hatte. Das gleichzeitige freundliche Entgegenkommen Deutschlands⁸⁰ konnte diese Wendung der russischen Politik noch erleichtern. Murawiew mußte sich sagen, daß die deutsche Festsetzung an der chinesischen Küste japanische Zukunftsinteressen verletzte und daher für Rußland ihr Gutes hatte. Sie mußte Deutschland mehr oder minder in die antijapanische Front Rußlands drängen, besonders wenn die deutsch-russischen Unstimmigkeiten beseitigt waren und beider Kreise sich nicht störten.⁸¹ Die 1895

79. Marc, 19 ff.; Witte 81 f.

80. vgl. S. 83 dieser Arbeit.

81. vgl. General Strykofs Aeußerung zum Kaiser am 18. Nov.: Ihr Deutsche werdet wie eine Schildwache uns gegenüber sein und werdet uns

begonnene deutsch-russische Zusammenarbeit konnte dadurch gesichert und gefestigt werden. So konnte die Inbesitznahme Port Arthurs Rußland nicht nur einen großen materiellen Machtzuwachs bringen, sondern auch die Mächtekonstellation für Rußland günstig beeinflussen.

Ganz anders dachte Witte. Sein politisches Denken war nicht auf schnelle Erfolge, sondern auf weite Sicht eingestellt. Er wünschte keine gewaltsamen Maßnahmen, sondern ein bedacht-sames, unauffälliges Verstärken und Vorschieben des russischen Einflusses. Für ein solches schienen gegenüber China wie gegen-über Japan die Aussichten Rußlands damals besonders günstig zu liegen. Rußland war China zu Hilfe gekommen und hatte Japan gezwungen, die Liautung-Halbinsel zu räumen und China wieder zurückzugeben; gegen die Bedrohung durch dies Japan hatte China den Vertrag mit Rußland geschlossen. Wenn jetzt Rußland eben die Liautung-Halbinsel China wegnahm, so mußte China alles Ver-trauen zu Rußland verlieren⁸² und sich politisch von ihm ab- und den Seemächten zuwenden. Witte wünschte, daß die Linie der bisherigen Politik ohne Unterbrechung fortgesetzt werde. Die Russen seien Nachbarn Chinas seit undenklichen Zeiten, die „Euro-päer“ seien Fremde in China.⁸³ Konnte Rußland nicht, wenn es die chinesische Freundschaft weiter pflegte, durch seinen Einfluß in Peking die Entwicklung der gesamten ostasiatischen Probleme mehr oder minder in seinem Sinne beeinflussen? Wie Rußland ohne jede Gewalt Bau und Kontrolle der nordmandschurischen Bahn von China zugestanden bekommen hatte, so würde Rußland nach Fertig-stellung der sibirischen Bahn friedlich, einfach durch die Entwick-lung der Dinge, besonders durch die Steigerung des wirtschaftlichen Einflusses, zu dem gewünschten Besitz eines eisfreien Hafens kommen.⁸⁴ Auf diesem evolutionären Wege, so dachte Witte zweifellos, würde Rußland einmal den ganzen Norden des chinesi-

unsere gemeinsamen Interessen gegen Japan überall verteidigen helfen. GP. 14. 1. 91.

82. Witte, 81.

83. Marc, 21.

84. Marc, 24.

schen Reiches bis zum Hoangho „absorbieren“ können.⁸⁵ Eine solche Evolution mußte durch die Rückwirkungen gestört werden, die eine Aneignung Port Arthurs auf das russisch-chinesische Verhältnis haben mußte. Dem entsprach auch Wittes Haltung gegenüber der Besetzung Kiautschous durch Deutschland: Wenn Rußland Interesse an Kiautschou habe, so müsse es sein Geschwader hinsenden und Deutschland zwingen, es aufzugeben.⁸⁶ Aus der deutschen Aktion die Notwendigkeit einer Besetzung Port Arthurs zu folgern, sei unzulässig.⁸⁷

Hier wird deutlich, daß Witte über die deutsch-russischen Vorbesprechungen nicht orientiert war. Er fand sich mit der deutschen Aktion ab, als ihm die deutsche Seite des Problems klarer wurde. Er hatte Deutschland gedrängt, aus Kiautschou herauszugehen.⁸⁸ Durch die deutsche Antwort scheint er die Existenz von Vorbesprechungen erfahren zu haben.⁸⁹ Der deutsche Botschafter suchte ihm klarzumachen, daß durch die Erwerbung Kiautschous Deutschland an die russische Seite gedrängt werde und daß damit das Zusammengehen der Kontinentalmächte (wie 1895) gewährleistet sei.⁹⁰ Inzwischen hatte sich der Standpunkt Murawiews durchgesetzt, Witte mußte sich damit abfinden und um so mehr den Wert der deutschen Freundschaft anerkennen. Aus allen diesen Gründen stellte er seine Bedenken gegen die deutsche Festsetzung zurück. Er blieb aber der Anschauung, daß, selbst wenn andere Mächte China beraubten, Rußland sich nicht Port Arthur hätte nehmen sollen.⁹¹ Man darf wohl die Frage aufwerfen, ob bei dem hastigen Tempo, das damals die Weltpolitik der Seemächte angenommen hatte, und bei der Schwäche der chinesischen Regierungsgewalt eine

85. BD. 1. 8 Note. Natürlich mußte Witte gegenüber OConor die russischen Absichten möglichst dick auftragen; trotzdem spricht die innere Wahrscheinlichkeit für die Aufrichtigkeit dieser Äußerung. Witte hatte wirklich nicht so geringe Ziele, wie er in seinen Memoiren wahr haben möchte. vgl. BD. 1. 7.

86. Marc, 20; Witte, 82.

87. a. a. O.

88. GP. 14. 1. 104 Anm.

89. Witte, 83 f.

90. GP. 14. 1. 104 Anm. und 115.

91. BD. 1. 7.

evolutionäre russische Chinapolitik nach Wittes Wunschbild wirklich zu ihrem Ziele gekommen wäre.

In der andersartigen Vorstellung von der richtigen Methode russischer Chinapolitik (nicht von dem Endziel, dies war sicher eher weitergesteckt) hatte der Widerspruch Wittes gegen die Besetzung Port Arthurs seine Grundlage. Noch aus einer zweiten Quelle leitete Witte seinen Widerspruch her: aus seinem Wunschbilde russischer Japan- und Korea-Politik. Während Murawiew mit der Erwerbung Port Arthurs eine Fülle von Vorteilen einzufangen glaubte, sah Witte in ihr neben der Gefährdung des Verhältnisses zu China auch eine große Gefahr nach der japanischen Seite hin. Er hielt es nicht für einen Vorteil, daß Rußland bereits jetzt, wo die sibirische Bahn noch mitten im Bau steckte, sich Port Arthur sichere, sondern betonte die Gefahr, die für Rußland darin liege, daß es einige Jahre lang keine Verbindung mit der russischen Macht-sphäre haben werde.⁹² Japan könnte durch die Besetzung Port Arthurs dazu veranlaßt werden, sich seinerseits in Korea festzusetzen.⁹³ Die Entwicklung könnte dann zu einem Kriege führen⁹³ zum mindesten würde Japan seine Energie auf Korea richten, wo Rußland den vorwiegenden Einfluß besitze.⁹⁴ Es stand also so, daß Rußland sich die Frage vorlegen mußte, ob es gleichzeitig Port Arthur erwerben und seinen Einfluß in Korea aufrecht erhalten konnte. Wollte es beides, so lag in der Tat die Gefahr eines Krieges mit Japan nahe, und einen Krieg konnte Rußland damals nicht wagen. Witte war mit der russischen Korea-Politik eng verknüpft. In seinem Kampf gegen die Erwerbung Port Arthurs stritt er nicht nur um die Methode der China-Politik, sondern auch um die Alternative: Korea oder Liautung?

Gerade damals stand Rußland in Korea auf dem Höhepunkt seiner Macht.⁹⁵ Anfang November trat der Russe Alexejew seine Stellung als „Hauptberater“ des koreanischen Finanzministeriums und Chef der Zollverwaltung an.⁹⁶ Der Engländer Brown, in dessen

92. Marc, 20; Witte, 81; BD. 1. 25.

93. GP. 14. 1. 104 Anm.

94. Marc, 20; Morse, 3. 105.

95. Die folgenden Einzelangaben hierüber stammen aus nicht genügend nachprüfbaren Quellen. Im wesentlichen ist ihr Inhalt sicher richtig, da er durch Witte, 89 und Hayashi 85—93 bestätigt wird.

96. Marc, 34 f. Witte, 89.

Händen bisher diese Stellung lag, wurde entlassen, wollte aber seine Entlassung nicht annehmen.⁹⁷ War die Stellung in den Händen eines Russen, so bedeutete das viel mehr, als wenn ein Engländer sie einnahm: das Nachbarland Rußland verfolgte politische, letzten Endes annexionistische Zwecke, England hauptsächlich kommerzielle, als politischen Zweck nur das einfache Fernhalten Rußlands. Ganz zur russischen Partei gehörte auch der König, auch die Armee wurde von russischen Offizieren geleitet:⁹⁸ der König, die Armee, vor allem die Finanzen, d. h. also alles Wichtige, war in russischen Händen. Witte hatte eben die russisch-koreanische Bank gegründet und hoffte für sie das Recht zu erlangen, die Steuern und Zollabgaben im voraus zu erheben und in die Hauptsadt gelangen zu lassen, Münzen zu schlagen und die Zinsen der Regierungsemissionen zu zahlen.⁹⁹ Im ganzen war es dieselbe so wirksame Politik der „Freundschaft“ und „friedlichen Durchdringung“, deren ungestörte Fortsetzung in China Witte so gern gesehen hätte; und doch darf man die Aussichten, die eine Fortsetzung dieser Politik in Korea gehabt hätte, nur gering anschlagen. Für eine solche Politik nur mit Drohungen und Schmeicheleien, ohne groben materiellen Machteinsatz fehlte die Voraussetzung des Erfolges, stabile politische Verhältnisse in der Regierung und im Lande. Drei Monate später bereits kam in Korea eine starke, antirussische Bewegung auf, der König gab ihr nach und eine russenfeindliche Regierung kam ans Ruder.¹⁰⁰ Die russische „Freundschaftspolitik“ in Korea mußte an der Schwäche der asiatischen Staaten krankten, an der auch die amerikanische „Freundschaftspolitik“ gegenüber China immer gelitten hat;¹⁰¹ an der auch die russische China-Politik hätte leiden müssen, wenn Rußland nicht den ständigen Druck der Nachbarschaft zu Lande zur Verfügung gehabt und gelegentlich durch gewaltsames Vorgehen seine Interessen wahrgenommen hätte.

97. Marc, 34 f.

98. Morse, 3. 105 (nach North China Herald, 7. Febr. 1898), vgl. Witte 89.

99. Marc, 39; Witte 89.

100. Marc, 38. Es geht nicht an, hierfür nur oder vorwiegend das Zurückweichen Rußlands verantwortlich zu machen, wie Marc will. Eher könnte man die Behauptung aufstellen, Rußland hätte gegenüber dieser Bewegung selbst bei gelinder Gewaltanwendung kaum seinen Einfluß halten können.

101. s. Teil I dieser Arbeit.

Der russischen Politik geschah mit dem Siege der anti-russischen Partei in Korea kein schwerer Schlag mehr. Die Erwerbung Port Arthurs war in den Mittelpunkt des russischen Interesses gerückt, Murawiew hatte den Zaren für seine Politik gewonnen. Nach Wittes Erzählung hat sein Widerspruch in der genannten Sitzung die Entscheidung für die Besetzung Port Arthurs zwar aufgeschoben, Murawiew hat sich aber schnell durchgesetzt durch die Mitteilung, englische Schiffe kreuzten vor Port Arthur und würden es besetzen, wenn Rußland es nicht tue.¹⁰² Diese Nachricht ist durchaus unglaublich;¹⁰³ auch Murawiew wird kaum an sie geglaubt haben. Murawiew hatte andere und bessere Motive für seine Politik. Bei ihrer Durchführung jedoch mußte er dem Wahrheitsgehalt in der politischen Auffassung Wittes Rechnung tragen. Vor allem sah er durchaus die Gültigkeit der Alternative „Liautung oder Korea“ ein und zog daraus die Folgen. Er verzichtete darauf, auf der Entlassung Browns zu bestehen.¹⁰⁴ Rußland durfte seine eigenen Kräfte nicht zersplittern und die kriegesischen Instinkte Japans nicht zum Aufflammen bringen.¹⁰⁵ Ungefähr Mitte Dezember, also zur gleichen Zeit etwa, als die russischen Schiffe in Port Arthur einliefen, begannen russisch-japanische Verhandlungen über Korea und Rußland erklärte sich zu einer Verständigung bereit.¹⁰⁶ Da das Interesse Japans stets in erster Linie Korea gegolten hat, konnte Rußland durch Nachgeben in Korea die Gefahr eines Zusammenstoßes mit Japan vermindern; ob sie dadurch beseitigt war, ließ sich nicht bestimmt sagen. Um so wichtiger war für Rußland, daß es Deutschland nicht gegen sich, sondern möglichst weitgehend für sich hatte.

Die deutsche Politik nahm die Anzeichen des russischen Einlenkens Anfang Dezember naturgemäß mit Befriedigung auf. Bülow ließ Murawiew seine Ueberzeugung mitteilen, daß er (Murawiew)

102. Witte, 82, 83; Marc, 22.

103. GP. 14. 1. 124; 14. 1. 125 Anm. 1. Witte, 83.

104. Marc, 36.

105. GP. Nr. 3731 (14. 1. 118) kann falsche Eindrücke vermitteln. Die Meldung ist nur soweit richtig, wie sie sich aus der dargelegten Situation vor der Entsendung der russischen Schiffe nach Port Arthur erklärt. Radolin konnte dies natürlich nicht wissen.

106. Marc, 36; vgl. GP. 14. 1. 130 unten.

mit seinem ruhigen und klaren Blick Haupt- und Nebenfrage zu unterscheiden wissen werde.¹⁰⁷ Am 14. Dezember benachrichtigte Murawiew Deutschland, ein Teil des russischen Geschwaders im Pazifik habe Befehl bekommen, in Port Arthur Anker zu werfen, um dort „vorläufig bis zum Eintreffen neuen Befehls“ zu stationieren.¹⁰⁸ Rußland folgte Deutschland auf dem Wege der Erwerbung territorialen Besitzes. Beide nahmen chinesisches Eigentum und beide verletzten zugleich japanische Interessen. Deshalb war es natürlich, daß sie zusammengingen. Doch es ergaben sich Hemmungen dabei, weil die Druckkräfte beider Staaten an verschiedenen Stellen einsetzten und die des einen mehr gegen China, die des anderen mehr gegen Japan sich richteten. Deutschlands Ziel war, bei China einen Vertrag über Kiautschou durchzusetzen; von Japan brauchte es wahrscheinlich nicht mehr zu befürchten als dessen erneute Verstimmung. Rußland dagegen war mit China eng befreundet und ging ohne Herausforderung vor; es gab wohl sogar zuerst China die Versicherung, es habe keinen Wunsch nach territorialen Erwerbungen.¹⁰⁹ Es war für China nichts Neues und Außerordentliches, daß Rußland zeitweise einen chinesischen Hafen besetzte; im Kriege hatte ja Rußland sogar das vertragsmäßige Recht dazu. Eine Herausforderung dagegen war die russische Aktion selbstverständlich gegen Japan; von ihm drohte Rußland sogar die Gefahr eines Krieges. Die Folge dieser verschiedenen Verteilung der Gewichte war, daß bei einem Zusammenarbeiten Deutschland Rußland in eine diesem unerwünschte und durch die russische Aktion nicht herausgeforderte Feindschaft mit China, Rußland Deutschland in eine diesem unerwünschte und durch die deutsche Aktion nicht herausgeforderte Feindschaft mit Japan hineinführen konnte. Neben dieser in einer vorübergehenden Situation begründeten inneren Divergenz bestand noch eine andere und dauerhaftere. Die deutschen Ziele waren in der Hauptsache erreicht, wenn Deutschland einen günstigen Kiautschou-Vertrag in der Tasche hatte. Hatte ihm Rußland hierzu verholfen, so brauchte Deutschland auf Grund seiner

107. GP. 14. 1. 107; vgl. die Anm.

108. GP. 14. 1. 121.

109. GP. 14. 1. 133. Diese Mitteilung ist durchaus wahrscheinlich. Vgl. Marc, 23 oben.

direkten ostasiatischen Interessen Rußlands Unterstützung nicht mehr. Rußlands Ziele waren viel größer, weitergreifender, unabsehbarer, nach der chinesischen wie nach der japanischen Seite hin, und Rußland brauchte daher eine möglichst dauerhafte Bindung Deutschlands an seine Ostasienpolitik. Rußlands Augenblicksgefahren und dauernde Ziele waren viel größer, es brauchte Deutschland nötiger als Deutschland Rußland, und eben deshalb gelang es Deutschland, ohne Bindung an Rußlands Politik sein Ziel zu erreichen.

Gegenüber China wirkte sich das deutsch-russische Zusammengehen zunächst nicht offen aus. Murawiew suchte sich der von Witte vorausgesagten Folge einer Port Arthur-Aktion (Verfeindung mit China) zu entziehen, indem er sehr behutsam vorging. Anfang Dezember noch, als der Entschluß zu der Aktion schon gefaßt war, drängten die Chinesen, offenbar auf Veranlassung des russischen Gesandten Pauloff, Deutschland, einen südlichen Hafen zu nehmen.¹¹⁰ Als aber Rußland seine Absicht, nach Port Arthur Schiffe zu schicken, mitgeteilt und Deutschland freundlich zugestimmt, zugleich jedoch um Unterstützung seiner Kiautschou-Forderungen bei China gebeten hatte, konnte Rußland sie schwer verweigern, wenn es nicht seine ganze Port Arthur-Aktion gefährden wollte. Ende Dezember begann Rußland, die deutschen Ansprüche bei China zu unterstützen.¹¹¹ Dadurch wurden die Chinesen schwer enttäuscht. Sie hatten bisher bei Rußland gegen Deutschland Rückhalt gesucht und zum Teil auch gefunden, waren deshalb auch russischen Forderungen geneigt gewesen und hatten auch die zeitweise Besetzung Port Arthurs ohne Protest hingenommen.

Außerdem hatten sie sich an Rußland wegen einer Anleihe gewandt.¹¹² Rußland hatte daraufhin als Bedingungen aufgestellt: eine nochmalige Zusicherung, in der Mandschurei und Mongolei an Eisenbahnen und Industrieunternehmungen nur Russen heranzulassen; dann die Erlaubnis, daß Rußland eine Zweigbahn der ostchinesischen Bahn zu einem Hafen am Gelben Meer baue und in diesem Hafen Rußland einen Bezirk erhalte, zu dem nur russische

110. GP. 14. 1. 110, 113 u. 119.

111. GP. 14. 1. 133; Marc, 24; vgl. Witte, 85.

112. Marc, 22.

Schiffe Zugang haben sollten.¹¹³ Zu der Mitteilung dieser weitgehenden Forderungen, über die sich immerhin verhandeln ließ, kam nun für die Chinesen die böse Nachricht, daß Deutschland und Rußland im Einverständnis miteinander ständen.

Damit waren die Chinesen vollständig kaltgestellt. Sie mußten Deutschland nachgeben; am 4. Januar wurden Noten ausgetauscht und darin die chinesische Zustimmung zu den deutschen territorialen Forderungen festgelegt.¹¹⁴ Die Russen dagegen bekamen die chinesische Erbitterung über die Wendung der russischen Politik unangenehm zu fühlen. China verlangte eine schriftliche Erklärung, daß Rußland Port Arthur und Talienwan nicht behalten werde. Die Anleiheverhandlungen brach es nicht ab; Li sprach zunächst nur den Wunsch aus, Rußland möge einen Hafen am Jalu (also weiter von Peking entfernt und an der Grenze des von Japan gewünschten Korea!) zum Endpunkt der Bahn machen. Bald aber gab China englischen Einwirkungen nach und brach die Verhandlungen ab.¹¹⁵ Schließlich weigerten sich die Chinesen auch, zugunsten eines russischen Beraters früher angestellte deutsche Militärinstrukteure zu entlassen.¹¹⁶

Dies mußte Rußland besonders ärgern. Während es durch Zusammengehen mit Deutschland, durch Befürwortung der deutschen Forderungen China gegen sich aufreizte, fand es auf dem Wege zu seinen eigenen Zielen Deutsche im Wege. Selbst wenn es sich sagte, daß die Instrukteure nicht von der deutschen Regierung gegen es vorgeschoben waren, so bot sich ihm zum mindesten eine gute Gelegenheit, Deutschland jetzt auf das große russische Programm festzulegen. Es übergab Deutschland am 1. Januar ein Promemoria, indem es hieß, die Mandschurei, Chinesisch-Turkestan und Tschili gehörten zur russischen Einflußsphäre, wie Deutschland anerkannt habe.¹¹⁷ Von einer förmlichen Anerkennung war aber keine Rede gewesen,¹¹⁸ und Deutschland ließ sich

113. a. a. O.

114. GP. 14. 1. 141.

115. Marc, 24.

116. Marc, 24; vgl. GP. 14. 1. 134 f.

117. GP. 14. 1. 143 f.

118. vgl. S. 83 dieser Arbeit; GP. 14. 98; GP. Nr. 3746 (14. 140) Randbemerkung 2.

auch jetzt nicht auf die Bindung an ein Programm ein, das die chinesische Hauptstadt selbst einschloß und riesige Ansprüche in sich barg. Das russische Programm bedeutete, wenn es bekannt wurde, eine Herausforderung an die anderen Mächte, vor allem an Japan und England; band sich Deutschland jetzt daran, so war es für einen künftigen weltpolitischen Kampf — denn dahin konnte die Entwicklung führen — festgelegt.¹¹⁹ Demgemäß hatte Bülow's Antwort den Inhalt, daß Deutschland zwar nicht eine Entlassung der Instruktoren als Grund zur Beschwerde ansehen werde, es könne sich aber erst dann auf eine Erörterung über Interessensphären einlassen, wenn Rußland ihm zuvor zum Zustandekommen des Kiautschou-Vertrags verholfen habe.¹²⁰ Der russische Botschafter drängte in recht energischen Worten; wenn Deutschland Rußland nicht in dieser Frage beruhigen wolle, würde sich die Festsetzung in Kiautschou als ein direkter Schlag gegen Rußland herausstellen. Doch Bülow verschanzte sich hinter Freundschaftsversicherungen.¹²¹ Um die gleiche Zeit stimmte China bereits den deutschen Hauptforderungen zu. Trotzdem ist Rußland weder hierauf noch nach Abschluß des endgültigen Kiautschou-Vertrags wieder an Deutschland herangetreten. Sicher war die deutsche Haltung Anfang Januar für Rußland eine Enttäuschung. Es wird weniger eine direkte Störung seiner Politik durch das neue deutsche Machtzentrum Kiautschou erwartet haben, als die Sicherung der deutschen Unterstützung für seine künftige Chinapolitik. Jedenfalls war es Deutschland gelungen, in China seine freie Hand zu wahren; wenn es einmal wollte, konnte es die russische Politik direkt oder indirekt stören, ohne feste Verpflichtungen brechen zu müssen; ein Anlaß dafür war freilich vorläufig nicht vorauszusehen.¹²²

Auch in der drängenden Frage des Augenblicks, der Frage der Japan-Politik, war es Rußland nicht gelungen, Deutschland vorzuschieben. Gerade hierbei war die deutsche Politik besonders vorsichtig und mißtrauisch. Der Privatbrief, den Bülow an den russischen Botschafter Osten-Sacken als Antwort auf die Mitteilung be-

119. GP. 14. 144.

120. GP. 14. 138.

121. GP. 14. 139 f.

122. GP. 14. 143 unten.

treffs Befehl zum Einlaufen russischer Schiffe in Port Arthur richtete, sprach von der Solidarität der deutsch-russischen Interessen im Fernen Osten, die notwendigerweise beide Reiche dazu führen werde, dort angesichts einer gemeinsamen Gefahr gemeinsame Sache zu machen; es war aber gleich hinzugefügt, daß glücklicherweise dieser Fall nicht drohend zu sein scheine, da Japan durch die Schwierigkeiten in Formosa zu sehr beschäftigt sei.¹²³ Dies war wohl auch Bülow's wirkliche Ansicht.¹²⁴ In der ihm eigenen Art schrieb der Kaiser dem Zaren, Rußland und Deutschland am Eingang zum Gelben Meer könnten als St. Georg und St. Michael betrachtet werden, die das heilige Kreuz im Fernen Osten schützen und die Tore zum ostasiatischen Kontinent bewachen.¹²⁵ Doch er, wie Bülow, waren der Ansicht, Deutschland habe kein direktes Interesse, Japan zu schwächen oder gar zu zerschlagen; „unter Umständen könnten wir es auch sehr wohl an unserer Seite gebrauchen“.¹²⁶ Ende Dezember hörte man von militärischen und maritimen Vorbereitungen Japans, und Rußland suchte diese als gegen Deutschland gerichtet hinzustellen.¹²⁷ Weihaiwei war noch von Japan besetzt, sollte aber vertragsgemäß geräumt werden, wenn China seine Kriegsschuld ihm voll ausgezahlt hätte. Sobald China eine Anleihe bekommen hatte, war es dazu imstande. Rußland verlangte nun, wir möchten uns im geheimen mit ihm und evtl. auch mit Frankreich darüber verständigen, mit welchen Mitteln man die Japaner zur Räumung Weihaiweis zwingen könnte, wenn sie von China bezahlt würden.¹²⁸ Doch Deutschland ließ sich nicht auf antijapanische Schritte ein; im Gegenteil, wenn von Japan Gefahr drohte, so war Bülow zu einer Fühlungnahme mit ihm bereit, um diese Gefahr zu beseitigen. Noch vor der russischen Mitteilung vom 14. Dezember hatte Bülow bereits die Gefahr gewittert, daß Rußland uns gegen Japan vorschieben wolle, und hatte sich vorgenommen den Japanern zu sagen, Deutschland wolle keine japani-

123. GP. 14. 122.

124. vgl. GP. 14. 129.

125. GP. 14. 129 f.

126. GP. 14. 136.

127. GP. 14. 131, Anm. 2.

128. GP. 14. 136. Wann und in welcher Form Rußland dies Verlangen gestellt hat, ist aus den Akten nicht ersichtlich.

schen Interessen verletzen und werde eine japanische Festsetzung, etwa gegenüber Formosa, nicht hindern.¹²⁹ Jetzt, als eigene Nachrichten über japanische Rüstungen eintrafen, griff Bülow diesen Gedanken auf und stellte dem Gesandten in Tokio anheim, sich in diesem Sinne zu äußern.¹³⁰ Deutschland revidierte also seinen Standpunkt von 1895. Japan gerade auf Fokien hinzuweisen, war für Deutschland deshalb geboten, weil dort kein russisch-japanischer Konflikt entstehen konnte, folglich auch der Hinweis von Rußland nicht als direkte Unfreundlichkeit aufgenommen werden konnte.¹³¹ Bülow dachte sogar an die Aussicht, daß den Franzosen durch ein Vorgehen der Japaner im Süden Schwierigkeiten erwachsen könnten.¹³² Soviel wir wissen, hat der deutsche Gesandte von der Ermächtigung Bülows, Japan auf Fokien hinzuweisen, keinen Gebrauch gemacht.¹³³

Japan blieb passiv und schweigsam.¹³⁴ Ito, der stets vorsichtige, der Gegner der Kriegspartei, war Ministerpräsident. Die Kämpfe auf Formosa hatten Japan stark angegriffen. Es sagte sich, daß es zu einem Kriege nicht gerüstet war, und hielt sich daher zurück. Es rechnete offenbar noch mit der Einheitsfront der europäischen Kontinentalmächte. Weder trat Japan an England noch England an Japan wegen einer Entente oder eines Bündnisses heran. Japan begann mit Rußland über Korea zu verhandeln. Ein Kampf gegen die drei Kontinentalmächte war für Japan allein undenkbar. Dagegen hielt es Ito für günstig, aus der englisch-russischen Spannung Kapital zu schlagen und Rußland in Korea zum Nachgeben zu zwingen. Ito hat noch fast 4 Jahre später eine solche Politik befürwortet, sie aber damals nicht durchsetzen können.¹³⁵

Infolge der Schweigsamkeit Japans ist auch England an Japan scheinbar nicht herangetreten. Dies alles konnte aber Deutschland

129. GP. 14. 118 ff.

130. GP. 14. 132.

131. GP. 14. 120 f.

132. a. a. O.

133. GP. 14. 132, Anm. 2.

134. Ueber die japanische Politik fehlt es an Nachrichten. Neben dem, was Marc 36 bringt, ist der sehr wertvolle Brief des englischen Gesandten Satow BD. I, 25 ff. heranzuziehen, auf den noch zurückzukommen sein wird.

135. vgl. S. 236 ff. dieser Arbeit.

nicht wissen. Die von Japan defensiv gedachten Rüstungen führten Bülow zu der Frage, ob vielleicht zwischen Japan und England ein Einverständnis irgend welcher Art bestände; Salisbury verneinte es Hatzfeld gegenüber.¹³⁶ Es kam nicht zu einer festen Gruppierung, in der auf der einen Seite die Kontinentalmächte, auf der anderen England und Japan standen. Anfang Januar war es Deutschland gelungen, sich Kiautschou zu sichern. Auch gegen England hatte sich Deutschland nicht engagiert, nicht die Aussichten erfüllt, die es Rußland vorgespiegelt hatte, als dies sich noch der Kiautschou-Aktion widersetzte. Noch in seinem Brief vom 17. Dezember¹³⁷ an Osten-Sacken hatte Bülow Mitteilungen gemacht, die als Leckerbissen für Rußland gedacht, aber für Deutschland ganz unverbindlich waren: Deutschland habe die Absicht, für den Handel Kiautschous mit dem Inlande eine eigene Organisation sich zu schaffen, und erwarte einen hartnäckigen Widerstand gegen diese Absicht. Ferner warf darin Bülow den Gedanken einer Neutralisation des Jangtse-Tals auf (also der Durchkreuzung englischer Pläne, es zur englischen Einflußsphäre zu machen), bezeichnete ihn aber als verfrüht. Doch in Wirklichkeit suchte dann Bülow alles zu vermeiden, was England verstimmen konnte.¹³⁸ Rußland bemühte sich zu erreichen, daß Kiautschou nicht dem allgemeinen Handel geöffnet werde, natürlich damit England dadurch gegen Deutschland gereizt würde;¹³⁹ Deutschland handelte aber gerade entgegengesetzt und stellte England eine liberale Handelspolitik in China in Aussicht.¹⁴⁰ Kiautschou kam in deutschen Besitz, ohne daß Deutschland England oder Japan herausgefordert hätte. Zugleich war es Deutschland gelungen, eine Verpflichtung zur Unterstützung des großen russischen Programms (russische Einflußsphäre bis zum Hoangho) zu vermeiden.

136. GP. 14. 148 ff. Die deutsche Marine drängte auf Hinaussendung bedeutender Seestreitkräfte nach Ostasien. Die deutsche Politik wünschte in Ostasien möglichst wenig hervorzutreten und wollte die dortige Lage nicht verschärfen. Bülow: „Von dem Augenblick, wo wir zu rüsten anfangen, haben wir nicht mehr politisch freie Hand, sondern werden ... von den Ereignissen geschoben“.

137. GP. 14. 122 f.

138. s. S. 86 dieser Arbeit.

139. GP. 14. 141.

140. s. S. 86 dieser Arbeit.

Bülow schrieb stolz an Hatzfeld, Deutschlands politische Haltung gegenüber Rußlands Ostasienpolitik sei dieselbe wie gegenüber Oesterreichs Balkan-Politik. Beiden gegenüber habe sich Deutschland nicht zur Unterstützung verpflichtet und doch könnten beide nichts ohne Deutschland tun. Dieser Schwebezustand wirke auf Rußland wie auf Oesterreich mäßigend und trage dazu bei, den Weltfrieden zu erhalten. Wenn Rußland dem deutschen Rat nicht nachkomme, dann habe Deutschland volle Freiheit zu tun, was nach Maßgabe der deutschen Interessen dann geboten sei.¹⁴¹ Der Erfolg der deutschen Diplomatie war dadurch ermöglicht, daß Rußland selbst im Fernen Osten vorging und seine Port Arthur-Aktion beschlossen und begonnen hatte.

Das russische Vorgehen löste wieder ein zunächst diplomatisches Vorgehen Englands aus. Seit Anfang Januar 1898 bestimmen anstelle der deutsch-russischen die englisch-russischen Beziehungen in der internationalen Politik das Geschehen. England befand sich in einer sehr unangenehmen Lage. Deutschland hatte sich mit Rußland geeinigt, Frankreich war mit Rußland verbündet, Japan hielt sich zurück. So war England ganz auf sich selbst angewiesen. Selbstverständlich konnte es aber eine russische Flottenstation, die den Golf von Tschili beherrschte, nicht dulden. Nach dem Einlaufen der russischen Schiffe in Port Arthur schickte England zwei eigene Schiffe dorthin; dies war eine nicht mißzuverstehende Demonstration.¹⁴² Sie führte nicht zu einem direkten Zusammenstoß, weil Rußland ja noch nicht offen mit seiner Absicht, Port Arthur zu erwerben, hervorgetreten war. Die Erwerbung Port Arthurs konnte natürlich durch eine bloße Flottendemonstration nicht verhindert werden; aussichtsreicher war dagegen folgender Schritt der englischen Regierung.

England nutzte die russisch-chinesische Verstimmung aus, um China eine englische Anleihe anzubieten.¹⁴³ Eine der Bedingungen

141. Dies eine kurze Zusammenfassung des Inhalts. Wortlaut vgl. GP. 14. 144.

142. Morse, 1. 116 zit. Blaubuch China Nr. 1, 1897. Am 19. Januar meldete OConor, die Anwesenheit britischer Schiffe in Port Arthur werde beklagt als ein so unfreundlicher Akt, daß er in Petersburg Kriegsgerüchte in Umlauf setze.

143. Morse, 1. 114 f.

war, daß Talienwan Vertragshafen werden solle. Damit wären die russischen Absichten auf Port Arthur vollkommen vereitelt worden. England ging noch über die Defensive gegen Rußland hinaus. Zwei weitere Anleihebedingungen, die es aufstellte, gingen gegen Frankreich: Nanning am oberen Sikiang in Südchina, nicht weit von der französischen Grenze, solle ebenfalls Vertragshafen werden und England solle die Konzession zum Bau einer Bahn von Burma zum Jangtse bekommen. Am weitesten ging die Forderung, China solle England garantieren, daß es im Stromgebiet des Jangtse keiner anderen Macht territoriale Abtretungen machen werde.¹⁴⁴ Mit ihr wollte England das ganze Jangtse-Gebiet zu seiner Interessensphäre stempeln, das weitaus größte, reichste, wichtigste Gebiet Chinas. Noch nie bisher waren die verborgenen Tendenzen der englischen Politik so klar an den Tag getreten. Frankreich und Rußland protestierten.¹⁴⁵ Setzte sich England in der Port Arthur-Frage durch, so wäre das eine gewaltige Niederlage für die russische Politik, und auch insbesondere für die Politik Murawiew's gewesen. Hier handelte es sich um eine ganz entscheidende Frage für die Zukunft im Fernen Osten, nicht um eine Frage zweiten Ranges wie bei der Spannung zwischen Rußland und Deutschland wegen Kiautschou. Gab Rußland nach, so wurde nicht nur die Russifizierung der Mandschurei zum mindesten um Jahre verschoben, sondern auch das Ansehen und damit die Machtstellung Rußlands in Peking mußte einen schweren Schlag erhalten. Wenn also England nicht nachgab, so drohte die Gefahr eines russisch-englischen Kriegs.

Zugleich gab es gute Gründe für die Annahme, daß Frankreich Rußland helfen werde, weniger weil auch seine Bestrebungen in China durch England bedroht wurden, als vielmehr, weil auch zwischen ihm und England damals ein sehr ernster weltpolitischer Konflikt bestand. Es handelte sich dabei um Westafrika.¹⁴⁶ Frankreich war bemüht, am Niger unterhalb der Busa-Fälle Fuß zu fassen, in einem Gebiet, das von der englischen Niger-Gesellschaft bean-

144. Die Bedingungen s. Morse, 1. 115, zit. Blaubach, China Nr. 1, 1898: Mac Donald an Salisbury 30. Dez. 1897 und Salisbury 8. Jan. 1898.

145. In Peking und in London. Im einzelnen s. Morse, 1. 115.

146. BD. 1. 132 ff. Herkenbergs Bemerkung S. 37 oben „in Westafrika rieben sich lediglich deutsche und englische Interessen“ (Grenzfragen im Voltagebiet) ist durchaus irrtümlich.

sprucht wurde. Im Laufe des Jahres 1897 rückten französische Truppen dort immer weiter vor. Das englische Kabinett war entschlossen, Frankreich an den Ufern des schiffbaren Niger keinen territorialen Besitz zuzugestehen. England wollte das weitere Vorrücken der Franzosen nicht dulden. So bestanden auch in Afrika zwischen England und Frankreich starke Spannungen, deren friedliche Lösung sich nicht absehen ließ. Unmittelbarer drängend und von noch größerer Bedeutung für England war allerdings die Port Arthur-, die China-Frage.

Salisburys Ententeangebot an Rußland.

In dem Augenblick, als sich England und Rußland schroff gegenüberstanden, machte Salisbury Rußland überraschend einen Vorschlag, der auf eine vollständige Umgestaltung der politischen Lage in Ostasien, darüber hinaus auf eine Erschütterung der politischen Beziehungen der großen Mächte überhaupt, hinauslief. Die Entwicklung der Politik in Ostasien war dem ersten Höhepunkt zugetrieben, wo aus ihr der erste Versuch zu einer Umgestaltung des Staatensystems herauswuchs.

Von China wie von Westafrika her wurde der Friede gefährdet. Auf einen Krieg mit beiden Zweibundmächten konnte es England nicht ankommen lassen, selbst einen Krieg mit einer Zweibundmacht, j e d e n Krieg wollte Salisbury vermeiden, wenn nicht geradezu unerträgliche Opfer ihm zugemutet wurden. Es lag für England nahe, sich mit e i n e r Macht zu verständigen, nicht um die andere durch Krieg niederzuringen, sondern um sie zu schwächen und sich gefügig zu machen. Obgleich der chinesische Markt für England wichtiger war als die Ufer des Niger, war doch eine englisch-russische Verständigung eher denkbar als eine englisch-französische. Abgesehen von der Nigerfrage schwebten zwischen England und Frankreich auch die Aegypten- und die Sudanfrage. Die ägyptische Frage war nicht akut; doch Frankreich hatte sich noch durchaus nicht mit der englischen Besetzung abgefunden. Die Sudanfrage konnte bald akut werden; die Expedition Marchands war unterwegs. Salisbury wünschte im Januar 1898, daß England einer Verständigung in der Nigerfrage kein unüberwindbares Hindernis in den Weg lege, wenn eine solche später

dringend wünschenswert werden sollte.¹⁴⁷ Gleichzeitig versuchte er mit Rußland auf breiter Grundlage zu einer Verständigung zu kommen, die auch Tendenzen gegen Frankreich hatte. Er bot Rußland eine Abgrenzung von Interessenssphären in China und in der Türkei an.¹⁴⁸

Nach Salisburys Vorschlag sollten den Russen in der Türkei als Interessenssphäre zufallen: Bosphorus und Dardanellen,¹⁴⁹ das dem Schwarzen Meer zugehörnde Abflußgebiet Kleinasien (the portion of Turkey which drains into the Black Sea) und das Tal des Euphrat bis Bagdad; den Engländern: Türkisch-Afrika, Arabien und das Tal des Euphrat unterhalb Bagdads. Dies Angebot stellte Rußland mehr in Aussicht als es sich je erträmt hatte. Zum ersten Male, soweit wir wissen, erklärte England Rußland seine Bereitwilligkeit, ihm an den Meerengen freie Hand zu lassen. Salisbury machte sein Angebot so verlockend, daß man annehmen muß, er habe damit rechnen müssen, daß Rußland darauf einging. Es kann nicht einfach als Versuch angesprochen werden, die russischen Absichten einmal kennen zu lernen. Was mag denn Salisbury mit dieser „partition of preponderance“, die doch eine Vorbereitung einer „partition of territory“ sein mußte, beabsichtigt haben? Zunächst einmal auf jeden Fall die Sicherung positiver Ziele im vorderen Orient. Wenn Englands bisheriger Hauptgegner in Asien ihm in Ägypten, Arabien und am Persischen Golf freie Hand ließ, so war es für jede andere Macht aussichtslos, dort England in den Weg zu treten. Wenn England in der ägyptischen Frage Rußland auf seiner Seite hatte, konnte Frankreich in Ägypten nichts machen. Eine englisch-russische Entente konnte vielleicht überhaupt für Rußland die französische Bundesgenossenschaft überflüssig machen; England hätte Frankreich geben oder verweigern können, was es wollte. Es hätte in Asien die Randgebiete des Indischen Ozeans beherrscht und in Afrika von Frankreich nichts zu fürchten brauchen. Im westlichen wie im östlichen Mittelafrica hätte Frankreich England nachgeben müssen; denn daß Frankreich mit Deutschland dann ein

147. BD. 1. 135.

148. BD. 1. 5 ff.

149. Daß diese im „Abflußgebiet des Schwarzen Meeres“ eingeschlossen gedacht waren, ergibt der klare Wortlaut des englischen Memorandums vom 21. Februar. BD. 1. 13 oben.

Bündnis gegen Rußland und England geschlossen hätte, war nicht anzunehmen. Hiermit sind wir in unsern Ueberlegungen aber an den Punkt angelangt, wo zu fragen ist, ob etwa England durch eine Entente mit Rußland, ohne Frankreich irgend etwas opfern zu müssen, eine russisch-französisch-englische Entente, also die spätere Triple-Entente herbeiführen wollte. Trostpreise für Frankreich wären schon zu finden gewesen, z. B. Marocco ohne Tanger und Syrien. Die Frage mußte hier aufgeworfen werden; für eine verneinende Antwort überzeugende Beweise zu bringen, dürfte schwer fallen.

Doch auch wenn man diese Kombination für zu vage und weitgehend hält, so läßt sich nicht wegleugnen, daß schon die russisch-englische Verständigung selbst eine Tendenz gegen Deutschland in sich barg. Die bloße Tatsache ihres Bestehens hätte Deutschland des besten Druckmittels gegen England beraubt. England wäre von deutschem Wohlwollen unabhängiger geworden und hätte Deutschland keine kolonialen Zugeständnisse mehr zu machen brauchen, ja eine englisch-russische Entente wäre eine direkte Schädigung deutscher weltpolitischer Bestrebungen gewesen. Es ist nicht unmöglich, daß Salisbury bei seinem Entente-Angebot auch eben dies beabsichtigte. In der Türkei hatte Deutschland großen Einfluß; gegenüber China hatte der Kaiser in einer Rede¹⁵⁰ von der „gepanzerten Faust“ gesprochen, vielleicht wuchs sich Deutschlands Politik dort zu einer Gefahr für englische Interessen aus. Andererseits konnte die etwa bestehende Absicht, deutsche Pläne zu durchkreuzen, nur ein Nebenmotiv Salisburys sein. Damals baute Deutschland noch nicht die Bagdadbahn, noch hatte der Kaiser nicht von seinem Protektorat über den Islam gesprochen; in China hielt sich Deutschland in engen Grenzen, wie die eben zwischen Deutschland und China ausgewechselten Noten bewiesen, und es nahm dort auf England Rücksicht. Im Grunde bedrohte doch nicht

150. Am 18. Dezember 1897 in Hamburg vor der Abfahrt des Prinzen Heinrich. Die erste jener Chinareden, die im Ausland kräftig zu antideutscher Propaganda ausgenutzt wurden. Prinz Heinrich antwortete, er ziehe aus, um in der Ferne das Evangelium von Euer Majestät geheiligter Person zu predigen. Die Times zog die Rede ins Lächerliche. Herkenberg, 107 ff. Zur Stellungnahme der amerikanischen Presse vgl. Cl. Eve Schieber, *The Transformation of American Sentiment towards Germany*, S. 213 f.

Deutschland, sondern Rußland England in Asien. Es wäre also umgekehrt zu fragen, warum sich Salisbury nicht damals an Deutschland wandte, wie es später Chamberlain tat. Die Antwort darauf läßt sich geben, ohne daß man eine Antipathie Salisburys gegen Deutschland als Motiv heranziehen mußte. Salisbury war der Ueberzeugung, daß die Türkei und China schwach, wenn nicht am Zusammenbrechen seien, und daß der Rußland durch seine geographische Nachbarschaft ermöglichte politische Druck und Einfluß auf beide Reiche eine unumstößliche Tatsache sei, mit der die Politik zu rechnen habe;¹⁵¹ in dieser Meinung Salisburys steckt ein Teil Schwäche; aber auch ein Teil Mut, unangenehmen Tatsachen ins Gesicht zu sehen. Sie mußte das Anlehnungsbedürfnis Salisburys an Deutschland abschwächen. Mit Deutschland über die Lösung der türkischen Frage zu sprechen, lag für England damals kein Grund vor; zudem war es 1895 unzweideutig abgewiesen worden.¹⁵² Ob Deutschland in China gegen Rußland sich gebrauchen ließ, mußte doch recht fraglich erscheinen. Salisbury mochte erwarten, daß Deutschland dafür zum mindesten so große koloniale Zugeständnisse fordern würde, daß für England der Wert eines Zusammengehens mit Deutschland in Frage gestellt würde. Vor einem Monat hatte Salisbury im Gespräch mit Hatzfeld den Gedanken an eine deutsch-englische Annäherung abgewiesen.¹⁵³

Es hing jetzt alles von der Frage ab, ob zwischen Rußland und England sich eine Verständigung in Asien erreichen ließ. Vom deutschen Standpunkt aus gesehen war es einer der größten Nachteile, daß Salisbury an den Meerengen kein Interesse mehr nahm. Sein Angebot an Rußland war der Gipfel dieser für Deutschland so ungünstigen Orientpolitik. Doch Rußland hat von Anfang an vermieden, auf eine Erörterung der die Türkei betreffenden Vorschläge Salisburys einzugehen.¹⁵⁴ Rußland war selbstverständlich überrascht und mißtrauisch. Es hat wahrscheinlich die Tendenzen bemerkt, die die Türkei vorschläge und die Entente gegen Deutschland und gegen Frankreich hatten. Wenn es sich zu früh auf eine Erörte-

151. BD. 1. 22 f.; 1. 28 f.

152. s. S. 99 ff. dieser Arbeit.

153. GP. 13. 45 f. vgl. S. 144 dieser Arbeit.

154. vgl. wie Murawiew am 3. Februar die Aeußerungen des Zaren ergänzt BD. 1. 9. Ferner BD. 1. 15.

rung der türkischen Frage (und damit auf eine allgemeine Entente) einließ, konnte es wohl die deutsche Freundschaft oder die französische Bundesgenossenschaft gefährden. Vielleicht fürchteten seine Politiker ähnlich wie die Deutschen 1895, England wolle durch Aufrollung der orientalischen Frage einen Kontinentalkrieg entflammen. Jedenfalls durfte Rußland nicht durch ein Abkommen über die Türkei seine politische Energie dort in Anspruch nehmen und festlegen lassen, solange nicht in China die Lage klar war und es dort Japan nicht zu fürchten brauchte. In China konnte ja England erst einmal zeigen, wie weit es wirklich zu Entgegenkommen bereit war, wie es sich ein Zusammengehen dachte. Von der russischen und englischen Politik in den akuten Fragen des Fernen Ostens hing die Entscheidung über das Schicksal des Entente-Angebots ab, ebenso wie es vom Fernen Osten seinen Ausgang genommen hatte. Afrikanische und türkische Fragen standen mit dem Angebot in Zusammenhang und Frankreichs und Deutschlands allgemeine Politik und das Weltstaatensystem überhaupt mußte von ihm betroffen werden. Aber dort, woher der Anstoß zur Bewegung kam, entschied es sich auch, wie die Kugel rollte.

In China kam Rußland das englische Angebot sehr gelegen. Rußland war im Fernen Osten noch nicht stark genug, um es auf einen Krieg ankommen lassen zu können; es war darauf bedacht, daß Zustandekommen eines englisch-japanischen Bündnisses zu verhindern.¹⁵⁵ Es hatte Deutschland nicht gegen England oder Japan vorschieben können. Erst die Kiautschou-Aktion, dann Deutschlands Ablehnung einer Diskussion über die Interessensphären mußten Rußland verstimmen. Was Deutschland eben Rußland verweigert hatte, bot ihm jetzt sein eigener Gegner an. Es lag in Rußlands Interesse, England zum mindesten die Hoffnung auf eine Entente zu lassen. Rußland kam es während der Verhandlungen in erster Linie darauf an, sich die Anerkennung seiner Interessensphäre durch England zu sichern.¹⁵⁶

Salisburys Entente-Angebot schloß gerade für Englands China-Politik ein starkes Zurückweichen ein. Er war bereit, Rußland das Tal des Hoangho und die Länder nördlich davon als Interessen-

156. BD. 1. 10; 1. 15.

sphäre zu überlassen, wenn Rußland als Englands Interessensphäre das Jangtse-Tal anerkenne. Er warf auch die Frage auf, ob England und Rußland einander in ihren Sphären unterstützen könnten. Eine Abschwächung bedeutete die Formulierung, England wünsche nicht, daß durch die Entente irgend welche Vertragsrechte oder die Integrität des chinesischen Reichs verletzt würden. Um die gleiche Zeit wies Salisbury den englischen Gesandten in Peking an, die Forderung, Talienwan solle Vertragshafen werden, zurückzuziehen, und er teilte Rußland mit, daß das englische Kriegsschiff „Iphigenie“ auf Anordnung des Admirals ohne Befehl der Regierung nach Port Arthur gefahren sei und ordnungsgemäß den Hafen in ein paar Tagen wieder verlassen werde. An und für sich hätten aber die englischen Schiffe dem Vertrag von Tientsin gemäß das Recht, Port Arthur wie alle chinesischen Häfen anzulaufen.¹⁵⁷ Infolge des Zurückweichens Englands stand nur noch eine Angelegenheit den Verhandlungen mit Rußland im Wege. England führte die Anleiheverhandlung mit China weiter. Der russische Gesandte in Peking erhob gegen die Anleihe schärfsten Protest, da sie das Gleichgewicht des Einflusses in China störe.¹⁵⁸ Um dies zu verstehen, muß man bedenken, daß die Entente-Verhandlungen damals Ende Januar eben erst begonnen hatten. Es ist auch nicht gewiß, ob Rußland schon erfahren hatte, daß England die Talienwan betreffende Anleihebedingung zurückzog.¹⁵⁹ Doch selbst dies angenommen, war es vom russischen Standpunkt aus geboten, eine Anleihe zu hintertreiben, bei der die Haupteinkünfte Chinas unter die einseitige Kontrolle Englands kommen sollten und bei der England in Bezug auf die von ihm beanspruchte Interessensphäre Zugeständnisse erhalten sollte, die seine Nachgiebigkeit gegen Rußland stark abdämpfen mußten. Die russischen Proteste, vielleicht sogar durch Androhung militärischer Maßnahmen verschärft, hatten bei China Erfolg.¹⁶⁰ Auf China mußte die Zurückziehung des englischen Kriegsschiffes von Port Arthur einen für England ungünstigen Eindruck machen. Anfang Februar teilte China mit, infolge der russischen Drohungen habe es sich entschlossen, weder von England

157. Salisbury an OConor, 23. Januar, zit. bei Morse, 3. 116.

158. Mac Donald an Salisbury, 25. Januar, zit. bei Morse 3. 116.

159. Salisbury an Mac Donald, 17. Januar, zit. bei Morse 3. 115.

160. Morse, 3. 116 f.; BD. 1. 9.

noch von Rußland zu borgen.¹⁶¹ Gerade unmittelbar vorher hatte sich der Zar gegenüber dem englischen Gesandten sehr ermutigend geäußert. Er dachte, eine Entente, im Sinne der von englischer Seite vorgeschlagenen, sei höchst wünschenswert und glaube, die Verhandlungen würden zum Erfolge führen.¹⁶² England war das Spiel linker Hand scheinbar von Rußland durchkreuzt worden. Nun schien es nicht mehr in Anleiheverhandlungen mit China und Entente-Verhandlungen mit Rußland doppelte, zweideutige Politik in China treiben zu können.

Der natürliche Weg der Entente-Verhandlungen wäre gewesen, daß jetzt England Rußland die Bedingungen mitteilte, die es China gestellt hatte, und Rußland darauf seine Einwände gegen die darin niedergelegten Ziele der englischen Politik vorbrachte, daß gleichzeitig England und Rußland über die Ausdehnung der russischen Interessensphäre und über Rußlands Absichten betr. Port Arthur diskutierten und beide auf diese Weise ihre Ansprüche allmählich gegeneinander ausglich. Mit einer solchen Erörterung der chinesischen Probleme mußten die Entente-Verhandlungen beginnen, da Rußland betont hatte, es wolle zunächst die Fragen des Fernen Ostens besprechen.¹⁶³ Den bezeichneten Weg zu gehen, war England bereit, aber es wollte zugleich auf dem anderen Wege, dem von Verhandlungen mit China, vorwärtskommen suchen. OConor warf die Frage auf, ob man die Anleihe mit Rußland teilen solle, aber verneinte sie sogleich und Salisbury schloß sich seiner Ansicht an.¹⁶⁴ England wollte nicht den Trumpf aus der Hand geben, den es mit seinem Anspruch auf die Anleihe für die Verhandlungen mit Rußland hatte. Salisbury war verstimmt, daß Rußland den Abbruch der englisch-chinesischen Verhandlungen herbeigeführt hatte. Er ließ den englischen Gesandten in Peking mit China Separat-abmachungen schließen.¹⁶⁵

* China gab, wahrscheinlich als Kompensation für die Ablehnung der Anleihe, am 11. Februar 1898 die schriftliche Zusage, es werde in den den Jangtse berührenden Provinzen nie irgend

161. a. a. O.

162. BD. I. 9.

163. BD. I. 9.

164. BD. I. 10 f.

165. a. a. O.

ein Territorium irgend einer anderen Macht verbürgen, verpachten oder abtreten.¹⁶⁶ In einer weiteren Note vom 13. Februar erklärte es, solange der Handel Englands mit China den jedes anderen Landes übertreffe, solle stets ein Engländer Generalinspektor der Seezölle sein.¹⁶⁷ Durch diese Erklärungen war England gegen die Gefahr gesichert, daß sich in die wichtigste Stellung oder in das wichtigste Handelsgebiet Nicht-Engländer eindrängten. Allerdings schloß die Erklärung über die Jangtse-Provinzen nicht irgend welche kommerzielle oder industrielle Vorrechte oder gar positive politische Vorteile für England ein. Nicht rechtlich, aber politisch war doch diese blasse Abmachung eine Art Hypothek und stellte den Anspruch Englands auf, daß das Jangtse-Tal seine Interessensphäre sei. Ohne Rußland zu fragen, hatte sich England wesentliche Vorteile gesichert, bevor noch Rußland sich selbst irgend etwas verschafft hatte. Das war vom Standpunkt englischer Chinaintressen ganz verständlich, denn Englands Position in China war seit 1895 äußerst schwach gewesen. Andererseits setzte sich England der Gefahr aus, daß Rußland die Verhandlungen mit ihm abbrach. Dazu kam es aber noch nicht, sei es, weil Rußland noch Japan fürchtete oder weil es doch noch glaubte, England in China überzuvorteilen zu können. Was konnte die Fortsetzung der Verhandlungen England bringen? England konnte die Zustimmung Rußlands zum Abschluß der Anleihe durch Zugeständnisse an Rußland erkaufen. Obgleich OConor in einer Note an Murawiew den englischen Vorschlag schriftlich festgelegt hatte, zögerte Rußland, die englischen Anleihebedingungen zu diskutieren, wahrscheinlich weil es über die englisch-chinesischen Abmachungen verärgert war.¹⁶⁸

Am 19. Februar erfuhr England, daß Rußland Talienwan und Port Arthur pachten wolle. OConor entgegnete sofort, der Besitz eines so starken militärischen Platzes wie Port Arthur würde die Lage der Dinge radikal verändern. Wenn England dem in den russischen Forderungen enthaltenen Gedankengang folge, so müßte es notwendigerweise eine gleichwertige Kompensation in der britischen Sphäre suchen, während doch die englischen Forderungen

166. Mac Murray, 104 f.

167. Mac Murray, 105 f.

168. BD. I. 12; I. 14.

bisher größtenteils wesentlich wirtschaftlicher Natur waren.¹⁶⁹ In der Tat hatten die englischen und russischen Forderungen einen so verschiedenen Charakter, daß eine Verständigung dadurch sehr erschwert werden mußte. Wittes Politik der friedlichen Durchdringungen wäre vielleicht mit Englands Politik der wirtschaftlichen Vormachtstellung zu vereinbaren gewesen; Murawiews Politik wollte die Erwerbung Port Arthurs durchsetzen und Englands Zustimmung dazu in der Verhandlungen sichern. Rußland war bereit, England die Anleihe zu überlassen, wenn England ihm dafür Port Arthurs überließ; außerdem drängte die Teilung der Interessensphären England noch aus Nordchina heraus. Der Handel wäre also für England sehr ungünstig gewesen, und wahrscheinlich hätte England durch ein Abkommen kaum andere Vorteile von Dauer für seine Sphäre bekommen, als die am 11. und 13. Februar bereits gesicherten. Trotzdem war es nicht Salisbury, der die Verhandlungen abbrach. Ihm kam es auf eine Gesamtverständigung mit Rußland an. Nur war es doch sehr fraglich, ob Rußland auf eine Verständigung in den türkischen Fragen in der Art, wie sie Salisbury wünschte, wirklich eingehen werde, wenn England ihm vorher Port Arthur zugestanden hätte.

Salisbury verhinderte nicht, daß die englische Anleiheverhandlung in Peking abgeschlossen wurde, bevor er mit Rußland zu einer Verständigung über alle chinesischen Fragen gekommen war. China war nach seiner vorläufigen Absage vom Anfang Februar notgedrungen wieder darauf zurückgekommen, eine auswärtige Anleihe zu suchen; im Vertrag vom 1. März kamen die Verhandlungen zum Abschluß. Die Hongkong und Schanghai Banking Corporation und die Deutsch-asiatische Bank gaben China eine Anleihe von 16 Millionen Pfund Sterling. Sie wurde gesichert durch die Einnahmen der Seezollverwaltung und durch Binnenzolleinnahmen bestimmter Orte und Provinzen des Jangtse-Tals, die unter die Kontrolle des Generalinspektors der Seezölle gestellt wurden.¹⁷⁰ Größere politische Konzessionen an England enthielt der Vertrag nicht. Rußland aber nahm den Abschluß der Anleihe zum Anlaß, um die Verhandlungen ihrem Ende zuzuführen. Lamsdorff sagte, er

169. BD. 1. 14.

170. Mac Murray, 107 ff.

wolle nicht die Frage erörtern, ob eine Verbindung zwischen den politischen und kommerziellen Vorteilen, die England kürzlich von China erhalten habe, und der Anleihe bestände, unzweifelhaft hätten aber beide zusammen einen ungünstigen Eindruck auf den Zaren gemacht. OConor entnahm (gathered), daß bei der durch diese Ereignisse geschaffenen Stimmung der Zar nicht geneigt schien, die Diskussion der broader question, also der allgemeinen Entente weiterzuführen. Er glaube nicht, schrieb OConor, daß die Verhandlungen tatsächlich abgebrochen seien, aber sicher hätten sie einen ernsten Stoß erhalten, und es könne schwer sein, den Zaren wieder in gute Stimmung zu bringen. Auf diesen Bericht¹⁷¹ hin hat England die Entente-Verhandlungen nicht wieder aufgenommen.

Der erste Versuch zu einer englisch-russischen Entente, der erste Versuch zu einer englisch-russischen Einigung im Fernen Osten war gescheitert. Fragen wir nach den Gründen dafür, so fällt am unmittelbarsten ins Auge, daß England, obgleich es der werbende Teil war, ständig doppeltes Spiel machte und mit China gleichzeitig verhandelte. Wenn Salisbury wirklich mehr mit seinem Angebot gewollt hatte, als Rußland nur in China hinhalten und sich während dessen dort möglichst viel sichern, hätte er dann nicht Mac Donald anweisen müssen, die Verhandlungen mit China über die Anleihe und deren Bedingungen auszusetzen? Wir wissen bereits, daß er am 11. Februar das gerade Gegenteil tat und Mac Donald eher anspornte. Angesichts der Art und Weise, wie hier Spezialfragen den Versuch einer grundlegenden politischen Umstellung fortwährend durchkreuzten, drängt sich doch der Eindruck auf, daß Salisbury eine Abkehr von der bisherigen politischen Isolierung nicht als dringende Notwendigkeit empfand. Mit den Konzessionen Chinas vom 11. und 13. Februar hatte England vielleicht bereits das Wenige erreicht, was es ohne großen Machteinsatz für seine Interessen im Jangtse-Tal tun konnte. Doch die eigenen Interessen im Jangtse-Tal sicherzustellen, war durchaus nicht das einzige und durchaus nicht das wichtigste Motiv Englands bei seinem Ententeangebot gewesen; dem widerspricht dessen ganzer Charakter. Vielmehr waren die Vorschläge Englands an Rußland

171. BD. I. 16.

betreffe Chinas, als Ganzes gesehen, für England ungünstig und sie waren nur aus dem Wunsche Englands nach einer allgemeinen Verständigung zu verstehen.¹⁷²

Eben diesem Wunsch kam Rußland nicht entgegen. Soweit ersichtlich, war der Zar noch am ehesten zu einer Entente bereit. Jedenfalls schlug aber die russische Politik aus sehr verständlichem Mißtrauen heraus den Weg ein, die Verhandlungen zunächst auf den Fernen Osten zu beschränken. Rußlands politische Lage war nicht so schwach, daß es das englische Entente-Angebot mit gierigen Händen hätte ergreifen müssen; Rußland konnte darum seine Ziele im Fernen Osten ruhig in den Vordergrund stellen. Rußland und — allerdings in geringerem Maße — England fehlte das Bewußtsein einer dringenden Notwendigkeit zu politischer Anlehnung. Daher kamen beide in den Fragen des Fernen Ostens einander nicht genügend entgegen, so daß gerade die dortigen Fragen die Verhandlungen allmählich zum Stillstand brachten. Schon Mitte Februar hatte die Neigung beider Parteien zur Verständigung merklich nachgelassen. Als Rußland am 19. Februar seine Absicht, Port Arthur zu pachten, England mitteilte, trat die Ungleichheit der Ansprüche der russischen und englischen China-Politik klar zutage. England hatte zu fürchten, von Rußland nur für dessen aggressive Chinapolitik ausgenützt zu werden. Als England die Anleihe abschloß, kamen die Entente-Verhandlungen zum Stillstand. Zu dieser Zeit waren die englisch-französischen Beziehungen nur wenig besser als Mitte Januar beim Beginn der englisch-russischen Verhandlungen; die russisch-japanischen Verhandlungen über Korea waren jedenfalls noch nicht dem Abschluß nahe. Soweit bekannt, hat also nicht eine Entspannung der Beziehungen zwischen England und Frankreich und zwischen Rußland und Japan das Ende der englisch-russischen Verhandlungen herbeigeführt. Ihr Scheitern wird vornehmlich auf zwei Gründe zurückzuführen sein: der politische Druck, der auf England lastete, war nicht so stark, daß England vor Rußland in China zu kapitulieren bereit war; die russische Politik war in China aus natürlichen Gründen so im Vorteil und war

172. OConor, 22. Februar: Wir sollten uns überhaupt nicht definitiv binden, bis wir sehen, wie weit Rußland in der größeren Frage gehen wird. BD. 1. 15.

so anspruchsvoll, daß eine Teilung Chinas in russische und englische Interessensphären immer zum Vorteil Rußlands ausfallen mußte.

Chamberlains Bündnissondierung bei Deutschland.

Die russische Chinapolitik, insbesondere Rußlands Port Arthur-Politik hatte es Deutschland letzten Endes ermöglicht, seine eigene China-Politik durchzusetzen, ohne daß es seine bisherige ungebundene allgemein-politische Stellung aufgeben mußte. Dem aggressiven Charakter der russischen Chinapolitik hatte es Deutschland (ohne es zu wissen) zu verdanken, daß der Plan einer englisch-russischen Entente scheiterte, bei dessen Zustandekommen der deutschen Politik ihre bisherige Grundlage entzogen worden wäre. Jetzt führte die russische Port Arthur-Politik England zum Versuch einer Annäherung an Deutschland.

Anfang März waren die Entente-Verhandlungen Englands mit Rußland gescheitert. Schon am 19. Februar hatte der englische Botschafter gemeldet, Rußland sei entschlossen, mit oder ohne die Zustimmung der englischen Regierung an Port Arthur und Talienwan festzuhalten, aber es sei zum Verhandeln bereit.¹⁷³ England stand vor der schweren Frage, was es gegen das russische Vorgehen tun sollte, seitdem für eine Verständigung größeren Ausmaßes keine Aussicht mehr bestand. Rußland, bisher durch die Verhandlungen mit England hingehalten, stellte jetzt an China seine endgültigen Forderungen. Es verlangte die Abtretung des Südens der Halbinsel Liautung und die Konzession einer von der nordmandschurischen Linie abzweigenden Bahn nach der Halbinsel; bis Ende März mußten alle Einzelheiten des Abkommens geregelt sein.¹⁷⁴ Russische Truppen wurden von Wladiwostok nach Port Arthur befördert, landeten aber vorläufig nicht. China sträubte sich natürlich.¹⁷⁵ Doch der chinesische Botschafter in Berlin Siu, den China nach Petersburg fahren ließ, konnte auch nichts erreichen.¹⁷⁶ Li und ein anderer hoher Beamter sahen ein, daß China Rußland keinen be-

173. BD. 1. 14.

174. Marc 27 f.; Witte 85 f.; GP. 14. 155 f.

175. Witte, 86 f.; Marc, 29.

176. Marc, 28.

waffneten Widerstand leisten könne; auf ihre Veranlassung begann China vom 20. März an nachzugeben. Bereits am 27. März wurde der Vertrag abgeschlossen, und noch am selben Tage landeten die Russen in Port Arthur.¹⁷⁷

Deutschland erhob natürlich keinen Einspruch; der Kaiser gratulierte sogar dem Zaren. Auch von Japan hatte Rußland jetzt keine Kriegsgefahr mehr zu befürchten. Im Februar war in Korea die russenfeindliche Bewegung ans Ruder gekommen und im März zog Rußland den Finanzberater und die Militärinstrukteure aus Korea zurück. Rußland konnte damit rechnen, daß Japan, an dem Abschluß der Koreaverhandlungen interessiert, nicht mit England an seiner Seite ihm bewaffneten Widerstand leisten werde.

Recht heikel war die Frage, was aus dem seit 1895 von den Japanern besetzten Weihaiwei werden sollte. Die dortigen Verhältnisse waren zwar recht ungünstig, auch besaß der Hafen kein Hinterland und hatte keine kommerzielle Zukunft, aber seine strategische Lage am Eingang des Golfs von Petschili gegenüber Port Arthur verlieh ihm immerhin eine größere Bedeutung. Rußland, Deutschland, Japan und England nahmen an Weihaiwei Interesse. Mit dem Abschluß der Anleihe vom 1. März war China instandgesetzt, Japan den Rest seiner Kriegsschuld auszus zahlen, und Japan war vertragsgemäß verpflichtet, den Hafen dann zu räumen. Deutschland hatte keine eigenen Absichten auf Weihaiwei, obwohl es in Schantung liegt, und war deshalb auch nicht geneigt, Japan zur Räumung zu zwingen.¹⁷⁸ Auch Rußland wollte Japan nicht zur Räumung drängen, da es befürchtete, nach der Räumung durch die Japaner könne England von Weihaiwei Besitz nehmen.¹⁷⁹ Außerdem lag eine feindliche Haltung gegen Japan nicht in dem Sinne der damaligen russischen Politik. Nicht ausgeschlossen ist, daß Rußland sogar gegen Deutschland gehetzt hat, indem es verbreitete, Deutschland habe Absichten auf Weihaiwei. Jedenfalls hörten die

177. Marc, 28 f.; Witte, 87. Nach Wittes Erzählung griff er vor dem Vertragsabschluß ein, um einen kriegerischen Zusammenstoß zu verhüten. Er telegraphierte an seinen Agenten Pokotilow, er solle Li und Tschang hohe Geschenke versprechen.

178. GP. 14. 1. 157.

179. 14. 160.

Engländer durch Ito von solchen Absichten;¹⁸⁰ für den Außenstehenden lag ja auch die Annahme nicht fern, daß Deutschland sich in Schantung werde breiter machen wollen.

Die Erwerbung Weihaiweis durch England war auch als Gegenzug gegen Deutschland gedacht, aber in erster Linie entsprang sie der Ratlosigkeit der englischen Rußlandpolitik und war ein Gegenzug gegen Rußland.

England hätte auch damals am liebsten die Politik der offenen Tür, der uneingeschränkten kommerziellen Ausnutzung ganz Chinas weitergetrieben. Gegenüber dem russischen, von Frankreich und Deutschland mehr oder minder unterstützten Vordringen ließ sich aber diese Politik beim besten Willen nicht aufrecht erhalten. Der Versuch, durch eine allgemeine Verständigung mit Rußland dessen Vordringen zu hemmen und mit ihm eine Politik wirtschaftlicher Interessensphären zu treiben, war gescheitert. Jetzt befürwortete OConor eine ganz andere, rigorose Politik, eine Art Gegenstück der Politik Murawiews: Rußland dringe unter dem Deckmantel freundschaftlichen Einverständnisses mit China im Fernen Osten unaufhaltsam vor; am besten noch ehe Rußland seine Forderungen durchgesetzt habe, solle England von China die Abtretung eines Hafens in der Tschusan-Gruppe und vielleicht der Silber-Insel im Jangtse fordern, auch das Recht, die Burma-Bahn mit chinesischen Bahnen zu verbinden.¹⁸¹ Dies ist der einzige bekannte Vorschlag von autoritativer Seite, in dem eine wirkliche Ausbalancierung der russischen Politik durch entsprechende englische Maßnahmen gefordert wurde. Ihn auszuführen, und seine Ausführung gegenüber den andern Mächten durchzusetzen, hätte Englands Kräfte aber weit überstiegen.

Der britische Hilfsunterstaatssekretär Bertie machte den Vorschlag, Weihaiwei zu nehmen, und zwar als Gegenzug gegen Rußland und Deutschland.¹⁸² Sein Vorschlag sieht auf den ersten Blick sehr herausfordernd aus, wie eine Rußland vor die Augen gehaltene Faust. Doch in Wirklichkeit war von seiner Ausführung keine Gefährdung des Friedens zu befürchten; dazu war Weihaiwei zu un-

180. BD. 1. 20; vgl. 1. 32.

181. 13. März, BD. 1. 16 f.

182. BD. 1. 17 f.

bedeutend. Außerdem lag Weihaiwei ganz außerhalb der englischen Interessenssphäre; seine Besetzung wollte sagen, daß England auch in Nordchina noch mitsprechen wollte, gab aber England keine Vorteile einer Interessenssphäre. Um festzustellen, ob die Besetzung Weihaiweis für die englische Politik möglich sei, wurde Japan um sein Einverständnis befragt. Denn da vorläufig noch die Japaner in Weihaiwei saßen, konnte England ohne Japans Zustimmung nichts tun. Noch eine andere politische Maßnahme wurde erwogen, obgleich ihre Aussichtslosigkeit eigentlich schon feststehen mußte. Rußland sollte von der Pachtung Port Arthurs Abstand nehmen, und England wollte sich dazu verpflichten, keinen Hafen im Golf von Tschili zu nehmen und in der Mandschurei nicht zu intervenieren.¹⁸³ Dieser Vorschlag wurde in der Tat Rußland mitgeteilt, allerdings in der vorsichtigeren Form, England würde gegebenenfalls erklären, es habe, abgesehen von der Aufrechterhaltung bestehender Vertragsrechte, keine Interessen in der Mandschurei.¹⁸⁴ Dieser Vorschlag enthält die Konzession, die England Rußland zu machen bereit war. Weitere Konzessionen wünschte es nur gegen Gewährung einer allgemeinen oder doch jedenfalls auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit abgeschlossenen Verständigung zu machen. Rußland ging jetzt, unmittelbar vor dem Abschluß des Vertrages mit China, natürlich nicht auf den englischen Vorschlag ein; wenn England ihn durchsetzen wollte, hätte es auf einen Krieg gefaßt sein müssen.

Doch dies war es eben nicht. Dabei spielten abgesehen von der Unmöglichkeit, Rußland kriegerisch beizukommen, bestimmte andere Gesichtspunkte mit. Salisbury war der fatalistischen Ansicht, daß der Einfluß der Besetzung Port Arthurs auf Peking und die chinesische Regierung unbedeutend sei im Vergleich zu dem der langen Landgrenze. Ein energischer Widerstand (a violent revolution) würde daher unklug sein. Zudem würde er die englische Frankreich-Politik unangenehm stören.¹⁸⁵ Salisbury dachte dabei an nichts anderes, als daß England bei einem Krieg mit Rußland auch Frankreich gegen sich haben würde, wenn es nicht dessen

183. BD. 1. 21.

184. BD. 1. 23 unten.

185. BD. 1. 21 ff. vgl. 14. 1. 245.

Neutralität mit ungeheuren Opfern erkaufte. Damals war die Nigerfrage noch immer offen. England hatte zwar eine Reihe von Zugeständnissen gemacht, Hanotaux hatte einen Vertragsentwurf vorgelegt, es war aber inzwischen zu verschiedenen Zusammenstößen in Westafrika gekommen, und es ließ sich noch nicht absehen, wie eine Verständigung erreicht werden könnte. Jetzt die Dinge mit Rußland auf die Spitze treiben, hieß für England die Hoffnung auf ein Nigerabkommen begraben.

Salisbury ist nicht einmal für den schwachen, von Bertie vorgeschlagenen Gegenzug gegen Rußland, für die Erwerbung Weihaiwei, gewesen; er wollte nur etwaige deutsche oder russische Absichten auf Weihaiwei durch ein Abkommen nach Art des alten Vertrages über Tschusan durchkreuzen.¹⁸⁶ In London war man aber nicht bereit, derart zu resignieren; irgend etwas, fühlte man, mußte gegen Rußland getan werden. England war nicht stark genug, die Integrität des chinesischen Reichs und seine Offenhaltung für Englands Handel durch Krieg gegen Rußland durchzusetzen, und es war auch nicht fähig, das Jangtse-Tal durch territoriale Stützpunkte zu seiner Interessensphäre zu machen. Uebrig blieb also jene laue Maßnahme, die Erwerbung Weihaiwei's, ein moralischer Protest, kein materielles Aequivalent. Unmittelbar nach dem Eintreffen der Nachricht vom Abschluß des Port Arthur-Vertrages wurde der englische Gesandte in Peking angewiesen, von China Weihaiwei unter ähnlichen Bedingungen zu fordern, wie sie Rußland für Port Arthur verlangt hatte.¹⁸⁷

Die Schwäche der Maßnahme war den Engländern bewußt.¹⁸⁸ England als isolierte Macht konnte nichts weiter tun. Salisbury hatte vor zwei Monaten den Versuch gemacht, ob die gegnerische Macht selbst sich auf Englands Seite bringen lasse. Der Versuch war gescheitert, in erster Linie an der Unvereinbarkeit der China-politik beider Mächte. Ein Versuch, Frankreich von Rußland abzusprengen, wäre aussichtslos gewesen; außerdem kam Frankreich jetzt auch in China mit England unerwünschten Forderungen. In dem Moment, wo die Ereignisse im Fernen Osten einem zweiten

186. BD. 1. 22.

187. BD. 1. 25.

188. vgl. BD. 1. 22.

Höhepunkt zugetrieben waren, machte England einen neuen Versuch, aus seiner Isolierung heraus zu kommen. Für Bündnis-Sondierungen kamen nur in Betracht Japan, Amerika und Deutschland.

Infolge der Eigenart der amerikanischen Politik konnte England wenigstens für die nächste Zeit wenig wirklich wirksame Hilfe von Amerika erwarten. Der westliche und der östliche Nachbar des Russischen Reiches konnten Rußland viel eher zu schaffen machen — wenn sie wollten. Chamberlain hatte im März 1898 bei Deutschland wie bei Japan sondiert. Er sagte dem japanischen Gesandten Kato, England sei bereit ein Abkommen mit Japan über den Fernen Osten einzugehen.¹⁸⁹ Japan ließ sich aber nicht von England gegen Rußland gebrauchen. Es fürchtete damals, allein gegen die drei Kontinentalmächte kämpfen zu müssen, wenn es sich zu weit gegen Rußland einließe.¹⁹⁰ Der fundamentale Unterschied der Situation von 1898 und 1901 liegt (von allem andern abgesehen) darin, daß Japan 1901 nicht mehr die Einheitsfront der Kontinentalmächte (1 : 3) fürchtete und andererseits infolge der Bereitwilligkeit der englischen Politik zu Verpflichtungen für den Kriegsfall mindestens ein Gleichgewicht der Gegner (1 : 1, 2 : 2) gesichert werden konnte.

Im Frühjahr 1898 stand Japan mit Rußland in Verhandlungen, deren Ausdehnung den Engländern nicht bekannt war;¹⁹¹ Salisbury war recht unzufrieden, daß Japan so gar nichts gegen Rußland tat. Japan kam nur darin England entgegen, daß es sich mit der englischen Forderung betreffs Weihaiwei auf eine englische Anfrage hin einverstanden erklärte. Japans außereuropäische Lage mußte ihm ein Anwachsen der Spannungen zwischen den europäischen Mächten erwünscht erscheinen lassen. Wie vorsichtig Japan war, um sich die freie Hand zu wahren und nicht für England ins Feuer gehen zu müssen, zeigt auch seine Antwort auf die englische Anfrage. Darin drückte es sein Einverständnis mit der geplanten englischen Erwerbung aus, zugleich sein Vertrauen, daß es auf das Einverständnis und die Hilfe Englands zählen könne, wenn es irgend wann in der Zukunft für notwendig halten sollte, ähnliche

189. Hayashi, 83.

190. Brief Satows, BD. 1. 25—27. Ito war darum besorgt, daß nach außen hin nicht der Anschein eines englisch-japanischen Zusammengehens erweckt werde. BD. 1. 32.

191. BD. 1. 26.

Maßnahmen zu ergreifen, um seine Verteidigungsmittel zu stärken oder seine Interessen zu fördern.¹⁹² Der englische Gesandte merkte genau die Ungleichmäßigkeit in dieser Antwort und sprach auch mit den Japanern darüber. Diese ließen aber den nicht verpflichtenden Charakter ihrer Antwort bestehen; umgekehrt ging die englische Politik auch nicht auf eine Bindung im Sinne des zweiten Teils der japanischen Antwort ein. Ito hielt es auch für nutzlos, gegen die Befestigung Port Arthurs zu protestieren. Denn er glaubte, daß die Russen im Besitz der Eisenbahnkonzession doch Port Arthur befestigen würden.¹⁹³

So fremd standen sich damals noch Japan und England gegenüber. Beide versuchten einander gegen Rußland vorzuschieben, aber vom gemeinsamen Handeln waren sie noch weit entfernt. Auch Ito betrachtete das russische Vordringen mit einem gewissen Fatalismus. Allerdings suchte er es durch eine japanisch-russische Interessensphärenteilung (Mandschurei-Korea) auszunutzen. Ob er oder Rußland ein förmliches Abkommen über eine solche Teilung damals angeregt haben, ist unbekannt; jedenfalls lief die russische und die japanische Politik 1898 praktisch darauf hinaus. Während Japan nichts gegen Rußlands Mandschurei-Politik tat, liquidierte Rußland in dem am 25. April abgeschlossenen Vertrag¹⁹⁴ mit Japan über Korea seine bisherige Korea-Politik. Der Vertragstext schloß die Verpflichtung Rußlands ein, von jeder direkten Einmischung in die inneren Angelegenheiten Koreas abzustehen und nicht ohne vorheriges Uebereinkommen mit Japan irgend eine Maßnahme betreffs der Ernennung von Militärinstrukteuren oder Finanzberatern zu ergreifen. Japan mußte allerdings dieselben Verpflichtungen übernehmen. Im ersten Artikel erkannten beide Parteien die vollkommene Unabhängigkeit und die Souveränität Koreas an. Das konnte fast so aussehen, als ob Rußland Japan von Korea fernhalten wollte. Doch im 3. Artikel, dem einzigen, der nicht den Charakter der Gegenseitigkeit aufweist, erkannte Rußland Korea als wirtschaftliche Interessensphäre Japans an: Rußland verpflichtete sich die Entwicklung der kommerziellen und industriellen Beziehungen

192. BD. 1. 31.

193. BD. 1. 41 Note.

194. Korea, Treaties and agreements, 24 f.

zwischen Japan und Korea nicht zu hemmen. Dies war bei der Bedeutung wirtschaftlicher Durchdringung als politischer Methode wichtig genug.

Zur gleichen Zeit, in der Japan in seiner Koreapolitik einen solchen Erfolg errang, gelang ihm auch ein Schritt, der im Interesse seiner südlichen Expansion unternommen wurde. Es forderte und erhielt von China die Zusicherung, daß China nie irgend einen Teil der Provinz Fokien (gegenüber Formosa) abtreten oder verpachten werde.¹⁹⁵ Wie alle Abkommen dieser Art legte auch das chinesisch-japanische zukünftige Möglichkeiten bloß und ist insofern sehr instruktiv. Das Bild eines künftigen aufgeteilten China schien sich immer deutlicher abzuzeichnen. Für die internationalen Beziehungen blieben aber auch weiterhin allein Japans Ausdehnungstendenzen im Norden von Bedeutung.

Genau so wie Japan sich nicht von England gegen Rußland vorschieben lassen wollte, so auch Deutschland, an das jetzt England angesichts der kritischen Lage im Fernen Osten herantrat. Es ist nachdrücklichst zu betonen, daß nicht Salisbury, der verantwortliche Leiter der englischen Politik, sondern sein Stellvertreter Schatzkanzler Balfour und der Kolonialminister Joë Chamberlain diesen Schritt unternahmen. Dabei überließ es Balfour Chamberlain, über die Befürwortung besserer deutsch-englischer Beziehungen hinauszugehen und weitreichende Vorschläge zu machen. Sie entsprangen, wie aus dem Bericht Hatzfelds über die Unterredung am 29. März eindeutig hervorgeht, der konkreten Situation, in der England mit Rußland in China und mit Frankreich in Afrika in einem Konflikt stand, dessen Lösung nicht abzusehen war.¹⁹⁶ Chamberlain machte Andeutungen, als habe England die Absicht, die Flotte nach Talienwan zu schicken und eine dort in der Nähe gelegene Höhe zu besetzen.¹⁹⁷ Man wird wohl nicht glauben dürfen, daß Chamberlain im Ernst für diese Maßnahmen gewesen ist; es war reichlich unklug von ihm, ausgerechnet bei seiner Bündnissondierung Hatzfeld gegenüber mit solchen Andeutungen zu spielen. Die erwähnten Maßnahmen hätten Krieg mit Rußland bedeutet; es

195. Mac Murray, 126.

196. GP. 14. 197.

197. 14. 198 f.

ist nicht zu viel behauptet, daß Salisbury eher abgedankt als sie geduldet hätte. In der zweiten Unterredung drei Tage später bezeichnete auch Chamberlain als Zweck der Verständigung nicht, Rußland um die Vorteile zu bringen, die es sich bis jetzt in China gesichert habe, vielmehr äußerte er, es solle mit deutscher Hilfe der Rest von China gerettet werden und dem Welthandel offen erhalten bleiben.¹⁹⁸ Als Preis hierfür bot er den Beitritt Englands zum Dreibund. Ueber dessen europäische Voraussetzungen hat er sich sicher nicht viel Gedanken gemacht, vielmehr erwartete er von Deutschland, daß es seine Bedingungen formulieren werde.¹⁹⁹ Da Deutschland darauf überhaupt nicht einging, läßt sich auch nicht erweisen, wie weit England den kontinentalen Bedürfnissen Deutschlands entgegengekommen wäre. Eine Bemerkung Chamberlains am 25. April, er fürchte, einer allgemeinen Verständigung zwischen England und Oesterreich werde die orientalische Frage hindernd im Wege stehen, gibt bereits einen Ausblick auf eines der schwierigsten Probleme bei den Verhandlungen von 1901.²⁰⁰

Die deutsche Regierung stand den Vorschlägen Chamberlains vollkommen ablehnend gegenüber. Bülow stellte dabei den Einwand in den Vordergrund, das englische Parlament könne den Bündnisvertrag ablehnen, und dann werde der Zweibund den Kampf gegen Deutschland aufnehmen, bevor die Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines deutsch-englischen Zusammengehens Zeit gehabt habe, sich in England weiter auszubreiten. England, welches heute in der ersten Reihe stehe, werde sich in die zweite Reihe zurückziehen und es den Kontinentalmächten überlassen, miteinander abzurechnen.²⁰¹ So ernste Erwägung diese Gedanken verdienten, man wird doch nicht behaupten dürfen, daß hier (objektiv gesehen) die Hauptschwierigkeit für ein deutsch-englisches Bündnis lag. Wenn die englische Regierung, wenn Salisbury, Chamberlain und Balfour ein dauerndes Bündnis wirklich und ehrlich gewünscht hätten, so hätten sich auch Mittel und Wege finden lassen, das Bündnis im Parlament durchzusetzen (vorherige Ein-

198. 14. 203.

199. GP. 14. 198.

200. 14. 223.

201. 14. 205 f.

weihung der Führer der Liberalen, Vorbereitung durch die Presse). Der Kaiser sah hier tiefer, indem er in seinen Erwägungen die Möglichkeit der Ablehnung durch das Parlament beiseite ließ, und allgemein die Gefahr eines engeren Zusammenschlusses Frankreichs und Rußlands betonte, der aus einem deutsch-englischen Bündnis wegen Ostasiens und des Niger notwendig erfolgen müsse.²⁰² Die Konzentrierung der Kräfte des Zweibunds auf Europa war in der Tat die Hauptgefahr, und es war infolge der Interessenlosigkeit Englands an europäischen Fragen zweifelhaft, ob das Bündnis Deutschlands Kontinentalstellung genügend sichern werde. Schon an und für sich mußte die Hauptlast eines Bündnisses gegen Rußland infolge Deutschlands exponierter Lage auf jeden Fall auf Deutschlands Schultern liegen. Rückschauend möchte man freilich fragen, ob nicht Frankreich und Rußland bereits so eng wie nur denkbar verbunden waren, ob Rußland denn je seinen Vorteil in einer Los-trennung von Frankreich gefunden hätte, ob nicht durch den Zusammenschluß der stärksten Seemacht mit der stärksten Militärmacht Frankreich und Rußland von einem europäischen Kriege gerade abgeschreckt werden mußten; ja man möchte die Kombination noch weiter führen, möchte wenigstens fragen, ob durch ein deutsch-englisches Bündnis mit Hilfe der Meerengenfrage (die Meerengen konnten von Deutschland und England zur Not Rußland überlassen werden) nicht Rußland an Deutschland und England herangezogen werden konnte und dann Frankreich, vielleicht schwach unterstützt von Oesterreich, einer Koalition, einer politischen Gruppe gegenüberstand, die mit mehr oder minder Festigkeit fast alle Großmächte der Erde einschloß.

Doch die deutsche Politik empfand damals den Druck des Zweibundes gar nicht stark. Trotz seines 6jährigen Bestehens hatte sich der Zweibund bisher gegen Deutschland noch wenig ausgewirkt. Er hatte bisher den Vorteil gezeigt, daß Frankreich an Rußlands antienglische Asienpolitik gebunden war und Deutschland infolge der gegenseitigen Bindung der französisch-russischen und englischen Kräfte eine verhältnismäßig freie, sorglose, ja fast einträglische Stellung innehatte. Die deutsche Politik hielt, wenn auch nicht durchgängig, an der Ueberzeugung fest, daß nach französi-

202. GP. 14. 217.

scher Auffassung Deutschland immer ein größerer Gegner als England sein würde, aber sie glaubte daran, daß Rußland England, nicht Deutschland als seinen großen Gegner ansehe; bestanden doch direkte Streitobjekte zwischen Rußland und Deutschland überhaupt nicht. Die Aufteilung Afrikas und der scheinbare Beginn der Aufteilung Chinas verstärkten den Eindruck einer Zwangsläufigkeit des Gegensatzes zwischen England und den Zweibundmächten. Die deutsche Politik ließ sich, mitgerissen von dem gewaltigen Schauspiel der Weltaufteilung, zu einer Ueberschätzung dieses Eindruckes verleiten. Es läßt sich nicht durch die Tatsachen erweisen, daß Deutschland bei der Frage der Aufteilung der Türkei, bei der Frage des deutsch-englischen Bündnisses den Beginn eines Krieges auf dem Kontinent, in Europa, für wahrscheinlicher gehalten hat als er es war. Das aber hat die tatsächliche Entwicklung gezeigt, daß Deutschland bei der Frage des englisch-russischen Gegensatzes im Fernen Osten und bei der Frage des englisch-französischen Gegensatzes in Afrika das Eintreten eines Krieges zur See, außerhalb Europas, mit Unrecht für zwangsläufig gehalten hat.

Die Leiter der deutschen Politik haben in jenen Tagen sich allerdings die Frage nach der Möglichkeit eines englisch-russischen oder eines englisch-französischen Ausgleichs vorgelegt. Die zweite Frage beantwortete Holstein mit der Gegenfrage: „würde England Aegypten und den Niger opfern, selbst wenn Frankreich nach Rußland hin freie Hand behält?“ Bülow war der Ansicht, es werde für England sogar gesund sein, wenn es an Frankreich herantrete; denn es werde sich dann eine Abfuhr holen.²⁰³ Der Kaiser hielt allerdings eine französisch-englische Verständigung für nicht ganz ausgeschlossen.²⁰⁴ Doch so wie damals noch die Dinge lagen, behielt Holstein recht. Bülow war sogar so kühn, England eine Verständigung mit Rußland anzuraten, damit es dessen Neutralität in einem englisch-französischen Konflikt erkaufe; für Deutschland würde sie sogar erwünscht sein, weil sie das russisch-französische Bündnis naturgemäß lockern würde.²⁰⁵ Doch auch er hat, ebenso wie der Kaiser und Holstein, eine englisch-russische Verständigung von

203. 14. I. 228.

204. 14. 217.

205. 14. 200 f. u. 220 f.

Dauer für unmöglich gehalten.²⁰⁶ Heute läßt sich mit Hilfe unserer Kenntnis der englisch-russischen Verhandlungen überschauen, daß Salisbury bereits drei Monate früher aus ähnlichen Erwägungen heraus bei Rußland angeklopft hatte und daß in der Tat eine englisch-russische Verständigung nicht gelungen war.

In Bülow's Satz „England wird den Kampf ums Dasein auf die Dauer nicht vermeiden können“²⁰⁷ steckte mindestens die Wahrheit, daß für England die Aussichten zu einer Verständigung mit Frankreich und Rußland damals sehr gering waren. Deutschland unterschätzte wohl die Gefahren, die von Deutschland selbst England drohen konnten; doch die weltpolitischen Gegensätze zwischen England und den Zweibundmächten waren 1898 zu groß, um überwunden werden zu können. Nur rechnete Deutschland mit Unrecht auf ein ständiges Anwachsen dieser Gegensätze. Es hat nicht lange gedauert, bis die Sudan-, die Niger-, die Aegyptenfrage stillgelegt war, weil Frankreich sein Hauptziel, die Rückgewinnung Elsaß-Lothringens, nicht aus dem Auge verlor. Doch ist von hier aus noch nicht die Umgestaltung der Mächtegruppierung ausgegangen, weil für Frankreich das Bündnis mit Rußland wertvoller war als das mit England, und weil Rußland und England sich noch nicht zusammenbringen ließen. Die Gründe dafür lagen in erster Linie im Fernen Osten; hier lag die Entscheidung. Im Fernen Osten, um des Fernen Ostens willen, brauchte England Deutschland. Darum hat es um Deutschlands Freundschaft, bisweilen sogar um ein Bündnis mit ihm geworben. Bülow suchte den Engländer 1898 klar zu machen, schon Deutschlands Neutralität müßte ihnen genügen und sie sollten dafür in Kolonialfragen entgegenkommend sein. Im Anschluß an den Satz, England werde den Kampf ums Dasein auf die Dauer nicht vermeiden können, schrieb er: „und andere Alliierte als Deutschland und bessere Freunde wird es dabei nicht finden“. Auch dies hat sich schließlich als ein Rechenfehler herausgestellt.

Doch im Frühjahr 1898 war bei der Schwäche Japans und seiner Zurückhaltung gegenüber England, bei der Menge von Konfliktstoff in Afrika und bei der deutsch-russischen Entente im Fernen Osten für England ein gutes Verhältnis zu Deutschland ganz

206. 14. 228; 14. 341.

207. 14. 207.

unentbehrlich, ein gutes Verhältnis zu ihm vor allem auch im Fernen Osten selbst. Aus der Situation nach dem Abschluß des Port Arthur-Vertrags herausgewachsen, hatten die draufgängerischen Sondierungen Chamberlains und die vorsichtigeren Balfours insofern keinen aggressiven Zweck, als damit Rußland seine bisherigen Errungenschaften nicht streitig gemacht werden sollten. Der Zweck war, China dem Welthandel, d. h. also in erster Linie dem englischen Handel, offen zu halten. Gewiß hatte daran auch Deutschland bei dem Anwachsen seines Handels Interesse; doch die Motive, die Deutschland in Ostasien zu einer Entente mit Rußland geführt hatten, wogen schwerer, waren ausschlaggebend. Rußlands Beschäftigung in Ostasien war der beste Schutz für die deutsche Ostgrenze. Deutschland hatte das Vordringen Rußlands bisher immer unterstützt, allerdings ohne sich schriftlich zu binden. Es wäre für Deutschland ein vollständiger Frontwechsel gewesen, jetzt Rußland in Gemeinschaft mit England „eine Grenze zu setzen“. Bülow stand ähnlich wie Salisbury unter dem Eindruck der Naturhaftigkeit und Unvermeidlichkeit des russischen Vordringens.²⁰⁸ Er wußte: sich Rußland in den Weg stellen, hieß die bewegende, die angriffslustigste Macht, die, deren Grundlage die stärksten und gesündesten waren, hieß die Dampfwalze aufhalten wollen. Die Zeit schrieb Bülow, laufe gegen England; Rußland werde allmählich stärker und kriegslustiger werden. Die Ueberzeugung von der Zwangsläufigkeit des russischen Vordringens war einer der maßgebenden Beweggründe für Deutschlands Ablehnung der Bündnissondierung Chamberlains. In der Politik der leitenden Staatsmänner j e d e s Landes spiegelt sich diese Ueberzeugung eigentümlich: Salisbury trug ihr in seinem Entente-Angebot Rechnung, Ito in seiner Mandschurei-Korea-Politik, Witte in seiner Politik der Chinafreundschaft, Murawiew in einer Steigerung seiner Ziele, Chamberlain im Auflehnen dagegen, im Herausstreben aus der Isolierung, Bülow in der Ablehnung der Bündnissondierung Chamberlains.

Deutschland fühlte sich weder in Ostasien noch sonstwo von Rußland bedroht.²⁰⁹ Eine Gefährdung oder Bedrohung deutscher Interessen durch Rußland bezeichnete Bülow als eine der Vorbe-

208. GP. 14. 201 f.

209. 14. 205.

dingungen für den Eintritt in Bündnisverhandlungen.²¹⁰ Deutschland lag wenig an dem Handel in der Mandschurei und in Tschili. Die Gemeinsamkeit von Interessen der beiden Handelsmächte England und Deutschland wirkte sich kaum aus, eher ihre Rivalität. Gegen das im endgültigen deutsch-chinesischen Verträge von Anfang März gesicherte Vorzugsrecht für deutsche Eisenbahn- und Bergwerksunternehmen in Schantung hatte England energisch protestiert.²¹¹ England wünschte auch in Schantung die „Gleichheit der Gelegenheiten“ gewahrt zu sehen. Das russische Vorgehen ließ diese Differenzen allerdings zurücktreten. Noch bevor Balfour die Nachricht vom Abschluß des Port Arthur-Vertrags in der Hand hatte, erklärte er sich gegenüber Hatzfeld zu einer tatsächlichen Anerkennung der deutschen Sonderrechte bereit. In Weihaiwei trat England zwischen Rußland und Deutschland. Gab England Deutschland keine beruhigenden Zusicherungen, so konnten Rußland und Deutschland sich bedroht fühlen und sich enger in Ostasien zusammenschließen; dies wäre dem Sinn der Bündnissondierungen diametral zuwidergelaufen. Daher bot Balfour sofort Deutschland die Versicherung an, Weihaiwei werde nicht zum Handelshafen gemacht und nicht durch Eisenbahnen mit dem Inneren der Provinz verbunden werden.²¹² Die deutsche Regierung suchte Balfours Bereitwilligkeit zu benutzen, um von England eine allgemein gefaßte Anerkennung der Sonderrechte und Sonderinteressen Deutschlands in Schantung zu erhalten.²¹³ Der Wortlaut der englischen Erklärung vom 20. April entsprach diesem Wunsche.²¹⁴ Die Gunst der Situation, der Abschluß der russischen Port Arthur-Aktion hatte Deutschland auf seinem Aktionsfelde in China auch Englands Zustimmung gesichert, so wie der Beginn der russischen Port Arthur-Aktion im Dezember 1897 ihm Rußlands Zustimmung gebracht hatte,

Rußland selbst ließ sich durch den englisch-chinesischen Vertrag nicht aus der Fassung bringen. Die Pachtung Weihaiweis war ein Verlegenheitsmittel Englands gewesen. Gegenüber Rußland

210. 14. 206 u. 228.

211. BD. 1. 330; GP. 14. 193 Anm. 3.

212. BD. 1. 31; GP. 14. 161.

213. GP. 14. 162 ff.

214. BD. 1. 33.

kann man sie fast als einen Schlag ins Leere bezeichnen. Sie bedeutete keine Stärkung der äußeren Machtmittel, wohl aber stellte sie den prinzipiellen Anspruch Englands auf, auch in Nordchina, im Golf von Tschili, am Zugangswege nach Peking noch etwas zu sagen zu haben. Insofern war sie auch geeignet, Englands Ansehen in Peking zu heben. Für Rußland waren die Erwerbung Port Arthurs und die Konzession zur südmandschurischen Bahn politische Aufgaben, deren Sicherung und Ausführung viel technische Arbeit verlangte; dem gegenüber mußte die große Politik zurücktreten. Der Versuch der Annexion der Miautau-Inseln (gegenüber Port Arthur näher der Küste Schantung) war gleichsam ein letztes Nachzittern des russischen Vorstoßes.²¹⁵ Eine Anregung Ostensackens zur Zeit des Abschlusses des Weihaiwei-Vertrags, China solle der Besitz Weihaiweis garantiert werden,²¹⁶ war ein letztes Nachspiel der russischen Bemühungen, Deutschland zum Hinausgehen über die freundliche Duldung der russischen Politik und zur Brückierung der Gegner Rußlands zu veranlassen. Derartige Schritte bewirkten aber gerade, daß die deutsche Politik weiter vorsichtig gegenüber Rußland blieb.

Etwa Ende April 1898 ließen im Norden Chinas, um den Golf von Tschili, die politischen Spannungen nach. Ungefähr zur gleichen Zeit gewannen auch die Niger-Verhandlungen ein hoffnungsvolles Aussehen. Der am 14. Juni zustande gekommene Vertrag über Westafrika legte das diplomatische Ringen um einen großen Teil Afrikas vollständig und endgültig still. Seine wahre Bedeutung ist darin zu sehen, daß die Zahl der englisch-französischen Konfliktsfelder durch ihn vermindert wurde, daß er (von weitem gesehen) eine Etappe in der Stillegung weltpolitischer Gegensätze bedeutete, die sich zu Ungunsten des kontinentalen Friedens auswirken konnte. Der Vertrag bedeutete aber keine englisch-französische Annäherung. Die Besitzverhältnisse östlich vom Tschadsee blieben ganz ungeregt; Kitchener und Marchand waren auf dem Wege zum oberen Nil. Es kam hier sehr bald zu einem Zusammenstoß, der noch viel heftiger als der Niger-Konflikt den Frieden bedrohte.

215. Marc, 30.

216. GP. 14, 163—172.

Im Gegensatz dazu hatten die geringfügigeren Einzelereignisse und Einzelkonflikte in Nordchina nach April 1898 nicht mehr die Kraft, den Gesamtkomplex der internationalen Beziehungen in ihren Bann zu ziehen. Diesen Grad von Wirkungskraft haben die süd-chinesischen Ereignisse und Spannungen weder vor noch nach dem April 1898 erreicht. Der englisch-französische Gegensatz im Süden lief dem englisch-russischen im Norden vollkommen parallel. Die Politik beider Zweibundmächte ging in China gegen England, nur daß die russische viel gefährlicher war und auch andere Mächte in ihre Kreise zog. Den südchinesischen Ereignissen fehlte die Eigenart ihrer internationalpolitischen Wirkung, aber es darf nicht übersehen werden, daß sie die bestehende Spannung verstärkten und verschärften. England kämpfte nicht nur auf zwei Kontinenten, in Afrika am Niger und in Asien am Golf von Tschili, es kämpfte auch in China selbst auf doppelter Front. Das zeigen im einzelnen schon die Anleihebedingungen vom Januar 1898 und die Proteste, die Rußland und Frankreich beide in direktem eigenem Interesse gegen sie einlegten. In den englisch-russischen Entente-Verhandlungen drohte allerdings der Konformität der russischen und französischen Politik im allgemeinen wie speziell im Fernen Osten (Frankreich beanspruchte Jünnan, eine Provinz des Jangtse-Tals, als seine Einflußsphäre!) Gefahr; auch daher Rußlands Sorge um die Geheimhaltung der Verhandlungen.²¹⁷ Doch sie scheiterten. Um die gleiche Zeit, in der Rußland den Port Arthur-Vertrag mit China schloß, trat auch Frankreich mit Forderungen vor und bereits am 10. April wurde eine Abmachung geschlossen.²¹⁸ China verpflichtete sich, keiner Macht Teile der drei an Tongking grenzenden Provinzen Jünnan, Kwangsi, Kwangtung abzutreten oder zu verpachten. Es trat an Frankreich die Bucht von Kwangtschauwan ab²¹⁹ (im Ostwinkel der Halbinsel Leitschau, halbwegs zwischen der Rotfluß- und der Sikiangmündung).

Daraufhin stellte England u. a. folgende Gegenforderungen an China: Oeffnung Nannings (am oberen Sikiang ca. 75 km von der Grenze Französisch-Tonkings). Diese Forderung setzte England

217. BD. 1. 9; 1. 14.

218. Mac Murray, 124 f.

219. Genauere Abmachung hierüber am 27. Mai 1898. Mac Murray, 128 ff.

durch.²²⁰ Als Wichtigstes forderte England eine sehr beträchtliche Vergrößerung der Hongkong-Kolonie. Die neue Grenze wurde von der Deep Bai zur Mirs Bai gezogen und Kaulung in das neue Gebiet eingeschlossen. Das Abkommen hierüber kam erst am 9. Juni zustande.²²¹ England hatte seiner Kolonie eine breitere und gesichertere Basis gegeben; die Westfluß-Handelsroute war durch einen neuen Vertragshafen noch stärker gesichert. Soviel wir wissen, sind über Südchina keine direkten englisch-französischen Verhandlungen geführt worden. England und Frankreich kämpften dort still, ohne großen Machteinsatz, aber bewußt und zäh gegeneinander. Ganz besonders absurd klaffen in diesem diplomatischen Ringen Form und Inhalt auseinander: Annexion und Nicht-Abtretungserklärungen werden über dasselbe Gebiet von zwei Mächten verlangt, Konzessionen zu Bahnen werden eingeholt, die nachher nie gebaut werden: im ganzen ein Bild Chinas in der Zeit seiner tiefsten Ohnmacht und in der Zeit der weitestgehenden Eingriffe der fremden Mächte.

In dem Zeitraum von November 1897 bis April 1898, in dem der Ferne Osten und speziell China im Vordergrund der internationalen Politik standen, hatte China an europäische Mächte verloren: Kiautschou, Port Arthur und Talienwan, Weihaiwei, Kwangtschauwan, (Kaulung). Durch Nicht-Abtretungserklärung seitens Chinas hatten sich fremde Mächte für eine künftige Aufteilung Chinas zu sichern gesucht: das ganze Jangtse-Tal, die Provinz Fokien, die drei südlichen Provinzen; durch Eisenbahnbaukonzessionen: die Provinz Schantung, die Mandschurei. Da Kiautschou die ganze Reihe eröffnet, lag es nahe, der „Piraterie“ Deutschlands die moralische Schuld an dem ganzen Vorgang in die Schuhe zu schieben. In

220. Frankreich wieder forderte und erhielt im Mai die Konzession zu einer Bahn von Pakhoi zum Sikiang, doch ist die Bahn nie gebaut worden. Mac Murray, 125.

221. Mac Murray, 130 f. — In der einschlägigen Literatur fanden wir auch erwähnt, England habe von China eine Erklärung gefordert, daß China kein Land in Kwantung und Jünnan einer anderen Macht abtreten werde (die englische Antwort also gegen die von Frankreich China abgeforderte Nicht-abtretungs-erklärung). England muß aber auf diese Forderung — falls sie je gestellt wurde — verzichtet haben; denn es läßt sich kein Vertrag oder Notenaustausch darüber finden.

Wirklichkeit ist nicht mehr Wahrheit daran, als daß Deutschland durch sein Vorgehen den anderen Mächten, deren Machtpolitik im Fernen Osten schon viel älter war und sich bereits oft gegen China ausgewirkt hatte, die Gelegenheit gab, ihre politische Stellung weiter auszubauen. Die große Rolle, die Rußland dabei spielte, wurde hier bereits mehrfach hervorgehoben. Die Besetzung Port Arthurs war alles andere eher als eine defensive Maßnahme gegen die Besetzung Kiautschous. Um zum Verständnis des ganzen Vorganges zu gelangen, hat man nicht von der Schuldfrage auszugehen, sondern zunächst von dem Gegensatz zwischen der Landmacht Rußland und der Seemacht England. Im Interesse Englands lag die Erhaltung ganz Chinas, und zwar möglichst unter englischem Einfluß, also etwa der Zustand, wie er vor 1895 bestanden hatte. Seit 1895 lief die Entwicklung dem Interesse Englands ganz zuwider; seit November 1897 hatte sie sich noch weiter verschlechtert. Daraufhin versuchte Salisbury im Januar, durch ein Entente-Angebot Rußlands Vorgehen im Fernen Osten abzuschwächen und vom Fernen Osten abzulenken; dann versuchte Chamberlain seit Ende März durch eine Bündnissondierung bei Deutschland Rußland mit Deutschlands Hilfe eine Grenze zu setzen. Beide Versuche mißlangen; die Gefahr, die Rußlands Politik für England bedeutete, blieb über die akute Krise hinaus bestehen. Es schien an und für sich denkbar, daß sich sämtliche Mächte außer Rußland gemeinschaftlich für die Erhaltung Chinas verpflichtet hätten, aus Handelsinteresse, Japan speziell aus seinem Interesse als Nachbar. England hätte eine solche Politik sicher gern mitgemacht, wenn es auch in wehmütiger Erinnerung an seine Stellung um die Mitte des 19. Jahrhunderts das Anwachsen des Handels der andern Mächte bedauert hätte.

Eine Politik dieser Art war aber von vornherein ausgeschlossen, infolge der durch europäische Verhältnisse bedingten Beziehungen zwischen Rußland, Deutschland und Frankreich. Durch die Gegnerschaft gegen Deutschland war Frankreich auf die russische Seite festgelegt. Der Doppeldruck des Zweibundes veranlaßte Deutschland, auf gute Beziehungen mit Rußland Gewicht zu legen und ihm in Ostasien nicht in den Weg zu treten. Infolge der europäischen Lage hatte Rußland weder von Deutschland noch von Frankreich in Ostasien etwas zu fürchten. Die Einheitsfront, die

derart zwischen den europäischen Kontinentalmächten — allerdings in sehr bescheidenem Umfang — im Fernen Osten noch bestand, beeinflusste auch Japans Politik, das ja den Druck dieser Einheitsfront 1895 sehr unangenehm hatte fühlen müssen. Da Japan mit ihr rechnete, zog es eine Verständigung mit Rußland einem Bündnis mit England vor, in dem es die Hauptlast hätte tragen müssen. Nimmt man noch hinzu, daß Amerika zu schwach war, um England bei einer Politik der Erhaltung Chinas wirklich zu helfen, so wird ersichtlich, daß die Möglichkeit nicht im geringsten bestand, China gemeinsam gegen den Druck der russischen Expansion zu halten.

Wenn wir die russische Expansion und die europäisch bedingten Bindungen des Mächtesystems aus der Fülle der die Krise von 1897/1898 bestimmenden Tatsachen herausgehoben haben, so soll damit natürlich nicht die Bedeutung abgeleugnet werden, die die ostasiatischen Aktionen der anderen Mächte in dieser Krise ohne Zweifel gehabt haben. Die Wirtschaftsentwicklung und der Handel der alten und der neuen See- und Weltmacht drängten ihre Politik zu größerer Aktivität. Deutschland besetzte Kiautschou nicht, um dadurch den Handel mit Gesamtchina politisch zu sichern, sondern um ein besonderes Betätigungsfeld zu erhalten. Englands Politik erschöpfte sich nicht in der Defensive gegen Rußland, sondern sie erstrebte auch Sonderrechte in besonderem Gebiet. Deutschland wie England wurden dabei allerdings durch die Befürchtung vorwärts getrieben, daß die Aufteilung Chinas bevorstände. Die zwei Jahre, die zwischen der ersten und zweiten Chinakrise liegen, bieten ein besonders reizvolles Bild der Beziehungen zwischen Politik der offenen Tür und Politik der Interessenssphäre.

Ohne Zweifel war die politische Situation im Fernen Osten in der verhältnismäßig kurzen Zeit vom November 1897 bis April 1898 dem Zeitpunkt bedeutend näher gekommen, wo eine Katastrophe oder eine Lösung im Fernen Osten so oder so kommen mußte. Ein Vergleich der politischen Beziehungen der Mächte Anfang November und Ende April würde auf den ersten Blick vielleicht den Eindruck erwecken, als ob die Einwirkungen der Krise auf das Weltstaatensystem nicht allzu groß gewesen seien. Doch ganz abgesehen von den Anläufen zu einer englisch-russischen Entente und zu einem englisch-deutschen Bündnis, die ja zu keinem Ergebnis

geführt hatten, sind hier zwei Momente herauszuheben. Erstens nahm England von dieser Krise an ein so lebhaftes Interesse an guten Beziehungen mit Deutschland, wie früher in der Zeit, als es die Meerengen nicht in russische Hände fallen lassen wollte. Zweitens war die Entwicklung im Fernen Osten auf dem Wege weiter gekommen, auf dem einmal eine Entscheidung auch für das Weltstaatensystem erfolgen mußte.

Beruhigung im Fernen Osten.

Doch zunächst tritt seit Sommer 1898 in der Weltpolitik speziell das chinesische Problem auf etwa 2 Jahre hinter afrikanischen Problemen zurück. In den Vordergrund der Weltpolitik treten die Delagoa-Bai und die anderen portugiesischen Kolonien in Afrika, dann der Sudan (Faschoda) und Mittelfrika (englisch-französisches Abkommen), endlich als wichtigstes Südafrika im Burenkrieg. Allerdings zeigt der Sommer 1898 noch ein ziemlich reges politisches Leben im Fernen Osten; und zwar infolge der Konflikte um Eisenbahnbauten in China und infolge der Philippinenfrage.

Das Auftreten Amerikas im Fernen Osten brachte neue Bewegung in das politische Kräftespiel. Seit Jahrzehnten hatte die amerikanische Politik und der amerikanische Handel am Fernen Osten nur geringes Interesse genommen. Der scheinbare Beginn der Aufteilung Chinas erfüllte Amerika jetzt mit Unruhe. Der Ausbruch des Krieges mit Spanien, den Amerika um Kubas willen, nicht etwa wegen der spanischen Philippinen, provoziert hatte, gab Amerika die Möglichkeit, in Ostasien Fuß zu fassen, so, wie es die europäischen Mächte vor kurzem getan hatten. Früher, in den 50iger Jahren, waren Vorschläge zur Erwerbung von Stützpunkten in Washington stets abgelehnt worden, weil man sich nicht in das Gewirr der internationalen Beziehungen einlassen wollte. Viel drohender und greifbarer als damals war aber jetzt die Gefahr, daß für Amerika die Tür zu Ostasien geschlossen wurde. Immerhin brauchte eine so grundlegende Umstellung, wie sie ein Heraustreten Amerikas aus dem Rahmen seines Kontinents bedeutete, Zeit und reifliche Erwägung, zumal bei der ganz außerordentlichen Abhängigkeit der amerikanischen Politik von der „öffentlichen Meinung“ und von der Parteitaktik. Man möchte annehmen, daß der

Präsident Mac Kinley, der Hauptvertreter des neuen amerikanischen Imperialismus, von Anfang an mindestens eine teilweise Annexion erwogen hat; beweisen läßt es sich nicht. Bald nach dem Ausbruch des Krieges erhielt der Kommandant des amerikanischen Geschwaders in Ostasien, Admiral Dewey, Befehl zum Vorgehen gegen die Spanier auf den Philippinen.²²² Deren Stellung war außerdem aufs Schlimmste durch den Aufstand der eingeborenen Bevölkerung bedroht.²²³ Dewey besiegte die spanische Flotte und blockierte Manila monatelang. Denn er hatte keine Landungstruppen zu seiner Verfügung, um einen Angriff auf Manila wagen zu können. Gleichzeitig ging der Kampf zwischen den Spaniern und den Aufständischen weiter. Erst nach Unterzeichnung des Friedensprotokolls im August 1898 nahmen die Amerikaner Manila ein.

Die Aussichtslosigkeit des Krieges für Spanien führte alle Mächte vor die Frage, was aus den Philippinen werden solle, wenn Spanien sie nicht halten könne. Beim ersten Blick auf die Karte könnte man denken, Japan hätte sich darum bemühen müssen, die Inseln in seine Gewalt zu bekommen; und doch hat es Amerika keine Schwierigkeiten bereitet. Die schlechten Erfahrungen, die es mit Formosa gemacht hatte, warnten es davor, ein ähnliches Experiment, nur noch in größerem Maßstabe, zu versuchen.²²⁴ Den internationalen Verwicklungen, die sich aus einem Vorgehen Japans ergeben konnten, wollte sich dieses nicht aussetzen. Japan erklärte England, es könne sich vor 1902 an keiner Aktion irgendwelcher Art beteiligen, weil seine Flotte vor diesem Zeitpunkt nicht fertig und ausgerüstet sein werde. Daher hielt es sich ganz zurück. Von den europäischen Mächten konnte Frankreich an dem Schicksal der Philippinen Interesse nehmen, da sie seinem Besitz auf dem asiatischen Festlande gegenüberlag. Selbst in Rußland wurde von der Presse die Erwerbung eines Flottenstützpunktes auf den Philippinen vorgeschlagen.²²⁵ Doch beide Zweibundmächte hielten sich zurück, wohl aus der Ueberlegung heraus, daß eigenes Zugreifen nur eine

222. Hierzu und zum folgenden: Dennett, 216 ff. GP. 15, 33 f.

223. Dewey versäumte nach bewährter Methode natürlich nicht, mit dem Führer der Aufständischen in Verbindung zu treten.

224. BD. 1. 36.

225. GP. 15. 72.

226. GP. 15. 35.

Annexion durch Amerika beschleunigen müsse. Ebenso hatte England nicht die Absicht, auf den Philippinen einzugreifen. In der Zeit, in der England die ernstesten Gefahren von Rußland und Frankreich drohten, wäre es von England mehr als töricht gewesen, sich auch noch die Feindschaft Nordamerikas aufzuladen, wenn nicht lebenswichtige englische Interessen durch es bedroht wurden. Ein gutes Verhältnis zu Amerika war für England mehr denn je geboten. Der Versuch Salisburys, Amerika für die Aufrechterhaltung der offenen Tür zu engagieren,²²⁷ mußte allerdings scheitern, weil es für Amerika nach dessen bisheriger Politik unmöglich war, dafür auch gegebenenfalls mit den Waffen (etwa gegen Rußland) einzutreten. Ein geheimes englisch-amerikanisches Abkommen kann damals nicht existiert haben, da es mit dem Bilde, das uns die Geschichte jener Zeit bietet, sich nicht vereinbaren ließe.²²⁸ Die besonders freundliche Haltung Englands gegen Amerika erklärt sich auch ohne einen Vertrag, einfach aus den Bedürfnissen der englischen Politik heraus. Als ein drastisches Beispiel der Unterstützung der Amerikaner durch die Engländer wird erzählt, daß am Tage der Einnahme Manilas der englische Admiral Chichester sein Schiff zu einer Stelle steuern ließ, auf der es zwischen der amerikanischen Flotte und den europäischen Kriegsschiffen lag. Leider nährte England aus dem begreiflichen Grunde, die Amerikaner mehr auf die englische Seite zu ziehen, das Mißtrauen der Amerikaner gegen Deutschland.

Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß Deutschland auch an und für sich genügend Anlaß zu Mißtrauen bot. Ende Juli lagen 5 deutsche Kriegsschiffe vor Manila, während England, Japan und Frankreich dort nur ein Schiff zum Schutz ihrer Staatsangehörigen

227. Hay sagt hierüber in einem Brief vom 29. Oktober 1900 folgendes: „Ich sah in den Abendzeitungen die Nachricht von dem deutsch-englischen Abkommen zur Verteidigung der Unabhängigkeit Chinas und der offenen Tür. Dies ist der aller größte Triumph. Lord Salisbury schlug mir dies vor, ehe ich England verließ (Hay wurde am 13. August 1898 zum Staatssekretär ernannt). Ich konnte es nicht annehmen, weil ich wußte, daß unser „unspeakable“ Senat es nicht annehmen würde“ Dennett, 642.

228. Gegen die Existenz eines „gentlemans agreement“ zwischen England, den Vereinigten Staaten und Frankreich (vgl. Kaiser Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten S. 60 ff.) spricht außer allen sonstigen Ungereimtheiten besonders die Unmöglichkeit einer damaligen Beteiligung Frankreichs.

stationiert hatten. Nach Tonnage, Kanonenanzahl und Bewaffnung soll die neutrale deutsche Streitmacht sogar der kriegführenden, amerikanischen überlegen gewesen sein.²²⁹ Mußte man sich nicht im Ausland sagen, daß Deutschland ähnlich wie vor etwa einem halben Jahr in der Kiautschou-Angelegenheit einen ganz geringfügigen Anlaß abwarten würde, um dann die Mächte vor eine vollendete Tatsache zu stellen? Die Konzentrierung derart starker Seestreitkräfte vor Manila war alles andere eher als ein geeignetes Mittel, Deutschland zu einer Erwerbung auf den Philippinen zu verhelfen, es sei denn, daß es wirklich einen Handstreich machen wollte. Gerade dies wollte es aber gar nicht; es wollte nicht isoliert vorgehen, um nicht dem geeinten Widerstand aller übrigen Seemächte zu begegnen.²³⁰ Darum wies es auch den Gedanken an ein Protektorat über die Philippinen zurück. Gerne hätte Deutschland sich mit Amerika über eine Teilung der Philippinen verständigt; im Auswärtigen Amt hielt man dies für möglich und war unzufrieden, daß man nichts Bestimmtes über die amerikanischen Absichten und Stimmungen in Erfahrung bringen konnte. Denn die Amerikaner waren sich selbst noch nicht klar darüber.²³¹ Daneben dachte die deutsche Regierung an eine Neutralisation der Philippinen; dadurch würde die Philippinenfrage offen bleiben, bis Deutschland stärker zur See geworden sei. Zu einer Neutralisierung hätte Deutschland die Unterstützung Englands gebraucht. Doch um diese Zeit begannen die Verdächtigungen der deutschen Absichten durch die englische Presse, man hörte von positiven Anzeichen englisch-amerikanischer Zusammenarbeit vor Manila. Gleichzeitig faßte die deutsche Politik tiefes Mißtrauen gegen Englands Portugal-Politik.

Portugal befand sich in schwerer finanzieller Verlegenheit; ein politischer Zusammenbruch Portugals wurde befürchtet. Chamberlain und der portugiesische Gesandte Soveral führten Verhandlungen. England wollte Portugal eine Anleihe geben und ihm den Besitz seiner Kolonien garantieren, dafür sollte Portugal Englands

229. Dennett, 619; vgl. GP. 15. 33.

230. GP. 15. 37.

231. GP. 15. 44 ff.

232. GP. 15. 38 ff.

Wünsche betreffs Delagoa Bai erfüllen.²³³ Mitte Juni erfuhren Deutschland und Frankreich von den Verhandlungen; beide protestierten in Lissabon und nahmen miteinander Fühlung. Deutschland sondierte, inwieweit ein gemeinsames praktisches Vorgehen in Lissabon gegen England möglich sei; Hanotaux antwortete, er könne seine Regierung leider nicht binden; Rußland verhielt sich ganz gleichgültig. Schon vor der Antwort Hanotaux' hatte sich die deutsche Regierung entschlossen, bei England eine Teilung der Anleihe und gleichzeitig eine Teilung der Kolonien in englische und deutsche Interessensphären anzuregen. Am 21. Juni erklärte sich das englische Kabinett zu einer Verständigung über die *territoriale* Frage bereit. Diesen Entschluß hat es sicher deshalb gefaßt, weil es ein Zusammengehen Deutschlands mit Frankreich fürchtete, und weil sich ihm die Möglichkeit bot, ohne große Opfer Deutschland auf Desinteressement an der Delagoa-Bai und damit auf ein Nachgeben in der Burenpolitik festzulegen. England ließ sich aber noch eine Hintertür für ein Abkommen mit Portugal offen: es behielt die *finanzielle* Frage seinen Verhandlungen mit Portugal vor. Am 6. Juli erklärte Salisbury Hatzfeld, er halte es für ratsam, die weitere Entwicklung der Dinge auf der Pyrenäen-Halbinsel noch etwas abzuwarten. Es bestand noch keine Klarheit darüber, ob England unter annehmbaren Bedingungen sich mit Deutschland verständigen werde. Durch Frankreich hörte man in Berlin, die englisch-portugiesischen Verhandlungen erstreckten sich auch auf evtl. Besetzung von Lissabon durch englische Truppen und Unterstellung des portugiesischen Heeres unter englische Führung.

Damals schöpfte die deutsche Politik aus Englands Philippinen- und Portugal-Politik den Verdacht,²³⁴ England wolle, mit Amerika und Japan verbündet, den Besitzwechsel der spanischen und der portugiesischen Kolonien gleichzeitig zum Austrag bringen; es wolle die Gunst der Lage, in der Amerika sich von Deutschland be-

233. Ueber die portugiesischen Kolonien vgl. BD. 44 ff., GP. 14. 1. 259 ff. Die Anleihe sollte durch die Einnahmen aller portugiesischen Kolonien einschließlich Delagoa-Bai gesichert sein, Portugal sollte sich verpflichten in der Delagoa-Bai niemandem Abtretungen oder Konzessionen zu machen. In geheimen Noten sollte es sich verpflichten, England im Fall eines englischen Krieges mit Transvaal das Gebiet der Delagoa-Bai zur Verfügung zu stellen.

234. GP. 15. 47 ff.

droht glaube, benutzen, um Amerika zu einem Bündnis zu zwingen. Sehen wir einmal von der falschen Nachricht ab, auf der die Kombination sich aufbaute, und betrachten wir ihre grundlegende Bedeutung. Die deutsche Politik jener Jahre fußte darauf, daß England sich nicht mit Frankreich und Rußland werde einigen können und daß es darum auf die dritte kontinentale Weltmacht, Deutschland, angewiesen sei. Diese einfache, zuversichtliche Anschauung war nicht zu halten, wenn neue Weltmächte auftraten und sich England anschlossen. Eine wirklich feste englisch-japanisch-amerikanische Koalition mußte England die Freundschaft zu Deutschland entbehrlicher machen. Wollte Deutschland dann als Gegenmaßregel Anschluß an den Zweibund suchen, so mußte seine Politik, wenn der Anschluß überhaupt gelang, von der des Zweibunds abhängig werden. So war es für Deutschland sehr bedeutsam, daß ein Bündnis zwischen Amerika und England nicht zustande kommen konnte und daher die Voraussetzung der furchterregenden Kombination nicht bestand, es sei denn, daß Deutschland beide, England und Amerika, provozierte. So bedeutete für Deutschland die Kombination eine Warnung, in der Philippinenfrage vorsichtig zu sein.

Hatzfeld hat nicht daran geglaubt, daß England einen Eroberungskrieg plane.²³⁵ Doch empfahl er, daß Deutschland durch Drängen auf eine Verständigung die Möglichkeiten, die sich für die englische Politik gegenüber Portugal boten, abschneide. Während so auf der einen Seite in Afrika Deutschland auf Verständigung drängte und in der Tat jetzt das Feilschen zwischen England und Deutschland begann, suchte Deutschland auf der andern Seite in der Philippinen-Frage Anschluß an Amerika,²³⁶ um auch dies durch gütliche Verständigung zu kolonialen Zugeständnissen an Deutschland zu bewegen. Um einem zu engen Zusammengehen Englands und Amerikas entgegenzuwirken, mußte Deutschlands Politik bei Amerika einsetzen und diesem die Furcht vor Deutschland nehmen. Richthofen setzte dem persönlich sehr deutschfreundlichen amerikanischen Botschafter White auseinander, daß für Amerika ein gutes Verhältnis zu Deutschland einem Bündnis mit England durch-

235. GP. 14. 1. 284 ff.; 15. 52 f.

236. GP. 15. 49 ff.

aus vorzuziehen sei; Amerika möge entgegenkommend sein und Deutschland einige Flottenstützpunkte auf den Philippinen gönnen. In Washington wies man die deutsche Sondierung ab. White bemerkte „rein persönlich“, das ständige Verweilen der deutschen Flotte vor Manila habe eine gewisse „uneasiness“ in Amerika geschaffen und es werde jedenfalls die Situation erleichtern, „wenn die deutschen Schiffe, anstatt dort stationär zu bleiben, sich, wenn auch in der Nähe, so doch hin und her bewegten“.²³⁷ Es war in der Tat, wie erklärlich, zwischen Dewey und Diederichs vor Manila zu unangenehmen Zwischenfällen gekommen.²³⁸ Deutschland mußte den Gedanken an eine Verständigung mit Amerika zur Erwerbung von Kolonien aufgeben. In Berlin griff man daher auf die andere, auch schon im Mai erörterte Möglichkeit zurück, durch Verständigung mit England eine Neutralisation der Philippinen zu erreichen.²³⁹ Die Verhandlungen über die portugiesischen Kolonien waren inzwischen ins Einzelne gegangen. Salisbury war allerdings bei dem Handel sehr zäh; der Kaiser war darüber so empört, daß er gegen weiteres Nachgeben Deutschlands sich aussprach und — wohl in Unkenntnis der amerikanischen Antwort auf die deutsche Sondierung — eine Verständigung mit Amerika befürwortete.²⁴⁰ Die deutsche Regierung führte aber die Verhandlungen weiter, und am 30. August kamen sie zum Abschluß. Auf eine Neutralisation der Philippinen ließ sich Salisbury dagegen nicht ein, ebenso wie er schon 1897 eine Neutralisation Hawaiis abgelehnt hatte. Die deutsche Sondierung war wohl mehr einer gewissen Ratlosigkeit entsprungen, denn nach dem Vorausgegangenen mußte es Deutschland eigentlich klar sein, daß England keine Unfreundlichkeiten gegen Amerika begehen würde.

Am 12. August 1898 wurde zwischen Spanien und Amerika ein Friedensprotokoll unterzeichnet.²⁴¹ Die Entscheidung über das Schicksal der Philippinen wurde den Verhandlungen über den endgültigen Friedensvertrag in Paris überlassen. Die Instruktion für die amerikanischen Friedensunterhändler wies diese an, nur die

237. GP. 15. 62.

238. GP. 15. 62 f.

239. GP. 15. 70.

240. 14. 1. 303 f., 309.

241. Dennett, 621 ff.

Abtretung Luzons zu fordern. In Paris drängten amerikanische Offiziere, die von Manila dorthin entsandt wurden, darauf, daß Amerika die ganzen Philippinen nehmen solle, da sie sonst Deutschland nehmen werde. Am 26. Oktober schließlich erhielten die Unterhändler Anweisung, die ganzen Inseln zu fordern. Im Winter 1898/99 kostete es dann Mac Kinley viel Mühe, die Annexion beim Kongreß durchzusetzen. Er scheint absichtlich die militärische Situation verschärft zu haben (im Januar standen 15 000 amerikanische Truppen auf den Philippinen im Kampf mit Eingeborenen!), um das Nationalgefühl aufzustacheln und so auf den Kongreß einen moralischen Druck auszuüben. Durch die Annexion der Philippinen hat Amerika im Fernen Osten festen Fuß gefaßt. Aus Mangel an Quellenmaterial läßt sich nicht näher feststellen, wie weit der Entschluß dazu auf die Begehrlichkeiten anderer Mächte, auf die drohende Aufteilung Chinas oder auf innerpolitische Motive zurückzuführen ist. Daß alles drei dazu beigetragen hat, Amerika zu diesem ungewöhnlichen Schritte zu bewegen, dürfte sicher sein. Mit der Unterzeichnung des Friedensprotokolls im August 1898 war die Philippinenfrage der internationalen Diskussion entzogen worden. In demselben Monat kam auch das Abkommen über die portugiesischen Kolonien zum Abschluß. Auf lokal begrenztem Gebiet war die Möglichkeit zu deutsch-englischen Konflikten beseitigt und ein nach außen sichtbares Zeichen deutsch-englischen Zusammengehens aufgerichtet worden. Das Abkommen hatte eine Spitze gegen Frankreich, weil es dieses von einer zukünftigen Aufteilung ausschloß, doch, auf Afrika beschränkt, hatte es keine Spitze gegen Rußland.

Das Problem eines deutsch-englischen Bündnisses, das in der ostasiatischen Krise Ende März aufgerollt war, war inzwischen auf englischer und auf deutscher Seite tiefer durchdacht worden. Chamberlain blieb auch über die akute Krise hinaus der Ueberzeugung, daß Rußland, nicht etwa Deutschland, der wahre Gegner Englands im Fernen Osten sei. Das bewies er in seiner Rede in Birmingham am 13. Mai. Darin wies er deutlich auf die von Rußland drohende Gefahr hin und propagierte den Gedanken eines Bündnisses Englands mit den Mächten, deren Interessen gleichgerichtet seien.²⁴² Das Aufsehen war sehr groß; seit den Zeiten des

242. GP. 14. 229; vgl. Herkenberg 60 f.

Krimkriegs hatte wohl nie ein im Amte befindlicher englischer Minister ein Bündnis öffentlich empfohlen. Es ist doch wohl anzunehmen, daß Chamberlain vorher mit Salisbury gesprochen hatte. Auf Herstellung besserer Beziehungen zu Deutschland legte auch Salisbury Wert und er mag eine Einwirkung auf die öffentliche Meinung zugunsten Deutschlands auch für nützlich gehalten haben. Doch war Salisbury in den Unterhaltungen, die Hatzfeld mit ihm nach seiner Rückkehr Anfang Mai führte, wenig entgegenkommend. Jedenfalls kam er auf die Bündnisfrage nicht zurück.

Die deutsche Politik lehnte den Bündnisgedanken auch nach den erneuten politischen Schritten Chamberlains ab: „Jede allgemeine Abmachung mit England hätte (bei der damaligen Lage) eine Spitze gegen Rußland und wäre also geeignet, die Sicherheit der deutschen Ostgrenze zu vermindern oder vielmehr, wie die Verhältnisse liegen, die Sicherheit unserer Grenzen nach Osten und Westen“. (Bülow).²⁴³ Eine Verständigung über koloniale Einzelfragen war dagegen der deutschen Regierung erwünscht, da sie auf kolonialem Gebiet ohne oder gar gegen England wenig oder nichts erreichen konnte. Die Philippinenfrage und besonders die Frage der portugiesischen Kolonien in Afrika wiesen Deutschland auf Verhandlungen mit England hin. Wegen der Aussichten auf Kolonialerwerb lehnte die deutsche Politik andererseits den Gedanken ab, mit Rußland eine allgemeine oder eine speziell ostasiatische Abmachung abzuschließen.²⁴⁴ Als im Januar Deutschland eine Abmachung mit Rußland über Ostasien abgelehnt hatte, hatte es den Gedanken in den Vordergrund geschoben, es dürfe sich nicht ohne Not an die herausfordernde russische Ostasienpolitik binden und es werde Rußland besser in der Hand behalten können, wenn es nicht zur Hilfe verpflichtet sei. Jetzt begründet zum ersten Mal, soviel wir sehen, Deutschland seine ungebundene Haltung gegenüber Rußland in Ostasien durch einen kolonialpolitischen (nicht ostasiatischen) Gesichtspunkt. Noch in den Verhandlungen von 1901 hat Bülow die afrikanischen Kolonialfragen auffallend stark betont. Im ganzen gesehen, wollte die deutsche Politik sich weiter freie Hand wahren, nicht über Einzelabmachungen mit England und nicht

243. 14. 1. 248.

244. a. a. O.

über freiwillige Duldung der russischen Ostasienpolitik hinausgehen. Hieran hielt sie auch nach dem Briefwechsel zwischen Kaiser und Zar fest. Am 30. Mai hatte der Kaiser wahrscheinlich ohne Wissen des Auswärtigen Amtes einen Brief an den Zaren gerichtet, ihm Mitteilung von dem englischen Bündnisangebot gemacht und ihn gefragt, was er für die (tatsächlich bereits erfolgte) Ablehnung des Bündnisangebots bieten könne und wolle.²⁴⁵ In seiner Antwort machte der Zar seinerseits Mitteilungen über das englische Ententeangebot an Rußland und schrieb, Deutschland selbst müsse entscheiden, was es auf das englische Bündnisangebot antworten wolle. Wie eine Aufzeichnung des Kaisers wahrscheinlich macht, hatte er sondieren wollen, ob für Deutschland die Möglichkeit einer festen Abmachung mit Rußland (die Vorbedingung einer glatten Abweisung Englands) bestände. Selbst wenn sie bestand, habe Deutschland noch zu erwägen, ob es die Zukunft seines Handels dadurch gefährden dürfe.²⁴⁶ In Deutschland konnte eine Verärgerung über die russische Ablehnung nicht recht aufkommen gegenüber der Verstimmung über das englische Entente-Angebot an Rußland. Die deutsche Politik blieb daher auf der gleichen Linie.

Am 21. August hatte Lascelles mit dem Kaiser eine Unterredung, die die deutsch-englischen Beziehungen vorzüglich beleuchtet.²⁴⁷ Lascelles hatte sich bei seinem kürzlichen Aufenthalt in England, wie er dem Kaiser mitteilte, bei Chamberlain mit mehreren Kabinettsmitgliedern zusammengefunden. Er machte dort darauf aufmerksam, daß Deutschland nicht für ein Bündnis gegen Rußland zu haben sein werde, weil es die Last eines Zweifrontenkrieges allein werde tragen müssen. Daraufhin wurde der Vorschlag gemacht zu einem Defensivbündnis, in dem beide Reiche sich zum gegenseitigen Beistand verpflichteten, wenn eines von ihnen von zwei Mächten gleichzeitig angegriffen würde. Dies teilte Lascelles dem Kaiser mit, sprach aber ohne Instruktion. Er hat nie den Auftrag gehabt, über ein derartiges Bündnis zu verhandeln. Immerhin ist es bemerkenswert, daß hier zum ersten Male der

245. Goetz, 309 ff.

246. GP. 14. 1. 240.

247. GP. 14. 1. 333 ff.; BD. 1. 100 f.; vgl. BD. 2. 61; 2. 86.

Bündnisgedanke über den Gedanken einer Herausforderung oder eines Haltgebietens gegen Rußland im Fernen Osten hinausgewachsen war. Im Frühjahr wollte Chamberlain Deutschland auf ein Bündnis gegen Rußland verpflichten, durch das Deutschland in einen englisch-russischen Krieg um China hereingezogen worden wäre. In den Portugalverhandlungen bahnte sich ein deutsch-englisches Einverständnis auf einem Gebiete an, auf dem Rußland nicht betroffen wurde. Jetzt tauchte ein Bündnisplan auf, nach dem Deutschland nur zu einer Teilnahme an einem englisch-russisch-französischen Kriege verpflichtet werden sollte, zugleich aber auch England für einen Kontinentalkrieg zwischen Deutschland und dem Zweibund festgelegt werden sollte. In den Erörterungen der deutschen Politik im Anschluß an den Bericht des Kaisers wurde die kontinentale Seite des Gedankens wenig beachtet. Man legte sich den Fall vor, daß Frankreich und Rußland Deutschland (oder Deutschland und England) in Afrika angriffen. In überfeinem Gedankengang konstruierte Holstein, jedes Bündnis allgemeiner Natur werde gerade einen solchen Kriegsfall schaffen.²⁴⁸ Nur der Fall wurde nicht erörtert, daß um europäischer Angelegenheiten willen Deutschland von beiden Zweibundmächten angegriffen werden könnte. Der Grund dafür war natürlich die Zuversicht, mit der man an die Unvermeidlichkeit eines englisch-russischen Krieges glaubte. Nur von einem englisch-deutschen Bündnis fürchtete man den Ausbruch eines Kontinentalkriegs. So fand der Bündnisgedanke, bei England aus der Furcht vor Rußlands Ostasienpolitik herausgewachsen, bei Deutschland keinen Boden, weil es Rußlands Ostasienpolitik als konstanten Faktor in seine Rechnung einstellte.²⁵⁰

In China waren die deutsch-englischen Beziehungen nicht ungestört geblieben. Schon vor der Krise von 1897/98 hatten besonders Rußland und in zweiter Linie Frankreich „Eisenbahnpolitik“ getrieben. Jetzt nach den Erwerbungen und Nichtabtretungs-erklärungen knüpfte die Politik noch mehr wie bisher an Eisenbahn-

248. 14. 1. 342: Rußland werde sich für den Konflikt mit England und Deutschland der Mitwirkung Frankreichs wegen eine afrikanische Frage herausuchen.

249. 14. 1. 341.

250. und weil es das Seine dazu tat, daß Rußlands Konzentration auf östlichen Ziele konstant blieb.

konzessionen an. Zwischen England und Deutschland kam es wegen der Bahnen Nanking—Schanghai und Tschinkiang—Tientsin zu politischen Auseinandersetzungen. In der Erklärung an Deutschland vom 20. April hatte England Deutschlands Sonderinteressen in Schantung anerkannt. Ein paar Tage später verlangte der englische Gesandte in China auftragsgemäß als politische Konzession die Eisenbahn Schanghai—Nanking für englische Unternehmer. Er hoffe, daß wir England am Jangtse nicht Opposition machen würden, nachdem es uns freie Hand in Schantung lasse.²⁵¹ Salisbury selbst legte ziemlich unverhüllt die Auffassung an den Tag, die Stellung Englands im Jangtse-Tal sei dieselbe wie die Deutschlands in Schantung. Deutschland wollte sich aber nicht von dem größten und wichtigsten Gebiet Chinas ausschließen lassen. Es ließ es lieber ruhig geschehen, daß ein englisches Syndikat die Konzession für die Bahn bekam, als daß es sich gegenüber England politisch festlegte. Auch über das Projekt einer Bahn Tschinkiang—Tientsin, die folglich das Hoanghotal und das Hinterland von Kiautschou mit dem Jangtse-Tal verbinden sollte, kam es vorläufig zu keiner Zusammenarbeit der englischen und deutschen Kapitalgruppen, resp. der hinter ihnen stehenden Regierungen. Denn jedes Abkommen darüber mußte naturgemäß eine Verständigung über die Abgrenzung der Interessensphären einschließen.

England wie Deutschland hielten sich nicht geradlinig an eine Politik der offenen Tür oder an eine Politik der Interessensphären; nicht Prinzipien, sondern Interessen waren auch hier das Maßgebende. Durch das Handelsinteresse wurde England bestimmt, gegenüber Deutschland das Jangtse-Tal als seine rechtmäßige Interessensphäre hinzustellen, gleichzeitig aber für das übrige China und speziell für Schantung das Prinzip der offenen Tür anzurufen. Ebenso erforderte es das Interesse Deutschlands, daß Schantung als seine Interessensphäre anerkannt wurde, gleichzeitig aber, daß das übrige China und speziell das Jangtse-Tal offen blieb. Hervorzuheben ist aber die Ungleichheit, die sich in dieser Parallelität verbirgt. Schantung ist nur eine Provinz Chinas, das Jangtse-Tal umfaßt mindestens 7 Provinzen. England und Deutschland hatten mit China bei aller seiner Schwäche doch zu rechnen; China spielte sehr

251. GP. 14. 172.

geschickt die Mächte gegeneinander aus. Belgier bekamen die Konzession für die Bahn von Nordchina zum mittleren Jangtse, von Peking nach Hankau;²⁵² Amerikaner für die Bahn von Südchina zum mittleren Jangtse, von Kanton nach Hankau.²⁵³ Dadurch wurde natürlich die Interessensphärenpolitik erschwert. China konzessionierte die Bahn Tientsin—Tschinkiang vorläufig weder der deutschen noch der englischen Gruppe; die Frage drängte nicht, da die Aufteilung Chinas nicht unmittelbar zu erwarten war, und auch weder England noch Deutschland im Grunde sie wünschten.

Im August 1898 wurden aber fast gleichzeitig mit dem Abschluß des Abkommens über die portugiesischen Kolonien auch die Friktionen zwischen England und Deutschland in China vorläufig stillgelegt. Die deutsch-englischen Beziehungen waren so oft durch koloniale Unstimmigkeiten gestört worden. Jetzt wurden sie durch Beseitigung solcher Störungen erheblich verbessert. Im August trat Balfour an Deutschland heran und regte eine Wiederaufnahme der Verhandlungen an.²⁵⁴ Am 2. September kam eine Einigung zustande: die englische Gruppe sollte die Strecke von der Südgrenze Schantung bis Tschinkiang bauen, die deutsche Gruppe die übrige Strecke. Als deutsche Interessensphäre für Eisenbahnbauten wurde das Hoangho-Tal und Schantung, als englische das Jangtse-Tal, Schansi²⁵⁵ und die Provinzen südlich des Jangtse (!) bezeichnet. Das Abkommen wurde von der deutschen Regierung nicht sanktioniert, weil es zu ungünstig war.²⁵⁶ Insofern blieb das Problem einer Teilung Chinas in deutsche und englische Interessensphären noch ungelöst. Doch das Wichtige war, daß die konkrete akute Frage der Linie Tientsin—Tschinkiang erledigt war. Deutschland konnte seine Bahnen in Schantung bauen und kam nicht mit einer Linie nach Tschinkiang England am Jangtse in die Quere. Da Anfang September Deutschland auch Kiautschou zum Freihafen erklärte, konnte England zufrieden sein und brauchte vorläufig in China von Deutschland keine direkte Schädigung seiner Interessen zu erwarten.

252. Mac Murray, 135 ff.

253. vgl. Mac Murray, 519.

254. GP. 14. 181.

255. Hier hatten die Engländer Bergwerksunternehmungen.

256. 14. 181; Text des Abkommens Mac Murray, 266 f.

Balfour hat sich im August 1898 zu dem Grundsatz bekannt, England müsse auch seinerseits in China die Politik der Interessensphären einschlagen.²⁵⁷ Die englische Politik lenkte auch damals gegenüber Rußland wieder in eine Interessensphärenpolitik ein, allerdings im Vergleich zu der Politik Salisburys Anfang 1898 in viel bescheideneren Formen. Der Anstoß dazu ging jedoch diesmal von Rußland aus. Nachdem Rußland sich Port Arthur und die Konzession zum Bau der südmandschurischen Bahn verschafft hatte, war es zunächst seine Aufgabe, das Erworbene zu sichern, um es wirklich zu besitzen. Dazu gehörte der Ausbau des Hafens von Port Arthur, die Vergrößerung der Flotte,²⁵⁸ vor allem der Bahnbau, der seinerseits wieder große Anforderungen an die Staatskasse stellte. Die russische Politik hatte Bedürfnis nach Ruhe im Fernen Osten, nur wollte sie natürlich nicht in dem Gebiet gestört werden, auf das sie mit der Eisenbahnkonzession schon gewissermaßen Beschlag gelegt hatte und das sie Port Arthurs wegen brauchte. Andererseits ließ es sich die englische Politik nicht nehmen, Rußland in der Mandschurei in den Weg zu treten, besonders zu einer Zeit, in der die Beziehungen zu Frankreich vorübergehend besser waren. Eine vorzügliche Gelegenheit bot sich dazu in der Angelegenheit des Bahnbaus Peking—Tientsin—Shanhaikwan—Mukden und Niutschwang. Dieser Bahnlinie kommt eine einzigartige politische und strategische Bedeutung zu; sie ist der Weg von Peking, der Hauptstadt, nach der nahen Mandschurei, von der je nach der politischen Lage ein Angriff Rußlands oder Japans ausgehen konnte. Wer über sie verfügte, verfügte auch über den einzigen strategisch in Betracht kommenden Weg über Land nach Peking. Daneben kam nur noch der Seeweg in Frage, der an Port Arthur vorbei nach Taku führt und hier übrigens auch noch in der Landverbindung den Peiho hinauf und nach Peking sich fortsetzt. Seit der Erwerbung Port Arthurs durch Rußland stand der Seeweg England nicht mehr vollkommen offen. Natürlich legte es jetzt um so mehr Gewicht darauf, daß nicht auch die Landverbindung nach Peking in russische Hände fiel. Die Bahn wurde dank ihrer strategischen Bedeutung später (1900) wieder lebhaft umstritten. Ihr Schicksal spielte

257. 14. 181.

258. Witte, 90.

in den deutsch-englisch-russischen Beziehungen damals eine beachtenswerte Rolle.

Aus kleinen Anfängen heraus war die Bahn entstanden. Eine chinesische Eisenbahngesellschaft unter Leitung Lis war gebildet worden; der englische Ingenieur Kinder leitete den Bau. 1895 war die Bahn etwas über die große Mauer hinaus gebaut worden. Nach dem japanisch-chinesischen Kriege kam der Bau nicht weiter vorwärts, da China kein Geld hatte und außerdem nichts von Rußland zu fürchten brauchte. Doch im Sommer 1897 entschlossen sich die Chinesen die Bahn weiter zu bauen.²⁵⁹ Die Russen protestierten und verlangten die Entlassung Kinders. Im Dezember 1897 gaben die chinesischen Minister Rußland das Versprechen, nördlich Schanhaikwan nur russisches Kapital und russische Ingenieure zu verwenden. Doch legten die Chinesen dies Versprechen nicht schriftlich nieder.²⁶⁰ Um dieselbe Zeit wandten sie sich an die russisch-chinesische Bank und bekamen zwei Anleihen im Gesamtwert von 600 000 Taels. Sie verpflichteten sich, sie zu amortisieren, falls sie die Linie Tientsin—Schanhaikwan mit einer Hypothek belasteten, um eine neue Anleihe zum Bahnbau aufzunehmen.²⁶¹ Ende Februar wandte sich China aber wieder auf die englische Seite.²⁶² Rußland hetzte nach dem Scheitern der Ententeverhandlungen mit England erneut gegen Kinder, stellte dann aber die Agitation gegen ihn ein. Wahrscheinlich wollte Rußland, das damals den Port Arthur-Vertrag erzwang, den Bogen nicht überspannen. Von April an verhandelte die Hongkong-Schanghai-Bank mit China über eine Anleihe.²⁶³ Am 7. Juni kam ein vorläufiges Abkommen zustande.²⁶⁴ Die Sicherheit für die Anleihe sollte sein: „the permanent way, rolling-stock, and entire property, together with the freight and earnings of the existing lincs . . and

259. Marc, 47. Morse, 3. 84.

260. so geht es eindeutig aus Vergleich hervor: Marc, 47, 48, StA. 64. 64.

261. Marc, 47 f.; bisher hatten die Chinesen für Bahnbauten nur englische und deutsche Anleihen in Anspruch genommen.

262. Marc, 48.

263. StA. 64. 69 f.

264. Mac Murray, 179 ff.; StA. 64. 65 ff.; vgl. Morse, 3. 84 f.; Marc, 48 f., 50.

also of the new proposed lines when constructed, in addition to the rights of mining coal and iron.“ Im Falle von Aussetzen (default) oder Verzögerungen (arrears) in der Bezahlung der Zinsen oder in der Rückzahlung des Kapitals sollten die genannten Bahnlinien und Minen Vertretern übergeben werden, die vom (englischen) Syndikat ernannt wurden, um sie für China zu verwalten (manage). Dieser Präliminarvertrag war natürlich ein großer Erfolg Englands. Die Chinesen aber nahmen zwischen England und Rußland keine feste Haltung ein; nach dem Verlust Port Arthurs waren sie England willfähriger, gaben aber doch dem Druck ihres russischen Nachbarn leicht nach. Persönliche Differenzen mögen hinzugekommen sein, die sich jedoch nicht durchschauen lassen. Im russisch-chinesischen Zusatzvertrag hieß es: Was die Bahn anbetreffe, die China selbst später von Schanhaikwan bis zu einem der südmandschurischen Bahn möglichst nahen Punkt bauen werde, so gebe Rußland zu, daß es nichts damit zu tun habe.²⁶⁵ Angesichts der englisch-chinesischen Verhandlungen protestierte der russische Gesandte; er soll einen Tag nach dem Abschluß des vorläufigen Abkommens vom chinesischen Auswärtigen Amt dem Abkommen vollständig widersprechende Zusagen bekommen haben.²⁶⁶ England suchte China mit der Mitteilung den Rücken zu stärken, „es werde China gegen jede Macht unterstützen, die aus dem Grunde eine Angriffshandlung gegen China begehe, weil es einem britischen Untertan Erlaubnis gegeben habe, irgend einen Eisenbahnbau oder eine ähnliche öffentliche Unternehmung auszuführen oder zu unterstützen“. China antwortete zwar dankend, es wäre kein Angriff und keine Angriffsdrohung erfolgt,²⁶⁷ aber kurz darauf schloß es ein Abkommen mit Rußland, das sämtliche hier angeführten Bestimmungen des vorläufigen Vertrages mit England aufhob.²⁶⁸ England riet China, die russischen Proteste nicht zu beachten. In diesem kritischen Moment gab Rußland der Angelegenheit eine bedeutsame Wendung.

Rußland hatte kein Interesse daran, daß ein Krieg ausbrach. Das bewies auch der Vorschlag zu einer großen Abrüstungs-

265. Mac Murray, 1. 127.

266. Marc, 49.

267. BD. 1. 36; Marc, 50.

268. Marc, 49 f.; StA. 64. 67.

konferenz, den Murawiew Ende August 1898 herausbrachte. Zwei Wochen vorher regte der russische Gesandte in London im Auftrag Murawiews eine Verständigung über Interessensphären an. England solle auf die Hergabe der Hypothek und die Kontrolle der Bahn verzichten, im übrigen England das Jangtse-Tal, Rußland die Mandschurei als Interessensphäre für Eisenbahnen erhalten.²⁶⁹ Rußland konnte durch ein solches Abkommen nichts verlieren, allerdings auch wenig gewinnen. Die Verhandlungen gingen ziemlich schnell vorwärts. Interessant ist dabei folgendes: Auf Verlangen Englands wurde die Erweiterung eingeschoben, Rußland solle sich verpflichten, nicht nur s e l b s t keine Eisenbahn-Konzessionen im Jangtse-Tal zu suchen, sondern auch England keine Hindernisse in den Weg zu legen, wenn dies sich um solche bewerbe.²⁷⁰ Ebenfalls auf Verlangen Englands gab Rußland zu, daß die englische Anleihe durch die Eisenbahnstrecke westlich (d. h. innerhalb) der großen Mauer gesichert werden dürfe;²⁷¹ dies war eine bemerkenswerte Konzession Rußlands, da dadurch England Einfluß in Tschili bekam. Dem englischen Interesse entsprach auch die Klausel im Vertragsentwurf vom 21. September, daß „keine Vorzugsrechte und keine verschiedene Behandlung auf den Linien in den oben genannten Gegenden, für die sie (die Engländer und Russen) Konzessionen erhalten würden, eingeführt werden“ sollten. Rußland regte an, die Banken sollten verständigt werden, damit ihre Aktionen dem Abkommen konform seien.²⁷² Der endgültige Vertrag zwischen der englischen Bank und C h i n a, am 10. Oktober 1898 abgeschlossen, entsprach nicht dem Sinne des geplanten englisch-russischen Abkommens.²⁷³ Die Sicherung war darin allerdings auf die Linie Peking—Schanhaikwan beschränkt, dagegen waren für den Fall, daß China nicht zur Zahlung der Zinsen oder zur Amortisation imstande sei, dieselben Bedingungen wie im Präliminarvertrag festgesetzt, d. h. es sollten dann auch die Bahnstrecken in der Mandschurei vom englischen Syndikat verwaltet werden. Aehnlich wie im Februar 1898 trieb die englische Politik auch jetzt im Herbst

269. StA. 64. 68; Marc, 50 f.

270. StA. 64. 70—72.

271. StA. 64. 72 u. 74.

272. StA. 64. 73; 64. 76.

273. Mac Murray, 173 ff.

doppeltes Spiel. Allzu ernst scheint Rußland die Sache aber diesmal nicht genommen zu haben, denn es scheint erst im Februar dagegen protestiert zu haben.²⁷⁷ Die Verhandlungen kamen bis zum Februar 1899 nicht über den im September festgestellten Vertragsentwurf hinaus, vielleicht aus äußeren Gründen, vielleicht auch, weil Witte noch Bedenken hatte oder weil die Faschoda-Frage die Fragen des Fernen Ostens in den Hintergrund drängte.

Wenn Frankreich entschlossen gewesen wäre, angesichts des Zusammenstoßes, der am oberen Nil schon seit langem zu erwarten war, gegenüber England fest aufzutreten, so hätte ihm die russisch-englische Annäherung im Fernen Osten höchst unerwünscht sein müssen. Mit Rücksicht auf die englisch-französische Spannung hatte Rußland Anfang des Jahres seine damaligen Verhandlungen mit England ängstlich geheim gehalten.²⁷⁵ Der französischen Politik waren die englisch-russischen Differenzen im Fernen Osten vorteilhaft gewesen. Doch seit Ende Juni 1898 war Delcassé in Frankreich am Ruder. Ihm stand Elsaß-Lothringen über allen afrikanischen Kolonialfragen. Er begünstigte die englisch-russische Annäherung im Fernen Osten, ja noch unmittelbar vor Ausbruch des Faschoda-Konflikts sagte er dem englischen Botschafter, er habe eine Entente zwischen England, Frankreich und Rußland stets für höchst wünschenswert gehalten.²⁷⁶ Die Schärfe des Faschoda-Konflikts, die große Erregung in Frankreich riß ihn dann doch im Oktober bis an den Rand eines Krieges mit England.

Bei Beginn des Faschoda-Konflikts befand sich England in einer günstigen Lage. Rußlands Politik war friedlich eingestellt; in Ostasien hatte sich die Lage entspannt. Mit Deutschland stand England dank des Portugal-Abkommens in besserem Verhältnis; die deutsch-englischen Reibungen in Ostasien hatten aufgehört. Mit Amerika stand es ebenfalls gut. Die Unruhe, die das Auftauchen der Philippinen-Frage nach Ostasien gebracht hatte, war den Beziehungen zwischen Amerika und England günstig, denen zwischen Amerika und Deutschland ungünstig geworden. In der Zeit vom

274. StA. 64. 96.

275. auch den Vorschlag zur Abrüstungskonferenz hat Murawiew Frankreich nicht vorher mitgeteilt. 15. 163; BD. 1. 215.

276. BD. 1. 216.

April bis zum September 1898 war das politische Leben in China ruhiger geworden. So konnte England in der Faschoda-Frage sehr energisch gegen Frankreich auftreten.

In der Zeit vom Faschoda-Konflikt bis hin zum Burenkrieg kann der Ferne Osten nur einen sehr kleinen Raum im Gesamtbild der internationalen Politik beanspruchen. Es muß aber ein Ueberblick gegeben werden, wie sich in dieser Zeit die Beziehungen der drei Mächte England, Deutschland und Rußland entwickelten, die im Fernen Osten die Hauptrolle spielten. Während des Faschoda-Konflikts hat Murawiew Frankreich davon abgeraten, es zum Kriege kommen zu lassen.²⁷⁷ Auch in London glaubte man nicht an ein Eingreifen Rußlands im Falle eines englisch-französischen Krieges. Chamberlain war recht kriegslustig gesinnt. Im November und Dezember 1898 warb er in öffentlichen Reden erneut für ein deutsch-englisches Einvernehmen. Salisbury war entschlossen, den Frieden zu wahren. Das Frühjahr 1899 brachte Spezialabkommen Englands mit Frankreich über Mittelafrika und mit Rußland über die Eisenbahnen in China. Die Verhandlungen über China kamen, so scheint es, dadurch wieder in Gang, daß Rußland Anfang Februar 1899 eine neue Vertragsformel vorlegte.²⁷⁸ Die Verhandlungen fanden im Vertrage vom 28. April²⁷⁹ ihren Abschluß. Gegenüber dem Vertragsentwurf vom September wies der endgültige Vertrag für Rußland Vorteile auf. Die Klausel über die Vorzugsrechte war fallen gelassen und als russische Eisenbahn-Interessensphäre waren alle Gebiete nördlich der großen Mauer bezeichnet. Von seinem Anleiheabkommen machte England zu Gunsten Rußlands folgende Abstriche: die Linie von Siaoheitschan²⁸⁰ nach Sinminting sollte von China erbaut werden und China sollte „europäischen“ (nicht notwendig britischen) Ingenieuren erlauben, sie zu inspizieren. Rußland erkannte das Recht an, daß ein englischer Ingenieur (Kinder)

277. GP. 14. 362, 377, 379 f., 401 f.

278. Rußland berief sich ausdrücklich auf die Vorschläge Salisburys vom Januar 1898. StA. 64. 93.

279. StA. 64. 104 ff., auch Mac Murray, 204 f.

280. bei Siaoheitschan (in der Mandschurei, östlich Schanhaikwan) sollte die Bahn sich in zwei Zweige spalten; der eine sollte nach dem Hafen von Niutschwang am Gelben Meer führen, der andere in Richtung auf Mukden bis Sinminting.

die Bahn erbaue und ein europäischer Beamter den Bau der Linie und die Verausgabung des dazu gebrauchten Geldes überwache. Gar nicht berührt durch das Abkommen waren Englands hypothekarische Rechte auf die Bahnstrecke innerhalb Tschilis, zwischen Peking und Schanhaikwan.

Im ganzen gesehen, hatte England mit der im August begonnenen Politik der Interessensphären glänzend abgeschnitten. Die führende deutsche Kapitalgruppe hatte das Jangtse-Tal und Schansi als Interessensphäre für englische Unternehmen anerkannt und die deutsche Regierung hatte wenigstens keinen Widerspruch dagegen erhoben. Ebenso hatte Rußland, der andere mächtige Rivale Englands, das Jangtse-Tal als Interessensphäre für englische Eisenbahnen anerkannt. Außerdem hatte England noch die Bahn in seiner Hand, die Peking mit der See und mit der Mandschurei verband, ja es besaß sogar Vorzugsrechte in der südlichen Mandschurei, auf die Bahn nach Niutschwang. Rußland gelang es auch nicht, die nach Abschluß des Vertrages mit England an China gestellte Forderung durchzusetzen, China solle Rußland eine Zweigbahn von der nord- oder südmandschurischen Bahn nach Peking konzessionieren. China gestand Rußland nur ein Prioritätsrecht für Bahnbauten nördlich und nordöstlich von Peking zu.²⁸¹ Die deutsch-englischen und englisch-russischen Abkommen hatten die Bedeutung, daß sie den Ausbruch politischer Konflikte aufschoben, die sich aus dem ständigen wirtschaftlichen Kampf um den Einfluß in China ergeben konnten. Doch ebenso wie die deutsch-englische Einigung für Deutschland keinen Verzicht darauf einschloß, sich auch im Jangtse-Tal zu betätigen, wenn es erst weltpolitisch stärker geworden war, so war auch das englisch-russische Abkommen keine Lösung des bisherigen englisch-russischen Gegensatzes. Wenn Rußland stärker geworden war und sich ihm Gelegenheit bot, konnte es seine Macht weiter ausdehnen und auch über das Eisenbahnabkommen hinwegschreiten.

Fast ebenso wie das russisch-englische China-Abkommen war das französisch-englische Mittelfrika-Abkommen weit davon entfernt, ein Ententevertrag im Sinne der Abkommen von 1904 und 1907 zu sein. Auf französischer Seite war dazu das Gefühl der Demüti-

281. Marc, 54 f.; Mac Murray, 207 f.

gung zu stark.²⁸² Andererseits war auch Salisbury zu einer allgemeinen Verständigung mit Frankreich nicht bereit. Die Einschätzung des Bündniswertes Frankreichs litt unter der Dreyfuß-Affäre, auch für eine englisch-französische Entente war die Situation noch nicht reif.

Die deutsche Politik blieb dabei, sich die freie Hand zwischen England und dem Zweibund zu wahren. Allerdings stand es um die Voraussetzungen nicht glänzend, von denen die Politik der freien Hand abhing. Im Dreibund gährte es; infolge der inneren Wirren in Oesterreich-Ungarn verminderte sich dessen Bündniswert für Deutschland; Italien nahm mit Frankreich Fühlung. Vor allem verschlechterten sich die Beziehungen zu Rußland. Auf die Telegramme, die der Kaiser während des Faschoda-Konflikts von seiner Palästina-Reise an den Zaren schickte, antwortete der Zar ziemlich kühl. Jede Stärkung der Türkei war ein unfreundlicher Akt gegen Rußland. In Ostasien war es Deutschland gelungen, Fuß zu fassen, ohne daß es (von einer kurzen Krise im November 1897 abgesehen) in Interessenkonflikt mit Rußland kam. Dasselbe Problem erhob sich jetzt in Bezug auf die Türkei. Bülow wollte bald mit einer Verbeugung vor dem britischen Löwen, bald mit einem Knix vor dem russischen Bären die Bagdadbahn bis Kueit am Persischen Golf hindurchschlängeln. In Ostasien war Deutschland eine Politik nach dieser Methode bisher wenigstens, wenn auch nicht ohne Reibungen, gelungen. Wesen und Bedingungen der deutschen Türkei-politik unterschieden sich aber durchaus von denen der deutschen Ostasienpolitik. Deutschlands Kiautschou-Politik war gewaltsam, aber sie beschränkte sich auf ein lokal begrenztes Gebiet. Deutschlands Bagdad-Bahnpolitik vollzog sich in den friedlichen Formen eines Wirtschaftsunternehmens, aber sie zog die ganze Türkei in ihren Bann. Rußland mußte sich die Gefahr klarmachen, daß ihm durch Deutschland von der Ostsee bis an den Persischen Golf vor seine Grenzen ein Riegel vorgeschoben würde.

Im Frühjahr 1899 trat Rußland an Deutschland mit dem Vorschlag zu einem Abkommen über die Türkei heran. Deutschland und Rußland sollten ein Arrangement treffen, durch welches

282. auch der Maskat-Zwischenfall trug nicht dazu bei, dies Gefühl zu beseitigen. vgl. BD. 1. 209 ff.

Deutschland hinsichtlich der Meerengen Rußland beruhige, Rußland in Kleinasien Deutschland freie Hand lasse.²⁸³ Die Meerengen seien ein Punkt, der für die russische Politik immer eine Lebensfrage gewesen wäre, auch heute trotz Ostasiens eine Lebensfrage sei und nie aufhören werde, eine Lebensfrage zu bilden.²⁸⁴ Rußland verlangte dasselbe, was Bismarck ihm 1887 im Rückversicherungsvertrag gegeben hatte: Zusicherung der freien Hand an den Meerengen. Doch es konnte nicht dasselbe bieten, was Bismarck 1887 verlangt und erhalten hatte: ein Neutralitätsabkommen gegen Frankreich. Angesichts des russisch-französischen Bündnisses war eine andere Formel denkbar: wechselseitige Garantie des gegenseitigen Besitzstandes der drei Kontinentalmächte. Hierzu war aber, wie man sich vorher sagte, das Einverständnis Frankreichs nicht zu erlangen. Die französische Alliance aufzugeben, sah Rußland aber keinen Grund; es war für Rußland angenehmer, mit Frankreichs Hilfe Deutschland in Schach zu halten, als mit Deutschland gegen England und Frankreich zu stehen. Rußland wäre nicht wegen der deutschen Unterstützung für seine Meerengenpolitik von Frankreich abgerückt; es beabsichtigte keine Umstellung seiner Politik. Die deutsche Politik ist auf den russischen Vorschlag aus folgenden Gesichtspunkten heraus nicht eingegangen.

Ein deutsch-russischer Bund hätte den Bestand des Dreibunds gefährdet. Deutschland fürchtete es mit England zu verderben und es zu unversöhnlichem Gegner aller Kolonialunternehmen zu machen.²⁸⁵ Andererseits glaubte die deutsche Politik nicht daran, daß im Falle der Ablehnung eine russisch-englische Entente zustande kommen werde, womit Murawiew drohte.²⁸⁶ Auch Hatzfeld meinte: selbst wenn man annehmen wollte, daß England nicht nur auf Konstantinopel, sondern auch auf die Dardanellen definitiv verzichte, und dadurch seine Herrschaft im Mittelmeer in Frage stellen sollte, so blieben genug andere ernste Differenzen übrig, die auch durch gegenseitige Nachgiebigkeit kaum zu überbrücken seien.

283. 14. 2. 543.

284. 14. 2. 542 u. 534.

285. 14. 545, 553, 556, 559. Dies kolonialpolitische Bedenken, das zu Bismarcks Zeit noch nicht vorhanden war, ist die sinnfälligste Auswirkung der neuen deutschen „Weltpolitik“ auf das deutsch-russische Verhältnis.

286. 14. 551.

Hatzfeld kann hier nur an Persien und China gedacht haben.²⁸⁷ Der Kaiser glaubte gerade n a c h Faschoda an die Unüberbrückbarkeit des englisch-französischen Gegensatzes.²⁸⁸ Holstein sah in der Ferne sogar die Möglichkeit eines Kontinentalbundes, er sah sie „im Hinblick auf die elementaren Kräfte, die heute an der politischen Umgestaltung des Erdballs tätig sind“.²⁸⁹

Nach der Ablehnung seines Vorschlags durch Deutschland hat Rußland sich England nicht genähert — es fehlte dazu jeder Zwang —, wohl aber hat es sich im August 1899 auf eine Erneuerung des Zweibunds eingelassen, bei der als Ziel neben der Wahrung des Friedens auch die Erhaltung des europäischen Gleich-

287. 14. 544.

288. 14. 560.

289. 14. 537 f. — Wenn man sich die Aussichten des von Rußland vorgeschlagenen Obkommens überlegt, kommt man zu folgenden Gedanken: Chamberlain ist wenigstens zeitweise in der Geschichte des Bündnisproblems zu einer Sicherung Deutschlands gegen einen französischen Angriff bereit gewesen; ein Bündnis mit England hätte die Triple Entente unmöglich gemacht. Eine Entente mit Rußland hätte schwerlich diese Sicherung gebracht. Wenn Rußland die deutsche Meerengenkonzession in der Tasche gehabt hätte, wäre es nicht mehr bereit gewesen, nachträglich Deutschland den Besitz Elsaß-Lothringens zu sichern. Rußland hätte sich dann jederzeit auf sein Bündnis mit Frankreich zurückziehen und England zur Verständigung mit ihm (Rußland) zwingen können; die Bildung der Triple Entente war also dann nicht ausgeschlossen. Ein deutsch-englisches Bündnis hätte Deutschland kaum großen kolonialen Gewinn gebracht; durch eine deutsch-russische Entente oder Alliance wären aber Deutschlands Handels- und Kolonialpolitik nicht gefördert, sondern sogar arg bedroht worden. Im ganzen sind also die Aussichten eines Bündnisses mit England nach der Idee Chamberlains als günstiger anzusehen als die einer Entente mit Rußland, gemäß den russischen Vorschlägen von 1899. Anders hätten allerdings die Verhältnisse gelegen, wenn die deutsche Politik sich radikal umgestellt und im Bunde mit Rußland die Zerschlagung der Donaumonarchie und die Realisierung Großdeutschlands betrieben hätte (wir sehen theoretisch von den Schwierigkeiten ab, die die monarchisch-konservative Struktur des Reiches einer solchen Umstellung gemacht hätte). Doch auch für diesen Fall müssen wir annehmen, daß die Machtvergrößerung Rußlands zu schweren Gefahren für Deutschland geführt hätte (tschechisches Problem; d o c h russisch-französisch (italienisches?) Bündnis?), — es sei denn, daß das zaristische Rußland den Schwierigkeiten der Lösung des panslawistischen Problems nicht gewachsen gewesen wäre. Eine Auseinandersetzung mit dem Buche Noacks „Bismarcks Friedenspolitik“ (1928) würde den Rahmen dieser Arbeit überschreiten.

gewichts bezeichnet wurde. Weiter wurde bestimmt, daß die Militärkonvention nicht mit der Auflösung des Dreibunds erlöschen sollte. Damit wollte Frankreich verhindern, daß sich bei einem eventuellen Zerfall der Donaumonarchie Deutschland und Rußland über die Erbschaft einigten.²⁹⁰ Auch die Beziehungen zwischen Kaiser und Zar ließen 1899 viel zu wünschen übrig.

Zwischen Deutschland und England hatte die Samoa-Frage viel Unruhe gebracht; doch als der Burenkrieg begann, gab England nach, und die Frage wurde zur Zufriedenheit Deutschlands beigelegt. Durch den Krieg mit den Buren geriet England in eine gefährliche Lage. Die Presse aller drei Kontinentalmächte hetzte gegen England; die Engländer erlitten eine Reihe von Niederlagen. England schwebte in der Gefahr einer Intervention anderer Mächte. Von Rußland hatte England außerdem noch zu befürchten, es werde im Mittleren und Fernen Osten im Trüben fischen. Rußlands Einfluß in Persien war im Steigen; Ende Januar 1900 schloß Rußland mit Persien einen Anleihevertrag ab.²⁹¹ Rußland wollte wieder Beziehungen zu Afghanistan anknüpfen.²⁹² Japan war besonders beunruhigt durch den Burenkrieg; es fürchtete, Rußland werde „make a move in Korea“, wenn der Burenkrieg im Mai 1900 noch nicht beendet sei.²⁹³

Die kritische Situation während des Burenkrieges machte es für England notwendig, seine Beziehungen zu Deutschland zu pflegen. Der Besuch des Kaisers im November 1899 kam ihm außerordentlich erwünscht. Von Frankreichs Bündniswert hielten die englischen Staatsmänner damals nicht viel. Dagegen legte Chamberlain in seiner Unterhaltung mit Bülow wieder schärfsten Nachdruck auf die russische Gefahr und warb für den Gedanken eines englisch-deutsch-amerikanischen Zusammengehens; er propagierte diese Idee auch öffentlich in einer Rede in Leicester. Salisbury hielt sich im Hintergrund. Die deutsche Regierung stand unter dem Druck der maßlos englandfeindlichen öffentlichen Meinung. Wieder war auf außereuropäischem Felde ein Konflikt ausgebrochen

290. Brandenburg 119, nach dem französischen Gelbbuch.

291. GP. 17. 519 ff.

292. BD. 1. 306 ff.

293. BD. 1. 241.

und Deutschland vollkommen entlastet. Bülow wollte „die weitere Entwicklung der elementaren Ereignisse mit Geduld und Sammlung abwarten“.²⁹⁴ Er hielt eine Rede, die in England und besonders von Chamberlain als kalter Wasserstrahl empfunden werden mußte.²⁹⁵ Der Dampferzwischenfall und die Nachrichten, die England von französischer und russischer Seite über angebliche deutsche Interventionsversuche erhielt,²⁹⁶ verschlechterten die deutsch-englischen Beziehungen und nahmen besonders Salisbury gegen die deutsche Politik ein.

Wir fassen zusammen, inwiefern sich die Situation im Sommer 1900 gegen die vom September 1898 verändert hat. Unter dem Einfluß des Fashoda-Vorfalles und des Burenkrieges hielt Deutschland zuversichtlich an der freien Hand fest. Seine Beziehungen zu England und zu Rußland hatten sich aber merklich verschlechtert, die zu England mehr auf Grund der temporären Begleiterscheinungen des Burenkriegs, die zu Rußland auf Grund der Türkei-politik Deutschlands. England stand in keinem akuten Konflikt mit Rußland; auch die Gefahr kolonialpolitischer Konflikte mit Frankreich bestand kaum noch. Andererseits hatte England schwer an der Last des Burenkrieges zu tragen, wenn auch im Sommer 1900 die schlimmste Zeit überwunden war. Während Englands Kräfte in Südafrika gebunden waren, konsolidierte Rußland durch den Bahnbau die Grundlagen seiner Macht im Fernen Osten. Frankreich war an Rußland gebunden und Deutschlands Haltung ungewiß. So war für England im Sommer 1900 die Gefahr, die eine neue Verwicklung im Fernen Osten in sich barg, genau so groß, wenn nicht größer, wie im Winter 1897/98. Eine Erleichterung lag darin, daß England im Sommer 1900 nicht in direktem Konflikt mit Frankreich stand, aber sie war mehr als aufgehoben durch die Tatsache, daß Englands Kräfte in Südafrika gebunden waren.

Die deutsch-englischen und russisch-englischen Interessensphären-Abkommen hatten zur augenblicklichen Beruhigung der Lage wesentlich beigetragen. Sämtliche Mächte (außer Amerika)

294. GP. 15. 420.

295. 15. 424 f.

296. Für die interessante Interventionsfrage sei verwiesen auf GP. 15. 501 ff., BD. 1. 233 ff., Lee 1. 764 ff., Meinecke 154 ff., schließlich die englischen Memoranden Februar 1907, BD. 3. 426 und 432 f.

hatten ihre Interessensphären in China. Die Inanspruchnahme dieser Interessensphären war aber bei allen Mächten außer Rußland mehr oder weniger eine Vorsichtsmaßregel gegen die befürchtete Aufteilung Chinas gewesen. Die Mächte Japan, Deutschland, England und Amerika verband der Wunsch, China in seinem vollen Bestande erhalten zu sehen; sie alle wollten offene Tür für ihren Handel. Für Japan mußte aus politischen Gründen das Vordringen Rußlands in Nordchina und ebenso eine Aufteilung Chinas unter die abendländischen Seemächte unerwünscht sein. Bereits seit Herbst 1898 ist eine Annäherung zwischen China und Japan zu bemerken;²⁹⁷ sie war nur infolge der Entfremdung zwischen China und Rußland seit der Port Arthur-Aktion möglich. Ito bemühte sich die Chinesen zu Reformen zu veranlassen, japanische Offiziere und japanische Lehrer wurden nach China geschickt. In Japan wurde ein ostasiatischer Kulturbund gegründet, der sich zur Aufgabe setzte, China, Japan und Korea gegen die abendländische Gefahr zu schützen. Japan hatte seine Front aus der Richtung gegen China in die Richtung gegen Rußland gestellt. Japan stellte sich noch nicht durch ein Bündnis mit England in die vorderste Schlachtreihe,²⁹⁸ sondern es verstärkte zunächst seine eigenen Machtmittel. Die drei Seemächte, Deutschland, England und Amerika waren von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus für die Politik der offenen Tür. Bei Deutschland spielten hier zwei besondere Gesichtspunkte mit. Deutschland war vorläufig weltpolitisch von England abhängig. Bei einer allgemeinen Interessensphären-Verständigung wäre Deutschland gegenüber England zu kurz gekommen. Sein Ziel war, England möglichst lang bei der Politik der offenen Tür festzuhalten, bis es selbst marinetechnisch und wirtschaftlich stärker geworden war.²⁹⁹ Seine Position in Ostasien mußte sich stetig verbessern, vorausgesetzt, daß es nicht zu einer frühzeitigen Aufteilung Chinas kam. Doch verboten Deutschland schwerwiegende allgemeinpolitische Gründe, für die Erhaltung Chinas auch gegen Rußland einzutreten.

297. hierzu Marc 56 ff.; Franke, 142.

298. es war auch informiert über die englisch-russische Annäherung. Hayashi, 101 ff., vgl. 84.

299. Denkschrift vom 14. März 1899: GP. 14. 1. 182.

Eben hierzu Deutschland zu bewegen, war, wie wir sahen, das ständige Bemühen Chamberlains seit dem Frühjahr 1898. England war wirtschaftlich am stärksten in China interessiert. In diesem Zusammenhange interessieren die Reden Beresfords,³⁰⁰ der im Auftrage der vereinigten Handelskammern Groß-Britanniens im Winter 1898/99 den Fernen Osten bereiste. Er propagierte in Japan offen die Idee eines Bündnisses der vier Handelsnationen England, Japan, Amerika und Deutschland zum Zweck der Aufrechterhaltung Chinas.³⁰¹ Wir haben keine Nachrichten, daß die englische Regierung nach dem Frühjahr 1898 erneut an Japan herangetreten sei. Chamberlain hat seine Bemühungen vor allem auf Deutschland und Amerika gerichtet. Im November 1899 sagte er zu Bülow, das Zusammengehen mit Amerika sei einer der Kardinalpunkte seiner Politik, deshalb werde er nichts tun, was die amerikanische Empfindlichkeit verletzen könnte.³⁰²

Klingen nicht die Worte des amerikanischen Staatssekretärs Hay wie ein Echo darauf, „Solang wie ich hier bleibe, wird keine Aktion unternommen werden, die meiner Ueberzeugung widerspricht, daß der einzige unvermeidliche Zug unserer auswärtigen Politik ein freundschaftliches Einvernehmen mit England sein sollte.“ Ein Bündnis sei allerdings ein unerreichbarer Traum. Es würde nie vom Senat angenommen werden.³⁰³ Schon die Annexion der Philippinen hatte sich ja kaum erzwingen lassen. Von Mac Kinley, dem Annexionspolitiker, wird erzählt, er habe im Gespräch mit Hay seine Bereitwilligkeit ausgedrückt, an der Teilung Chinas teilzunehmen, im Falle daß die Aufteilung Chinas tatsächlich stattfinde.³⁰⁴ Wie dem auch sei, im amerikanischen Interesse lag sie jedenfalls nicht, und Amerika hat sich nicht auf „Vorsichtsmaßregeln“ eingelassen, die geeignet sein konnten, den Prozeß zu beschleunigen. Da ein Bündnis mit England zum Zweck der Auf-

300. Dennett, 651.

301. Er ging sogar soweit, die Einsetzung einer Polizeitruppe vorzuschlagen, in der chinesische Truppen von englischen, amerikanischen, japanischen und deutschen Offizieren geleitet würden. Die offene Tür werde wenig nützen, „wenn nicht der Innenraum in Ordnung sei“.

302. GP. 15. 416 unten.

303. Hay an White, 24. Sept. 1899. Dennett 644.

304. Dennett, 634.

rechterhaltung Chinas für Amerika nicht möglich war, tat Hay einen besonderen Schritt.

Er richtete im September 1899 an Deutschland, England, Rußland und Frankreich Noten,³⁰⁵ die die Aufforderung zu folgenden Verpflichtungen enthielten. Innerhalb der Interessensphären sollten die Seezölle nach dem chinesischen Tarif erhoben und von der chinesischen Regierung gesammelt werden, Hafenzölle und Eisenbahntarife sollten für alle Nationen gleich hoch sein; „any treaty port or any vested interest“ sollte respektiert werden. Die Antworten der europäischen Mächte entsprachen dem amerikanischen Verlangen mehr oder weniger vollständig. Gewiß gewann der Grundsatz der offenen Tür an Ansehen; doch hatte sich Amerika in seinen Vorschlägen nicht gegen die Beanspruchung von Sonderrechten für Eisenbahn- und Bergwerksunternehmen, nicht gegen die Interessensphären, nicht einmal gegen Annexionen gewandt. Es hatte nur eine freiheitliche Handelspolitik von den Mächten verlangt. England konnte die von Amerika gewünschte Zusicherung geben, denn es hat nie soweit gedacht, das Jangtse-Gebiet zu einem englischen Schutz Zoll-Gebiet zu machen. Rußlands Antwort ging nur auf die Häfen, nicht auf die Interessensphären ein, d. h. Rußland wahrte sich freie Hand für seine Handelspolitik in der Mandschurei.

Die Gefahren, die den Handelsmächten, vor allem England, im Fernen Osten drohten, waren nicht beseitigt, sie waren seit 1897 eher angewachsen. Salisbury hat sich weniger um sie gesorgt; viel stärker waren Chamberlain und der Herzog von Devonshire in ihrem Denken von ihnen beeinflußt. Wesen und Voraussetzungen der englischen Ostasienpolitik, der politischen Situation Englands vor dem Boxeraufstand, vor dem Jangtse-Vertrag und den Bündnisverhandlungen, werden am besten gekennzeichnet durch die Äußerungen Chamberlains zu Bülow in Windsor am 24. November 1899. (Aufzeichnung Bülows): „Er (Chamberlain) macht sich keine Illusionen darüber, daß der russische Einfluß in China im Zunehmen begriffen ist. Er sieht mit Besorgnis, wie sehr im Gegensatz zu den Engländern die Russen es verstehen, die Asiaten zu assimilieren. Er meinte, daß die Zeit kommen könne, wo Hunderttausende von Chinesen und Tataren, mit russischen Gewehren bewaffnet und von

305. Mac Murray, 221 ff.

russischen Offizieren gedrillt und geführt, die russische Armee verstärken würden. Dem habe England als Landarmee nichts entgegen zu stellen; es sei also auf die Unterstützung von Deutschland und Amerika angewiesen. . . Er betonte mehrfach, daß England in Asien keinen weiteren Länderzuwachs wünsche. England sei nicht imstande, in Asien mehr zu behaupten, als es gegenwärtig besitze. Ein zweites Indien am Jangtse ginge über die Kräfte von England. England könne aber nicht zugeben, daß es durch Rußland aus China und Persien verdrängt werde. Es liege im englischen Interesse, China, Persien und die Türkei bis auf weiteres aufrecht zu erhalten. Ob dies noch lange möglich sein werde, sei allerdings die Frage. Diese Länder glichen leeren Säcken, die ohne Unterstützung nicht aufrecht stehen können.³⁰⁶ Diese Bedingungen der Lage, diese Ansichten, haben die Grundlage für die engen Beziehungen Englands zu Deutschland in den Jahren 1900 und 1901 gebildet.

306. GP. 15. 416.

Vierter Teil.

Die zweite Chinakrise 1900/01.

Der Boxeraufstand: Deutsch-russische Entfremdung.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es in der Welt nur noch ganz wenige Staaten, die der großen Ausdehnungsbewegung des Abendlandes noch nicht vollständig erlegen waren, und auch diese schienen ihrem Ende entgegenzugehen. China, Korea, Siam, Afghanistan, Persien, die Türkei, Abessinien und Marokko standen fast alle auf schwachen Füßen oder glichen, um Chamberlains Ausdruck zu gebrauchen, leeren Säcken, die ohne Unterstützung nicht aufrecht stehen konnten. Von ihnen war China — vor allem wegen seiner riesigen Bevölkerungszahl und seiner weltwirtschaftlichen Bedeutung — vielleicht wichtiger als die anderen Staaten zusammengenommen. Dem Versuch der abendländischen Nationen, auch China politisch und wirtschaftlich unter ihre Macht zu bringen, lassen sich nur die großen Bewegungen an die Seite stellen, durch die Amerika, Ostindien und Afrika in den Bannkreis des Abendlandes gezogen wurden.¹ Noch bis 1895 stand China trotz mancher Einbußen, die es in seinen Außenländern erlitt, doch als ein großes und schwer angreifbares Reich vor den Augen der abendländischen

1. vgl. die emphatischen Äußerungen des sonst (z. B. über die Möglichkeit der Aufteilung Chinas) recht besonnen urteilenden Amerikaners Paul Reinsch, des späteren amerikanischen Resandten in Peking in seinem Buche: *World Politics at the end of the nineteenth century* (1900 noch vor Ausbruch des Boxeraufstandes): in China „beginnt ein Drama, desgleichen die Welt nie gesehen hat. Es läßt die Eroberungen Alexanders als zwergartig erscheinen. Verglichen mit diesem titanischen Kampf, erscheinen die Eroberungszüge Napoleons als ein vorübergehender Zeitvertreib (a passing diversion) und frühere Zusammenstöße zwischen Orient und Occident als die reinsten Grenzplänkeleien.“

Welt; zu derselben Zeit, als die Anfang der 80iger Jahre neu einsetzende imperialistische Bewegung bereits zur tatsächlichen Aufteilung Afrikas führte, war noch nicht einmal der Gedanke an eine Aufteilung Chinas geboren.² Dies änderte sich mit einem Schlage, als der chinesisch-japanische Krieg 1895 die Schwäche des chinesischen Staates vor aller Augen führte. Vor 1895 war der Gedanke der gelben Gefahr gelegentlich unter dem Eindruck, der Größe Chinas gefaßt worden.³ Auf Grund des Erstaunens und Aufsehens, das Japans Aufstieg 1895 hervorrufen mußte, verbreitete sich in Europa der Gedanke der gelben Gefahr. Dies darf nicht die Tatsache verschleiern, daß in Bezug auf China besser von einer „weißen“ als von einer „gelben“ Gefahr hätte geredet werden können. In den auswärtigen Aemtern Europas hat man besonders seit 1898 tatsächlich mit der Möglichkeit einer Aufteilung Chinas rechnen zu müssen geglaubt. Auch die Politik der offenen Tür hatte ihre Grundlage nicht so sehr in einer höheren Einschätzung der Lebenskraft Chinas wie in handelspolitischen Bedürfnissen und in besonderen Motiven der einzelnen Mächte. Natürlich mußte es aber in erster Linie von der Stärke der Lebenskraft Chinas abhängen, welche politischen Methoden für die Mächte die richtigen und besten waren.

Die chinesische Außenpolitik war deshalb so schwach und schwankend, weil keine materiellen und geistigen Machtmittel ihr zur Verfügung standen. Diesen Nachteil konnte die seit Jahrzehnten befolgte Taktik, die verschiedenen Mächte gegeneinander auszuspielen, nicht wettmachen. Weder das Bündnis mit Rußland gegen Japan, noch das halb unfreiwillige Ausspielen Englands und Rußlands gegeneinander hielten den Niedergang Chinas wesentlich auf: ein Jahr nach dem Bündnisabschluß nahm Rußland Port Arthur und überließ Kiautschou den Deutschen; ein Jahr nach der Abtretung Weihaiweis verständigte sich England mit Rußland über

2. soweit unsere Kenntnis reicht, ist die Befürchtung davor nur in den 50iger Jahren einmal geäußert worden. Also zu einem Zeitpunkt, in dem China ähnlich wie im Boxeraufstand von schwersten inneren und äußeren Erschütterungen betroffen wurde.

3. Curzon beschäftigt sich S. 401 ff. ausführlich mit einem Buch von C. H. Pearson, indem dieser ein Schauerbild für die weißen Völker und besonders für den englischen Handel an die Wand gemalt hatte.

Interessensphären. Was bedeutete für China der kleine Erfolg, den es mit der Abweisung der italienischen Forderung auf Abtretung der Samsah-Bucht erzielte, viel mehr als ein Aufflackern des Selbstvertrauens? Nur Europäisierung des Staates und nationale Energie hätten China retten können.

Ende 1898 wurde in China von oben her der Versuch gemacht, das Land nach japanischem Beispiel zu europäisieren und es dadurch Europa ebenbürtig zu machen. Die Beseitigung des bisher herrschenden jahrtausendealten Systems gelang den Reformern nicht; ihre Bemühungen scheiterten an der politischen Schwerfälligkeit der Chinesen und an dem Widerstand der Mandschu, aus deren Kreise ja das Herrscherhaus stammte. Mit dem Staatsstreich, durch den die Kaiserin-Witwe sich die Herrscherstellung wieder verschaffte, endete die Reformbewegung. Immer mächtiger aber begann es im Lande, in den unteren Volksschichten, zu gären. Hungersnot und Ueberschwemmungen und die Unzufriedenheit mit dem herrschenden Regiment der Mandschu haben mitgespielt; das Verbindende und Maßgebende in den Aufstandsbewegungen, die in allen Provinzen, in Kwangtung wie in der Mandschurei, ausbrachen, war der Haß gegen die Fremden, die sich zu Herren Chinas machen wollten. Es lag in der Natur der Sache, daß die Bewegung zuerst die im Innern des Landes verstreuten Missionare und die von ihnen bekehrten Chinesen traf; nichts wäre falscher, als in der Boxerbewegung eine rein oder vorwiegend religiöse Bewegung gegen die christliche Mission zu sehen. Die Bewegung war eine nationale, und sie wandte sich gleichmäßig und ohne Unterschied gegen die Angehörigen aller fremden Nationen. In dem übervölkerten Schantung tauchten zuerst jene von den Europäern mit dem Namen Boxer bezeichneten geheimen Gesellschaften auf; in allen Provinzen zuckten Aufstände empor. Durch das Ueberhandnehmen der Boxer in Tschili geriet auch die Regierung in Gefahr. Das Chaos, das der Boxeraufstand in China hervorrief, konnte ein Nährboden für die politischen Tendenzen der einzelnen Mächte sein; andererseits wurde durch die Fremdenfeindlichkeit der Chinesen die Möglichkeit einer Aufteilung doch in Frage gestellt. In der Zeit tiefster Erniedrigung Chinas war doch zugleich der Keim zu einem Aufstieg

4. vgl. Morse, 3. 124 f.; BD. 1. 40.

enthalten. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, daß nach dem Zusammenbruch des Boxeraufstandes von einem mit chinesischen Verhältnissen so vertrauten Mann wie Sir Robert Hart die Ansicht literarisch vertreten wurde, daß den Chinesen eine große Zukunft bevorstehe — ein Vorzeichen der Rückkehr Chinas etwa zu dem Grade politischer Unabhängigkeit, in dem es sich vor 1895 befand.⁵ Nach dem Boxeraufstand hat die chinesische Frage in der Tat nur noch eine geringe Rolle in der internationalen Politik gespielt. Dagegen hat während der Krisis selbst die chinesische Frage mindestens so stark wie während jener ersten Krise 1897/98 die Beziehungen der Mächte beeinflußt.

Wir stellen die Politik der Mächte während des Boxeraufstandes mit besonderer Ausführlichkeit dar, weil es uns darauf ankommt, die Vorgeschichte der deutschen Waldersee-Expedition und des deutsch-englischen sog. Jangtse-Abkommens genau zu erfassen, die beide ihrerseits wieder einen wesentlichen Bestandteil der Vorgeschichte der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen ausmachen.

In den Gesichtskreis der internationalen Politik trat der Boxeraufstand erst Anfang Juni 1900, als die Lage der Gesandtschaften in Peking immer gefährdeter wurde. Am 28. Mai wurde die Bahnverbindung zwischen Tientsin und Peking zum ersten Male von den Boxern unterbrochen.⁶ Die Gesandten in Peking baten einstimmig um Hilfe von Tientsin und am 31. Mai kamen etwa 350 Mann, Truppen verschiedener Nationen, in Peking an. Dort wurde die Lage immer bedrohlicher.⁷ Die chinesische Regierung wahrte zwar in offiziellen Erlassen gegen die Boxer vor den Fremden ihr „Gesicht“, aber in Wirklichkeit unternahm sie nichts Ernstliches gegen jene. Da die regulären chinesischen Truppen nicht zum Kampf gegen die Boxer bereit waren, konnte eine Stellungnahme gegen die Boxer den Sturz der Mandschus herbeiführen; die große Mehrzahl der maßgebenden Personen am Hofe hat offenbar auch an die Möglichkeit geglaubt, mit Hilfe der revolutionären Bewegung die

5. Aufsätze Harts vom Jahre 1900, gesammelt in seinem Buch: „Those from the land of Sinim“. 1901.

6. Morse, 3. 196 zit. Blaubuch China Nr. 3, 1900 S. 30. USFR 1900, 132 f.

7. Morse, 3. 198.

Fremden aus dem Lande jagen zu können.⁸ Die diplomatischen Vertreter baten am 4. Juni ihre Regierungen, die Admirale der vor Taku liegenden Schiffe anzuweisen, Maßnahmen zu ihrer Befreiung zu ergreifen.⁹ Am 10. wurde der Tsungli Yamen umgestaltet, Prinz Tuan, der wegen seiner fremdenfeindlichen Gesinnung und seiner Sympathie für die Boxer berüchtigt war, wurde Präsident.¹⁰ Auf die dringende Bitte Mac Donalds schickten die Konsuln (Tientsins) und Admirale die Seymour Expedition am 10. auf den Weg nach Peking.¹¹ Sie blieb aber stecken,¹² mußte sich zurückziehen, geriet selbst in große Gefahr und konnte erst am 26. Juni Tientsin wieder erreichen.¹³ Die Gesandtschaften in Peking waren also ganz von der Außenwelt abgeschnitten und auf ihrem Terrain eingeschlossen. Peking befand sich im Zustand der Anarchie, und es bestand nicht im entferntesten die Aussicht, daß die chinesische Regierung über die Boxer Herr werden würde oder wollte.¹⁴

Schon geriet Tientsin in die gleiche Gefahr. Die Fremdenniederlassungen waren dort fast nur von 1700 Russen geschützt, die am 14. Juni von Port Arthur eingetroffen waren, zu spät, um sich mit den Truppen Seymours zu vereinigen.¹⁵ In Tientsin herrschte Anarchie, die Verbindung zwischen Tientsin und Taku war gefährdet. Am 16. Juni entschlossen sich die Admirale, in einem Ultimatum die Uebergabe der Taku-Forts zu verlangen. Noch vor Ablauf der Frist eröffneten die Chinesen das Feuer; nach kurzem Kampf wurden die Forts genommen.¹⁶ Die Befreiung Pekings gelang allerdings nicht; sogar in den Besitz der Chinesenstadt Tientsins kamen die Truppen nicht vor Mitte Juli.¹⁷ So gerechtfertigt die Aktion der Admirale angesichts der bedrohlichen Nach-

8. Morse, 3. 200.

9. USFR 1900. 141; StA. 65. 192.

10. USFR 1900. 145.

11. StA. 65. 194; USFR 1900. 154; Clements, 132; Morse 3. 201 f.; es waren etwa 2000 Marinesoldaten.

12. statt direkt auf Peking zu marschieren, bemühte sich Seymour die Eisenbahnstrecke zu reparieren. Morse, 3. 213; StA. 65. 195 f.

13. Morse, 3. 215.

14. USFR 1900. 154 f.; StA. 65. 195 f.; Morse, 3. 217.

15. Morse, 3. 206; USFR 1900. 145; StA. 65. 196.

16. Morse, 3. 206 f.

17. GP. 16. 19.

richten über die Lage der Gesandtschaften in Peking, der Fremden-niederlassungen in Tientsin und der zwischen Peking und Tientsin kämpfenden Seymour-Expedition war, so beseitigte sie doch die letzten Bedenken am chinesischen Hofe. Es siegte nun die fremdenfeindliche Partei und die Beschießung der Taku-Forts wurde zum Vorwand genommen, um jetzt in aller Form mit den Boxern gemeinsame Sache zu machen.¹⁸ Am 19. Juni erhielten die Gesandten die Aufforderung, Peking innerhalb 24 Stunden zu verlassen. Sie baten um Verlängerung der Frist; als sie darauf keine Antwort erhielten, ging der deutsche Gesandte von Ketteler am 20. Juni zum Tsungli Yamen, wurde aber auf dem Wege dorthin von einer Gruppe regulärer Truppen erschossen, deren Unterführer den Befehl bekommen hatte, auf alle Fremden zu schießen. An demselben Tage begann die regelrechte Umzingelung, Belagerung und Beschießung der Peking-er Gesandtschaften durch reguläre chinesische Truppen unter Befehl chinesischer Offiziere.¹⁹

Durch die Bedrohung und Belagerung ihrer Gesandtschaften waren alle Mächte aufs Schwerste betroffen. Einheitliches, gemeinsames Handeln war das Gebot der Stunde. Trotzdem hat es nicht lange gedauert, bis politische Erwägungen die militärischen Erfordernisse durchkreuzten. Es war von ganz besonderer Bedeutung, daß der Boxeraufstand in der Provinz Tschili ausbrach und sich austobte, also in der Provinz, in der die Hauptstadt Chinas liegt und die den russischen Territorien am nächsten ist. Dank dieser Umstände mußten die Geschehnisse in Tschili sämtliche politischen Probleme des Fernen Ostens neu aufreißen.

Als erste Macht hat Amerika die im Zwang der örtlichen Notlage von den Mächten gebildete Einheitsfront gebrochen. Der amerikanische Admiral Kempff lehnte es am 16. Juni ab, an dem von den anderen Admiralen beschlossenen Bombardement der Taku-Forts teilzunehmen.²⁰ Man darf diese Handlungsweise nicht einfach aus der Besorgnis erklären, daß im Falle der Beschießung die Chinesen rücksichtslos gegen die Gesandten vorgehen würden.

18. USFR 1900. 192; Morse, 3. 212, 214.

19. für alles Vorhergehende: USFR 1900. 161 ff.; StA. 64. 279 ff.; Morse, 219 ff.

20. Clements, 129.

Gleichgültig ob Kempff nach vorheriger Instruktion durch seine Regierung handelte oder ohne eine solche, er handelte jedenfalls gemäß den erprobten Methoden und Zielsetzungen amerikanischer Ostasienpolitik. Sein Verhalten erinnert an die Zurückhaltung der Amerikaner 1858 und 1860, als die Engländer und Franzosen den Weg nach Tientsin ebenfalls mit Gewalt erzwingen mußten. Eine Note Hays Anfang Juli, die die Auffassungen und Absichten der amerikanischen Regierung darlegt, beginnt mit dem Hinweis, Amerika sei Anhänger (*adheres to*) der Politik, die es im Jahre 1857 begonnen habe, einer Politik des Friedens mit dem chinesischen Volke, und schließt mit den Worten, seine Politik sei, eine Lösung zu suchen, die China dauernde Sicherheit und Ruhe bringen, Chinas territoriale und administrative Integrität bewahren und für die Welt das Prinzip gleichen und unparteiischen Handels mit allen Teilen des chinesischen Reichs sichern könne.²¹ So großen Wert Hay auf gute Beziehungen zu England legte, so hat er sich doch während des Boxeraufstandes stark zurückgehalten. Wenn er die Befreiung der Gesandtschaften auch zu seinem Ziel machte, so ging er dabei nicht über die Wahrnehmung der eigenen Interessen und der Würde Amerikas als großer Macht hinaus. „Handeln Sie unabhängig“ so telegraphierte Hay am 8. Juni dem amerikanischen Gesandten in Peking „zum Schutz amerikanischer Interessen, wo es sich machen läßt, und gleichlaufend mit Vertretern der anderen Mächte, wenn es nötig wird.“ Ein Telegramm vom 10. Juni schloß mit der prägnanten Warnung: „Es darf keine Bündnisse geben“.²² In der Note Hays hieß es, Amerika wünsche mit dem chinesischen Volke in Frieden und Freundschaft zu bleiben. In diesem Geiste hatte Kempff im Juni gehandelt. Amerika hatte ja schon in den 40iger und 50iger Jahren gute Erfahrungen mit seiner Zurückhaltung gemacht. Eine feste Bindung an eine bestimmte Macht zum Zwecke von Maßnahmen gegen China konnte Amerika in Konflikte führen, in denen es für nicht-amerikanische Interessen sich ernstlich einsetzen mußte und doch nur die Spannungsmomente und damit die Gefahr für den Bestand Chinas vergrößern half. Das amerikanische Verhalten ist

21. StA. 65. 230.

22. USFR 1900. 143.

aber gewiß auch aus seinem Mangel an politischer Aktionskraft zu erklären.

Die Politik möglicher Milde und Freundschaft gegenüber China hat Amerika besonders nach der Befreiung der Gesandtschaften immer deutlicher betrieben. Die amerikanische Politik entfernte sich immer mehr von der englischen und lief weite Strecken der russischen parallel. In den 50iger Jahren waren die Beziehungen mit Rußland recht enge gewesen; damals waren die englisch-amerikanischen Beziehungen noch recht gespannt und England noch nicht entschlossen, es auf keinen Fall zu einem Konflikt mit Amerika kommen zu lassen. In der Folgezeit waren sich aber England und Amerika immer näher gekommen, während Amerika und Rußland so gut wie vollständig die Fühlung miteinander verloren. Jetzt (1900) stellte sich wieder die Möglichkeit amerikanisch-russischer Zusammenarbeit ein, nur fehlte für Amerika der Antrieb, der früher in der Furcht vor England gelegen hatte. Im Programm der amerikanischen wie der russischen Politik stand die Erhaltung der Integrität Chinas gegenüber anderen Mächten durch Pflege intimer Beziehungen mit China. Doch für Amerika war dies Programm als Mittel zur Wahrung eigener wirtschaftlicher Interessen gedacht und ehrlich gemeint; für Rußland war es ein Werkzeug zur Ausbreitung seiner politischen Macht und seines politischen Einflusses.

Rußland fehlte die Geduld, an einer Politik friedlicher Durchdringung festzuhalten, deren Früchte nur langsam und nur unter der Voraussetzung, daß nicht andere inzwischen ernteten, reifen konnten. Vorherrschaft des russischen Einflusses in Peking und Gebietserwerbungen waren Aufgaben, die sich nicht leicht miteinander vereinbaren ließen. So hatte schon 1896 und 1898 Rußland China ein doppeltes Gesicht gezeigt. Der Tod Murawiews, des Urhebers der Erwerbung Port Arthurs, am 21. Juni 1900 und der Uebergang der Leitung des Auswärtigen Amtes an Lamsdorff, (der mit Wittes Ansichten im großen übereinstimmte), änderten wenig an der Doppelrichtung der russischen Politik: Jetzt vertraten die russischen Militärs die ungeduldige und annexionslüsterne Richtung der russischen Politik. Zu der Unklarheit, die der russischen China-politik schon von vorneherein eigen war, traten noch die Schwierigkeiten hinzu, vor die sie der Aufstand in Tschili stellte. Nichts Ungelegeneres konnte für Rußland kommen, als daß gerade im

Norden Chinas eine Krise ausbrach, die allen Mächten das unzweifelhafte Recht gab, dort einzugreifen. Versuche zur Abwendung der Krise durch Einwirkung der Gesandten auf die chinesische Regierung erwiesen sich als ganz erfolglos.²³ Was konnte Rußland tun, um eine große internationale Unternehmung in Tschili mit allen ihren politischen Gefahren abzuwenden? Zunächst stellten die Russen den anderen Mächten, besonders England, die Lage in Peking und in Tschili fortwährend so harmlos wie möglich hin.²⁴ Selbst am 20. Juni meinte Murawiew im Gespräch mit Scott, in 14 Tagen werde die Krise vorüber sein; die Lage in Mittel- und Südchina sei viel bedrohlicher.²⁵ Natürlich, nichts wäre Rußland lieber gewesen, als wenn der Boxeraufstand sich dort konzentriert hätte und es inzwischen in der Mandschurei und in Nordchina hätte im Trüben fischen können. Aber die allzu durchsichtige Taktik dieses zur Schau getragenen Optimismus konnte gegenüber der Macht der Tatsachen nichts verschlagen. Daher schickte auch Rußland zur gleichen Zeit, in der es die andern zu beruhigen suchte, Mitte Juni, als die Krise offenbar nicht mehr aufzuhalten war, eine größere Menge von Truppen nach Tschili, aus dem Grunde den Brand zu ersticken, ehe er sich allzu weit ausbreite und der Brandgeruch die anderen Mächte herbeirufen könnte.²⁶ Allerdings stand Rußlands militärische Aktivität nicht ganz im Einklang mit der von Witte empfohlenen Politik der Chinafreundschaft. Rußland hat daher auch in einem Erlaß betont, es wolle der chinesischen Regierung helfen, die Ordnung wieder herzustellen; in der Tat hätte Rußland seine Handlungsweise China nachträglich mit der Begründung mundgerecht machen können, es habe China von den Aufrührern befreien und ihm eine große Ueberschwemmung mit fremden Truppen ersparen wollen. Mit solcher Begründung hätte Rußland schließlich auch die Teilnahme am Angriff auf die Taku-Forts rechtfertigen können, die von der Seite eines russischen witte-

23. StA. 65. 190 ff.

24. dasselbe tat Delcassé, GP. 16. 8; Morse, 3. 196.

25. StA. 65. 198 f.; ebenso Witte am 23. Juni, StA. 65. 200; vgl. auch GP. 16. 237.

26. Text der russischen Note, StA. 65. 197.

freundlichen Historikers scharf getadelt worden ist.²⁷ Der russische Kriegsminister Kuropatkin war aus militärischem Denken heraus für energische militärische Maßnahmen;²⁸ doch Ende Juni und Anfang Juli wurde eine Aenderung der russischen Politik spürbar.

Inzwischen hatten die militärischen Mißerfolge in Tschili und sicher auch die militärischen Maßnahmen Rußlands andere Mächte auf den Plan gerufen. Durch die Truppensendungen erregte Rußland das Mißtrauen der anderen Mächte und veranlaßte sie zu weitgehenden Gegenmaßnahmen. England faßte sehr früh Mißtrauen gegen Rußlands Absichten; es durchschaute offenbar auch die Tendenz der russischen (und französischen) optimistischen Aeußerungen.²⁹ Die Times allerdings empfahl ein englisch-russisches Zusammengehen, aber abgesehen von dem sonstigen Für und Wider waren die Dinge im Juni noch viel zu wenig entwickelt, der Umfang und die Zukunft des Aufstandes noch zu dunkel, als daß eine Grundlage für ein solches Zusammengehen hätte gefunden werden können; die Ungewißheit war vielmehr der rechte Nährboden für gesteigertes Mißtrauen. Die wachsende russische Truppenzahl in Tschili erregte Englands Besorgnis. Daher drängte es Japan sofort dazu, Truppen nach Tschili zu senden. Dank seiner geographischen Lage konnte ja Japan fast ebenso schnell und sogar mehr Truppen wie Rußland nach Tschili schicken, wenn es wollte. Japan hatte natürlich auch das lebhafteste Interesse daran, die Russen in Tschili nicht allein zu lassen. Doch ebenso wie 1898 fürchtete es auch jetzt den ostasiatischen Dreibund. Der japanische Außenminister erklärte England, Japan wünsche seine Entschließungen denen der anderen Mächte anzupassen. Es habe natürlich Truppen zur Verfügung, aber es sei unmöglich die Folgen ihrer Absendung vorauszusehen.³⁰ Um Japans Besorgnisse zu beseitigen, suchte jetzt England das Einverständnis der anderen Mächte zu einer

27. Marc 69: „Durch den Angriff auf eine Festung, die von regulären Truppen und nicht von Boxern besetzt war, setzte sich Rußland in krassen Widerspruch zu seinen Erklärungen. . . Sicherlich wäre es besser gewesen, wenn Giers Peking verlassen und sich nach Port Arthur begeben hätte, anstatt sich die Truppen zu Hilfe zu rufen.“

28. GP. 16. 19, 39.

29. GP. 16. 8.

30. Morse, 3. 265.

großen japanischen Truppensendung einzuholen. Eine Anfrage, ob Rußland einverstanden sei, war auch ratsam, um Rußland nicht zu stark zu verstimmen; sie verpflichtete England zu nichts und konnte die Lage nur klären. Dieser Klärung der Lage sollte auch die Bitte Englands an Deutschland dienen, es möge den englisch-japanischen Plan bei Rußland empfehlen. England war ja bisher gewohnt, Deutschland in Ostasien an der Seite Rußlands zu sehen. Erfüllte Deutschland die Bitte, nun, so war eine antirussische Front gebildet und Rußland unschädlich gemacht; andernfalls wußte England wenigstens, daß es auf Deutschland nicht zu rechnen hatte, und konnte vermuten, daß zwischen Deutschland und Rußland feste mündliche oder gar schriftliche Vereinbarungen bestanden.

Durch Englands Anfrage wurde Deutschland zur Stellungnahme gezwungen. Deutschland war bisher nach außen hin noch gar nicht hervorgetreten, doch wichtige intime Erörterungen waren bereits vorausgegangen. Die Frage nach der Entstehungsgeschichte der Waldersee-Expedition verlangt besondere Aufmerksamkeit; denn die Expedition hat die allgemeine deutsche Politik bis zur Rückkehr im Frühjahr 1901 stark beeinflußt, um nicht zu sagen bestimmt, obwohl sie militärisch nur von geringem Wert gewesen ist.

Irgend welche besondere Interessen Deutschlands wurden durch die Krise in Tschili nicht verletzt.³¹ Deutschland war an keine Macht irgendwie gebunden, abgesehen von der mündlichen Zusicherung an Rußland vom Jahre 1898, daß es keine Interessen in Tschili besitze. Obgleich von Deutschlands eigener Interessensphäre Schantung der Boxeraufstand ausgegangen war und dort manche kleinere Unruhen ausbrachen, vermied doch der Gouverneur Yuanshikai nach kurzem Zögern trotz der Nähe Peking eine feindliche Stellungnahme gegen die Fremden, und es gelang ihm auch im großen ganzen die Ordnung aufrecht zu erhalten. Deutschland konnte kein Interesse daran haben, in ein Gebiet divergierender englisch-russischer Interessen einzugreifen, und daher war seine Politik einfach nur auf Teilnahme an gemeinsamen militärischen Maßnahmen eingestellt.³² Das Auswärtige Amt wurde aus seiner Ruhe Mitte Juni zum ersten Male vom Kaiser aufgestört, wenn auch

31. GP. 16. 4.

32. GP. 16. 6. u. 8.

zunächst ohne Ergebnis. Die starke Aktivität der deutschen China-politik ist in erster Linie auf die Initiative des Kaisers zurückzuführen.

Nicht irgend eine Verschiebung des politischen Systems, auch nicht die Erweiterung der deutschen Interessensphäre oder die Schöpfung eines neuen Kiautschou waren vom Kaiser beabsichtigt. Das erste Eingreifen des Kaisers in die China-Politik am 18. Juni 1900 zeigt besonders deutlich seine Denkungsart.³³ Am 18. Juni erfuhr der Kaiser von japanischen Truppensendungen, von der russischen Mitteilung über die Entsendung 4000 russischer Truppen und von dem Gerücht, sämtliche Gesandtschaften seien zerstört. Der Kaiser hielt das Gerücht für wahrscheinlich; er schrieb, jedenfalls sei ein Kampf gegen die Europäer von den Chinesen in jeder Hinsicht organisiert. Jetzt Konjunkturalpolitik zu treiben, sei verfrüht; es handle sich jetzt nur um militärische Machtentfaltung. Als ihr Zweck war nicht die Befreiung der Gesandtschaften gedacht (er glaubte ja, die Gesandtschaften seien bereits gestürmt), sondern die Bestrafung der Chinesen. In verständlicher Erregung schrieb er, Peking müßte rasiert werden. Solche Äußerungen waren zwar kaum von rationalem außenpolitischem Denken, aber doch auch nicht von dem nackten Bedürfnis nach Rachebefriedigung diktiert. Der Kaiser sah das ganze unter dem Gesichtspunkt der gelben Gefahr: es sei der Kampf Asiens gegen das ganze Europa; es dürfe zu keinem Interessenkonflikt kommen, sonst seien die Europäer einfach verloren. Dieser Gesichtspunkt bewog ihn auch zur Ablehnung größerer Sonderaktionen anderer Mächte. Wir dürften uns nie dem aussetzen, daß Rußland und Japan die Sache allein machen und Europa heraushauen. Es war natürlich, daß der Kaiser die Führung im Kampf gegen den Aufstand der Gelben nicht in den Händen eines Gelben oder eines Russen, verständlich, daß er sie in den Händen eines Deutschen sehen wollte.

Aus den Gedanken und Wünschen des Kaisers formte sich für den Augenblick die positive Forderung, mindestens die Marineinfanterie müsse ausgesandt werden; wahrscheinlich müsse man ihr eine Infanteriedivision oder ein Korps folgen lassen. Deutschland war gegenüber allen andern Mächten ganz außer-

33. GP. 16. 11—14.

ordentlich benachteiligt. Denn ein deutscher Truppentransport mußte sehr viel Zeit (allein die Fahrt mindestens 6 Wochen) bis zu seiner Ankunft in China brauchen. Dagegen konnten Rußland aus Port Arthur, Wladiwostok und Ostsibirien, Japan aus seinem eigenen Land, Frankreich aus Annam, England aus Hongkong und Indien, Amerika von den Philippinen verhältnismäßig viel schneller Truppen nach Tschili schaffen. Zwischen dem deutschen Entschluß zur Absendung eines großen Korps und dessen Ankunft in China konnte dort schon alles erledigt sein. Dies erwog der Kaiser nicht, weil er die Größe der gelben Gefahr und daher auch die Schwierigkeit, sie niederzuringen, überschätzte. Zusammenfassend ließe sich sagen, daß der Kaiser, beherrscht von dem Gedanken der gelben Gefahr und der Annahme, es sei mit den Gesandtschaften zu Ende, zur Rettung eines „Europa“, das als politische Einheit nicht existierte, sich und Deutschland an die Spitze einer großen Militäraktion zur Bestrafung der Chinesen stellen wollte, ohne konkrete politische Ziele dabei zu verfolgen, ohne die Ungunst der Entfernung Deutschland—China zu bedenken und ohne die außenpolitischen Gefahren zu berücksichtigen.

Bülow gelang es zwar, den ersten Ansturm der Erregung des Kaisers abzumildern und ihn von seiner konkreten Forderung abzubringen, aber an den Grundlagen der Gesinnung des Kaisers konnte er nicht viel ändern. Zunächst telegraphisch,³⁴ dann mündlich setzte Bülow dem Kaiser auseinander, das Mißtrauen zwischen Rußland und England—Japan verschärfe sich dauernd und es eröffneten sich für Deutschland um so günstigere Aussichten, je mißtrauischer sich die übrigen Mächte kontrollierten. Dagegen werde Deutschland, wenn es die leitende Rolle für sich in Anspruch nehme, das Mißtrauen aller konzentrisch auf sich ablenken. Bülow machte den Kaiser auch auf die (mündliche) Zusicherung Deutschlands an Rußland aus dem Jahre 1898 aufmerksam, daß es keine Interessen in Tschili besitze. In der Tat mußte Deutschland, wenn es sich in den Vordergrund stellte, neben englischen Interessen besonders russische Interessen verletzen und sich Rußland entfremden. Der Kaiser selbst hatte ja Rußlands Politik in Ostasien bisher immer gefördert. So gab er auch jetzt den Argumenten Bülows nach, und

34. GP. 16. 15 ff.

das deutsch-russische Verhältnis blieb zunächst ungestört. Ja es wurde sogar durch eine Probe gefestigt, die England an es stellte, nämlich durch die schon erwähnte Bitte an Deutschland, den Plan der großen japanischen Truppensendung bei Rußland zu befürworten.

Die englisch-japanische Mitteilung war auch deswegen bedenklicher als die russische von der Mitte des Monats, weil sie im Gegensatz zu dieser nichts von einer Einordnung der Truppen in das internationale Gesamtheer sagte. In der Tat wäre, wie Bülow urteilte,³⁵ die Entsendung eines so großen japanischen Truppenkorps gleichbedeutend mit der Erteilung eines besonderen Mandats an Japan gewesen — wenigstens, so müssen wir allerdings hinzufügen, solange die andern Mächte, besonders Rußland, nicht ähnlich große Truppenmassen dort hatten. Für Deutschland bestand, politisch gesehen, damals nicht der geringste Anlaß oder Zwang, sich ohne Gegenleistung Englands für speziell englische Interessen zu verwenden und seine Beziehungen zu Rußland aufs Spiel zu setzen. Eben noch hatte der russische Kriegsminister an den früheren ostasiatischen Dreibund erinnert. Noch brauchte Deutschland die Freundschaft Englands in China nicht im mindesten. Am 2. Juli konnte Deutschland Rußlands Dank für die Ablehnung der englischen Bitte entgegennehmen. In England und Japan dagegen wurde der Glaube an das Bestehen russisch-deutscher Abmachungen stärker. Die Ereignisse hatten im Juni bereits eine Gruppierung der Mächte gebracht: auf der einen Seite England und Japan, auf der anderen Rußland und Deutschland.

Da trafen Anfang Juli von Ostasien Meldungen ein, die besonders die deutsche und russische Politik beeinflussten und neue Bewegung in die Politik der Mächte brachten.³⁶ Am 1. Juli wurde in Berlin der völlige Fehlschlag der Seymour-Expedition bekannt. Admiral Bendemann bat um Entsendung einer Infanterie-Division. Am 2. Juli erfuhr man aus zuverlässiger Quelle, daß Ketteler ermordet und die Lage der Gesandtschaften verzweifelt geworden sei. Unter dem Eindruck dieser Nachrichten hielt der Kaiser am 2. Juli in Wilhelmshaven seine bekannte Rede, in der es hieß, er werde

35. GP. 16. 23.

36. GP. 16. 26 ff.

nicht eher ruhen, als bis die deutschen Fahnen auf Pekings Wällen wehten. Mit Zustimmung Bülow's wurde eine Geschwader-Division hinausgesandt und die evtl. Entsendung einer Infanterie-Division beschlossen. Deutschlands Hervortreten war jetzt weniger bedenklich, weil es durch die Ermordung seines Gesandten besonders betroffen war. Der Plan, Tschifu zu besetzen und danach die chinesischen Schiffe auf dem Jangtse zu nehmen oder zu vernichten, ging, außenpolitisch gesehen, wohl schon zu weit.³⁷ Es kam aber nicht zu seiner Ausführung, weil Deutschland nicht genügend Streitkräfte zu seiner Verfügung standen. Mißlich war es von vornherein, daß man nicht wußte, wieviel Truppen ungefähr zur Befreiung der Gesandtschaften nötig sein würden. Griff Deutschland um seines Ansehens und seiner Ehre willen zu energischen Maßnahmen und wurde die Absendung einer Division Tatsache, so verscherzte es sich die Freiheit des Handels in China. Infolge der Entfernung drohte dann Deutschland die doppelte Gefahr, entweder daß seine Truppen zu spät kamen oder daß sie vielleicht allein vorgehen mußten. Deutschland war stark auf Rußland angewiesen, dessen Haltung sich eben jetzt änderte.

Dieselben Nachrichten, die Deutschland zur Aktivität antrieben, trugen in Rußland dazu bei, den militärischen Eifer zu kühlen. Schon vor ihrem Eintreffen war ein Nachlassen des russischen Eifers zu spüren. Am 21. Juni war Murawiew gestorben, und Witte konnte jetzt Lamsdorff und die russische Politik stark beeinflussen. Außerdem konnte man nach den Nachrichten aus China vermuten, daß eine sehr große Truppenmasse zur Befreiung nötig sein werde, und man konnte bald nicht mehr sicher sein, ob die Gesandten noch lebten, ob also die unbedingte Pflicht für alle Mächte zur Rettung der Gesandtschaften nicht gegenstandslos wurde. Es konnte nicht im Sinne Rußlands sein, an der Spitze einer großen internationalen Strafexpedition in Peking einzuziehen. Im Grunde war Lamsdorff den Gesandten böse, daß sie ihn in diese ärgerliche Lage gebracht hatten. Der Boxeraufstand drohte sich auch nach der Mandschurei hin auszubreiten und brach Anfang Juli dort wirklich aus; dies mußte Rußland noch mehr zur Zurückhaltung drängen. Am 30. Juni suchte Kuropatkin, offenbar unter dem Eindruck einer voraus-

37. GP. 16. 32.

gegangenen Unterhaltung mit Witte, dem deutschen Militärattaché nachzuweisen, in wie geringem Umfange auf russischer Seite in China kommerzielle und industrielle Interessen in Mitleidenschaft gezogen seien und wie eine militärische Aktion Rußlands nur anderen zugute kommen werde; andererseits sprach er offen aus, Rußland sei gewillt, die Mandschurei festzuhalten. Bei der Ungewißheit der Lage in China war es für Rußland gegeben, seine Truppen in Port Arthur zu konzentrieren, von wo es sie schnell auf beide Fronten, nach der Mandschurei und nach Tschili, werfen konnte. Rußlands Interesse blieb vorwiegend auf die Mandschurei gerichtet, doch wollte es sich natürlich nicht von einem Zug zur Befreiung der Gesandten ausschließen. Immer wieder wies Lamsdorff den Gedanken an einen Krieg mit der chinesischen Regierung zurück; es handele sich nur um einen Kampf mit Rebellen und Anarchisten; wenn nur die Truppen der Mächte die Gesandtschaften und die Europäer befreien und sie sicher an die Küste bringen könnten, so sollten sie sich beschränken, die Stellung zu halten, die sie jetzt in Taku und Tientsin einnehmen.³⁸ Der Personalwechsel, die Rücksichtnahme auf die Chinesen und die gefährdete Lage in der Mandschurei hemmten Rußlands Aktivität in Tschili. Die Schwierigkeit für Rußlands Politik lag aber darin, die anderen Mächte zu einer ähnlichen Zurückhaltung zu veranlassen.

Wir sind damit an den so wichtigen Zeitpunkt gekommen, wo die Wege der deutschen und der russischen Politik sich in Ostasien zum ersten Male trennten. Nur im November 1897 hatte die Besetzung Kiautschous schon auf kurze Zeit die deutsch-russischen Beziehungen gestört. Deutschlands durch den Boxeraufstand veranlaßtes Interesse an Tschili erregte jetzt das Mißfallen Rußlands. Die Rede des Kaisers veranlaßte Rußland zur Ueberreichung einer Note an Deutschland.³⁹ In ihr war die Hoffnung ausgesprochen, daß der Kaiser trotz des so kriegerischen Tons seiner Rede fortfahren würde, jede Veränderung der bestehenden Ordnung in China als gefährlich anzusehen und sich bemühen würde, sich jedem Versuch einer Teilung des chinesischen Reichs zu widersetzen, indem er mit Rußland die Rückkehr des status quo und einer Zentralregierung

38. z. B. StA. 65. 236; GP. 16. 39.

39. GP. 16. 40 f.

erstrebe, die die Ordnung und den Frieden im Lande aufrecht erhalten könne.

Auf die deutsche Politik und besonders auf den Kaiser⁴⁰ wirkte Rußlands Haltung wie ein kalter Wasserstrahl. Im Auswärtigen Amt erkannte man, daß Rußland nicht auf die Deutschen warten würde, wenn es überhaupt marschiere.⁴¹ Als am 1. Juli Nachricht eintraf, daß die Gesandten noch lebten, bekam Richthofen noch nachträglich Bedenken wegen der Ablehnung des englischen Antrags.⁴² Doch der Kaiser und auch Bülow hatten sich schon in den Gedanken hineingelebt, die Gesandten seien bereits verloren. Außerdem hielt man eine schnelle Eroberung Peking nicht für möglich, da man unter dem Eindruck des Fehlschlags Seymours eine sehr große Anzahl von Truppen dazu zu brauchen glaubte. So spielte auch die Befürchtung, zu spät zu kommen, in den politischen Erwägungen, die man auf deutscher Seite anstellte, eine geringe Rolle. Zunächst lag die Besorgnis näher, Rußland werde überhaupt nicht mitmachen und Deutschland werde dann höchstens mit den Japanern zusammen gegen Peking marschieren können. Der Kaiser gab seiner Entrüstung über die Russen sehr lebhaften Ausdruck: „Rußland wird sich nicht scheuen“, schrieb er, „wenn möglich den bluttriefenden Mordgesellen Prinz Tuan zu umwerben, mit seiner Hilfe sich Vorteile zu erringen und womöglich uns anderen Ausländern ernste Schwierigkeiten zu bereiten.“⁴³ Vor einem halben Monat erst hatte er geäußert, wenn Rußland und Deutschland militärisch zusammengingen, würden die anderen folgen müssen.⁴⁴ Jetzt gingen aber die Russen ihren eigenen Weg. Zugleich kamen aus China Nachrichten von Zänkereien der Engländer und Japaner mit den Russen. Angesichts der Sonderziele der russischen Politik und der englisch-russischen Rivalität stellte der Kaiser den Gedanken an einen gemeinsamen Rachezug nach Peking zurück: Er werde die Truppentransporte vorläufig erst alle nach Kiautschou dirigieren; Kiautschou solle zu unserer militärischen Basis in Ostasien ausge-

40. 16. 42.

41. 16. 35.

42. 16. 35 f.

43. GP. 16. 46; vgl. 16. 42.

44. 16. 13.

baut werden.⁴⁵ Bülow konnte es nur recht sein, daß dem Kaiser die Augen über die Bedeutung der Konjunkturalpolitik aufgegangen waren. Durch die Entsendung der Truppen nach Kiautschou statt nach Tschili waren die politischen Gefahren vermindert. Bülow hat nicht versucht, überhaupt die Absendung der Brigade rückgängig zu machen oder aufzuhalten, im Gegenteil, er hat zur Beschleunigung angetrieben.⁴⁶ Bülow nahm die russische Zurückhaltung nicht sehr schwer; denn er glaubte daran, „daß die Russen, falls es ihnen nicht gelingt, die übrigen Mächte vom Vormarsch abzuschrecken, schließlich nicht werden zurückbleiben wollen“.⁴⁷ Da die Japaner jetzt viele Truppen nach China schickten, also ein Feldzug nach Peking doch wahrscheinlich war, wünschte die deutsche Politik eine starke deutsche militärische Streitmacht in China zu haben, um selbst ein Wort mitsprechen zu können.

Aus Schantung kamen bedenklich lautende Nachrichten. Der Kaiser trieb zum Handeln. Wie in der Frage der internationalen Expedition, so auch in der Frage des Schutzes speziell deutscher Interessen gingen dem Auswärtigen Amt die Wünsche des Kaisers zu weit. Bülow warnte, eine Expedition ins Innere Schantungs könnte der Beginn der Aufteilung Chinas werden.⁴⁸ Der Kaiser dachte auch nach dieser Warnung noch an eine Expedition von Kiautschou nach Tsinan (also Besetzung Tsinans allein durch deutsche Truppen); diese könnte die internationale Expedition in der Flanke decken und unterstützen. Der Plan, dessen Ausführung durchaus im Sinne einer Interessensphärenpolitik gelegen hätte, kam nicht zur Ausführung.⁴⁹ Die deutsche Politik war zunächst ganz persönlich von dem Temperament des Kaisers vorwärts getrieben. Ein sachliches Motiv kam noch hinzu. Wir finden es erst am 18. Juli zum ersten Mal in einem deutschen Schriftstück erwähnt.⁵⁰

45. GP. 16. 46.

46. 16. 49.

47. 16. 57, vgl. 16. 47.

48. GP. 16. 64.

49. Vielleicht weil in Schantung weiter die Ordnung aufrechterhalten wurde, weil Bülow selbst ihn dem Kaiser ausgedeutet hat oder durch Schließen auf Grund militärischer Erwägungen hat ablehnen lassen oder weil durch die Oberbefehlsfrage die Aufmerksamkeit wieder auf Tschili gelenkt wurde.

50. GP. 16. 57.

Es heißt da, im Gegensatz zu Rußland hätten die übrigen Mächte in China schwerwiegende Interessen wirtschaftlicher Natur und seien schon deshalb darauf hingewiesen, für das Blutbad von Peking eine Sühne zu erlangen, durch welche den Chinesen in g a n z China dargeboten werde, daß es nicht gut sei, sich an Fremden zu vergreifen. Nicht die gefühlsmäßig eingestellte Aktivität des Kaisers, sondern das rationale Wirtschaftsinteresse ließ zum ersten Male die Möglichkeit auch einer deutsch-englischen Interessengemeinschaft im Bewußtsein anklingen. Das Wirtschaftsinteresse erwies sich dann in der Tat als eine die Mächte (außer Rußland) zusammenzwingende Kraft. Freilich wirkten ihr die wirtschaftliche und politische Rivalität der Handelsmächte untereinander entgegen.

Im Juli stand Deutschlands Politik im Fernen Osten noch sehr im Hintergrund. Zwischen Rußland und England—Japan verschob sich inzwischen die Lage nicht unerheblich zu Ungunsten Rußlands. England drängte Anfang Juli erneut Japan zur Entsendung von Truppen. Es versprach finanzielle Unterstützung.⁵¹ Japan trug zunächst — infolge der unfreundlichen Antworten Deutschlands und Rußlands auf die englische Sondierung vom Ende Juni — Bedenken wegen der Möglichkeit von Komplikationen mit den Kontinentalmächten, entschloß sich dann aber, seine Streitmacht in China auf 20 000 Mann zu erhöhen.⁵² Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Nachricht über Deutschlands Plan, eine Brigade zu senden, in Japan den Ausschlag gab. Rußland erklärte sich wohl oder übel mit Japans Truppensendung einverstanden, teilte aber sofort seine Ansicht mit, keine Macht dürfe Sonderansprüche stellen, die auf den verhältnismäßigen Truppenbeitrag oder die der gemeinsamen Sache geleisteten Dienste gegründet sei.⁵³ Gerade in jenen Tagen wurde die Lage in der Mandschurei immer bedenklicher; überall wurde die im Bau befindliche südmandschurische Bahn angegriffen.⁵⁴ Am 9. Juli erhielten die russischen Truppen Befehl, in die Mandschurei einzumarschieren. Rußland brauchte seine Kräfte für die Mandschurei. Witte sagte klipp und klar, Rußland werde keinen Rache-

51. StA. 65. 233.

52. 6. Juli StA. 65. 214.

53. 8. Juli StA. 65, 231.

54. Marc, 76 f.

zug unternehmen;⁵⁵ Lamsdorff wich einer diesbezüglichen Frage aus: Der Oberbefehlshaber in China habe ausgedehnte Vollmacht, je nach den Umständen zu entscheiden.⁵⁶ Rußland arbeitete vorläufig mit diplomatischen Mitteln. In einer u. a. in London und Berlin überreichten Note vom 13. Juli formulierte es nochmals seine Bedenken gegen die japanische Truppensendung. „Rußland betrachtet“, so schloß die Note, „... es als dringend, alle Mißverständnisse oder Versäumnisse zu vermeiden, die noch gefährlichere Folgen haben könnten“. Der Zweck der Note war, die anderen Mächte möglichst dem russischen Standpunkt nahe zu bringen. In Deutschland argwöhnte man, Rußland wolle Deutschland als Dritten für die Aufstellung eines russisch-französischen Programms heranziehen, dessen Bedeutung in der formellen Wiederherstellung der Gruppierung von 1895 gelegen hätte.⁵⁷ Wir besitzen Anzeichen dafür, daß Rußland in England gegen Deutschland gearbeitet hat, um eine englisch-deutsche Annäherung zu verhindern. Eine weitere russische Note regte die Schaffung eines Oberbefehls an.⁵⁸ Wahrscheinlich wollte Rußland die politische Aktivität der einzelnen Mächte unschädlich machen und besonders Japans militärischem Uebergewicht in Tschili einen Stoß versetzen.

In England erregte die russische Note besonders deshalb Bedenken, weil der Text die Deutung nahe legte, alle Truppen auf chinesischem Boden sollten dem Oberbefehlshaber unterstellt werden. England wünschte im Fall von Unruhen im Jangtsetal allein zu schalten. Die Tendenz, England dort Schwierigkeiten zu machen, hatte die russische Note nicht. Lamsdorff gab sofort die Antwort, der Oberbefehl solle nur für das gegenwärtige Aktionsfeld, die Provinz Tschili, gelten; ja Lamsdorff äußerte sogar, es sei anzunehmen, daß ähnlich wie Rußland eine unabhängige militärische Aktion im Norden Chinas ausführen, so andere Mächte im Süden und in der Mitte Chinas handeln würden, wo ihr eigenes Gebiet und ihre Sonderinteressen unmittelbar betroffen würden.⁵⁹ Daß über diese Erörterung der Note hinaus England versucht habe, zu einem

55. GP. 16. 51.

56. GP. 16. 59.

57. Text der Note StA. 232 f. Vgl. BD. 2. 4; GP. 16. 54.

58. StA. 65. 237 f.

59. StA. 65. 240.

schriftlichen Abkommen mit Rußland zu kommen, ist nicht zu erweisen.⁶⁰ Jedenfalls kam nichts Derartiges zustande, und das hatte doch letzten Endes gute Gründe. Es ist zum mindesten sehr zu bezweifeln, ob England — dazu noch während des Burenkriegs — mit einem russischen Papier in der Hand die Monopolisierung des Jangtsegebietes hätte durchsetzen können. Es war im englischen Interesse sicher richtig, den Weg der Politik der offenen Tür und des Jangtseabkommens zu gehen. Wenn England noch schwankte, so mußte im August die Gegenaktion anderer Mächte über die Schwierigkeiten einer Interessensphärenpolitik belehren. Ebenso begreiflich ist es vom russischen Standpunkt aus, daß Rußland England zur Interessensphärenpolitik leise ermutigte, Frankreich und Deutschland im Widerstand gegen die englische Politik nicht zurückhielt, sich selbst aber nicht hineinmischte. Denn diese Politik ging auf die Bindung der Kräfte der anderen Mächte auf für Rußland gleichgültigem Felde.

Die „Vizekönige“ (d. h. Provinzialgouverneure) des Jangtsetals hatten sich schon im Juni entschieden gegen die Boxer ausgesprochen.⁶¹ Sie erklärten, sie wollten den Schutz der Europäer im Jangtsetal garantieren, solange diese keine Truppen dorthin schickten. Mitte Juli bekam man in London Nachrichten über die Ausbreitung der Boxerbewegung in das Jangtsetal, ebenso in Berlin über ihre Ausbreitung nach Schantung.⁶² Der Kaiser befürwortete darauf eine militärische Sonderaktion. Von England wurde eine Sonderaktion auch durchgeführt. Am 14. Juli riet der britische Generalkonsul in Schanghai dringend, in Hongkong oder Weihaiwei eine Truppenabteilung zu konzentrieren, die jederzeit schnellstens nach Schanghai kommen könnte. Es müssen dann Verhandlungen stattgefunden haben; am 28. Juli erhielt man in London ein Telegramm, der Vizekönig von Nanking werde sich einer Besetzung nicht absolut widersetzen, aber Widerspruch erheben, wenn irgend eine andere Macht dasselbe zu tun sich anschicke. England schickte

60. Eckardstein schrieb im Februar 1901, er wisse mit absoluter Gewißheit, daß Lord Salisbury Mitte Juli vorigen Jahres im Sinne einer Verständigung mit Rußland auf der ganzen Linie in Petersburg habe verhandeln lassen. Allzu schwer wird man dies nicht zu nehmen brauchen. Eckardstein 2. 310 f.

61. StA. 65. 197 f., 205, 209; GP. 199 ff.

62. StA. 65. 233.

indische Truppen; die chinesischen Vizekönige erhoben noch einmal Protest; am 17. August 1900 landeten aber die angloindischen Truppen.⁶³

Schon vorher hatten die anderen Mächte miteinander wegen Englands Jangtsepolitik Fühlung genommen.⁶⁴ Anlaß dazu bot ihnen die Frage, ob die Beaufsichtigung der chinesischen Schiffe an der Jangtsemündung England allein zu überlassen sei. Zwischen Rußland, Deutschland und Frankreich fanden hierüber Besprechungen statt. Hierbei trat Frankreich zum ersten Male nicht als Trabant Rußlands für Rußlands Interessen, sondern in seinem eigenen Interesse auf. Die französische Politik war bisher wenig hervorgetreten; sie konnte nicht daran denken, Hand auf Jünnan zu legen. Dagegen war sie fest entschlossen, Englands Sonderbestrebungen im Jangtsetal entgegenzutreten. Einen Tag nach den englischen Truppen landeten französische Truppen in Schanghai.⁶⁵ Zwischen England und Frankreich war die Stimmung recht erregt. Das französisch-russische Bündnis und in zweiter Linie eben der Gegensatz der Interessen am Jangtse standen einer Annäherung im Wege.

Mindestens ebenso stark wie Frankreich war Deutschland an der Offenhaltung des Jangtsetals interessiert. Sie galt dem Kaiser und Holstein als „die alles beherrschende Frage“.⁶⁶ Holstein dachte daran, daß Rußland und die Vereinigten Staaten herangezogen werden könnten. Deutschland ließ Rußland durchblicken, daß es unter Umständen für ein gemeinsames Vorgehen der Mächte sein würde, um die Wahrung des freien Verkehrs aller Völker im Jangtsetal gegen England sicherzustellen.⁶⁷ Es stellte sich aber schnell

63. StA. 65. 242, 252, 256.

64. GP. 16. 201 ff.

65. Morse, 3. 274, vgl. auch BD. 2. 7.

66. GP. 16. 74, 201.

67. Ende Oktober rechtfertigte Deutschland den Abschluß des Jangtseabkommens gegenüber Rußland damit, daß die Antwort Lamsdorffs Ende Juli „uns keinen Zweifel darüber ließ, daß auf russische Mitwirkung bei der Wahrung unserer Jangtseinteressen nicht zu rechnen sei“; GP. 16. 252. Diese Rechtfertigung hörte Hardinge. BD. 3. 428 links. Daraus folgert Crowe in seinem Memorandum vom 1. Januar 1907 für die Vorgeschichte des Jangtseabkommens: „... Deutschland regte bei Rußland heimlich den Abschluß eines Abkommens an, durch den Deutschland auch the much desired forthold on the

heraus, daß Rußland nicht d a r u m die Jangtsefrage aufgegriffen hatte, um s e l b s t den Engländern Schwierigkeiten zu machen. Von den Vereinigten Staaten waren ebenfalls keine englandfeindlichen Maßnahmen zu erwarten, wie Rußland selbst feststellen mußte.⁶⁸ Für Deutschland war es ein großes Glück, daß Frankreich zuerst die englischen Machenschaften durchkreuzte. Denn Deutschland war nach dem Urteil Schlieffens für eine Machtentfaltung größeren Stils im Jangtsetal zur See nicht stark genug, falls England in ihr eine unfreundliche Handlung erblickte.⁶⁹ Zu einer Zusammenarbeit der Kontinentalmächte kam es nicht. Deutschland fühlte sich zu schwach, um es auf einen Konflikt mit England ankommen lassen zu können. England fühlte sich zu schwach, um gegen die Maßnahmen der anderen Mächte, die im Jangtsetal Interessen hatten, Einspruch zu erheben. Rußlands Politik ging nur darauf aus, die Mächte gegeneinander auszuspielen, um in Nordchina im Trüben zu fischen, es wollte aber selbst nicht im Jangtsetal eingreifen. Wie Anfang Juli in Nordchina, so hatte es Ende Juli in der Jangtsefrage Deutschland enttäuscht. Bei dieser Lage brauchte die Jangtsefrage nicht auf die Dauer ein Keil zwischen England und Deutschland zu sein.

Die russische Politik in Nordchina ist darum so schwer zu durchschauen, weil sie nicht einheitlich geleitet wurde. Seit dem 20. Juli trafen wieder Nachrichten aus Peking ein, die besagten, daß die Gesandten sich noch gegen die Chinesen halten konnten.⁷⁰ An der Befreiung der Gesandten konnte Rußland viel eher als an einer Strafexpedition teilnehmen. In der Mandschurei befand sich Rußland tatsächlich im Kriegszustand mit China. Kuropatkin gewann an Einfluß; dem Zaren erschien vielleicht seit den Kämpfen in der Mandschurei die Rücksicht auf Chinas Freundschaft von zweifel-

Yangtse, der damals praktisch als a British preserve betrachtet wurde, erhalten haben würde (!). Als diese Eröffnungen zurückgewiesen wurden, wünschte Deutschland wenigstens England zu verhindern, das zu erhalten, was für sich selbst zu sichern Deutschland mißlungen war.“ BD. 3. 412. Die richtige Kritik Sandersons hierzu enthält die interessante Bemerkung: „... Rußland ist nicht eine Macht, mit der sich rechnen ließe“. BD. 3. 428.

68. 16. 205.

69. 16. 209 f.

70. Morse, 3. 267, vgl. USFR.

haftem Wert.⁷¹ Am 27. Juli teilte Rußland mit, es würde sicher nicht zögern, an der Einnahme Pekings teilzunehmen, wenn sie unvermeidlich werden sollte. Damit wurden die Aussichten für ein deutsch-russisches Einvernehmen in Nordchina wieder besser. Deutscherseits hat man zunächst daran gedacht, England zu veranlassen, einen deutschen Oberbefehlshaber vorzuschlagen, und Hatzfeld hat in diesem Sinne in London sondiert.⁷² England hat einen solchen Vorschlag nicht gemacht; es versprach sich offenbar nichts davon. Lascelles sprach von der Enttäuschung, die Deutschlands unfreundliche Antwort auf den Vorschlag betreffs der japanischen Truppensendung England bereitet habe.⁷³ Die leidenschaftliche „Hunnenrede“ des Kaisers konnte England zum Entgegenkommen gegen Deutschland nicht geneigter machen.⁷⁴

Für Deutschland hatte das Oberkommando nur dann wirklichen Zweck, wenn der Feldzug gegen Peking erst im Herbst unternommen wurde; dann erst konnte das deutsche Expeditionskorps und ein deutscher Oberbefehlshaber in China eingetroffen sein. Holstein erkannte durchaus, daß Deutschland bei der Frage des Oberkommandos nicht in Betracht kommen konnte, wenn es infolge der aus Peking eintreffenden Nachrichten zu einem baldigen Vormarsch auf Peking kam. Bülow bot sogar Rußland das Oberkommando an. Russischerseits lehnte man (allerdings nicht sehr deutlich) ab, die führende Rolle zu spielen.⁷⁵ Der Kaiser wünschte einen deutschen Oberbefehl und rechnete damit, daß der Vormarsch erst im Herbst beginnen werde. Auf Anfrage erfuhr das Auswärtige Amt, daß Lamsdorff zur Zeit nicht an einen Vormarsch auf Peking glaube, und daß nach Kuropatkins Ansicht ein solcher, wenn überhaupt, dann erst in zwei Wochen beginnen könne. Auf Grund der Vermutung, Kuropatkin erstrebe den Oberbefehl für sich selbst, riet Bülow dem Kaiser, beim Zaren telegraphisch anzufragen, ob es ihm erwünscht sein würde, wenn er (der Kaiser) Waldersee für das Oberkommando zur Verfügung stelle. Dementsprechend handelte der Kaiser. Sein Telegramm ist also auf die Anregung Bülows hin

71. GP. 16, 72 Anm.

72. 16. 61, BD. 2. 5.

73. Unterredung Lascelles mit Derenthall 30. Juli, GP. 16. 75, BD. 2. 5 ff.

74. BD. 2. 5.

75. Hierzu und zum folgenden GP. 16. 70 ff.

abgesandt worden. Der Zar stimmte mit Wissen Lamsdorffs zu. Danach wurden auch die anderen Mächte informiert; Japan und England stimmten zu, Frankreich und Amerika gaben ausweichende Antworten. Es war eine für die deutsche Politik besonders unglückliche Fügung des Schicksals, daß die Truppen in Tientsin sich schon auf dem Marsch nach Peking befanden — ohne daß man dies in Europa wußte —, als der Telegrammwechsel zwischen Kaiser und Zar stattfand. Soviel wir sehen, bestimmten den Entschluß der Truppenführer zum Vormarsch militärische Gründe, der Wunsch, die Gesandten zu befreien. Die Streitmacht bestand aus höchstens 18 800 Mann, davon waren Japaner 8000 und Russen 4800. Es gelang ihr, innerhalb von 10 Tagen Peking zu erreichen und die Gesandtschaften zu befreien.⁷⁶

Die dringendste sachliche Aufgabe der Mächte in China war gelöst. Die Frage der Gesandtenbefreiung, die Lamsdorff schon Ende Juni so unbequem gewesen war, war damit überraschend leicht aus der Welt geschafft. Ohne übermäßigen Machtaufwand war eine Aufgabe erledigt worden, an der sich Rußland auf jeden Fall wohl oder übel hätte beteiligen müssen. Auch Kuropatkin hätte jetzt kaum noch Gründe für eine militärische Betätigung Rußlands in Tschili anführen können. Witte und Lamsdorff gaben von nun an der russischen Politik die Richtung. In die deutsch-russischen Beziehungen kam wieder und jetzt stärker die Störung, die bereits für die erste Juli-Hälfte festzustellen war. Rußland suchte sich jetzt möglichst schnell aus Tschili zurückzuziehen und die anderen Mächte dabei mitzureißen. Gleich am 16. August wurden Rußlands Absichten deutlich.

Li war zuletzt Vizekönig in Kanton gewesen; im Juni hatte man sich seiner in Peking erinnert, und er war aufgefordert worden, nach Peking zu kommen. Er war zunächst nach Schanghai gefahren.⁷² Nach der chinesischen Niederlage bei Jangtsun wurde er zum Bevollmächtigten für Verhandlungen mit den Mächten ernannt.⁷⁸ Schon Ende Juli hatten die Admirale beschlossen, bis zum Eintreffen von Instruktionen aus Europa Li nicht nach Peking durchzulassen.⁷⁹

76. Morse, 3. 267 ff.

77. StA. 65. 199. USFR 1900. 259.

78. Morse, 3. 271.

79. GP. 16. 93, 78; StA. 65, 259.

Rußland empfahl jetzt den Mächten eine Anweisung an die Admirale, sie sollten Li die Landung gestatten, damit dadurch der Eintritt in Friedensverhandlungen erleichtert wurde.⁸⁰ Hier zeigte sich zum ersten Mal augenfällig die Uebereinstimmung der russischen und der amerikanischen politischen Methode. Nach Angabe der amerikanischen Regierung hatte der amerikanische Admiral Remey dem Beschluß der Admirale sich nicht angeschlossen. Amerika war die einzige Macht, die dem russischen Vorschlage voll und ganz zustimmte.⁸¹

Die Richtung der russischen Politik war noch deutlicher aus den Aeüßerungen zu erkennen, die der Zar noch vor dem 21. August zum österreichischen Botschafter machte: Rußland habe in Peking nichts mehr zu suchen und sehe den Krieg als beendet an; er habe die Abfahrt weiterer Truppen aufgehoben, die Diplomaten kämen jetzt an die Reihe.⁸² Diese Aeüßerungen mögen dem Zaren durch seine prinzipielle Friedensliebe erleichtert worden sein.⁸³ Am 25. und 26. August gab Rußland seine Absicht bekannt, den Gesandten und die Truppen aus Peking zurückzuziehen, und schlug dasselbe den anderen Mächten vor. Zu gleicher Zeit erklärte es auch, die Mandschurei wieder räumen zu wollen, doch unter dem geschickt formulierten Vorbehalt „wenn die Pazifikation Chinas gesichert ist und vorausgesetzt, daß die Handlungen der anderen Mächte es nicht daran hindern“.⁸⁴ Die Erklärung schloß nicht aus, daß Rußland die Mandschurei zu einem russischen Aegypten machen konnte, wenn es wollte.⁸⁵ Ende August waren die russischen Truppen noch mitten bei der Besetzung der Mandschurei. Die Linie Kirin—Port Arthur wurde erst im September im Laufe der militärischen Operationen besetzt; Anfang Oktober war dann die

80. GP. 16. 93.

81. StA. 65. 259.

82. GP. 16. 95 f., 115 (Geburtstag des österreichischen Kaisers am 18. August); Waldersee 3. 25.

83. So urteilt Radolin. Er sagt auch, Witte habe schroff abgelehnt, die erforderlichen Mittel zur Kriegsführung zu beschaffen. GP. 16. 116; Waldersee 3. 12.

84. GP. 16. 101 Anm. 3. Der General Ordekoff hatte geäußert, durch seine Eroberungen sei der Amur ein russischer Fluß (an internal waterway) geworden. Times 20. August.

85. Bemerkt von Derenthall GD. 16. 105.

Eroberung der Mandschurei abgeschlossen.⁸⁶ Der einzige wichtige Vertragshafen in der Mandschurei, Niutschwang, war bereits am 4. August von den Russen in Besitz genommen worden. Die Russen hatten die Zölle in ihre Verwaltung genommen.⁸⁷ Rußland gab nur die offizielle Zusicherung, es handele sich um eine zeitweilige Maßnahme. Während die Mandschurei auch nach der Abgabe der russischen Erklärungen Ende August nur noch stärker unter die Hand der Russen kam, gingen nach Peking schnell Instruktionen zur Räumung der Stadt ab.⁸⁸ Rußland hatte keine Lust, die Ankunft Waldersee's abzuwarten und unter seinem Oberbefehl Strafexpeditionen mitzumachen.⁸⁹ Kuropatkin arbeitete eine Instruktion für die russischen Truppen aus, durch die in bezeichnender Weise die frühere bedingungslose Zustimmung zum deutschen Oberbefehl eingeschränkt wurde: Russische Truppen sollten nur nordöstlich der Linie Taku—Peking militärische Operationen mitmachen.⁹⁰ Diese Anweisung war, ebenso wie Rußlands Verhalten in der Eisenbahnangelegenheit, ein Zeichen, daß Rußland nicht nur die anderen Mächte aus Peking und Tschili herausmanövrieren wollte, sondern daß es auch in Tschili eigene Absichten hatte. Rußland drängte nur deswegen auf Räumung Pekings, um sich seine Freundschaft von Li mit einer mehr oder minder versteckten Abtretung der Mandschurei bezahlen zu lassen.⁹¹ Daneben verschmähte es Rußland nicht, auch in Tschili schon festen Fuß zu fassen. Trotz aller Zusicherungen, mit denen die russische Politik ja nie gespart hat, wurden die offensiven Absichten Rußlands deutlich. Ihr Gelingen hing freilich stark davon ab, ob die anderen Mächte sich von Rußland zur Räumung Pekings und Tschilis bewegen lassen würden.

Das Jangtseabkommen: Deutsch-englische Annäherung.

Im Widerstand gegen diese Politik Rußlands ist die deutsche Politik energischer als die englische gewesen. Die Einnahme von

86. Marc, 78 ff.

87. Morse, 3. 269, 322 f.

88. GP. 16. 106.

89. Vgl. Waldersee 3. 25.

90. GP. 16. 106 ff.

91. Der Kaiser hierüber z. B. GP. 16. 109.

Peking war, politisch gesehen, schon an und für sich ein schwerer Schlag für Deutschland. Es wäre für Deutschland sehr mißlich gewesen, die unterwegs befindlichen Truppen zurückzurufen und Waldersee zu Hause bleiben zu lassen. Allerdings hätte man vielleicht offen sagen können, unerwarteterweise mache die Einnahme Pekings eine Aktion Deutschlands überflüssig; Deutschland hätte sich dadurch manche internationalen Komplikationen, besonders mit Rußland, erspart. Trotzdem aber wäre ein derartiger politischer Rückzug in Deutschland und in der ganzen Welt als Mißerfolg der deutschen Politik gebucht worden. Man tröstete sich damit, daß die Provinz Tschili noch von Aufruhr erfüllt sei und für Waldersee noch manches zu tun übrig bleiben würde.⁹² Zu den Prestigegründen kam der wirtschaftliche Gesichtspunkt. Deutschland als Handelsmacht hatte ein Interesse daran, daß China Genugtuung und sichere Gewähr für Leben, Eigentum und Handel der in China lebenden Fremden gebe. Seine Interessen gingen darin besonders mit denen Englands parallel.⁹³ Es sind immer Gesichtspunkte der Kontinentalpolitik (Entlastung der deutschen Ostgrenze) oder der Jangtsepolitik (Durchkreuzung englischer Vorherrschaftswünsche) gewesen, die Deutschland auf die russische Seite gedrängt haben. Dann, wenn es sich um deutsche Interessen in Gesamt-China handelte, konnte Rußland Deutschland nichts bieten. Andererseits haben immer Gesichtspunkte der Kontinentalpolitik (Bindung der Kräfte auf dem Kontinent) oder der Jangtsepolitik (Teilung der Interessensphären) England auf die russische Seite gedrängt. So konnten sich Deutschland und England nur dann finden, wenn sie ihr wirtschaftliches Interesse in der Erhaltung Gesamtchinas erblickten und ihrer Politik die Richtung gaben, die diesem wirtschaftlichen Interesse entsprach. Dies wieder war nur möglich, wenn Deutschland weniger Rücksicht auf Rußland nahm und wenn England seine Absichten auf das Jangtsetal zurückstellte. Zu beidem bestand im August begründete Aussicht. Der Kaiser war sehr verstimmt darüber, daß Rußland ihn im Stich ließ;⁹⁴ England mußte einsehen, daß es das Jangtsetal nicht zu seiner Einflußsphäre machen konnte.

92. Waldersee 3. 6; GP. 16, 96; vgl. StA. 65. 258.

93. GP. 16. 97.

94. GP. 16. 96, 98.

Am 22. August 1900 traf sich der Kaiser mit dem Prinzen von Wales und Lascelles in Wilhelmshöhe. Er sprach sich gegen Eintritt in Friedensverhandlungen mit Li aus. Es bestände die Gefahr, daß Rußland, nachdem es seine eigenen Ziele in der Mandschurei erreicht habe, einen Sonderfrieden schließen und die anderen Mächte im Stich lassen würde.⁹⁵ Vom Auswärtigen Amt war dem Kaiser anheimgestellt worden, England auf die Gefahr hinzuweisen, daß Amerika den Handel mit China monopolisieren wolle, und Deutschlands Unterstützung für eine Politik der offenen Tür anzubieten.⁹⁶ Der Hinweis auf Amerika war zu unbegründet, um auf England Eindruck machen zu können.⁹⁷ Wichtiger war, daß der Kaiser von sich aus anregte, England solle eine formelle Erklärung abgeben, daß es an der „offenen Tür“ festhalten werde.⁹⁸ Irgend eine Gegenleistung bot der Kaiser nicht. Der Kaiser und Bülow sahen es als Aufgabe der deutschen Politik an, „dem russischen Friedenswagen Hemmschuhe anzulegen“.⁹⁹ In den letzten Tagen des August wurde diese Aufgabe immer drängender, weil der russische Friedenswagen gerade erst da in volle Fahrt geriet.

Als Gegenmittel gegen die russische Politik wollte Deutschland andere Mächte mit vorwiegend wirtschaftlichen Interessen von vorschnellen Friedensverhandlungen abhalten, und möglichst den Vortritt in der Ablehnung der russischen Vorschläge ihnen überlassen.¹⁰⁰ Auf Amerika konnte Deutschland hierbei nicht rechnen. Die amerikanische Regierung teilte zwar Rußland Bedenken wirtschaftlicher Art gegen eine sofortige Räumung mit, aber erklärte, sie werde dem Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in China Instruktionen geben, die Truppen aus Peking herauszuziehen „nach gehöriger Besprechung mit den anderen Befehlshabern über Zeit und Art des Rückzugs“; d. h. sie wahrte sich freie Hand.¹⁰¹ Frankreich hatte Bedenken gegen Rußlands Vorschläge und schob seine

95. BD. 2. 9 Zeile 13; GP. 16. 97 f.

96. GP. 16. 212.

97. GP. 16. 212 f.; Waldersee 3. 11; BD. 2. 9.

98. GP. 16. 213; Waldersee 3. 11. In dem Brief von Lascelles an Salisbury ganz des Charakters der Unumgebarkeit entkleidet, BD. 2. 9.

99. GP. 16. 98, 100.

100. a. a. O. u. GP. 16. 110, 112.

101. StA. 65. 261 ff.

Antwort auf die lange Bank.¹⁰² England zögerte gleichfalls, obwohl es von Deutschland zur Ablehnung gedrängt wurde.¹⁰³ Immerhin konnte die deutsche Politik wissen, daß auch Frankreich und England mit dem russischen Vorschlag nicht einverstanden waren. So entschloß sie sich doch, am 1. September als erste Macht, wenn auch in freundschaftlicher Form, die russischen Vorschläge abzuweisen; sie konnte dabei gute sachliche Gründe für die Ablehnung geltend machen.¹⁰⁴

Je unangenehmer Rußlands Politik für Deutschland wurde, umso wichtiger wurde es für Deutschland, über Englands Jangtsepolitik Klarheit zu bekommen. Bülow nahm die Anregung des Kaisers auf und sagte Lascelles, er warte auf die Antwort Salisburys. Salisbury antwortete kühl, er sehe nicht, daß der Kaiser irgend eine Verhaltensweise der englischen Regierung vorgeschlagen habe, die von der bisher eingenommenen abweiche; Deutschland möge seine Vorschläge formulieren.¹⁰⁵ Zur gleichen Zeit übte Deutschland durch Landung deutscher Truppen in Schanghai einen Druck auf England aus.¹⁰⁶ Bülow war noch soweit davon entfernt, einen Zwang zur Anlehnung an England zu fühlen, daß er eine Verständigung aller Mächte über die Offenhaltung des Jangtsetals anregen wollte.¹⁰⁷ Der Initiative Hatzfelds entstammt die deutsch-englische Verpflichtung, keine territorialen Vorteile in China zu suchen; der Initiative Hatzfelds entstammt vor allem die Beschränkung der Verhandlungen und des Abkommens auf England und Deutschland. Hatzfeld ist der Urheber des Jangtseabkommens.

Warum aber, fragen wir, kam England anfangs Deutschland so wenig entgegen? Mußte es sich nicht darüber freuen, daß Deutschland in Tschili russischen Interessen zuwiderhandelte, und mußte es nicht sofort die Gelegenheit ergreifen, mit Deutschland gegen Rußland zusammenzugehen? Konnte es denn noch die nichtige

102. Es hat seine Bedenken Rußland wohl mündlich auch mitgeteilt. GP. 16. 110, vgl. GP. 16. 112, 116, StA. 65. 264.

103. Eckardstein 2. 195.

104. GP. 16. 113.

105. BD. 2. 10; GP. 16. 214.

106. StA. 65. 265.

107. GP. 16. 214 f.

Hoffnung hegen, das Jangtsetal zu seiner Einflußsphäre zu machen? England sah seine Interessen in Nordchina bedroht; mußte es nicht sehen, daß sich die russischen Vorschläge in schroffem Gegensatz zu den Erfordernissen der Expedition Waldersees befanden?

Zunächst einmal ist festzustellen, daß vor der Wilhelmshöher Zusammenkunft England nur Zeichen deutsch-russischer Intimität hatte bemerken können. Das deutsch-russische Einvernehmen hatte zuerst nach außenhin in einem Dienst Deutschlands für Rußland (der Ablehnung der englischen Anfrage vom Ende Juni), dann in einem Dienst Rußlands für Deutschland (der Zustimmung zum deutschen Oberbefehl) seinen Ausdruck gefunden. Bis in den September hinein konnte England zweifelhaft sein, ob Deutschland nicht nur England und Rußland miteinander verfeinden und ihre Gegnerschaft ausnutzen wollte, um Englands Bestrebungen am Jangtse zu durchkreuzen. Es ist sehr instruktiv zu beobachten, wie die Times bis Mitte September immer wieder der Ansicht Raum gab, es bestehe ein geheimes deutsch-russisches Abkommen über China.¹⁰⁸ Die Wärme des Tons, in dem der Kaiser noch am 18. August vom Zaren gesprochen hatte, und die Stärke der deutschen Seestreitkräfte an der Mündung des Jangtse wurden hervorgehoben. Die Times setzte sich von Anfang an dafür ein, Peking müsse besetzt bleiben. Sie sprach gelegentlich von der Gemeinsamkeit der englischen und deutschen Wirtschaftsinteressen im Gegensatz zu Rußlands politisch-territorialem Interesse und taßte den Kaiser beim Wort, indem sie an seine Rede vom Anfang Juli erinnerte, von Pekings Wällen müsse China der Friede diktiert werden. Im übrigen war sie mißtrauisch: der deutsche Kaiser habe wohl die Absicht, Waldersee seine Theaterrolle in Tschili nicht entgehen zu lassen; Deutschlands Politik gehe auf die Formel hinaus: Schantung den Deutschen, die Mandschurei und mehr den Russen und im Jangtsetal offene Tür.¹¹⁰ Saunders, der deutschfeindliche Korrespondent der Times in Berlin, hat immer wieder eine englisch-russisch-französische Entente propagiert von dem Gesichtspunkt aus, Deutschland werde nie etwas tun, was seinem östlichen Nachbarn unerwünscht sei.¹¹¹ Mehrere

108. Times 7., 14., 15. Sept. 1900.

109. Times 3. und 5. Sept.

110. Times 8. Sept.

111. Am deutlichsten am 10. Juli. the eastern neighbour ist ein immer wiederkehrender Ausdruck in den Spalten der Zeitung.

Vertreter der Times im Fernen Osten meldeten, „aus bestinformierten Quellen“ von dem Bestehen eines deutsch-russischen Abkommens gehört zu haben.¹¹² Frankreich konnte sich an beide anschließen, ja gelegentlich wurde sogar der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß Rußland Japan mit Zugeständnissen in Korea ködern werde, und daß dann England vollkommen isoliert sein werde.¹¹³ Diese Vermutungen über ein deutsch-russisches Abkommen waren nicht ohne Bedeutung für die Politik der Regierungen. Auch die japanische Presse glaubte an ein geheimes deutsch-russisches Einverständnis.¹¹⁴

Ende August landeten die Japaner eine geringe Anzahl japanischer Truppen in Amoy.¹¹⁵ Die Times führte diese Maßnahme darauf zurück, daß Japan von Verabredungen Li's mit Rußland und Deutschland gehört habe und seine Ansprüche auf Fokien demgegenüber sicherstellen wolle.¹¹⁶ In der Tat war Japan Deutschlands wegen besorgt. Am 27. August ließ es England mitteilen, es sei durch die Reden des Kaisers beunruhigt; deutsche Truppensendungen könnten zu einer gemeinsamen Besetzung Nordchinas durch Deutschland und Rußland führen. Der japanische Gesandte fragte im Auftrag seiner Regierung, welche Haltung England einnehmen würde, wenn wirklich ein russisch-deutsches Uebereinkommen bestände.¹¹⁷ Zum Verständnis dieser Sondierung wird man auch den Eindruck in Anschlag bringen müssen, den Deutschlands Haltung Ende Juni gegenüber dem japanischen Truppensendungsplan hatte machen müssen. Ebenso wie 1898 stand Japan im Jahre 1900 unter dem Eindruck des ostasiatischen Dreibunds von 1895.

Auch in den Kreisen der englischen Regierung war das Mißtrauen gegen Deutschland sehr groß. England zögerte die Antwort auf den russischen Räumungsvorschlag hinaus, weil es befürchtete, in Tschili mit den Japanern allein bleiben zu müssen. Eine besondere Frage verschärfte die Lage. England hatte im Jahre 1898 in der Bahn Peking—Niutschwang sich ein bescheidenes Gegen-

112. Times 13. und 14. Sept.

113. Im Anschluß an Vermutungen französischer Zeitungen. 15. Sept.

114. Times 5. und 13. Sept.

115. Times 25. August, 2. und 3. Sept.

116. Times, 12. Sept. (Schanghai Korrespondent 31. August).

117. BD. 2. 10.

gewicht gegen Rußlands Vordrängen geschaffen. Im August und September waren die Russen dabei, sich der Bahn Schanhaikwan—Tangku—Tientsin—Jangtsun—Peking zu bemächtigen.¹¹⁸ Außerdem befand sich der Vertragshafen Niutschwang in ihren Händen.¹¹⁹ Die russischen Truppen hatten sich auch auf dem linken Ufer des Peiho gegenüber der Stadt Tientsin festgesetzt, gerade auf dem Gelände, wo der Bahnhof lag und die Bahnstrecke durchgelegt war.¹²⁰ Durch diese Maßnahmen Rußlands geriet England in steigende Erbitterung. Sie erschwerten England aber auch den Entschluß, in China energisch aufzutreten. Bertie teilte Anfang September Hatzfeld mit, Salisbury fürchte, englische Truppen könnten nicht in Sicherheit in Peking bleiben, wenn die Bahnen nach dem Abzug der Russen aus Peking in russischen Händen blieben. Er hege die Besorgnis, daß Deutschland, wenn es sich bei Verfolgung einer gemeinsamen Politik in Peking um die Vertretung einer den Russen unerwünschten Forderung handeln sollte, die Engländer im Stiche lassen werde, um es mit den Russen nicht zu verderben.¹²¹ England drängte auf die Eisenbahnfrage, Deutschland auf die Offenhaltung des Jangtsetsals. Beide wünschten die Fortsetzung der Besetzung Pekings. Deutschland suchte England durch die Andeutung gefügig zu machen, es könne Waldersee auch nach Kiautschou fahren lassen.¹²² Diese Warnung hat vielleicht dazu beigetragen, daß Bertie noch am 13. glaubte, Deutschland werde sich nicht mit einer Abmachung nach dem Prinzip der offenen Tür begnügen, sondern gehe auf eine Abmachung über Interessensphären aus.¹²³ Erst am 9. September lehnte England den russischen Räumungsvorschlag ab.¹²⁴

Die ablehnende Antwort Deutschlands, das lange Zögern Englands und Frankreichs nahmen Anfang September Lamsdorff die Hoffnung, mit der plumpen Taktik durchzudringen, die anderen zum

118. Times 25. August. Nach Times 27. Sept. waren 46 Millionen Mark britisches Kapital in den Eisenbahnen angelegt.

119. „Niutschwang ist der Hauptkanal, durch den unsere und die amerikanische Baumwolle zu den Märkten der Mandschurei Eingang findet“. Times, 27. Sept.

120. Morse, 3. 323.

121. GP. 16. 117, 126.

122. GP. 16. 117 f., vgl. Eckardstein 2. 195 f.

123. BD. 2. 11.

124. GP. 16. 126 f. StA. 65. 270.

Abzug aus Peking zu veranlassen. Lamsdorff schlug gegenüber dem deutschen und dem englischen Botschafter einen entgegenkommenden Ton an.¹²⁵ Die russische Politik kam wieder darauf zurück, mit Benutzung Li's den Beginn der Verhandlungen zu beschleunigen.¹²⁶ Mitte September setzte Rußland eine Zirkularnote auf, in der es vorschlug, nach Anerkennung der Vollmachten Li's und Tsching's unverzüglich in Verhandlungen mit ihnen einzutreten.¹²⁷ Es wollte dadurch das Tempo der Abrollung der chinesischen Frage beschleunigen, die durch den Mißerfolg der ersten russischen Note etwas ins Stocken geraten war, und auf solche Weise Englands, Japans und Deutschlands Absichten durchkreuzen. Denselben Zweck verfolgte Amerika mit dem Vorschlag zu einer internationalen Konferenz für die Erledigung der chinesischen Frage. Es sondierte mehrfach bei Deutschland¹²⁸ in der Absicht, Deutschlands Prestigebedürfnis mit der unschädlichen und undankbaren Rolle eines Konferenzpräsidenten abzufinden.

Noch bevor Rußlands neue Note herauskam, hatte Bülow mit großem taktischem Geschick die richtigen Schritte getan. Um Unterhandlungen der anderen Mächte mit China vor dem Eintreffen Waldersee's vorzubeugen, rollte Bülow die Frage der Bestrafung der Schuldigen auf. Es hieß in der deutschen Note u. a., die deutsche Regierung betrachte die Auslieferung der Schuldigen als Vorbedingung für den Eintritt in den diplomatischen Verkehr mit der chinesischen Regierung; sie schlage den beteiligten Kabinetten vor, ihre Vertretungen in Peking zur Bezeichnung derjenigen leitenden chinesischen Persönlichkeiten aufzufordern, über deren Schuld bei Anstiftung oder Durchführung der Verbrechen der Zweifel ausgeschlossen sei.¹²⁹ Die Note war ihrer ganzen Tendenz nach der ungefähr gleichzeitig herausgekommenen russischen Note entgegengesetzt.¹³⁰ Rußland und Amerika lehnten die deutschen Vorschläge

125. GP. 16. 121 ff., StA. 65. 267. — GP. 16. 129 f. StA. 65. 270 f.

126. GP. 16. 123 ff.

127. GP. 16. 132, StA. 65. 274.

128. GP. 16. 120 f.

129. GP. 16. 130 ff.

130. Man möchte daher vermuten, daß Bülows Aeüßerungen GP. 16. 133 und 134, die deutsche Note könne und solle Deutschland und Rußland wieder einander nähern, nicht seine eigene Ansicht wiedergaben, sondern mehr auf die russischen Hörer berechnet waren.

ab; beide erklärten sich für Bestrafung der Schuldigen durch China selbst.¹³¹ Japan stimmte der deutschen Note zu und äußerte nur das begründete sachliche Bedenken, die Auslieferung werde große Schwierigkeiten machen.¹³² Den Fortschritt der Erörterungen erleichterte ein chinesisches Dekret vom 25. September, durch das sechs chinesische Großwürdenträger abgesetzt wurden.¹³³ Wahrscheinlich wurde es auf russischen Druck hin erlassen; denn wenn die Mächte selbst die Bestrafung in die Hand nahmen, so bekamen sie dadurch einen Einfluß auf China, der Rußlands Sonderinteressen abträglich war. Eine neue deutsche Zirkularnote regte die genaue Prüfung der Straffrage durch die diplomatischen Vertreter in Peking an. Dieser Aufforderung entsprachen die anderen Mächte. Hinzu kam eine französische Note, in der Präliminarforderungen an China aufgestellt waren. So traten die Mächte Anfang Oktober in Einzelerörterungen untereinander ein, die hier nicht verfolgt zu werden brauchen. Deutschland hatte jedenfalls seinen Zweck voll erreicht, Unterhandlungen der Mächte mit den Chinesen vor Ankunft Waldersee's zu verhindern.

Hierbei war Deutschland wider Erwarten von England mehr behindert als unterstützt worden. Es ließ sich doch eigentlich vermuten, daß Deutschlands Note vom 17. September England erwünscht sein mußte; denn die deutschen Vorschläge konnten die Räumung Pekings verzögern, und im Interesse des Handels lag eine exemplarische Bestrafung der Chinesen. In der Tat wurde von der Times die deutsche Note mit einer in diesem Blatt ganz ungewöhnlichen Wärme aufgenommen, die nach den kurz vorher erfolgten scharfen Angriffen auf Deutschland doppelt auffällt.¹³⁴ Sie kritisierte scharf die Energielosigkeit der englischen Chinapolitik und schrieb eine Woche nach dem Bekanntwerden der deutschen Note, England würde erstaunt und erschreckt sein, wenn die Regierung den deutschen Vorschlag nicht warm unterstützen würde.¹³⁵ Doch Salisbury war nur mit großer Mühe dazu zu bewegen, die deutschen

131. StA. 65. 279; 65. 275.

132. StA. 65. 276.

133. GP. 16. 142 f.

134. Times 19. Sept.

135. Times 26. Sept.

Vorschläge nicht abzulehnen.¹³⁶ Salisbury berief sich auf den Wunsch der englischen öffentlichen Meinung nach schnellem Friedensschluß; doch, zum mindesten in der Times, war immer gerade vor einem übereilten Friedensschluß gewarnt worden. Trotzdem finden wir in demselben Leitartikel der Times, der sich so warm für die Annahme der deutschen Vorschläge ausspricht, einen Hinweis, der uns die Erklärung für die Haltung Salisburys erleichtern kann. Sie schrieb,¹³⁷ es sei allerdings ganz erklärlich, daß die Antwort auf die deutsche Note etwas verzögert werde. Lord Salisbury sei mit Recht vorsichtig, daß er England nicht zu Unternehmungen verpflichte oder an Vorschläge binde, deren Folgen unabsehbar seien, ohne zuerst soweit möglich sich der Absichten und Pläne derer zu versichern, die uns zu gemeinsamem Handeln auffordern. Die deutsche Note selbst habe es nur als „Ansicht“ der deutschen Regierung bezeichnet, daß die Auslieferung Vorbedingung für den Eintritt in Verhandlungen sein solle. Es sei ganz begreiflich, daß Lord Salisbury für den Augenblick nicht weitergehen wolle, als Deutschland selbst für weit genug halte. Eine Zustimmung zu der „Ansicht“ der deutschen Regierung hätte England in der Tat an Deutschlands unbekannte Absichten gebunden, da ja die Auslieferungsfrage zu großen sachlichen Schwierigkeiten führen konnte. Weil Deutschland selbst energisch vorging, hielt sich Salisbury zurück; er antwortete auf die russische Note: wenn die anderen Mächte für Beginn der Verhandlungen wären, werde England selbst keinen Widerspruch erheben. Vermutlich besteht auch ein Zusammenhang zwischen der Auslieferungsfrage und der Jangtsefrage. Auf deutscher Seite fühlte man sich in beiden Fragen auf Verständigung mit England angewiesen. Durch die Ablehnung der russischen Augustnote und durch die eigene Note von Mitte September (im Grunde durch die Waldersee-Expedition) war Deutschlands Politik bereits in einer Richtung eingefahren, die von Rußland fortführte. Salisbury glaubte daher wahrscheinlich, gerade durch seine unfreundliche Haltung Deutschland zu größeren Zugeständnissen, d. h. zu antirussischen Vereinbarungen, bewegen zu können.

136. GP. 16. 135 f., 140 f.

137. Vielleicht auf Einwirkung der englischen Regierung.

An demselben 25. September, an dem Salisbury in der Auslieferungsfrage so unfreundlich war, gab er den Verhandlungen über das spätere Jangtseabkommen eine entscheidende Wendung durch den Vorschlag (im Vertragstext Artikel 1), es solle darin heißen: „Es entspricht einem gemeinsamen dauernden Interesse, daß die Fluß- und Seehäfen und die Küsten Chinas (statt der bisherigen Formel „daß der Jangtse, dessen Nebenflüsse und Stromgebiet“) dem Handel und jeder sonstigen erlaubten wirtschaftlichen Tätigkeit für die Angehörigen aller Nationen ohne Unterschied frei und offen stehen.“¹³⁸ Salisbury ließ kurz darauf sogar mitteilen, er betrachte diese Abänderung als *conditio sine qua non*.¹³⁹ Hatzfeld sah natürlich sofort die antirussische Tendenz des Vorschlags; in Berlin dachte man an Abbruch der Verhandlungen. In der Auslieferungsfrage wie in der Jangtsefrage hatte England Deutschland enttäuscht. Hatzfeld sprach sich für Fortführung der Verhandlungen aus und schlug vor, die Bewilligung des Vorschlags an Entgegenkommen Salisburys in der Auslieferungsfrage zu knüpfen. Im Auswärtigen Amt fürchtete man im Fall des Scheiterns der Verhandlungen das Zustandekommen eines russisch-englischen Abkommens.¹⁴⁰

Salisbury war bereit, die Amurhäfen und Port Arthur auszuschließen; dagegen bestand ja vom englischen Interesse aus kein Bedenken. Da er aber diese Orte nicht namentlich genannt wissen wollte, beging er am 2. Oktober den bösen Fehler, den Zusatz zum Artikel vorzuschlagen: „Die beiden Regierungen stimmen überein, ihrerseits dasselbe für alles chinesische Land südlich des 38. Breitengrads aufrechtzuerhalten.“¹⁴¹ Tientsin und Niutschwang wären dadurch von den Bestimmungen des Artikels 1 ausgeschlossen worden. Vom Foreign Office darauf aufmerksam gemacht, verlangte Salisbury am 4./5. Oktober als Zusatz am Schluß des Abkommens: „Nichts in dieser Abmachung soll irgendwie irgendwelche Rechte vermindern oder antasten, die von einer der beiden Regierungen in irgend einem Teil Chinas¹⁴² auf Grund rechtskräftiger

138. GP. 16. 224 f., BD. 2. 12.

139. 16. 227.

140. 16. 229.

141. GP. 16. 230 f., BD. 2. 30.

142. Also auch in der Mandschurei!

Verträge genossen werden.“¹⁴³ Die Bedeutung des Fehlers Salisburys war allerdings bereits von vornherein durch den gleichzeitig mit der Breitengrad-Formel am 2. Oktober gemachten Vorschlag folgender Klausel vermindert: „Deutschland und England werden in vorher vereinbarter Weise sich jedem Versuch einer anderen Macht widersetzen, territoriale Vorteile in Ausnutzung der gegenwärtigen Krise zu erlangen.“¹⁴⁴ Bülow schlug anstatt dessen die Klausel vor: „Deutschland und England werden auch ihre Politik darauf richten, den Territorialbestand des chinesischen Reichs unverkürzt zu erhalten“.¹⁴⁵ Dadurch war zwar die Stärke der Opposition, zu der man sich verpflichtete, und die Verpflichtung zu gemeinsamem Handeln mit England abgeschwächt; doch, streng genommen, verlangte die von Deutschland vorgeschlagene Klausel die Ausdeutung, daß Deutschland sich irgendwie auch einer Annexion der Mandschurei durch Rußland entgegenstellen mußte. Da Deutschland hierzu nicht gewillt war, erscheint es als ein Fehler Bülows, daß er die Klausel vorschlug.¹⁴⁶ Als mildernder Umstand ist aber zu berücksichtigen, daß Deutschland durch völlige Ablehnung der englischen Klausel wahrscheinlich überhaupt das Zustandekommen des Jangtsevertrags vereitelt hätte. Schon ohnedem kam der Fortgang der Verhandlungen in Gefahr. Salisbury schrieb am 8. Oktober an Hatzfeld einen Brief, aus dem jedenfalls hervorging, daß er „not very much in love of this agreement“ war.¹⁴⁷ Woran lag dies? Nach Salisburys eigenen Worten einmal an seinem eigenen Vorschlag, die Bestimmung des Artikel 1 auf das Gebiet südlich des 38. Breitengrads zu begrenzen.¹⁴⁸ Der von Salisbury verlangte Zusatz und die von Bülow vorgeschlagene Klausel waren allerdings, streng interpretiert, gegen die Annexion der Vertragshäfen Niutschwang und Tientsin und gegen grobe territoriale Annexion der Mandschurei durch Rußland gerichtet. Doch ganz abgesehen davon, ob dies England genügen konnte, mußte, solange im Artikel 1 die Klausel „. . 38. Breitengrad . .“ stand, jeder sich fragen, was

143. GP. 16. 232, 241, BD. 2. 30 f.

144. GP. 16. 230. Ganz abgeschwächt im Vertragstext als Artikel 3.

145. GP. 16. 232, BD. 2. 31 im Vertragstext 2. Teil des Artikels 2.

146. Dies hat Meinecke S. 168 sehr stark betont.

147. GP. 16. 233 und BD. 2. 31.

148. GP. 16. 241.

sie zu bedeuten hatte. Und dann war die gegebene Antwort, sie sei ein Freibrief für Rußland, nördlich davon nach Belieben seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluß auszubreiten. Zum anderen lag die Mißstimmung Salisburys an einer Maßnahme Waldersee's.

Waldersee war offenbar nicht instruiert worden, den englischen Wünschen in der Eisenbahnangelegenheit entgegenzukommen. Für Deutschland war es nicht angenehm, sich in diese heikle Frage hineinzumischen, und Salisburys unfreundliche Haltung gegenüber den deutschen Noten konnte auch nicht dazu anreizen, England einen für Deutschland unangenehmen Dienst zu erweisen. Aus militärischen Gründen war Waldersee für die Besetzung Schanhaikwans.¹⁴⁹ Die Russen waren sehr entsetzt darüber, da sie es natürlich gern allein besetzt hätten. Zum Unglück für Rußland traf es sich noch, daß die englischen Truppen, die mit Einverständnis Waldersee's an der Aktion teilnahmen, den Russen in der Besetzung des wichtigsten Forts zuvorkamen. In einer viel wichtigeren Frage entschied aber Waldersee gegen die Engländer. Er machte den Russen das Zugeständnis, sie dürften die Bahn Tongku—Schanhaikwan wiederherstellen und in Betrieb nehmen.¹⁵⁰ Den Russen ging diese Entscheidung nicht einmal weit genug, da sie die Bahn dauernd behalten wollten. Für England war Waldersee's Entscheidung ein böser Schlag. Nach Abschluß des Jangtseabkommens haben englische Minister über es ein pessimistisches Urteil gefällt: Wie Waldersee's Haltung in der Eisenbahnfrage beweise, lasse das Abkommen zuviel Schlupfwinkel offen, und da Deutschland nie eine energische Haltung gegen Rußland einnehmen werde, werde Rußland in China doch tun, was ihm passe.¹⁵¹

Die deutsche Politik wünschte den Abschluß des Abkommens und es war ihr daher nicht angenehm, daß durch Waldersee's Entscheidung der Eindruck erweckt wurde, als nehme Deutschland für Rußland Stellung; sie wollte darum englischen Wünschen entgegenkommen.¹⁵² Salisbury ließ sich beruhigen; er schlug vor, den Geltungsbereich des Artikels 1 statt mit den Worten „südlich des 38.

149. Waldersee 3. 18 f.

150. Waldersee 3. 22 f., GP. 16. 235.

151. GP. 16. 251.

152. 16. 239.

Breitengrads“ mit den Worten „all Chinese territory over which they have influence“ zu bestimmen.¹⁵³ Deutschland stellte die Bestimmung des Geltungsbereichs durch den neutraleren Ausdruck „soweit wie sie Einfluß ausüben können“ ganz in das Ermessen der Regierungen selbst.¹⁵⁴ Salisbury war damit einverstanden. Mit dem Artikel 1 konnte also Deutschland nicht gegen russische Maßnahmen in der Mandschurei von England mobil gemacht werden. Falsche Hoffnungen in dieser Beziehung mußte dagegen die in den Vertragstext aufgenommene Klausel Bülow's (beide Mächte würden ihre Politik darauf richten, den Territorialbestand des chinesischen Reiches unverändert zu erhalten) in England erwecken. Am 16. Oktober wurde das Abkommen (in Form eines Notenaustausches) unterzeichnet.¹⁵⁵

Aus der Entstehungsgeschichte des deutsch-englischen Chinaabkommens ist sein Sinn und seine Bedeutung für Deutschland klar zu erkennen. Schon der Name, mit dem wir das Abkommen bezeichnen, der im Wortlaut des Vertrages gar nicht begründet ist, „Jangtseabkommen“, weist den Weg dazu. Bevor die Befürchtung auftauchte, daß England die Krise benutzen werde, um im Jangtsetal sich eine Monopolstellung zu sichern, waren Deutschlands und Rußlands Chinapolitik schon in Unstimmigkeiten miteinander geraten, allerdings ohne daß dies den anderen Regierungen oder der Öffentlichkeit bekannt wurde. Dann hatte Deutschland (ohne Erfolg) versucht, Rußland zu offener Opposition gegen Englands Jangtsepolitik zu bewegen. Durch Rußlands Politik nach der Einnahme Pekings vor den Kopf gestoßen, suchte Deutschland durch direkte Einwirkung auf die englische Politik diese zum Festhalten am Prinzip der offenen Tür zu bewegen. Um dem größeren Nachdruck zu geben, wollte Deutschland die Jangtsefrage an die große Glocke hängen, d. h. besonders Frankreich und Amerika gegen England aufbieten. Doch auf Hatzfelds Anregung schlug Deutschland England ein englisch-deutsches Abkommen vor, dem die anderen Mächte erst später beitreten sollten. Salisbury suchte den Bereich des Abkommens so zu erweitern, daß Deutschland in Oppo-

153. 16. 241.

154. 16. 244. Die deutsche Fassung des endgültigen Vertragstextes gibt den verschwommenen Ausdruck „as far as“ mit „wo“ wieder.

155. Der Text 16. 248 f., BD. 2. 15 f., Mac Murray 263 ff. bringt auch den

sition gegen zukünftige Maßnahmen Rußlands hätte gedrängt werden können. Deutschland wünschte nicht die Verhandlungen wieder abzubrechen, weil es fürchtete, daß dann England und Rußland sich miteinander verständigen würden, und weil es wegen der Expedition Waldersee's und der Verhandlungen mit China England brauchte. Dementsprechend brachte der Abschluß des Abkommens Deutschland folgende große Vorteile: In erster Linie war verhindert, daß England das Jangtsetal zu seiner Einflußsphäre machte, daß Deutschlands Handel das Jangtsetal versperrt werden könnte. Außerdem war verhindert, daß England und Rußland sich in China über ihre Einflußsphären verständigten und daß Deutschland dann isoliert in China dastand.

Viel unklarer ist der Nutzen des Abkommens für England. Von der Times wurde es sehr scharf kritisiert. Verschiedene Minister äußerten sich skeptisch. In der Times wurde die Gewissensfrage gestellt: Angenommen, Deutschland spielte in China Englands Rolle und umgekehrt, würde ein Staatsmann wie Bismarck oder würde Bülow selbst, für Deutschland handelnd, dieses Abkommen dann unterzeichnet haben?¹⁵⁶ Der Kern des Abkommens war ja ein einseitiges Verlangen Deutschlands an England gewesen. Auf Anregung Hatzfelds war die Zusicherung in den Vertrag gekommen, Deutschland erstrebe keine territorialen Vorteile. Deutschland hatte obendrein noch die Verpflichtung auf sich genommen, daß es im Fall von Annexionen durch andere Mächte nicht ohne vorherige Verständigung mit England zu eigenen territorialen Erwerbungen schreiten werde. Dies brachte England den Vorteil, daß es jetzt nicht mehr die Besorgnis zu hegen brauchte, Deutschland habe Annexionsabsichten in Schantung oder etwa im Jangtsetal. Deutschland konnte nicht mehr wie 1898 Anlaß zu einer Aufteilung Chinas geben. Wie der Vertrag für Deutschland den Wert hatte, daß ein englisch-russischer Teilungsvertrag durch ihn ausgeschlossen wurde, so für England den, daß ein deutsch-russischer Vertrag über Teilung Chinas durch ihn unmöglich gemacht wurde. Deutschland war allerdings nicht ganz eindeutig die Möglichkeit verwehrt, aus kontinental-politischen Erwägungen heraus Rußland

156. Times 22. Oktober.

Wortlaut der Antworten der anderen Mächte.

in China gewähren zu lassen, ohne selbst in Ostasien Vorteile zu erlangen. Aus Deutschlands Haltung während der Verhandlungen konnte Salisbury schließen, daß auf einen Widerstand Deutschlands gegen die Annexion der Mandschurei nicht zu rechnen war.¹⁵⁷ Die Entscheidung Waldersee's in der Eisenbahnfrage war Beweis dafür, daß das Abkommen gegen eine verschleierte Machtausdehnung Rußlands keine Handhabe bot.¹⁵⁸ Aus den Kommentaren der offiziellen deutschen Presse entnahm man auch in der englischen Öffentlichkeit, daß Deutschland Rußland in der Mandschurei nicht entgegentreten werde. Der Text des Abkommens verlockte allerdings dazu, bei Gelegenheit antirussische Maßnahmen anzuregen.

Mit welchen Opfern hatten Deutschland und England das Abkommen erkaufte? Deutschland mußte jetzt auf Pläne zu Annexionen und zur Erweiterung seiner Interessensphäre verzichten. Dies war aber kein Nachteil, da es der vom Auswärtigen Amt schon vorher eingehaltenen Politik entsprach. Deutschland hatte sich weiterhin den Weg dazu versperrt, mit Rußland auf der Grundlage der mündlichen Versprechungen vom Januar 1898 zusammenzuarbeiten. Eine Unterstützung der russischen bis zum Hoangho reichenden Aspirationen konnte sich mit dem Wortlaut und dem Geist des Chinaabkommens nicht vertragen. Schon in der Tatsache, daß der deutsche Vorbehalt betreffs der Mandschurei im Vertragstext keinen genügenden Ausdruck gefunden hatte, lag eine bedenkliche Gefahr für die deutsche Politik. Das Bestehen eines Vertrages mit England verpflichtete zur Rücksichtnahme auf englische Wünsche. Auch ohne das Bestehen eines Vertrages wäre eine Zusammenarbeit mit Rußland unmöglich und Rücksichtnahme auf England unumgänglich gewesen, solange Deutschland in Tschili eine Rolle spielen wollte. Doch auch für die weitere Zukunft war Deutschlands Handlungsfreiheit durch den Vertrag eingeschränkt.

England hatte auf seinen Anspruch verzichtet, das Jangtsetal zu seiner Einflußsphäre machen zu dürfen. Sein Opfer war ungleich größer. Deutschland hatte in seiner Interessensphäre vertraglich gesicherte Rechte auf Eisenbahnbau und Bergwerksunternehmungen, die durch das Chinaabkommen nicht verletzt wurden.

157. Vgl. Devonshire an Eckardstein am 23. Okt. Eckardstein 2. 202.

158. GP. 16. 251.

Deutschlands Einfluß im kleinen Schantung beruhte auf dem Handel des deutschen Kiautschou mit seinem Hinterland; es konnte darauf vertrauen, daß es diesen Handel in seinen Händen werde behalten können. England, dessen Chinahandel und dessen Stärke zur See ganz unvergleichlich größer waren als der Handel und die Seemacht Deutschlands, hatte diesem im Jangtsetal die Möglichkeit zu ungehemmter wirtschaftlicher Konkurrenz eingeräumt. Kein Wunder, daß in England besonders schmerzlich die Gegenseitigkeit vermißt wurde.¹⁵⁹ Die Ungleichheit auf wirtschaftlichem Gebiete war nicht durch eine Bindung Deutschlands an Englands antirussische Politik aufgewogen. Mit Mißfallen bemerkte man in der Times, daß Deutschland hier nach dem Beispiel Bismarcks um seine Rußlandpolitik eine geheimnisvolle Atmosphäre gebreitet habe. Hat sich Salisbury also von Deutschland übervorteilen lassen? Er hatte sich ja nur mit starkem Widerstreben auf die Verhandlungen eingelassen; auch sind taktische Fehler Salisburys im Laufe der Verhandlungen nicht zu übersehen.

Zur Abgabe eines richtigen Urteils über das Abkommen genügt nicht die bloße Aufrechnung von Plus und Minus. Es ist zu fragen, ob geschichtlich gesehen andere bessere Möglichkeiten für die deutsche und die englische Politik vorlagen, im besonderen, ob für Deutschland ein enges Zusammengehen mit Rußland, für England eine englisch-russische Verständigung möglich und ratsam gewesen wäre. Es hatte keine Aussicht dazu bestanden, daß Rußland in der Jangtsefrage Deutschland helfen würde. Gerade wenn die deutsche Politik sich auf Schantung konzentrierte oder England am Jangtse offene Opposition gemacht hätte, wäre eine englisch-russische Verständigung wahrscheinlicher geworden. Nur wenn Deutschland in China sich vollständig zurückgehalten hätte, wäre es ihm möglich gewesen, ohne Schaden auf Rußlands Seite zu bleiben; wahrscheinlich wären weder Rußland noch England dadurch bündnisreifer für Deutschland geworden, als sie es im tatsächlichen Lauf der Dinge wurden. Die deutsche Chinapolitik im Jahre 1900 hat gewiß viele Schwächen; es darf aber nicht übersehen werden, daß sie berechnigte wirtschaftliche Interessen wahrnahm. Darüber hinaus war die

159. Vgl. jetzt auch das Memorandum Crowes vom 1. Jan. 1907: BD. 3. 412 f.

Verhinderung einer englisch-russischen Teilung Chinas eine Aufgabe von allgemeinpolitischer Bedeutung.

Die Möglichkeit zu dieser Teilung lag allerdings nicht in dem Maße vor, wie man vielleicht erwarten könnte. Wir können jetzt aus den Verhandlungen von 1898 ersehen, welche Schwierigkeiten ihr entgegenstanden. Im Jahre 1900 waren die Aussichten für eine solche Verständigung eher noch geringer. Die Lage in China war einer Ausdehnung der russischen Macht günstig. Selbst wenn England Rußland in Nordchina wirklich große Zugeständnisse gemacht hätte, hätte England seine Jangtsepolitik erst gegen den Widerstand Deutschlands, Frankreichs und Amerikas durchsetzen müssen. Eine allgemeine Entente mit Rußland hätte England zur Zeit des Burenkriegs jedenfalls einen gewaltig hohen Preis gekostet. England hätte schon jeder Hoffnung auf ein Zusammengehen mit Deutschland bar sein müssen, wenn es sich auf einen mehr als ungleichen Handel mit Rußland eingelassen hätte; Englands „Hoffnung“ wach zu erhalten, war ja ein Hauptgrundsatz der deutschen Politik. Bei vollkommener Zurückhaltung Englands hätte seine Lage nicht einmal die bescheidene Verbesserung erfahren, die das Abkommen ihm in seiner Stellung zu Deutschland und Rußland brachte. Nur wenn später eine Einigung mit Rußland möglich und ratsam werden sollte, wäre das Abkommen ein Hemmschuh gewesen. Die zukünftige Handlungsfreiheit Englands wie Deutschlands gegenüber Rußland wurde durch das Abkommen eingeschränkt. Wenn es den Eindruck macht, als sei England im Chinaabkommen schlecht fortgekommen, so liegt das zum Teil daran, daß die Entwicklung in China und speziell am Jangtse gegen England ging, daß neben England andere Mächte im Jangtse-Tal wirtschaftlich hoch kamen und politisch interessiert waren und daß es bei der Weltlage (Burenkrieg!) ganz unmöglich für England war, hier ein Monopol zu errichten. Die Enttäuschung der englischen Oeffentlichkeit war darum so groß, weil diese Tatsache im Jangtse-Vertrag klar hervortrat. Berechtigt aber war die Kritik, die man in England an dem Abkommen übte, zum Teil wenigstens gewiß. Auch nach den von uns angestellten Erörterungen bleibt die Frage zu Recht bestehen, ob ein Abkommen, das England so wenig Nutzen (wenn auch wenig Schaden) brachte, vom englischen Standpunkt aus wirklich wert war, abgeschlossen zu werden.

Das Abkommen brachte keine so grundlegende Veränderung in das Verhältnis Deutschlands, Rußlands und Englands, daß die Enttäuschung dadurch aufgewogen wurde. Deutschland hatte England gerade so viel gegeben, um ihm Appetit auf ein Zusammengehen zu machen. Das Abkommen hatte so enge Grenzen, daß bei einer Verschärfung der russisch-englischen Beziehungen England zu einer festeren Anlehnung gedrängt werden mußte. Suchte sie England bei Deutschland, so mußte es Deutschland eine Verständigung bieten, die sich nicht auf chinesische Fragen beschränkte. Die Grundlagen der deutschen Politik lagen in Europa. Das Jangtse-Abkommen ist in seinem ganzen unausgeglichene Charakter Beweis dafür, daß von Deutschlands Chinapolitik aus keine Umgestaltung des Mächtesystems erreichbar war. Deutschlands politische Betätigung in China im Jahre 1900, aus Prestige Gründen eingeleitet, durch wirtschaftliche Gründe unterstützt, reichte gerade aus, um es überhaupt zu einem Zusammengehen mit England zu bewegen, aber nicht um es zu einer festen Bindung gegen Rußland zu veranlassen. Das Jangtse-Abkommen zeigt, daß Deutschlands china-politische Interessen nicht stark genug waren, um es zu einem England genügenden antirussischen Spezialabkommen zu bewegen. Später haben die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen gezeigt, daß Englands chinapolitische Interessen nicht ausreichend stark waren, um es zu einem Deutschland genügenden, auch den Kontinent umfassenden, allgemeinen Abkommen gegen Rußland zu bewegen. In der Geschichte des Mächtesystems kommt dem Jangtse-Abkommen eine beschränkte Bedeutung zu. Konzentriert man den Blick auf das politische Geschehen in China, so erscheint seine Bedeutung recht groß. Nicht etwa unter dem Eindruck der Volksbewegung des Boxeraufstandes, sondern aus ihrem gegenseitigen Mißtrauen heraus waren Deutschland und England zu vertragsmäßiger Anerkennung des Prinzips der offenen Tür gekommen. China war zwar nicht genügend gegen Rußlands Politik gesichert, aber es war jetzt wenigstens vor den beiden Vertragspartnern selbst, vor den beiden größten europäischen Handelsmächten, einigermaßen sicher. In der Zeit von der Besetzung Kiautschous bis zum Abschluß des Jangtse-Vertrags war das Bild der internationalen Politik in China dadurch kompliziert worden, daß neben Rußland auch Deutschland und England gegen China vorgegangen waren.

Von diesen drei Mächten blieb jetzt nur Rußland noch ungebunden. Alle politischen Spannungen konzentrierten sich daher im Norden.

Die Zeit vom Abschluß des deutsch-englischen Abkommens bis zur Jahreswende 1900/01 trägt einen Uebergangscharakter. Einerseits war die Jangtse-Frage im großen Ganzen gelöst; andererseits hielt Rußland mit seinen Absichten auf die Mandschurei noch zurück. Die deutsch-englischen Beziehungen sind auch nach dem Abschluß des Jangtse-Abkommens nicht ungetrübt gewesen. So angenehm für England Deutschlands energische Politik gegenüber China war, so sah England doch die Truppenexpeditionen nicht gern, denn es fürchtete, sie könnten mehr Unruhe als Ruhe in China schaffen. Es war jedenfalls gegen jede Machtentfaltung Deutschlands am Jangtse. Deutschland wünschte, daß auf den chinesischen Hof durch Sperrung der Lebensmittelfuhr vom Jangtse nach Singanfu ein Druck ausgeübt werde; die Anregung war ungefährlich, da sie vom Vizekönig Tschang, Tschü-Tung selbst ausgegangen war.¹⁶⁰ Englicherseits fürchtete man, Deutschland hege den Plan einer Truppenexpedition vom Jangtse nach Singanfu.¹⁶¹ Der Grund, daß England nicht für so weitgehende Forderungen an China war wie Deutschland, lag in der Befürchtung, bei Drängen auf unerfüllbare Forderungen von Deutschland in militärische Abenteuer hineingezogen zu werden.¹⁶² Die deutsche Regierung ist nicht für irgend welche Schritte eingetreten, die auf Bruch des Jangtse-Abkommens oder auch nur auf unnötige Unfreundlichkeit gegen England hinausliefen. Unnötige Unfreundlichkeit wäre jede isolierte Machtentfaltung am Jangtse oder sonst wo gewesen, solange England selbst nicht dasselbe wie Deutschland tat. Nur einmal ging die deutsche Regierung über das politisch Ratsame hinaus, als sie der gesamten deutschen Panzerflotte gestatten wollte, den Jangtse hinauf zu fahren. Von englischen Schiffen befanden sich am mittleren Jangtse nur 7 Kanonenboote. Auf Anraten Hatzfelds unterblieb die Ausführung des Plans.¹⁶³ Eine gewisse Berechtigung ist dem Mißtrauen Englands gegen die deutsche Marine und gegen

160. GP. 16. 157.

161. 16. 174.

162. BD. 2. 22.

163. GP. 16. 265 f.

Waldersee nicht abzusprechen. Die Marine wünschte sich zu betätigen und drängte das Auswärtige Amt; auch ein Angriff auf die Jangtse-Befestigungen von Wusung bis Nanking wurde erörtert.¹⁶⁴ Waldersee betrachtete England als den natürlichen Gegner Deutschlands. Er war mißtrauisch gegen Englands Absichten im Jangtse-Tal; dazu hatte er unbegreiflicherweise noch am 9. Dezember keine Kenntnis vom Jangtse-Abkommen. Von Waldersee wurde auch die Frage der Besetzung Tschifu wieder aufgerollt.¹⁶⁵ Bülow war selbstverständlich gegen jeden Angriff auf Tschifu oder die Jangtse-Befestigungen. Durch Vorlegung von Gutachten, die sich dagegen aussprachen, hat er auch den Kaiser von der Richtigkeit dieser Politik überzeugt.¹⁶⁶ In die Tat umgesetzt wurde also keine von diesen unzumutbaren und dem Abkommen widersprechenden Absichten. So konnten Deutschland und England bei der Liquidierung des Boxeraufstandes zusammenarbeiten.

Diese stand damals im Vordergrund der Erörterungen. Deutschland und in zweiter Linie England waren für die strengsten Maßnahmen gegen China. Deutschland setzte sich dafür ein und erreichte es, daß über die Hauptforderungen an China die Gesandten in Peking erst gemeinsam berieten, ehe mit den Chinesen verhandelt wurde.¹⁶⁷ Dadurch wurde der Möglichkeit von Sonderverhandlungen Rußlands und Amerikas vorgebeugt, der Mächte, die von jeher zur Milde gegen China neigten.¹⁶⁸ Während der Verhandlungen, die sich zum großen Teil um die Forderung der Todesstrafe für einige hochgestellte Chinesen drehten, gingen Rußland und Amerika immer zusammen. Bei Japan waren Anzeichen dafür wahrzunehmen, daß ihm vor einer endlosen Hinausziehung der Verhandlungen und damit des Aufenthalts der Mächte in China

164. 16. 267.

165. nach seinen eigenen Angaben hat Waldersee die sachliche und außenpolitische Unzumutbarkeit der Maßnahme selbst erkannt, hat sich nur nicht den Vorwurf zuziehen wollen, ein schlapper Kerl zu sein, und hat die Ausführung gerade dadurch verhindern wollen, daß er erklärte, er werde im Frühjahr daran gehen. Ob seine Angaben voll zutreffen oder nicht, sein ganzes Verhalten wirft einen schwarzen Schatten auf seinen Charakter.

166. GP. 16. 267 f., 277 ff.

167. GP. 16. 151.

168. 16. 157, 188.

Angst wurde. Frankreich ging natürlich mit Rußland.¹⁶⁹ Deutschland und England waren aufeinander angewiesen. Deutschland war entschlossen, nicht mehr zu verlangen als England, also sich nicht von England vorschieben zu lassen. Für England war die Politik Amerikas sehr unangenehm. Nach Lansdowne befand sich England in der Frage der Todesstrafe in der schwierigen Lage, zwischen Deutschland und Amerika wählen zu müssen. Mit Amerika wurden die Beziehungen bald noch schlechter durch die ungünstige Wendung, die Amerika den Verhandlungen über den späteren Panama-Kanal gab.¹⁷⁰ Die Beziehungen zu Deutschland waren um so besser, als Deutschland in der Burenfrage England einen großen Dienst erwies: der Kaiser lehnte es ab, den Präsidenten Krüger zu empfangen, während die Franzosen ihm einen offiziellen Empfang bereitet hatten. Infolge des großen Entgegenkommens Deutschlands zeigte sich England auch in der chinesischen Frage Deutschland besonders freundlich.

Im Dezember fanden die langwierigen Verhandlungen der Diplomaten in Peking mit der Ueberreichung einer Kollektivnote an China einen gewissen Abschluß. Als wichtigste Frage blieb aber noch die der Kriegsentschädigungen ungelöst. Auf deutscher Seite wurde diese sehr ernst genommen. Die Regierung hatte vor dem Lande ein schlechtes Gewissen, weil die ganze deutsche Expedition ziemlich zwecklos gewesen war; sie wollte darum wenigstens eine reichliche Entschädigung einbringen. Natürlich waren auch Deutschlands Ausgaben besonders groß. Unglücklicherweise hatte keine andere Macht an den Kriegsentschädigungen ein so starkes Interesse wie Deutschland.¹⁷¹ Damit Deutschland eine gute Entschädigung erlangte, mußten die deutschen Truppen noch in Peking bleiben. Deutschland schien gar nicht wieder seinem Schicksal entrinnen zu können, immer der zu sein, der von China am meisten forderte. Immer weiter mußte es diese Belastung mit sich schleppen. Amerika empfahl jetzt Verlegung der restlichen Verhandlungen nach Washington und wurde darin selbstredend von

169. allerdings war sein Gesandter Pichon persönlich für energische Forderungen an China. GP. 16. 186, 192; Waldersee, 3. 55. Dieselbe Ansicht hatte der amerikanische Gesandte Conger, Waldersee 3. 101 f.

170. StA. 66. 183 ff.

171. GP. 16. 189 f.

Rußland unterstützt.¹⁷² England, nie gern zu unfreundlichen Schritten gegen Amerika bereit, lehnte doch auf Drängen Deutschlands ab; in Washington konnte ein amerikanisch-(japanisch?)-russisch-französisches Zusammengehen erleichtert werden, und das lag in beider Interesse nicht. Außerdem empfahl sich für England bei den Schwierigkeiten mit Rußland (Eisenbahnfragen) Rücksichtnahme auf deutsche Wünsche. Die Möglichkeit zu Differenzen war allerdings gegeben. Es blieb weiter dabei, daß England Deutschlands Anwesenheit in Tschili erwünscht war, weil Deutschland sich dann gegen Rußland gebrauchen ließ, daß England aber andererseits im Interesse baldiger Ordnung und Handelsmöglichkeit keine weiteren Feldzüge wünschte. Auch erkannte man schon auf deutscher Seite, daß das reiche England an den Kriegskosten viel geringeres Interesse hatte als an der Ungestörtheit des Handels, während bei Deutschland die Verhältnisse eher umgekehrt lagen. Doch standen diese Differenzen zunächst im Hintergrunde.

Das wirklich gefährliche und bedenkliche Moment im Chinaabkommen waren die Beziehungen Deutschlands zu Rußland. In der Eisenbahnfrage erkannte Deutschland die Berechtigung der englischen Ansprüche an und empfahl Waldersee Entgegenkommen; sonst suchte es sich aber möglichst herauszuhalten. Rußlands Politik ging ihren ganz gesonderten Weg. Eindeutig war ihre Grundlinie, durch Unterstützung Chinas bei der Liquidierung des Boxeraufstandes politische Vorteile von ihm zu bekommen. Gewiß hatten die russischen Bemühungen um Räumung Pekings keinen Erfolg gehabt. Es war für Rußland besonders unangenehm, gerade Deutschland in erster Linie im Widerstand gegen seine Politik zu finden.¹⁷³ Es war weiter unangenehm, daß durch das deutsch-englische Abkommen die Jangtse-Frage stillgelegt war und Deutschland und England sich kaum noch gegeneinander ausspielen ließen. Doch vielleicht war China um so mehr auf Rußland angewiesen, als es sich durch England und Deutschland bedrängt fühlte. Daher war im Grunde Rußlands Situation trotz der Verschlechterung der

172. 16. 367 ff.

173. Radolin machte im Dezember darauf aufmerksam, daß Deutschlands Verhalten geeignet sei, die „russische Mißstimmung bis zur akuten Spannung zu steigern.“ GP. 16. 179.

Beziehungen zu Deutschland nicht ungünstig; es fragte sich, wofür Rußland sie auszunutzen gedachte. Die Russen hatten die ganze Mandschurei und die Bahn bis Jangtsun in ihrer Hand. Rußlands militärische Tätigkeit in Tschili beschränkte sich auf die Bewachung der Eisenbahn. Rußland gab in der Eisenbahnfrage den englischen Protesten allmählich nach, wahrscheinlich um eine Ueberlastung seiner Politik zu vermeiden. Nach langen Verhandlungen, in deren Verlauf sich Waldersee streng auf den militärischen Standpunkt stellte und sich nicht auf rechtliche Erörterungen einließ, verpflichteten sich die Russen zur Uebergabe der in Tschili liegenden Sektion der Bahn.¹⁷⁴ Dagegen behielt Rußland die in der Mandschurei liegende Teilstrecke. Natürlich bedeutete diese Nachgiebigkeit keinen Verzicht auf Ausbreitung des russischen Einflusses in Tschili überhaupt. Im Zusammenhang mit den Mandschurei-Verhandlungen stellte Rußland wieder die schon früher erhobene Forderung auf Konzession zu einer zweiten russischen Bahnlinie von der Mandschurei nach Peking.¹⁷⁵ Ein Ansatzpunkt für die russische Politik blieb weiter Tientsin. Das dortige linke Ufergelände des Peiho war von Anfang an von den Russen besetzt; am 6. November teilte ein Zirkular des russischen Konsulats mit, daß das Gelände durch Eroberungsrecht russisches Eigentum geworden sei. England ließ sich zunächst durch Erklärungen des russischen Auswärtigen Amts beruhigen; doch sollte die Frage politisch noch eine Rolle spielen.¹⁷⁶ Am wichtigsten war für Rußland natürlich die Mandschurei. Anfang Oktober erklärte es nochmals, die Mandschurei nicht annektieren zu wollen.¹⁷⁷ In der Frage, wie weit sich Rußland vorwagen sollte, gingen die Ansichten Kuropatkins und Wittes auseinander. Witte hielt es für genügend, wenn Rußland die Bahn fest in der Hand hatte und wenn dafür gesorgt war, daß China keine Truppen in der Mandschurei unterhielt. Kuropatkin wollte aus der Mandschurei „ein zweites Buchara“ machen.¹⁷⁸ Bereits Mitte November unterzeichnete der Admiral Alexejeff mit dem chinesischen Gouverneur

174. Waldersee, 3. 61; GP. 16. 274.

175. vgl. Mac Murray, 330; BD. 2. 39 und 47.

176. Morse, 3. Band.

177. StA. 66. 129.

178. Witte.

von Mukden eine Abmachung¹⁷⁹ folgenden Inhalts: Die Verwaltung wird wieder von den Chinesen übernommen; der Gouverneur übernimmt die Verpflichtung zur Aufrechterhaltung der Ordnung; die Chinesen haben die Mandschurei vollständig zu entmilitarisieren; der Gouverneur darf lediglich eine Polizeitruppe halten; ein russischer Kommissar wird ihm attachiert, der über die Regierungsmaßnahmen auf dem Laufenden zu erhalten ist. Mitte Dezember einigten sich die Minister auf Leitsätze, die ungefähr den Bestimmungen dieses Abkommens entsprachen. Sie enthielten außerdem die Bestimmung, daß die obersten Beamten in der Mandschurei nur mit Zustimmung des russischen Gesandten in Peking sollten ernannt werden dürfen.¹⁸⁰ Dies Programm ging darauf hinaus, China wichtige Souveränitätsrechte zu nehmen und die Mandschurei zu einem russischen Protektorat zu machen. Nach Feststellung der Leitsätze gingen die Minister an die Ausarbeitung eines Entwurfs zu einem Vertrag mit der chinesischen Regierung.¹⁸¹ Es handelte sich dabei vor allem um die Frage der Okkupierung der Mandschurei durch russische Truppen. Witte war für Räumung durch die regulären Truppen nach Beendigung der Bahnarbeiten; auf die Dauer sollte nur die ihm (Witte) unterstellte Bahnschutztruppe in der Mandschurei bleiben. Doch drang Kuropatkin mit seiner Ansicht durch, daß Rußland überhaupt nicht vollständig auf Besetzung verzichten sollte; daher wurde in dem russischen Vertragsentwurf gar kein Räumungstermin genannt.¹⁸² Der Entwurf wurde im Februar der chinesischen Regierung übergeben; es fehlt an jeder authentischen Nachricht darüber, wie weit sich Li in früheren Verhandlungen mit den Russen zur Unterstützung der russischen Wünsche verpflichtet hatte oder was etwa mit dem chinesischen Gesandten in Rußland verhandelt worden war.

Der Mandschureivertrag: Japanisch-russischer Kriegsfall und deutsch-englische Bündnisfrage.

Anfang Januar 1901 wurde das Abkommen zwischen Alexejeff und dem Gouverneur von Mukden bekannt. Die Annexion der

179. StA. 66. 133 ff.; Marc 99; Mac Murray 329.

180. Marc, 99 f.

181. Marc, 101 ff.

182. BD. 2. 38; Mac Murray 330.

Mandschurei durch Rußland drohte. Von da bis zur Abhängigkeit Pekings und damit Chinas von Rußland war nur noch ein Schritt. Noch nie war Englands Stellung im Fernen Osten so gefährdet gewesen. Die politische Lage Englands in Asien und in der ganzen Welt bot gerade in diesem kritischen Zeitpunkt ein sehr trübes Bild. Bereits zu Beginn des Jahres 1900 hatte Rußland mit Persien einen Anleihevertrag abgeschlossen. Jetzt, Anfang 1901, erfuhr England von dem Bestehen einer geheimen Klausel dieses Vertrags.¹⁸³ In ihr sollte bestimmt sein, daß der Schah das unter russischen Offizieren stehende Kosakenkorps zu vergrößern habe und 1901 Buschir und Bender Abbas am Persischen Golf durch dies Korps besetzen zu lassen habe. In China konnte England versuchen, das deutsch-englische Abkommen gegen Rußland auszunutzen. Es lag aber in der Natur der Dinge, daß die innere Bindung Deutschlands an England nur temporär war und mit dem Abzug Waldersees ein Ende finden konnte. Im nahen Osten bestand bereits eine zweite innere Bindung Deutschlands. Die Bagdadbahn konnte Deutschland leicht auf die Dauer mit Rußland verfeinden. Vorläufig bestand aber für England keine Aussicht, Deutschland dadurch an sich heranzuziehen. In Afrika ging der Burenkrieg noch immer nicht zu Ende. Englands Beziehungen zu Amerika waren Chinas und des Kanals wegen schlecht. Frankreich war an Rußland gebunden, Japan war nicht zuverlässig. Bei solcher Lage war es verständlich, daß Chamberlain auf den Gedanken zurückkam, die *splendid isolation* ließe sich nicht mehr aufrecht erhalten. Er sprach mit Eckardstein darüber und suchte ebenso wie Ende 1899 die Marokko-Frage zu benutzen, um Deutschland heranzuziehen: Wenn England bei Deutschland keinen Anschluß finde, werde es ihn bei Rußland—Frankreich suchen.

Holstein hielt diese Drohung für Unsinn und Schwindel.¹⁸⁴ Er und Bülow glaubten abwarten zu können, bis es England noch schlechter ginge. Sie rechneten dabei auch stark mit einer weiteren Verschlechterung des englisch-amerikanischen Verhältnisses. Ein Abkommen mit England, in dem der beinahe sicheren Kriegsgefahr, der wir uns dabei aussetzten, genügend Rechnung getragen werde,

183. GP. 17. 528.

184. GP. 17. 22.

lasse sich erst dann erreichen, wenn das Gefühl der Zwangslage in England allgemeiner geworden sei. Holstein hatte eine tiefe Abneigung gegen Salisbury; solange Salisbury mitzureden habe, werde sich England zu keinen annehmbaren Konzessionen entschließen. Neben den kontinental-politischen Gesichtspunkten spielten auch kolonialpolitische Erwägungen eine Rolle.¹⁸⁵ Vor Beginn des Burenkriegs hatte England einen uralten Vertrag erneuert, der Portugal den Besitz seiner Kolonien garantierte.¹⁸⁶ Im Dezember 1900 mußte England auf Drängen des portugiesischen Königs seiner Freundschaft mit Portugal deutlichen öffentlichen Ausdruck geben. Besonders von Bülow wurde dies mit Recht als dem Geiste des deutsch-englischen Abkommens von 1898 widersprechend empfunden. Er betonte, daß vor der deutschen öffentlichen Meinung kein Vertrag durchzusetzen sein werde, der nicht Deutschland direkte Vorteile in Afrika brächte.

Die deutsche Regierung wollte weiter abwarten und sich nicht die Brücke zu Rußland abbrechen, ohne vorher große Gegenleistungen und sichere Garantien von England erhalten zu haben. In Petersburg mußte Mitte Januar Radolin sagen, es berühre deutsche Interessen nicht, ob Rußland die Mandschurei dauernd oder vorübergehend besetzen oder daselbst ein Protektorat errichten wolle.¹⁸⁷

Diese weitgehende Zusicherung ließ sich nicht völlig festhalten.

Im Januar fuhr der Kaiser wegen des bevorstehenden Todes seiner Großmutter, der Königin Viktoria, nach England. Er war gegen Rußland noch immer stark erbittert und daher zu einem Bündnis mit England geneigt. Lansdowne malte er ein politisches Weltbild mit faszinierender Farbengebung aus.¹⁸⁸ Er strich besonders das russisch-amerikanische Zusammengehen heraus; Witte suche finanziell Anschluß bei den Vereinigten Staaten. Dagegen könne nur die Zusammenfassung Europas — Englands, Deutsch-

185. 17. 18.

186. BD. 1. 75 bis 99. Text des Vertrages vom 14. Oktober 1899: BD. 1. 93 f.

187. GP. 16. 312 Anm.

188. GP. 17. 24 ff.

lands und Frankreichs — helfen; diese Zusammenfassung sei möglich.

Zur Zeit des Kaiserbesuchs rollte England die Tientsin-Frage auf. Am 6. Januar hatte Rußland bekannt gegeben, daß es durch ein Abkommen mit der chinesischen Regierung das von ihm besetzte Gelände als Konzession erworben habe. In einer Konzession geht das Privateigentum an Grund und Boden auf den erwerbenden Staat über, ohne daß die Hoheitsrechte Chinas dadurch geschmälert werden. Das Jangtse-Abkommen war also auf diesen Fall rechtlich nicht anwendbar. England wollte verhindern, daß Rußland durch evtl. Errichtung von Befestigungen die Kontrolle über die Verbindungen zwischen Peking und dem Meer erlangte, und Lansdowne versuchte Deutschland zu einem gemeinsamen Schritt gegen Rußland zu veranlassen.¹⁸⁹ Die deutsche Regierung wies diesen „ziemlich plumpen“¹⁹⁰ Versuch ab. Der Kaiser regte an, Englands Mißstimmung durch eine gemeinsame Anfrage in Petersburg zu besänftigen, die sich gegen Anlage von Befestigungen in der russischen Konzession wenden sollte.¹⁹¹ Gegen den Einwand, wir dürften die Russen nicht verärgern, äußerte der Kaiser, er könne doch nicht immerzu zwischen Russen und Engländern schwanken; er werde sich dann schließlich zwischen zwei Stühle setzen.¹⁹²

In der Tientsin-Frage hielt Deutschland an dem Prinzip fest, nichts gegen Rußland zu tun, ohne daß England seinerseits Verpflichtungen auf sich nahm. Unmittelbar darauf wich die deutsche Politik von diesem Prinzip ab, und zwar in der viel wichtigeren Frage der Mandschurei.

Der ursprüngliche Anstoß hierzu ging von Japan aus. Auf deutscher und auch auf englischer Seite war man in den letzten Monaten mit Japans Haltung nicht ganz zufrieden gewesen. Japan fürchtete weitgehende deutsche militärische Absichten.¹⁹³ Auch England war ja von dieser Furcht nicht frei; aber während England sich um Deutschlands politische Unterstützung bemühte, blieb Japan mißtrauisch und passiv. Wie stand Japan zu Rußland? Der russischen Politik in China hat es immer ferngelegen, durch Krieg

189. GP. 16. 282; BD. 2. 23.

190. 16. 289.

191. 16. 290 f.

192. 16. 295.

ihre Ziele erreichen zu wollen. Aus finanziellen Gesichtspunkten war besonders Witte gegen einen Krieg. Das unaufhaltsam scheinende Vorgehen Rußlands fand doch Hemmungen in dem unvollendeten Zustand der sibirischen Bahn, in Rußlands maritimer Schwäche, in der Friedensliebe des Zaren und besonders in der finanziellen Lage. Weder 1898 noch 1900 setzte sich Wittes Politik durch, nur mit Eisenbahnen und mit Beeinflussung der chinesischen Regierung im Fernen Osten politisch vorwärts zu kommen; aber 1898 wie 1900 suchte Rußland den Gegner, der ihm in erster Linie gefährlich werden konnte, durch Konzessionen abzufinden, um dadurch den Krieg zu vermeiden. Im Jahre 1898 war ihm dies gelungen. Nun schlug am 7. Januar 1901 Rußland Japan vor, Korea unter der gemeinsamen Garantie der Mächte zu neutralisieren. 11 Tage darauf lehnte Japan Verhandlungen ab; bis in der Mandschurei der status quo ante wieder hergestellt sei, genüge ihm das Protokoll von 1898.¹⁹⁴ Der russische Vorschlag hätte Japan gegenüber dem Zustand, der durch das Abkommen von 1898 geschaffen war, nur den Vorteil geboten, daß Korea durch die Gesamtheit der Mächte neutralisiert, d. h. daß auch eine russische Annexion verhindert worden wäre. Der japanische Gesandte in Söul gab als Grund für die Ablehnung an: die Neutralisierung Koreas würde im gegenwärtigen zurückgebliebenen Zustand des Landes wahrscheinlich auf die Schaffung eines zweiten Aegyptens im Fernen Osten hinauslaufen.¹⁹⁵ Japan fürchtete, im Falle des Abschlusses auf „friedliche Durchdringung“ Koreas verzichten zu müssen, während Rußland die Mandschurei eingesteckt und dann auch Mittel und Wege gefunden hätte, um auch Korea unter seinen Einfluß zu bringen; dann konnte es fraglich sein, ob die Mächte Rußland wirklich entgegentreten würden und Japan hätte also im Grunde gar nichts gewonnen gehabt.

Japan lehnte Verhandlungen mit Rußland ab und schlug England vor, China vor dem Abschluß von Verträgen zu warnen, die seine territorialen Rechte berührten. England fürchtete, wenn es ablehnte, Japan für immer in die Arme Rußlands zu treiben.¹⁹⁶ Es

193. GP. 16. 366.

194. BD. 2. 34; vgl. BD. 2. 45; GP. 16. 338.

195. BD. 2. 45.

196. GP. 16. 312 f.

selbst war aber zu einem Kriege mit Rußland nicht fähig und bereit. Doch wenn Deutschland sich auf Englands Seite stellte und Frankreich in Schach hielt, so war es wahrscheinlich, daß Rußland nachgeben würde. blieb die Haltung Deutschlands und damit Frankreichs ungewiß, so war es für England selbst im Verein mit Japan schwer Rußland entgegenzutreten. Hatzfeld hatte gewiß nicht Unrecht mit der Annahme, eine unbedingte Ablehnung durch Deutschland werde sofort zu einem Wechsel der englischen Politik in China und zum Versuch direkter Verständigung mit Rußland bezw. Frankreich über die schwebenden Fragen führen.¹⁹⁷ Die Aussichten Englands dazu wird man sicher nicht als günstig bezeichnen dürfen, aber mit Benutzung Wittes und des Zaren hätte England vielleicht die russischen Forderungen an China herunterschrauben können. Ob England für sich etwas Positives am Jangtse hätte erreichen können, ob eine Verschiebung des Mächtesystems die Folge gewesen wäre, war noch sehr die Frage. Jedenfalls aber konnte dann Deutschland mindestens für einige Jahre in arge Gefahr geraten.

Auch in Berlin nahm man die Gefahr ernst. Vor kurzem hatte man noch Rußland erklärt, Deutschland lasse ihm in der Mandchurei freie Hand. Durch zu großes Entgegenkommen gegen England konnte Deutschland sich Rußlands Freundschaft und die Aussicht auf ein englisches Bündnis versperren. Für Deutschland war die Antwort sehr schwer. Holstein schlug vor, den Mächten zu erklären, Deutschland beabsichtige im Kriegsfall neutral zu bleiben, doch könne es nicht vorhersehen, welche Ausdehnung und Entwicklung der einmal begonnene Konflikt nehmen werde, und welche Aufgaben infolgedessen die Sorge um die Wahrung des Gleichgewichts auf dem Erdball uns etwa stellen werde.¹⁹⁸ Dies war noch keine Verpflichtung zur Neutralität. Die Frage war doch: Nimmt Deutschland für den Fall, daß England und Japan sich Rußland widersetzen, eine solche Haltung ein, daß Frankreich nicht für Rußland einzugreifen wagen kann? Japan fühlte sich zu Lande Rußland überlegen; vom Gesichtspunkt des Landkriegs aus war sogar ein Krieg desto aussichtsreicher für Japan, je früher er geführt wurde. Zu Wasser dagegen fühlte sich Japan mindestens noch nicht einer

197. 17. 31 f.

198. 16. 315.

russisch-französischen Flotte gewachsen, erst recht noch nicht einer russisch-französisch-deutschen. Nur wenn England mit seiner großen Flotte Japan im Falle solcher Koalitionen half, konnte Japan den Krieg wagen. Englands Bereitwilligkeit dazu mußte aber von Frankreichs Haltung oder besser vor der für Frankreichs Haltung maßgebenden Haltung Deutschlands abhängen. Der Holstein'sche Entwurf ließ Deutschland für den englisch-russischen Kriegsfall eine Hintertür offen; er schloß nicht aus, daß sich Deutschland mit Rußland und Frankreich vor oder nach Kriegsausbruch verständigte. Er war also für England ungenügend, wenn aus einer bloß englisch-japanischen Demarche bei China sich ein Krieg entwickelte.

Bülow wollte abwarten, was Eckardstein mit dieser Erklärung erreichen werde, äußerstenfalls hielt er aber folgende Konzession für tragbar: Deutschland erklärt sich zu einer Mitteilung bereit, nach seiner Auffassung dürfe China keine Einzelverträge schließen, ehe es die Friedensbedingungen und ganz besonders auch die Forderungen auf Kriegsentschädigung erfüllt hätte.¹⁹⁹ Dies war deshalb „ein glänzender Schachzug Bülows“ (Meinecke), weil die Erklärung im Prinzip nicht der Zusicherung an Rußland von Mitte Januar zuwiderlief, und Deutschland nicht für die *D a u e r* zum Widerstand gegen Rußland verpflichtete. Eine weitgehende Konzession an England blieb sie aber trotzdem. Holstein ging sogar noch weiter, als es das Telegramm Bülows anregte. Denn in der Instruktion, die Hatzfeld erhielt, wurde er angewiesen, beide Erklärungen (die von Holstein entworfene und die von Bülow ins Auge gefaßte) *s o f o r t* Lansdowne zu geben und nur hinzuzufügen, daß Deutschland sich an kriegereischem Vvorgehen gegen Rußland nicht beteiligen könne. Vielleicht wurde diese Instruktion durch ein Telegramm beeinflusst, das Hatzfeld zur gleichen Zeit nach Berlin schickte.²⁰⁰ In ihm gab Hatzfeld mit Nachdruck seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß England im Falle unbedingter Ablehnung seitens Deutschlands sofort seine Politik umstellen werde, daß es aber im Falle deutschen Entgegenkommens zur Diskussion von Kompensationen bereit sein werde, die Deutschland der Kriegsgefahr wegen verlangen müsse.

199. GP. 16. 317.

200. in Antwort auf ein Telegramm Holsteins.

Die Befürchtung vor einer englisch-russischen Verständigung veranlaßte Deutschland zu dem ersten unzweideutig rußlandfeindlichen Schritt in der chinesischen Frage. Es ist recht wichtig zu bemerken, daß nach Ausweis der Akten die englisch-russische Verständigung nicht in erster Linie deswegen gefürchtet wurde, weil durch sie Deutschlands Kontinentalstellung bedroht worden wäre. Wir haben es selbst als fraglich bezeichnet, ob eine allgemeine Verständigung zwischen England und dem Zweibund sich wirklich hätte erreichen lassen. Ähnlich wie im September 1900 drängten auch jetzt Motive der Chinapolitik Deutschland zum Entgegenkommen gegen England. Die offene Tür im Jangtse-Tal hatte man damals durch Eingehen auf englische Wünsche gesichert, jetzt galt es zu verhüten, daß diese Errungenschaft nicht wieder verloren ging. Besonders war man um die Chinaexpedition besorgt. Wegen der Kriegsentschädigung mußte Deutschland seine Truppen in Tschili belassen. Die russischen und amerikanischen Truppen hatten sich zurückgezogen. Wenn auch die Engländer und Japaner abzogen, so war Deutschland verraten und verkauft. Bülow fragte Holstein:²⁰¹ „Wollen wir nicht versuchen, für die von uns an England zu gebende und immerhin sehr bedeutsame Erklärung die englische Zusage zu erlangen, daß die Engländer bis zur Erfüllung der Friedensbedingungen in Tschili mit uns militärisch ausharren wollen?“ Holstein ging, wie sich denken läßt, darauf nicht ein, weil die an England gemachten Zugeständnisse bereits das Verbleiben der Engländer sicherten.

In der Instruktion an Hatzfeld erklärte sich die deutsche Regierung bereit, auf englischen Wunsch auch eine noch weitergehende Neutralitätserklärung abzugeben, wie die von Holstein vorgeschlagene, die zuerst allein vorgesehen war. Die zweite Fassung, die am 11. Februar neben der eben erwähnten Hatzfeld zur Mitteilung an die englische Regierung mitgeteilt wurde, lautete: „Wenn England in einen Krieg mit einer dritten Macht gerät, machen wir uns England gegenüber anheischig, neutral zu bleiben.“²⁰² Sie hätte England und Japan gegen die Möglichkeit gesichert, daß Deutschland auf russisch-französischer Seite in den Krieg eingriff, w e n n

201. GP. 16. 316 f.

202. GP. 16. 318.

sie verbindlich und öffentlich und auch für den Fall eines Krieges Englands mit zwei Mächten gegeben wurde.

Setzen wir einmal den Fall, daß Deutschland dies getan hätte, und erörtern wir die Folgen einer derartigen Neutralitätserklärung: wenn dann Japan in Krieg mit Rußland zu geraten drohte, wäre Frankreich aus Furcht vor dem Eingreifen Englands wahrscheinlich neutral geblieben, und vielleicht auch Rußland. Bekamen aber in Rußland und Frankreich chauvinistische und kriegslustige Kreise die Oberhand, dann wäre England zusammen mit Japan gegen Rußland und Frankreich gestanden. Trotz des Burenkriegs wäre in einem solchen Falle die Lage für England nicht aussichtslos gewesen, da es nicht sein Heer, sondern seine Flotte hätte einsetzen müssen. Wirksam treffen hätten sich Frankreich und Rußland aber erst lassen, wenn Deutschland auf die englisch-japanische Seite trat; außerdem war die Frage, ob die deutsche Regierung selbst die bündigsten Neutralitätserklärungen hätte halten können, wenn die Kriegslage zu einem Eingreifen Deutschlands auf russisch-französischer Seite aufgefordert hätte. Ob England bereit war oder nicht, nötigenfalls in einen russisch-japanischen Krieg einzugreifen, es mußte vom englischen Gesichtspunkt aus von größtem Wert sein, Deutschland über die Neutralität hinaus zu verpflichten. Deutschland konnte sich aber nur dann darauf einlassen, wenn es selbst von England gegen einen russisch-französischen Angriff gesichert wurde. Schon eine strikte Neutralitätserklärung zu geben, ohne dafür von England Kompensationen zu bekommen, war bedenklich.

Zunächst kam es auch trotz der Instruktion nicht dazu. Lansdowne war so befriedigt über die Warnung, die Deutschland China zu geben bereit war, daß Hatzfeld mit Recht keine der beiden Neutralitätserklärungen erwähnte.²⁰³ Bülow hat daraufhin die Empfindung gehabt, daß Deutschland zu stark der englischen Drohung nachgegeben habe. „Wir befinden uns weder in China noch anderswo in einer Zwangslage, und England ist durchaus nicht *carte forcée* für uns“ schrieb er am 13. Februar verärgert.²⁰⁴ In einer Randbemerkung vom folgenden Tage berührte er freilich den wunden Punkt mit den Worten: „Rußland soll uns zu einer sortie

203. GP. 16. 319 f.

204. 16. 320.

honorable in China verhelfen, dann werden wir ihm auch in China und gerade in China keine weiteren Schwierigkeiten bereiten“.²⁰⁷ Was Bülow in diesen Worten verlangte, stand gar nicht in der Macht Rußlands. Außerdem verstimmte jetzt die deutsche Warnung an China Rußland natürlich außerordentlich. Japan, von dem ja der Anstoß zu der ganzen Angelegenheit ausgegangen war, konnte vielleicht noch mehr erfreut wie England sein. Eckardstein versicherte Hayashi, (er handelte dabei durchaus im Sinne der deutschen Regierung²⁰⁵) zwischen Rußland und Deutschland bestehe kein Vertrag über Ostasien irgend welcher Art.²⁰⁶ Wertvoller als diese Versicherung mußte Japan natürlich der offenkundige Beweis sein, den Deutschland durch seine Warnung an China dafür lieferte. Anfang 1898 und Sommer 1900 war Japan vor allem deswegen so vorsichtig gegenüber Rußland gewesen, weil es den ostasiatischen Dreibund fürchtete. Diese Furcht hatte Japan bisher verhindert, in seinem und im englischen Interesse Rußland entgegenzutreten.

Deutschland, England und Japan warnten China. Dasselbe tat auch Amerika. Die Aehnlichkeit der russischen und amerikanischen Politik bei der Liquidierung des Boxeraufstandes und die Pläne Wittes, eine russisch-amerikanische Anleihe zu stande zu bringen, hatten den Eindruck hervorgebracht, als bahne sich ein russisch-amerikanisches Einvernehmen an. Doch da Rußlands Politik die offene Tür bedrohte, wandte sich Amerika gegen Rußland. Die Warnung vom Februar 1901 leitet die gegen Rußland gerichtete Politik der nächsten Jahre ein. Die scheinbare amerikanisch-russische Annäherung im Jahre 1900 war nur eine kurzlebige Erscheinung.

Ende Februar 1901 wandte sich China selbst um Hilfe an die Mächte; Rußland dränge China zur Ratifizierung von Verträgen.²⁰⁸ Rußland war also vor den Warnungen der Mächte an China vorerst nicht zurückgewichen; die Kriegsgefahr war gewachsen. Japan brauchte die Gewißheit, daß es im Kriegsfall nicht allein gegen zwei

205. 17. 140.

206. 16. 337.

207. 16. 321; vgl. 16. 349.

208. 16. 331.

Mächte stand. Am 2. März 1901 sondierte Hayashi im Auftrag seiner Regierung, ob England in einer geheim zu haltenden Abmachung die Verpflichtung übernehmen könne, Frankreich im Fall eines russisch-japanischen Konflikts in Schach zu halten.²⁰⁹ Dies war die erste japanische Anregung zu einem englisch-japanischen Bündnis gegen einen Angriff von zwei Mächten. England ging nicht darauf ein. Es wandte sich an Deutschland mit der Frage, ob Deutschland eventuell geneigt sein würde, für den Fall eines japanisch-russischen Konflikts in Gemeinschaft mit England in P a r i s eine Erklärung abzugeben, daß beide Mächte im Interesse des europäischen Friedens die Lokalisierung des Krieges wünschten und selbst strikte Neutralität bewahren würden; sollte jedoch irgend eine europäische Macht sich in den japanisch-russischen Krieg hineinmischen, so würden die genannten beiden Mächte „reconsider their attitude“.²¹⁰ Hier liegt der entscheidende Punkt. Hatzfeld hatte bereits am 28. Februar dem englischen Unterstaatssekretär erklärt, auf Grund seiner persönlichen Beobachtungen glaube er ihm schon jetzt mit Bestimmtheit sagen zu können, daß Deutschland England und Japan gegenüber eine durchaus wohlwollende Neutralität wahren werde.²¹¹ Dies schloß nicht aus, daß Deutschland heimlich Frankreich freie Hand ließ. Für England war wohl das Risiko nicht allzu groß, daß Frankreich in einen russisch-japanischen Krieg eingreifen würde. Die englische Regierung suchte darüber Gewißheit zu bekommen, ob etwa Frankreich vertraglich zum Eingreifen verpflichtet sei.²¹² Anstatt das erwähnte Risiko auf sich zu nehmen, suchte England durch die Forderung einer gemeinsamen Erklärung in Paris Deutschland gegen ein französisches Eingreifen festzulegen.

Die Versicherung, Deutschland werde im Kriegsfall „wohlwollende Neutralität“ bewahren, gab auch Mühlberg am 6. März dem japanischen Gesandten. Er sagte, diese Haltung werde die französische Flotte in Schach halten.²¹³ Mit der Mitteilung dieser Versicherung Deutschlands an Lansdowne verband die japanische

209. GP. 16. 338 f.

210. 16. 342.

211. GP. 16. 326 f.

212. BD. 2. 40, 44.

213. BD. 2. 43 f.; GP. 16. 344.

Regierung die Frage, wie weit Japan auf die Unterstützung Englands rechnen könne, im Fall daß Japan es für notwendig halte, Rußland zu widerstehen.²¹⁴ England fragte nun Deutschland offen, was Deutschland unter wohlwollender Neutralität verstehe, und erhielt die Antwort, nichts anderes als eine korrekte und strikte Neutralität.²¹⁵ Deutschland ließ sich also nicht zu einem Schritt herbei, der die Kriegsmöglichkeit vorher ausschloß, aber Deutschland ohne Garantien für seine Kontinentalstellung mit Rußland und Frankreich verfeindet hätte. Am 15. März sagte Bülow in öffentlicher Rede, das Jangtseabkommen schließe nicht die Mandschurei ein; das Schicksal dieser Provinz sei Deutschland gleichgültig.²¹⁶ Angesichts dieser Haltung Deutschlands lehnte Lansdowne gegenüber Hayashi jede Verpflichtung Englands für den Fall eines Krieges ab.²¹⁷ Der japanische Minister des Aeußern erklärte am 21. März, wenn die französische Flotte in Schach gehalten werden könnte, könnten die Dinge ganz anders liegen, aber ohne Hilfe (unaided) hätte Japan nicht die Absicht, wegen der mandschurischen Frage in Krieg zu gehen.²¹⁸

Trotzdem haben Japan — und England — den Kampf um die Mandschurei gewonnen. Es hatte das offenbar zwei Ursachen: Rußland befand sich China gegenüber in ungünstiger Lage und Rußland war überhaupt nicht zu einem Kriege bereit und gewillt. Japan war es ja angesichts der Ungewißheit über die Haltung Deutschlands, Frankreichs und Englands auch nicht; Rußland und Japan trieben also ein sehr gefährliches Spiel miteinander. Doch Rußland, das mit dem diplomatischen Widerstand Chinas und sämtlicher Mächte zu kämpfen hatte, verlor früher die Nerven als Japan. Rußland hatte es mit Deutschland verdorben und war nicht imstande, Deutschland und England gegeneinander auszuspielen. England konnte gegen die russischen Forderungen die Vizekönige des Jangtsetales aufbieten, in deren Händen die Lebensmittelversorgung des Hofes in Singanfu lag.²¹⁹ Etwa am 12. März setzte

214. BD. 2. 41 unten Frage 3.

215. BD. 2. 43 f.

216. BD. 2. 26.

217. BD. 2. 27; 2. 60; 2. 63.

218. BD. 2. 48.

219. BD. 2. 49 f.

Rußland seine Forderungen an China herab.²²⁰ Die Chinesen sollten auch vor Fertigstellung der Bahn in der Mandschurei Truppen halten dürfen, und das Eisenbahnindustriemonopol Rußlands sollte sich auf die Mandschurei beschränken. Japan und England wiederholten ihre Warnung auch angesichts des abgeänderten Vertragsentwurfs;²²¹ Japan drohte auch mit der Aufteilung Chinas.²²² Die Chinesen blieben fest und — Rußland ließ die Frist ablaufen und erklärte öffentlich, es verzichte auf einen Vertrag.²²³

Rußland hatte um der chinesischen Freundschaft willen sich mit Deutschland überworfen und es war ihm nicht gelungen, seinen Freund China dazu zu bewegen, ihm die Mandschurei zu schenken. China war im Frühjahr 1901 kaum noch der russischen Hilfe gegen die anderen Mächte bedürftig. Rußland hätte viel mäßigere Forderungen stellen müssen, um sie bei China durchzusetzen. Seine Politik hatte sich eine Reihe von Mißerfolgen geholt. Doch war Rußlands Stellung immer noch stark genug, um vorläufig stillschweigend und ungehindert die Mandschurei festhalten zu können. Das Problem blieb also an und für sich bestehen.

Nach der Haltung der deutschen Politik Mitte März konnte Lansdowne wissen, daß keine Aussicht dafür bestand, den russisch-japanischen Krieg durch eine deutsch-englische Demarche in Paris zu lokalisieren oder im voraus zu verhindern. Dies wurde ihm von Eckardstein am 18. März auf seine Frage bestätigt. In Anknüpfung daran brachte Eckardstein den Gedanken zur Sprache, Deutschland und England sollten einen Vertrag schließen, in dem nicht nur Deutschland England gegen die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland und Frankreich sicherte, sondern umgekehrt auch England Deutschland.²²⁴ Damit überschritt Eckardstein die Weisung Holsteins, er solle die Engländer an Deutschland herankommen

220. BD. 2. 47.

221. Deutschland ließ sich nicht darauf ein. GP. 16. 346 f.

222. BD. 2. 48.

223. BD. 2. 50; StA. 66. 169 und 69. 53.

224. Die Initiative Eckardsteins geht mit erdrückender Wahrscheinlichkeit aus BD. 2. 60 f. hervor. Dem Bericht Lansdownes gegenüber kann der Bericht des unzuverlässigen Eckardstein GP. 17. 41 f. quellenkritisch nicht ins Gewicht fallen. Lansdowne hat nicht Unrecht, BD. 2. 72 rückblickend von dem „Eckardstein-Vorschlag“ zu sprechen.

lassen. An und für sich war auch Holstein zu einem allgemeinen Verträge mit England, also auch zur Verpflichtung „Englands Kolonien zu verteidigen“ bereit, „da es sich bei einem Kampf ums Dasein gegen mehrere Gegner nicht um dies oder jenes Gebiet, sondern um das Gleichgewicht auf dem Erdball handeln würde“.²²⁵ Der Ausbruch eines Krieges zwischen England und den Zweibundmächten war aber nicht zu befürchten, wenn England in Ostasien auf Japans Hilfe und Deutschland in Europa auf Englands Hilfe zählen konnten, weil in solchem Falle Rußland und Frankreich einen Krieg gar nicht gewagt hätten.²²⁶ Holstein ist auch nicht gegen eine eventuelle Angliederung Japans an das deutsch-englische Bündnis gewesen;²²⁷ falls Deutschland sich auf Englands Seite festlegte, konnte es vorteilhaft sein, wenn der deutsch-englische Bund möglichst durch andere Mächte verstärkt wurde. Holstein sah allerdings mit Recht eine Schwierigkeit darin, daß Japans Ziele aggressiv waren, während das Bündnis defensiv sein sollte.²²⁸ Hier hätten sich größere Schwierigkeiten erheben können, wenn die Erörterungen darüber ins Detail gegangen wären.

Lansdowne war zu Bündnisverhandlungen bereit. Er zweifelte allerdings daran, ob auch etwas zustande kommen würde. Er schrieb an Lascelles, er wisse, daß Salisbury den Plan, „um das Mindeste zu sagen, mit Argwohn“ betrachte.²²⁹ Die Besprechungen Ende März wurden nicht hinter dem Rücken Salisburys geführt; doch wird sich nur das von ihm behaupten lassen, daß er das Eingehen auf Verhandlungen gestattete.²³⁰ Auch Lansdowne war es von vorneherein ganz klar, eine wie starke Kontrolle der Politik des einen Vertragspartners durch die des anderen ein allgemeiner Vertrag mit sich bringen mußte, da der Begriff „Angriff“ immer vieldeutig ist.²³¹ Diese Bedenken waren auch auf Ostasien anwendbar. Lansdowne stellte Eckardstein am 22. März die Frage, ob Deutschland für Zuziehung Japans sei, soweit Ostasien in Betracht komme.²³²

225. Eckardstein 2. 288.

226. Vgl. Eckardstein 2. 314.

227. Eckardstein 2. 283; GP. 16. 350.

228. GP. 16. 350; 17. 49.

229. BD. 2. 63, vgl. 2. 62.

230. GP. 17. 46. Unzuverlässigkeit Eckardsteins!

231. BD. 2. 61; vgl. 2. 64 unten.

232. GP. 17. 47.

Am 29. März betonte er Eckardstein gegenüber wiederum, wie bedenklich der unbestimmte Charakter des vorgeschlagenen Abkommens sei. Soviel er verstehe, wäre der casus foederis nicht gegeben, wenn Japan und Rußland in Krieg gerieten und Japan durch Rußland und Frankreich bedroht würde. Doch geht aus seinem eigenen Bericht über die Unterredung hervor, daß er zu einer Fortsetzung der Verhandlungen bereit war, wenn er auch Salisburys wegen Bedenken äußerte.

Die Bündnisverhandlungen gerieten jetzt v o l l s t ä n d i g ins Stocken, weil die deutsche Regierung die Bündnisfrage zurückschob und die Spezialfrage der chinesischen Kriegsentschädigung vorbrachte. Infolge von Umständen, die man als zufällig bezeichnen möchte, beeinflusste das China-Unternehmen jetzt Deutschlands Politik einmal in antienglischem Sinn. Die China-Expedition wurde der deutschen Regierung immer unbequemer; auch die öffentliche Meinung war „chinamüde“.²³³ Waldersee hatte nichts zu tun und wollte endlich nach Hause. Er berichtete dem Kaiser, daß besonders England die Verhandlungen absichtlich in die Länge zu ziehen scheine.²³⁴ Bülow wünschte vor allem einen „anständigen Abschluß des China-Unternehmens“.²³⁵ Bei Chinas finanzieller Lage schien der deutschen Regierung eine starke Erhöhung der Seezölle die geeignete Maßnahme, um China die Zahlung der Kriegskosten zu ermöglichen. England dagegen lag viel weniger an der Kriegskostenentschädigung als an seinem Chinahandel, und dieser wäre durch die Erhöhung der Seezölle geschädigt worden. Dem Kaiser wurden die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen offenbar absichtlich verheimlicht.²³⁶ Es ist daher nicht besonders verwunderlich, daß er anregte, Rußland, Frankreich und Japan zur Unterstützung Deutschlands in der Entschädigungsfrage heranzuziehen; auch brachte er am 28. März bei einer Feier einen Trinkspruch auf die alte Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland aus.²³⁷ Anstatt dem Kaiser von den Bündnisverhandlungen Mitteilung zu machen, ließ Bülow die Verhandlungen lieber unterbrechen. Er

233. GP. 17. 43 f.

234. 16. 392.

235. 16. 397, vgl. Eckardstein 2. 324, 292.

236. Vgl. Meinecke 206 ff.

237. GP. 16. 395.

schickte den Kolonialdirektor Stuebel zur Verhandlung über die Seezölle nach London. In der erwähnten Unterredung vom 29. März sagte Eckardstein Lansdowne, er sehe den gegenwärtigen Moment nicht als günstig für eine Fortsetzung der Verhandlungen an.²³⁸ Stuebel konnte nichts erreichen; Eckardstein, der sein Entlassungsgesuch eingereicht hatte, blieb auf seinem Posten. So sehr diese Vorgänge befremden, so haben sie im Gesamtverlauf der Bündnisverhandlungen doch nur eine untergeordnete Bedeutung. Sie vermögen allerdings zu zeigen, wie wenig Bülow auf ein Bündnis mit England angewiesen zu sein glaubte, da er sich so stark von innerpolitischen Erwägungen leiten ließ.

Anfang April gelang es, die zwischen England und Deutschland aufgekommene Mißstimmung wieder zu beseitigen. Nur blieb auf englischer Seite infolge von Aeüßerungen des Kaisers der Eindruck zurück, Deutschland habe England in einen Krieg mit Rußland hetzen wollen.²³⁹ Inzwischen war infolge des Nachgebens Rußlands die unmittelbare Gefahr für England beseitigt.²⁴⁰ Lansdowne konnte sich Zeit lassen und schob die Fortsetzung der Erörterungen auf die Zeit nach Salisburys Rückkehr.²⁴¹ Im Mai wurden die Bündnisverhandlungen wieder aufgenommen. Am 23. Mai hatte der kranke Hatzfeld mit Lansdowne eine wichtige Unterredung. Die große Frage eines Bündnisses zwischen dem Dreibund und dem britischen Weltreich stand zur Diskussion. So wie Lansdowne Japans und Ostasiens wegen Bedenken gehabt hatte, so Deutschland Oesterreichs wegen; die deutsche Politik bestand auf der Einbeziehung Oesterreichs und Italiens in das Bündnis. Im Falle eines Angriffs Rußlands auf Oesterreich und eines dadurch veranlaßten Krieges Deutschlands mit Rußland sollte England nicht freie Hand behalten dürfen.²⁴²

238. Eckardstein, 2. 325 f.; BD. 2. 62.

239. BD. 2. 74.

240. Eckardstein vermutete, daß Cambon Ende März den Engländern zu verstehen gegeben habe, Delcassé werde dafür sorgen, daß alle Mißverständnisse zwischen Rußland und England aus dem Wege geräumt wurden. Eckardstein 2. 329.

241. BD. 2. 63.

242. BD. 2. 62 beweist strikt, daß Eckardstein im März die deutsche Dreibundsforderung nicht erwähnt hat, wie er in seinem Buch 2. 288 behauptet.

Unterstaatssekretär Sanderson skizzierte auf Grund von Besprechungen die Umriss eines Vertragsentwurfs; er hob selbst hervor, daß der Entwurf auf eine Garantie des Besitzes Elsaß-Lothringens für Deutschland hinauslaufe.²⁴³ Der Text des Entwurfs hätte die Wünsche Deutschlands in Bezug auf Oesterreich befriedigt und gleichzeitig England für die Wahrnehmung seiner weltpolitischen Interessen Spielraum gelassen, die z. B. in Ostasien über die Verteidigung seiner Dominien hinausgingen.²⁴⁴ Dieser Entwurf kam nicht zur Besprechung. Eckardstein hatte ein deutsches Memorandum in Aussicht gestellt; Holstein wünschte aber nicht, daß Deutschland die erste schriftliche Notiz abgebe.²⁴⁵ Entscheidend für das Schicksal der Bündnisverhandlungen war gewiß nicht diese vorsichtige Zurückhaltung Deutschlands, sondern die Stellungnahme Salisburys. Er stieß sich nicht speziell an der Dreibundforderung, sondern er sprach sich allgemein gegen die Aufgabe der Isolierung aus.²⁴⁶ Die großen Schwächen der Argumente Salisburys hat Lansdowne in einem späteren Memorandum (11. Nov. 1901) deutlich aufgezeigt. Lansdowne hat auf die Fortsetzung der Bündnisverhandlungen verzichtet auf Grund der eigenen Bedenken und mit Rücksicht auf die entschiedene Stellungnahme Salisburys.²⁴⁶

Die deutsche und die englische Politik sind bei den entscheidenden Bündnisverhandlungen im Mai 1901 nicht durch ostasiatische Gesichtspunkte gehemmt worden. Die Times hat in ihren Spalten oft der Ansicht Ausdruck gegeben, Deutschland werde, ob mit England verbündet oder nicht, dieselbe Politik gegenüber Rußland betreiben. Auch von Bertie ist in einem Memorandum im November 1901 an den Rückversicherungsvertrag erinnert und dargelegt worden, daß Deutschland im Fernen Osten Rußland nicht entgegentrete, wenn es auch andere gern dazu ermuntere;²⁴⁷ nur im

243. BD. 2. 66 f.

244. „Bei der Verteidigung ihrer legitimen Interessen oder infolge einer defensiven Allianz, die von ihr geschlossen und dem anderen Vertragspartner vorher mitgeteilt wurde“.

245. Höchst merkwürdig mutet an, was Eckardstein den Engländern nachträglich über Hatzfeld sagen zu müssen glaubte. BD. 2. 72; vgl. die Randbemerkung Holsteins GP. 17. 67 und Eckardstein 2. 300; vgl. auch BD. 2. 69, Nr. 87 Ende.

246. BD. 2. 77 f.

247. BD. 2. 74 f.

Fall einer allgemeinen Konflagration, wenn Deutschland sich von europäischen Erwägungen zur Teilnahme am Krieg verpflichtet fände, werde es England und Japan gegen Rußland wirksame Hilfe leisten. Doch Lansdowne hat, wie seine Äußerungen zu Hayashi beweisen, an die Möglichkeit eines deutsch-englisch-japanischen Spezialabkommens über Ostasien (neben einem allgemeinen Bündnisvertrag) geglaubt; er erklärte am 15. Mai ein solches Abkommen für wünschenswert.²⁴⁸ Eckardstein hat diesen Plan nie abgelehnt, sondern ihn begünstigt.²⁴⁹ Auch Holstein hat in dem Wunsch Englands, ein natürlich gegen Rußland gerichtetes Spezialabkommen mit Japan und Deutschland neben dem Bündnisvertrag mit Deutschland zu schließen, kein Hindernis für den Abschluß eines Bündnisses mit England gesehen.²⁵⁰

Die englischen Politiker haben die Bündnisverhandlungen nicht geführt, um einen „Kontinentalbrand“ oder eine „Einkreisung des Kontinents“ hervorzurufen. Sie wollten Deutschland in Ostasien auf die Seite Englands hinüberziehen, damit durch eine deutsch-japanisch-englische Gruppierung für Rußland ein weiteres Vordringen in Ostasien unmöglich gemacht würde; dies war ihr einfaches Motiv. Ein deutsch-englisches Bündnis hätte zu einer „Einkreisung des Kontinents“ führen können; die europäische Lage wäre besonders unmittelbar nach Abschluß des Abkommens gespannter geworden. Dies in erster Linie haben die deutschen Politiker mit Recht befürchtet. Doch ist es, selbst wenn das deutsch-englische Bündnis lückenhaft gewesen wäre, nicht wahrscheinlich, daß Deutschland durch Rußland und Frankreich in Europa zum Kriege herausgefordert worden wäre. Höchstens auf die Unterstützung der Balkanpolitik Oesterreichs hätte Deutschland verzichten müssen; doch darauf hätte Deutschland, mit dem englischen Bündnis in der Hand, auch verzichten können.

Weder bei Holstein noch bei Lansdowne läßt sich verkennen, daß sie die erheblichen Vorteile bemerkten, die eine bündnismäßige Festlegung der Politik ihrer Länder bringen konnte, und daß sie daher die Bündnisfrage genau zu durchdenken und durchzusprechen

248. GP. 17. 59.

249. BD. 2. 89.

250. Vgl. S. 225 d. Arbeit, auch Eckardstein 2. 343.

suchten. Beide bezweifelten zwar von Anfang an, ob am Ende etwas zustande kommen werde,²⁵¹ aber beide förderten den Gang der Verhandlungen. Doch weder Holstein noch Lansdowne noch sonst irgend ein bedeutender Politiker auf deutscher oder auf englischer Seite hat die Festlegung der Politik seines Landes als *d r i n g e n d n o t w e n d i g* empfunden: England hielt einen Zusammenschluß von Zweibund und Deutschland für unwahrscheinlich,²⁵² Deutschland einen Zusammenschluß von Zweibund und England; Deutschland ging von dem an und für sich richtigen Grundsatz aus, daß die Erhaltung Deutschlands als Großmacht im englischen Interesse liegen müsse,²⁵³ England von dem ebenfalls an und für sich richtigen Grundsatz, daß die Erhaltung Englands als Großmacht im deutschen Interesse liegen müsse.²⁵⁴ Die deutsche Bündniswilligkeit wurde durch die Erwägung vermindert, daß Deutschland durch Abschluß des Bündnisses sich seine Beziehungen zu Rußland, seinem östlichen Nachbarn, gänzlich verderbe; die englische Bündniswilligkeit wurde durch die Erwägung vermindert, daß England durch Abschluß des Bündnisses sich Frankreich (seinen „Nachbarn in Europa und in vielen Teilen der Welt“) und Rußland („dessen Grenzen sich mit den englischen über einen großen Teil Asiens berühren oder fast berühren“) zu Frieden mache.²⁵⁵

Die englischen Politiker haben sich mit dem Scheitern der Verhandlungen nicht deshalb zufrieden gegeben, weil sie nun eine Einigung mit dem Zweibund zu erreichen versuchen wollten. Lansdowne (und Bertie) schwebte im Juni und noch im November 1901 ein Mittelmeerabkommen zwischen England und *D e u t s c h l a n d* — nach dem Muster des Abkommens zwischen England, Oesterreich-Ungarn und Italien von 1887 — vor.²⁵⁶ Salisbury

251. Beide dachten dabei, außer an eigene politische Bedenken, an den zu erwartenden Widerstand Salisbury's; für Lansdowne s. BD. 2. 63.

252. Vgl. die Denkschrift Bertie's, viertletzter und letzter Abschnitt BD. 2. 76; s. S. 235 dieser Arbeit.

253. Vgl. die Kritik Martin Spahns an der englischen Vorkriegs- und Kriegspolitik im Vorwort zu dem Buch von Herkenberg.

254. s. Anm. 252.

255. Memoranden vom Nov. 1901: Lansdowne BD. 2. 78, Punkt 2; Bertie BD. 2. 76 vorletzter Abschnitt.

256. BD. 2. 72, Zeile 13 f.; BD. 2. 76, 78 f. — Eine genaue Erwägung dieses Planes Lansdownes braucht hier nicht vorgenommen zu werden. Bei

sprach sich gegen den Plan aus und verhinderte, daß er Deutschland mitgeteilt wurde. Dies lag ganz im Sinne seiner bisherigen zurückhaltenden Balkanpolitik.²⁵⁷

Die deutsche Forderung auf Einbeziehung Oesterreich-Ungarns (und Italiens) in das Bündnis hat nicht die entscheidende Rolle gespielt, die die Forderung vor Erscheinen der englischen Akten für sie in Anspruch nehmen mußte. Es läßt sich zwar nicht mit Sicherheit beweisen, daß das Bündnis ebensowenig zustande gekommen wäre, wenn Deutschland die Forderung auf Einbeziehung Oesterreichs nicht gestellt hätte. Diese Forderung trug in der Tat dazu bei — das darf jetzt nicht übersehen werden —, die englischen Bedenken erheblich zu verstärken.²⁵⁸

Doch sie v e r s t ä r k t e eben nur das Gewicht des einen Bedenkens, das damals für die englischen Politiker (nicht nur für Salisbury) im Vordergrund stand. Lansdowne betonte es gleich in der ersten Unterredung am 18. März 1901: die Nachbarschaft Rußlands zu Deutschland längs einer so ausgedehnten Grenze mache die Lage Deutschlands genau so verwundbar wie die englische.²⁵⁹ Sanderson hob am 27. Mai hervor, daß der Vertrag auf eine Garantie des Besitzes Elsaß-Lothringens für Deutschland hinausliefe.²⁶⁰ Bertie schließlich in seinem Memorandum vom 9. November legte ausführlich dar, in welchem gefährlichem Zustand sich Deutschland in Europa befände.²⁶¹

ihr wäre Folgendes zu beachten: daß der Plan auch eine Tendenz gegen Frankreich hatte, da auch die Mittelmeerküsten Marokkos und Aegyptens eingeschlossen waren; daß im Gegensatz zu 1887 Deutschland beteiligt sein sollte, daß aber auch die Lage durch Aufgabe des Rückversicherungsvertrags und das russisch-französische Bündnis sich für Deutschland verändert hatte; daß im Gegensatz zu dem Vorschlag Rosebery's von 1894 dieser Plan auch eine Festlegung der englischen Mittelmeer- und Meerengenpolitik gebracht hätte.

257. BD. 2. 80 oben.

258. GP. 16. 57 ff.; Memorandum Lansdownes vom 24. Mai, 4. Abschnitt, BD. 2. 64; vgl. die Gegenüberstellung in Salisbury's Memorandum BD. 2. 68 (beachte, daß Salisbury statt „the British Empire“ schreibt: „the British Isles“!)

259. BD. 2. 61.

260. BD. 2. 66.

261. BD. 2. 74 oben.

Der englischen Politik waren also die Gefahren zu groß, die eine Verpflichtung mit sich führte, Deutschlands und womöglich auch noch Oesterreich-Ungarns europäische Stellung zu garantieren. Sie fragte sich, ob Deutschlands und Oesterreich-Ungarns europäische Politik in den Grenzen defensiven Verhaltens bleiben würde.²⁶² In dieser Frage spüren wir den Uebergang zu einem zweiten Gesichtspunkt der englischen Politik, der bei den Erörterungen im Mai schriftlich noch nicht recht zum Ausdruck kam, den wir aber doch hier als besonders wichtig herausheben möchten. Die Unlust, kontinentale Verantwortlichkeit zu übernehmen, weist zurück in das Zeitalter der „splendid isolation“; das Mißtrauen gegen Deutschland — an und für sich nicht neu — weist doch voraus in das Zeitalter der Einkreisung Deutschlands. Aus der Denkschrift Berties spricht die Befürchtung, England könnte durch das Bündnis seine weltpolitische Bewegungsfreiheit verlieren: „Wenn wir ein formelles Bündnis mit Deutschland hätten, so würden wir entweder unser Verhalten über einen großen Teil des Erdballs in Uebereinstimmung mit Deutschlands Ansichten halten und unsere Politik der deutschen unterordnen müssen, wie es der Fall ist bei Oesterreich und Italien, — oder, wenn wir unabhängig handelten, würde uns, wenn immer wir Maßnahmen ergreifen würden, die für den Schutz unserer Interessen in irgend einem entfernten Teil der Welt notwendig wären, von Deutschland gesagt werden, daß wir eine Lage herbeiführten, die zu einem französisch-russischen Angriff auf uns führen könnte, der Deutschland ohne genügenden Grund verpflichten würde, zu unserer Verteidigung die Waffen zu ergreifen, — oder Deutschland könnte einen Zeitpunkt finden, der für es selbst günstig wäre, aber England nicht passen würde, um einen Krieg über eine Frage herbeizuführen, an der wir kein großes Interesse haben könnten. Erörterungen über diese Fragen würden Zänkereien und Differenzen verursachen und könnten zu einer Entfremdung führen und im offenen Zwist (in an open quarrel) enden“.

Der Glaube, daß die deutsche Weltpolitik nicht mit der englischen vereinbar sei, zusammen mit der Empfänglichkeit für den von Frankreich und Rußland genährten Gedanken, Deutschland

262. Von Lansdowne betonte Problematik des Begriffs „attack“, und das Memorandum Berties.

strebe nach Hegemonie in Europa, ist ein wichtiger Faktor schon bei der Bildung, ganz besonders aber bei der inneren Festigung der Tripleentente gewesen.²⁶³ Weltpolitische Bewegungsfreiheit wollte sich die englische Politik wahren und kontinentale Verpflichtungen nicht eingehen. Es dauerte noch eine gute Weile, bis sie kontinentale Verpflichtungen auf sich nahm, aber die Weltlage von 1901 zwang England dazu, daß es seine weltpolitische Bewegungsfreiheit einschränkte — allerdings in unmittelbarem Dienst seiner ostasiatischen Interessen.

Das englisch-japanische Bündnis.

Die Bündnisverhandlungen hatten ihren Ursprung in der Lage gehabt, die durch Rußlands Mandschureivertrag im Fernen Osten geschaffen worden war. Vielleicht hätten sie zu einem Ergebnis geführt, wenn die Kriegsgefahr weiter angedauert und Rußland Anfang April nicht nachgegeben hätte. Doch bestand die „russische Gefahr“ für England und Japan latent weiter fort und forderte zu Gegenmaßnahmen auf. Bereits am 2. März hatte Hayashi bei der englischen Regierung ein Abkommen angeregt; England machte seine Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Abkommens von der Haltung Deutschlands abhängig.²⁶⁴ Es ist möglich, daß Eckardstein aus eigener Initiative bei Hayashi ein deutsch-englisch-japanisches Bündnis angeregt hat.²⁶⁵ Hayashi griff den Gedanken einer deutsch-englisch-japanischen Entente auf und verschaffte sich von seiner Regierung die Erlaubnis zu inoffizieller Sondierung.²⁶⁶ Er brachte am 17. April gegenüber Lansdowne den Gedanken zur Sprache.

263. In diesem Eindruck bestärkt das Memorandum Crowes vom 1. Januar 1907. BD. 3. 397 ff. — Vgl. die außerordentlich bezeichnende Bemerkung Greys (zu der Auseinandersetzung zwischen Crowe und Sanderson über die Schwierigkeiten, welche die deutsche Politik, insbesondere die deutsche Kolonialpolitik, England gemacht habe und machen werde) am Vorabend der russisch-englischen Entente: „It may all come to rest now“ (BD. 3. 420) — eine Bemerkung, die ihr besonderes Schlaglicht noch durch die Tatsache erhält, daß die Politik Greys zu einem der für Europa und für England schwersten Kriege der Weltgeschichte führte.

264. siehe S. 222 d. Arbeit.

265. Vgl. Meinecke S. 196 Anm. 69. GP. 17. 135 Anm. 2, jetzt auch BD. 2. 107 und 2. 89.

266. Hayashi 116.

Lansdowne antwortete ausweichend; er wies auch auf Deutschland hin.²⁶⁷ Nach der Rückkehr Salisburys wandte sich Hayashi wieder an Lansdowne und ihm wurde wieder darauf geantwortet, er möge genauere Vorschläge machen. Nochmals wies Lansdowne darauf hin, daß Deutschlands Beitritt auch in Betracht käme.²⁶⁸ Inzwischen stürzte in Tokio das Kabinett Ito; es folgte ein Kabinett Saiyonyi, bald darauf ein Kabinett Katsura.

Während der Zeit der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen vom März bis Mai 1901 war also Japan durchaus der werbende Teil und England hielt sich zurück. Lansdowne wartete erst ab, was aus den Bündnisverhandlungen mit Deutschland wurde. Japan befand sich in großer Geldverlegenheit. Mit den Zinsen, die es aus der chinesischen Kriegsentschädigung bekam, konnte es für sich kein Geld borgen. Japan lehnte ein englisches Anleiheangebot ab.²⁶⁹ Rußland bot Japan finanzielle Hilfe an.²⁷⁰ Es hieß, der neue japanische Finanz- und Außenminister sei ganz französisch gesinnt.²⁷¹ Eckardstein machte England fortwährend auf die Gefahr einer japanisch-russischen Annäherung aufmerksam.²⁷²

267. BD. 2. 89. Den Hinweis auf Deutschland berichtet Hayashi 117, Eckardstein 2. 342.

268. Hayashi 119 f.

269. Lascelles sagte dem Kaiser im August: „unter Bedingungen, die Japan schwer hätte annehmen können“ GP. 17. 96, BD. 2. 89 f.

270. Eckardstein 2. 363, 369 f. GP. 17. 142 f. 16. 408.

271. Eckardstein 2. 369 f. GP. 17. 143.

272. Eckardstein 2. 268, 342, 369 f. GP. 17. 141; Hayashi 122. — Wir glauben nicht an die Durchführbarkeit einer Politik nach dem Rezept Frankes, Deutschland hätte Rußland und Japan miteinander aussöhnen und England dadurch (Bedrohung Tschilis!) an Deutschland heranzwingen können. Vor dem Scheitern der Bündnisverhandlungen mit England wäre eine Annäherung an Rußland (ohne diese hätte Deutschland eine russisch-japanische Aussöhnung nicht fördern können) ganz verfehlt gewesen. Nachdem England sich zu einem Bündnis mit Japan entschlossen hatte, war für Japan Deutschlands Haltung gleichgültiger. Selbst wenn man ihre Durchführbarkeit voraussetzt, muß noch gefragt werden, ob nicht England dann eine Einigung mit Rußland gesucht hätte und wie lange Rußland und Japan eine Abgrenzung der Interessensphären eingehalten hätten. Die Gefahr wäre sehr groß gewesen, daß Rußland seine Kräfte nach dem Balkan zurückgelenkt hätte, ohne daß es das Bündnis mit Frankreich aufgab. Keinesfalls liegt hier ein entscheidender Fehler der deutschen Politik vor. Für Deutschland hätte eben ein japanisch-russisches Einvernehmen unter freundlicher Einwirkung Deutschlands ganz

Nicht viel mehr als anderthalb Monate nach dem Scheitern der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen nahm England die Initiative zu den Bündnisverhandlungen mit Japan.²⁷³ Es fürchtete eine japanisch-russische Verständigung.²⁷⁷ Diese Furcht hatte England im März des Jahres nicht davon abgehalten, Japan zurückzuweisen, weil Deutschland nicht die Verpflichtung hatte übernehmen wollen, Frankreich in Schach zu halten. Die Bündnisverhandlungen mit Deutschland waren der Versuch gewesen, durch Eingehen auf deutsche Wünsche Deutschland dazu zu bewegen, in Ostasien auf englisch-japanische Seite zu treten; sie waren am Widerspruch Salisburys gescheitert. Jetzt schlug Salisbury Japan ein Bündnis vor, das die Vertragspartner verpflichten sollte, einander zu Hilfe zu kommen, wenn der eine von ihnen von zwei Mächten angegriffen würde.²⁷⁵ Gegenüber Japan gab Salisbury also das Prinzip der *splendid isolation* auf; auch er sah ein, daß gegen Rußland etwas getan werden mußte. Die Gefahren, die ein Vertrag mit Japan mit sich brachte, schienen der englischen Politik geringer als die Lasten eines Bündnisses mit dem Dreibund. England nahm selbst die Verpflichtung auf sich, Frankreich für Japan in Schach zu halten. Teilte Salisbury die zuversichtlichen Anschauungen, die Bertie in seinem Memorandum im November 1901 zum Ausdruck brachte? Bertie schrieb damals, eine Kombination von Zweibund und Dreibund sei nicht wahrscheinlich, da sie während zweier Jahre Burenkrieg nicht zustande gekommen sei; auch werde Deutschland auf keinen Fall die Vernichtung Englands durch Rußland und Frankreich dulden.²⁷⁶ Wenn dies wirklich richtig war, dann war allerdings kaum zu fürchten, daß Frankreich bei Bestehen eines englisch-

andere Folgen gehabt, als sie das leidliche österreichisch-russische Einvernehmen unter freundlicher Einwirkung Bismarcks gehabt hatte. Dieses hatte Gefahren für Englands Stellung in Asien gebracht, jenes hätte Gefahren für Deutschlands und Oesterreichs Stellung in Europa mit sich geführt.

273. Mit größtem Nachdruck sei auf die Denkschrift Berties vom 11. März 1901 verwiesen, in der ganz vorzüglich das englisch-japanische Verhältnis und seine Beziehungen zu den Kontinentalmächten erörtert sind. Der Verfasser dieser Arbeit hat seine Auffassung der englischen Politik 1901 an dieser Denkschrift gebildet.

274. BD. 2. 43, 137. Hayashi 122 f.

275. Hayashi 122.

276. BD. 2. 76.

japanischen Vertrags in einen russisch-japanischen Krieg eingriff. Noch eine andere Gefahr war zu erwägen: Wenn Japan in einem Krieg mit Rußland Niederlagen erlitt, dann hätte England Japan zu Hilfe kommen oder schleunigst Verständigung mit Rußland suchen müssen. Es mußte der englischen Politik klar sein, daß ein Bündnis mit Japan für England die Gefahr mit sich bringen konnte, in einen Krieg hineingezogen zu werden. Sie wird diese Gefahr in dem Bewußtsein auf sich genommen haben, eigene weltpolitische Interessen dabei zu verteidigen, während ein Bündnis mit dem Dreibund England zur Verteidigung von Interessen hätte aufrufen können, die nicht seine eigenen waren. König Eduard hat diese antirussische Politik gebilligt; er stand damals selbst stark unter dem Eindruck der Gefahr, die England von Rußland drohen konnte und sprach sich für die Unterstützung Japans aus.²⁷⁷ Am 15. Juli 1901 suchte MacDonald Hayashi auf und teilte ihm mit, daß König Eduard einer englisch-japanischen Verständigung geneigt sei und Salisbury ein Bündnis mit Japan wünsche.²⁷⁸ Am 31. Juli sprach Lansdowne selbst mit Hayashi und regte die Diskussion der Bündnisfrage an.²⁷⁹

Doch es war noch die Frage, ob J a p a n wirklich zu einem Bündnis bereit war. Bei aller Zusammenarbeit mit England hatte sich Japan doch bisher stets die freie Hand gewahrt. Hayashi erhielt am 8. August ein Telegramm, in dem die japanische Regierung sein bisheriges Verhalten billigte, ihn zu weiteren Verhandlungen aufforderte, aber ihm noch keine Vollmacht gab.²⁸⁰ Man war sich im Lager der japanischen Staatsmänner noch nicht über die Politik einig, die Japan einschlagen sollte. Hayashi selbst hatte im Juni nach Tokio telegraphiert, der Abschluß eines Vertrages mit England werde beschleunigt werden, wenn Japan Verhandlungen mit Rußland vortäusche.²⁸¹ Es kam aber dazu, daß die Japaner solche Verhandlungen nicht nur vortäuschten, sondern wirklich führten. Der japanische Gesandte in Petersburg hatte gemeldet, Witte scheine zu einem japanisch-russischen Abkommen geneigt zu sein, nach dem Korea zwar neutral, doch in Wirklichkeit ein Protektorat

277. Hayashi 122, BD. 2. 92, 122; GP. 17. 88 f.

278. Hayashi 121 f.

279. BD. 2. 91 f.; Hayashi 126.

280. Hayashi 126. BD. 2. 91 f.

281. Hayashi 124.

Japans werden sollte, wofür Japan die Vorherrschaft Rußlands in der Mandschurei anerkennen sollte.²⁸² Dieser Vorschlag war entschieden verlockender als der vom Januar 1901 zu einer internationalen Garantie der Unabhängigkeit Koreas und er bedeutete auch einen Fortschritt gegenüber dem Abkommen von 1898. Noch während Sone das Außenministerium verwaltete, also vor dem 21. September, trafen sich in der Villa des Premiers Katsura Ito, der im Begriff stand, nach Amerika zu fahren, Jamagata, Inouye, Sone u. a.²⁸³ Ito und Inouye waren für Verhandlungen mit Rußland. Katsura fühlte sich zum mindesten nicht stark genug, um Ito und Inouye entgegenzutreten. Eine Reise Itos nach Petersburg, so mochte er wohl denken, konnte die Engländer nur gefügiger machen.²⁸⁴ Die Verhandlungen mit England steckten damals noch in den Anfängen. Zunächst kamen sie nicht recht vorwärts, weil Hayashi keine Vollmachten hatte und Lansdowne auf Urlaub war. Im September wurde Komura japanischer Außenminister. Er hat sicher dazu beigetragen, daß die japanische Regierung den britischen Kurs einschlug. Hayashi erhielt die Mitteilung, die japanische Regierung habe sich definitiv für ein Bündnis mit England entschieden.²⁸⁵ Bald darauf drängte Komura England, Vorschläge zu machen, wahrscheinlich damit er Itos Ankunft in Europa zuvorkäme.²⁸⁶ England legte einen Vertragsentwurf vor. Komura konnte Ito nicht zurückrufen; Hayashi erhielt Anweisung, nach Paris zu fahren, wo Ito gerade eintraf, und zu versuchen, ihn für den britischen Vertragsentwurf zu gewinnen.²⁸⁷ Hayashi war natürlich durch die Mission Itos unangenehm überrascht; seine Entrüstung wurde noch durch die Nachricht verstärkt, Kurino sei zum Gesandten in Petersburg ernannt worden, angeblich mit dem Auftrag, dort ein japanisch - russisch - (französisches?) Abkommen zu schließen.²⁸⁸ Die Lage war sehr heikel. Es gelang allerdings

282. Mitteilung Hayashis an Eckardstein GP. 17. 143 f.

283. Hayashi 135, 138, 140 f., 204.

284. So wurde es auch später von „einer authentischen Quelle“ dem Tokio Korrespondent Reuters erklärt. Hayashi 161.

285. Hayashi 127 f. BD. 2. 96 unten.

286. BD. 2. 99.

287. Hayashi 134 f.

288. Hayashi 142 f. vgl. 144, 139 f.

Hayashi, Ito davon zu überzeugen, daß die Verhandlungen mit England schon zu weit vorgeschritten seien, um wieder abgebrochen werden zu können. Ito fuhr aber nach Petersburg, weil sein Besuch schon angekündigt war.²⁸⁹ Bei seiner Rückkehr aus Paris am 19. November traf Hayashi die Engländer natürlich sehr übel gelaunt an. Er konnte mit keiner Antwort auf den englischen Vertragsentwurf aufwarten; Ito hatte auf seiner Reise ostentativ London umgangen. Es kam hinzu, daß Komura (angeblich?) krank war.²⁹⁰ Doch wurde an dem englischen Entwurf gearbeitet und Verbesserungen wurden vorgenommen. Auf Befehl des Mikado wurde auch Ito in der Bündnisfrage um Rat gefragt.²⁹¹ Komura war aber so fest zum Bündnis mit England entschlossen, daß er fast unmittelbar danach dem englischen Botschafter schon mitteilte, das japanische Kabinett habe sich zur Annahme des britischen Entwurfs entschlossen.²⁹² Am 7. Dezember fand ein Kronrat statt, in dem die Frage entschieden wurde. Der Premierminister Katsura und der Außenminister Komura hatten ihren Rücktritt angedroht für den Fall, daß das Bündnis mit England abgelehnt werde. In diesem Kronrat wurde gegen Ito und Inouye für ein Bündnis mit England entschieden.²⁹³

Inzwischen hatte Ito in Rußland unterhandelt. Er schlug Witte vor, Rußland solle Japan in Korea freie Hand lassen. Witte erklärte sich einverstanden. Lamsdorff hatte Bedenken, Japan ein Protektorat über Korea zuzugestehen, und versprach, seine Kollegen um Rat zu fragen und ihm die Antwort nachzuschicken. Ito bekam in Petersburg immerhin einen so günstigen Eindruck, daß er sich dafür erklärte, zuerst mit Rußland zu verhandeln.²⁹⁴ Die Entscheidung vom 7. Dezember 1901 machte diesen Plan zunichte. Der Abschluß eines Abkommens mit Rußland mußte zum mindesten auf die Zeit nach Abschluß des Bündnisvertrags mit England verschoben werden.

289. Hayashi 141 f., 140. vgl. 148.

290. Hayashi 145 f. BD. 2. 100 f.

291. Hayashi 150.

292. Hayashi 151. BD. 2. 106. Unmut Itos darüber Hayashi 151 unten.

293. Hayashi 160 f. mit Anmerkung. BD. 2. 102; 106 Die Nachricht von der — innerlich wahrscheinlichen — Rücktrittsdrohung sei mit Vorbehalt wiedergegeben, da sie Zeitungsmeldung ist. Hayashi 160 Anmerkung.

294. Hayashi 157 ff.; vgl. Witte 115 f.

Die Bedenken Ito's und Inouye's gegen ein Bündnis mit England beruhten zu gutem Teile auf der Frage nach der Haltung Deutschlands. Für Japan war die Heranziehung Deutschlands nicht unbedingt erforderlich, weil ihm das feste Bündnis mit England auch bei einem Zusammenschluß der drei Kontinentalmächte zur Not genügen konnte; ein Dreibund mit England und Deutschland wäre aber für Japan natürlich erwünschter gewesen, falls er erreichbar war. Sicher wurden die Sondierungen Japans zur Zeit der Regierung Ito's wesentlich durch die Vermutung erleichtert, daß zwischen Deutschland und England eine Abmachung bestände. Inouye teilte Ito im November seine Bedenken gegen ein englisch-japanisches Bündnis mit. Es sei auffällig, daß England mit seiner politischen Tradition gebrochen habe; England müsse sich also in Not befinden. Es sei zweifelhaft, ob Deutschland an dem Bündnis teilnehmen werde; Ito solle daher die Beziehungen zwischen den europäischen Nationen sorgfältig prüfen. Ito machte sich diese Bedenken zu eigen.²⁹⁵ Ito und Inouye fragten sich offenbar, ob eine deutsch-russische Entente bestand und ob vielleicht England gerade deswegen Japans Beistand suchte. Vielleicht wurde Ito in dieser Beziehung auch in Rußland ängstlich gemacht; die Praxis der russischen Politik war ja immer darauf hinausgegangen, Deutschland bei den Japanern zu verdächtigen. Nicht allein die russenfreundliche Partei, auch die japanische Regierung Komura-Katsura hat an Deutschland gedacht. So hat im Oktober 1901 Hayashi in ihrem Auftrage gefragt, welches die Pläne betreffs Einbeziehung Deutschlands in das Bündnis seien; ein Bündnis mit Einbeziehung Deutschlands werde „look much more formidable“.²⁹⁶ Lansdowne antwortete, erst sollten die Grundzüge des Abkommens festgelegt werden, dann könne man sehen, ob der Umfang und Charakter des Abkommens eine Zuziehung Deutschlands zulasse.²⁹⁷ Die Frage kam noch mehrmals zur Erörterung. Lansdowne gab der Befürchtung Ausdruck, wenn Deutschland zu früh informiert werde, könne es das Abkommen als Mittel benutzen, um seine eigenen Interessen zu fördern.²⁹⁸ Jeder Versuch zur Heranziehung Deutschlands hätte

295. Hayashi 152, 154.

296. Hayashi 131, BD. 2. 97.

297. BD. 2. 97.

298. Hayashi 186.

die Bündnisfrage wieder aufrollen müssen; Lansdowne hat sicher von Anfang an nicht an die Möglichkeit geglaubt, Deutschland zum Vertragspartner zu machen.²⁹⁹ Die japanische Regierung wünschte, nach Fertigstellung des Abkommens Deutschland zur Teilnahme aufzufordern.³⁰⁰ Ito und der Premierminister Katsura hatten Bedenken, wie Deutschland den fertigen Vertrag aufnehmen werde; die Engländer suchten die Japaner hierüber zu beruhigen.³⁰¹ Auf Drängen König Eduards wurde der Vertrag Deutschland bereits acht Tage vor der Veröffentlichung mitgeteilt.³⁰² Den Wünschen Lansdownes gemäß handelte es sich aber nur um eine Mitteilung, nicht um eine Aufforderung zum Beitritt.

In den Verhandlungen über den Text des Vertrages betonte Hayashi von Anfang an, daß es Japan besonders auf Korea ankomme; das Interesse Japans an der Mandschurei sei nur indirekt und beruhe auf der Tatsache, daß Verwickelungen in der Mandschurei zu Verwickelungen in Korea führen könnten.³⁰³ Wenn Korea sicher sei, würden die Japaner wahrscheinlich nicht um der Mandschurei willen Krieg beginnen.³⁰⁴ Doch sorgte Japan durch die Veränderung der Bestimmung „Schutz der Unabhängigkeit und Integrität Chinas“ in „Schutz . . . des chinesischen Reichs“³⁰⁵ dafür, daß eine russische Annexion oder ein russisches Protektorat in der Mandschurei zum Kriegsfall gemacht werden könnten. Viel mehr verlangte Japan Koreas wegen. Es ließ keinen Zweifel darüber, daß es für Japan eine Lebensfrage sei, Rußland aus Korea herauszuhalten.³⁰⁶ Der erste Vertragsentwurf, den England vorlegte, sah das Eintreten des Bündnisfalls für den Fall einer „Absorption“ Koreas

299. Vgl. BD. 2. 121.

300. Hayashi 187, 188. BD. 2. 105 unten, vgl. 104 oben. 2. 120. Komura persönlich glaubte nach Abschluß des Abkommens nicht, daß Deutschland beitreten werde. BD. 2. 122.

301. Hayashi 186, BD. 2. 107.

302. BD. 2. 121 f.

303. BD. 2. 97.

304. BD. 2. 105. Am 19. Dezember. — Am 31. Juli hatte Hayashi nach seiner Angabe (125) gesagt, wenn Rußland einen Teil der Mandschurei besetze, dann werde es Korea absorbieren können und dagegen werde Japan sich wahren.

305. BD. 2. 115, vgl. 2. 125, Hayashi 165.

306. BD. 2. 91, 92, 97.

vor.³⁰⁷ In den von Japan mitgeteilten Verbesserungen wurde gefordert, daß der casus foederis auch bei der Besetzung eines Teils Koreas durch eine andere Macht eintreten sollte.³⁰⁸ Hierbei brauchte es sich nur um den Schutz Koreas vor Rußland zu handeln. Japan wünschte aber mehr: England sollte im Bündnisvertrag die besonderen Interessen Japans in Korea anerkennen und ihm bei der Wahrnehmung dieser Interessen freie Hand lassen.³⁰⁹ Dies war das schwierigste Problem der Verhandlungen. Lansdowne fürchtete, daß England durch irgend eine unbesonnene Maßnahme Japans in einer verhältnismäßig unbedeutenden lokalen Streitfrage in einen Krieg gezogen werden könne.³¹⁰ Er schlug daher vor, daß den Vertragspartnern (d. h. Japan) vorherige Verständigung untereinander zur Pflicht gemacht werde, wenn sie Maßnahmen zur Wahrnehmung ihrer Interessen ergreifen wollten.³¹¹ Japan hatte geltend gemacht, es verlange von England dieselbe Anerkennung seiner Interessen, die ihm Rußland schon 1898 hatte zu teil werden lassen.³¹² Japan wünschte aber nicht nur seine „wirtschaftlichen und industriellen Interessen“ wahrnehmen zu dürfen, sondern wollte auch in militärischen und politischen Fragen freie Hand haben. Es dachte z. B. an den Fall einer Ernennung russischer Militärinstruktoren in Korea, besonders an den Fall, daß Rußland an der Korea-Straße Land pachte. Dann müsse Japan schnell handeln (also ohne England zu fragen) und müsse die Gewißheit haben, von England nicht im Stich gelassen zu werden.³¹³ Um die englischen Bedenken zu beseitigen, wollte Japan erklären, es habe keine aggressiven Absichten in Korea.³¹⁴ Der zweite englische Vertragsentwurf verlangte diese Erklärung von Japan. Er kam Japan entgegen in der Anerkennung auch der politischen Interessen Japans in Korea. Doch war das Recht zur Wahrnehmung der Interessen auf den Fall be-

307. BD. 2. 99 f., 115. Hayashi 134.

308. BD. 2. 115.

309. BD. 2. 97 f., Hayashi 134, BD. 2. 115.

310. BD. 2. 103 Nr. 115, Nr. 116.

311. BD. 2. 113. Auch war er bereit, die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Koreas als Vertragsziel festzulegen. BD. 2. 105.

312. BD. 2. 97; vgl. S. 120 dieser Arbeit.

313. BD. 2. 105; Hayashi 166.

314. BD. 2. 116; Hayashi 169.

schränkt, daß sie „durch die aggressive Aktion einer anderen Macht“ bedroht würden. Der japanische Gegenentwurf ließ diesen Passus aus. Auf ihn kam es aber England gerade an, weil es nicht durch eine aggressive Politik Japans in Korea in Krieg verwickelt werden wollte.³¹⁵ Die japanische Regierung erklärte, sie werde den englischen Passus billigen, wenn ihrem Wunsche Genüge getan werde, daß Japan im Fall von inneren Unruhen in Korea Handlungsfreiheit haben sollte.³¹⁶ Lansdowne äußerte Bedenken, Hayashi erklärte, wie problematisch im Fall innerer Unruhen der Begriff des „Angriffs“ sei. Schließlich gab Lansdowne nach; nur beschränkte er durch den Zusatz „für den Schutz des Lebens und Eigentums seiner Untertanen“ die Möglichkeit zum Eingreifen auf den Fall wirklich ernster Unruhen.

Im übrigen verdienen noch folgende Einzelheiten des Vertrags Beachtung. Der englische Vertragsentwurf sah vor, daß England oder Japan, ohne sich untereinander zu beraten, keine Verträge mit einer anderen Macht (Rußland!) über den Fernen Osten schließen sollte. Auf Japans Vorschlag wurde dieser Bestimmung eine Wendung gegeben, die es ihm möglich machte, mit Rußland Verträge zu schließen, ohne England während der Verhandlungen darüber Mitteilung zu machen, wenn diese Verträge nicht dem Bündnis widersprachen.³¹⁷ England wünschte, daß der Text des Vertrages nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit abgefaßt werde; der Vertrag sollte ja veröffentlicht werden. Lansdowne machte geltend, Japans Interessen in Korea seien viel größer als die Englands am Jangtse.³¹⁸ Auf Wunsch einiger englischer Minister³¹⁹ empfahl Lansdowne die Einbeziehung Indiens Japan zur Erwägung, nahm diesem Wunsch aber allen Nachdruck dadurch, daß er ihn nicht in seinem Entwurf als Forderung aufstellte.³²⁰ Japan lehnte ab und setzte als Geltungs-

315. Hayashi 175 f. Lansdowne äußerte, durch die Auslassung des Passus werde der Abschluß des Abkommens gefährdet. BD. 2. 112.

316. Hayashi 176 f.; vgl. schon Hayashi 169. Hayashis Memoiren sind hier nicht ganz korrekt.

317. BD. 2. 117; Hayashi 180 f.

318. 6. November Hayashi 133. 16. Dezember Hayashi 167. Hayashis Erwiderung BD. 2. 104.

319. Hayashi (183) vermutet Chamberlain.

320. BD. 2. 99. Er brachte die Frage am 19. Dezember nochmals vor; Hayashi 185.

bereich des Abkommens statt „Far East“ „Extreme East“ fest, damit kein Zweifel aufkommen konnte.³²¹

Dem Bündnisvertrag wurde eine geheime Note beigelegt. Anfang Dezember hatte Japan dem englischen Entwurf folgenden Artikel zugefügt: „Jeder der beiden Vertragspartner wird sich bemühen, zu allen Zeiten im Fernen Osten Seestreitkräfte zu unterhalten, die denen der im Fernen Osten stärksten dritten Macht (Rußland!) überlegen sind.“ Das Verlangen war deshalb so hoch gestellt, weil Japan für alle Fälle auch Schutz gegen die Flotten aller drei Kontinentalmächte haben wollte.³²² Lansdowne sprach sogleich seine ersten Bedenken gegen eine solche Beschränkung der maritimen Handlungsfreiheit des britischen Reichs aus.³²³ Der japanische Entwurf vom 31. Dezember schwächte die Bestimmung bereits durch Einschlebung des Ausdrucks „soweit möglich“ ab, Lansdowne setzte für „im Fernen Osten“ „verfügbar für Konzentration im Fernen Osten“. Hiermit gab sich Japan zufrieden.

Nach dem Abschluß des Bündnisvertrags hatten beide Mächte, England und Japan, die Möglichkeit, gegen Rußland eine energischere Politik zu treiben wie bisher. Beide hatten dabei die Gefahr auf sich genommen, daß die Kontinentalmächte sich gegen sie vereinen konnten. England hat nicht an diese Vereinigung geglaubt.³²⁴ Japan konnte die Gefahr auf sich nehmen, weil es England durch das Bündnis fest auf seine Seite gebunden hatte. Gab Rußland dem Druck des englisch-japanischen Bundes nach, dann war eine Einigung aller drei Mächte, Englands, Japans und Rußlands (und dazu Frankreichs) denkbar. Deutschland (unter Umständen auch Amerika) mußte dann der Leidtragende sein. Gab Rußland nicht nach und brach ein Krieg aus, so kam es auf den Verlauf dieses Krieges an. Wenn Japan vollständig von Rußland geschlagen wurde, mußte England im Fernen Osten in arge Bedrängnis kommen. Erschöpften sich Japan und Rußland gegenseitig, so blieb der bisherige Zustand weiter erhalten. Wurde Rußland von Japan vollständig geschlagen, dann war England in Ostasien von dem Druck befreit, der seit 1895 auf ihm lastete.

321. BD. 2. 115, Hayashi 183.

322. BD. 2. 107.

323. BD. 2. 103, Nr. 115 u. Nr. 116. Dann BD. 2. 104 f.

324. Auch die Bündnisverhandlungen mit Deutschland können es darin bestärkt haben.

Fünfter Teil.

Die Entscheidung im Fernen Osten.

Deutsch-englische Entfremdung und englisch-französische Annäherung.

Mit dem Ende der deutsch-englischen Bündnisverhandlungen und dem Abschluß des englisch-japanischen Vertrags war noch keine Lösung der ostasiatischen Spannungen, keine Entscheidung im Kampfe zwischen England und Rußland erreicht. Die Probleme, die der Ferne Osten der internationalen Politik seit 1895 stellte, blieben noch bis 1905 offen. Für Deutschland hatte das englisch-japanische Bündnis den Vorteil, daß es eine englisch-russische Verständigung, für die in der letzten Zeit in der englischen Öffentlichkeit geworben worden war, so gut wie aussichtslos machte. Eine englisch-russisch-japanische Entente im Fernen Osten war nur dann überhaupt denkbar, wenn Rußland sich auf seine Eisenbahnunternehmungen in der Mandschurei beschränkte. Hierzu kam es nach 1902 ebensowenig wie 1898. Die Isolierung Rußlands war jetzt die Hauptaufgabe der englischen Politik. 1901 war der Versuch mißlungen, Deutschland zu einer Verpflichtung zu veranlassen, daß es Frankreich für Japan in Schach halten werde. Im englisch-japanischen Vertrag hatte England diese Verpflichtung selbst übernommen. Gute Beziehungen zu Frankreich waren daher für England geboten. Seit Anfang 1902 entfremdeten sich Deutschland und England immer mehr. Nachdem der Versuch zu einer politischen Verständigung gescheitert war, wirkten sich in der Richtung der Entfremdung jetzt die Wirtschaftskonkurrenz, der deutsche Flottenbau und die persönliche Politik König Eduards aus.

Deutschlands Politik in Ostasien hatte es im Jahre 1900 Rußland entfremdet und England näher gebracht. Doch seitdem Deutschland bestrebt war, seine Truppen aus China zurückzuziehen, legte sich die Ende 1900 so starke deutsch-russische Verstimmung. Schon in der Frage der Kriegskostenentschädigung und der Truppenzurückziehung bemerkte man Aehnlichkeit deutscher und russischer Interessen.¹ Im April 1901 machte die russische Regierung den Versuch, Deutschland zu einer französisch-russischen Garantie einer Anleihe an China heranzuziehen. Die deutsche Regierung ließ diesen Vorschlag im Hinblick auf die Verhandlungen mit England und die französisch-russische Intimität liegen.² Im September 1901, nach dem Scheitern der deutsch-englischen Verhandlungen, trafen sich Kaiser und Zar in Danzig. Die Beziehungen beider Regierungen und beider Herrscher wurden wieder entspannt. Allzuviel durfte sich Deutschland nicht davon versprechen: bezeichnenderweise fuhr der Zar nach seinem Aufenthalt in Danzig nach Paris.

Der Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses traf Rußland überraschend und schwer. Lamsdorff dachte an eine russisch-französische Deklaration, worin die in dem englisch-japanischen Vertrag als Zweck desselben ausgesprochenen Sätze ebenfalls Aufnahme finden sollten, jedoch mit dem Zusatz, daß „falls die beteiligten Mächte von China oder einer anderen Macht in ihren Rechten o d e r I n t e r e s s e n geschädigt würden, sie sich über die zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten hätten.“³ Auf ausdrücklichen Wunsch des Zaren, so erzählte später Osten-Sacken, sollte auch Deutschland zur Teilnahme aufgefordert werden.⁴ Der Vorschlag wurde damit begründet, daß China durch den englisch-japanischen Vertrag zu übermütig werden könne. Doch natürlich hätte die Teilnahme an der geplanten Erklärung Deutschland vor aller Welt in Ostasien auf die Seite des Zweibunds festgelegt. Bülow dachte nicht daran, sich auf eine Erneuerung des ostasiatischen Dreibunds in dieser Form einzulassen. Es bezeichnet die

1. Eckardstein, 2. 331. GP. 16. 404, 434.

2. 16. 408, 412, 420.

3. GP. 17. 157 ff.

4. Dadurch bleibt es wohl nicht ausgeschlossen, daß Lamsdorff selbst diesen Gedanken schon vorher gehabt hat.

Bedeutung des Eintritts Japans und Amerikas in die Weltpolitik, daß Bülow als Folge eines solchen Dreibunds den engeren Zusammenschluß Englands, Japans und Amerikas befürchten konnte; daran wäre 1895 noch nicht zu denken gewesen. Holstein fürchtete auch, daß eine Erneuerung des Dreibunds England den Vorwand geben könnte, von dem Jangtse-Abkommen zurückzutreten. Das Entscheidende war doch wohl, daß Deutschland nicht für russische Interessen in Ostasien ins Feuer gehen wollte. Es war mit größter Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß die Aktivierung des Dreibunds durch russische Interessen erfolgen würde. Deutschland brauchte nicht zu befürchten, daß durch seine Ablehnung eine englisch-russische Verständigung erleichtert würde oder daß seine Interessen am Jangtse gefährdet würden; auch war nicht damit zu rechnen, daß durch Annahme des russischen Vorschlags die französische Gefahr für Deutschland geringer werden würde. Die rauhe Form der Ablehnung durch Bülow verstimmte Lamsdorff allerdings stark. Frankreich ging, sicher nur mit Widerwillen, auf den russischen Vorschlag ein. Nur dank der unbestimmten Form der Erklärung ist es Frankreich möglich gewesen, 1904 ohne Vertragsbruch neutral zu bleiben. Ernste Folgen hat Deutschlands Ablehnung nicht gehabt. Rußland brauchte sein Wohlwollen, um Rückendeckung für Ostasien zu haben. Auch die Bagdadbahn hat daran nichts ändern können.

Die deutsch-englischen Beziehungen wurden auch durch eine ostasiatische Spezialfrage belastet. Das deutsch-englische Chinaabkommen und die Zurückziehung der deutschen Truppen aus Tschili schlossen, so sollte man denken, jede Konfliktsmöglichkeit aus. Aber bei der Verschlechterung der deutsch-englischen Beziehungen wurde auch das Jangtse-Abkommen Erschütterungen ausgesetzt. Der Anspruch Englands, daß es irgendwie ein besonderes Anrecht auf das Jangtse-Tal habe, war nicht zu beseitigen; ebensowenig verschwand das deutsche Mißtrauen. Je weniger England auf gute Beziehungen zu Deutschland Wert legte, desto eher war auch zu befürchten, daß England vom Jangtse-Vertrag abweichen werde. Daher nahm sich Deutschland keine Eile, seine Truppen aus Schanghai herauszuziehen.⁵ Im Februar erhielt die

5. GP. 16. 451 ff.

deutsche Regierung die Nachricht, England habe den Vizekönigen einen geheimen Vertrag zum Schutze des Jangtse-Tals angeboten.⁶ Daraufhin regte Bülow den Gedanken an, daß das Jangtse-Tal förmlich unter internationalen Schutz gestellt werde. Nach dem Jangtse-Abkommen war dies eigentlich ganz überflüssig, wenn man England noch trauen konnte. Deutschland wandte sich mit seinem Plan zuerst an Amerika. Im Juli 1900 hatte die deutsche Politik auch an die Heranziehung Amerikas gedacht, aber nicht in Washington sondiert; damals lag der Nachdruck auf dem Versuch, die Zweibundmächte gegen England auszuspielen. Die Sondierung im Februar 1902 ist nur der erste der Versuche Deutschlands, im Bunde mit Amerika englische Absichten gegen die offene Tür zu vereiteln. Im Februar 1902 gaben die Amerikaner der deutschen Sondierung dieselbe Wendung wie Salisbury im Jahre 1900: Hay erwiderte „ein Kollektiv-Protectorat über ganz China sei ein wünschenswertes Ziel.“⁴ In der Tat hätte die besondere Heraushebung eines Teils Chinas der traditionellen Linie der amerikanischen Politik widersprochen und außerdem England vor den Kopf gestoßen. Mit seiner Antwort gab Amerika dem deutschen Vorschlag eine Spitze gegen Rußland; im Gegensatz zu der Lage im Herbst 1900 war die englische Gefahr 1902 Deutschland nicht groß genug, um es zu dem Versuch zu veranlassen, seine Rußlandpolitik mit dem Grundsatz der Integrität Chinas zu vereinen.

Anfang August 1902 schien die gemeinsame Räumung Schanghai gleichzeitig durch alle Mächte in Fluß zu kommen.⁸ Da erhielt aber die deutsche Regierung eine bedenkliche Nachricht. In Schanghai verhandelte der englische Delegierte Mackay über einen Handelsvertrag mit China. Es hieß, daß Mackay den Vizekönig Tschang-Tschi-Tung dazu dränge, daß den Engländern zum Schutze des Handels und im Falle von Unruhen gestattet werde, die Kiangjing Forts zu besetzen und mehrere Kriegsschiffe im Hafen von Tsingjiang zu stationieren.⁹ Vielleicht hätte es mehr im Geiste des

6. 16. 459.

7. 16. 470 f.

8. 16. 461. — Das britische Blaubuch abgedruckt StA. 67. 230 ff.

9. 16. 471. Es besteht keine Möglichkeit, die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieses Gerüchts überzeugend zu erweisen. Ebenso steht es mit der Meldung über ein englisches Vertragsangebot an den Vizekönig im Februar

Jangtse-Abkommens gelegen, wenn die deutsche Regierung dieser Nachricht wegen offen an England herangetreten wäre. Deutscherseits fühlte man sich aber enttäuscht durch die angebliche Rücksichtslosigkeit, mit der England bei den Handelsvertragsverhandlungen vorging.¹⁰ Bülow hatte den Plan, daß die Mächte China die Verpflichtung auferlegen sollten, keiner Macht Sondervorteile im Jangtse-Tal zu gewähren. Da chinesische Erklärungen verhältnismäßig wenig nützen konnten, wenn nicht dabei andere Mächte hineingezogen wurden, so sondierte Deutschland diesmal bei Frankreich. Delcassé erklärte sich mit der deutschen Forderung einverstanden, doch wußte er es zu umgehen, mit Deutschland zusammen gegen England gemeinsame Schritte zu tun. Als England Ende September eine Festsetzung des Räumungstermins vorschlug, entschloß sich Deutschland, England von seinem schon im August erwogenen P l a n e, die erwähnte Forderung an China zu stellen, in Kenntnis zu setzen.¹¹ Ungefähr gleichzeitig teilte es aber seine F o r d e r u n g an China selbst mit, an die Peking Zentralregierung und an die beiden Vizekönige des Jangtse-Tals.¹² Da die Mitteilung in London erst am 8. Oktober ausgeführt wurde, während sie der deutsche Geschäftsträger in Peking mündlich schon vor dem 7. Oktober, schriftlich am 7. Oktober den Chinesen gemacht hatte,¹³ mußte man in England den Eindruck haben, Deutschland sei illoyal vorgegangen. Deutschland erhielt aus China sehr schnell Zusagen auf seine Forderung. Kaum hatte England von dem Vorgehen der deutschen Politik erfahren, so arbeitete es bei der Zentralregierung und den Vizekönigen gegen den deutschen Vorschlag. Es erklärte nachdrücklichst, es werde sich nicht um chinesische Verpflichtungen kümmern, die die Handlungsfreiheit der britischen Regierung be-

(s. 2 Seiten vorher). Außer BD. 2. 138 ff. vgl. man noch BD. 3. 428 (Sanderson).

10. 16. 487 Anm. 2 und BD. 2. 150 f. Das Quellenmaterial über die Vorgeschichte des Handelsvertrags reicht nicht aus, die Berechtigung dieser Stimmung zu beweisen.

11. 16. 466.

12. BD. 2. 142; den logischen Unterschied der Mitteilungen umschreibt Lansdowne BD. 2. 150, Nr. 167, 4. Abschnitt.

13. So erzählte es noch vor dem 15. Oktober der deutsche Geschäftsträger selbst dem britischen Gesandten. BD. 2. 142. BD. 2. 147, Nr. 163, Abschnitt 2, geht noch über das BD. 2. 142 (Nr. 154) Mitgeteilte hinaus.

engten.¹⁴ Nach der deutschen Seite hin gab England dem deutschen Vorschlag die Beschränkung: „für die Zurückziehung ihrer Truppen aus Schanghai“ wollten die Mächte keine Sondervorteile beanspruchen.¹⁵ Auf englische Einwirkung¹⁶ gaben jetzt der Vizekönig und die Zentralregierung der Erklärung an Deutschland die Modifikation, daß sie sie auf ganz China erweiterten.¹⁷ Dadurch wurde der Angelegenheit die uns bekannte Wendung gegeben. Ebenso wie zu Anfang des Jahres mußte Deutschland den Rückzug antreten, um sich nicht gegen Rußland zu engagieren.¹⁸ Der Kaiser hatte ausdrücklich darauf gedrängt, daß die chinesische Verpflichtung nicht nur zwischen Deutschland und China festgelegt werde; die anderen Mächte sollten auch gebunden werden.¹⁹ Da dies nicht zu erreichen war, und Deutschland die Beziehungen zu England nicht überspannen wollte, begnügte es sich mit der chinesischen Erklärung, China werde nirgends Sondervorteile gewähren. Schon ohnedem spürte der Kaiser bei seinem Aufenthalt in London die englische Verstimmung über die deutschen Verhandlungen mit China.²⁰ Scheinbar hatte Lansdowne Recht, eine erneute Bindung Chinas sei überflüssig und es war auch wirklich „schwer abzusehen, in welcher Form England an einem Punkt des Jangtse festen Fuß fassen könnte, ohne die Bestimmungen des Vertrags vom Oktober 1900 und die Erklärungen über das Prinzip der offenen Tür zu verletzen.“ (Bülow).²¹ Lansdowne wollte aber nicht noch einmal England ohne Kompensationen auf dies Prinzip festlegen. Er äußerte, England könne sich nicht durch einen Vertrag mit der chinesischen Regierung mit Bezug gerade auf das Gebiet, wo es die größten Interessen wahrzunehmen habe, die Hände binden und etwaige günstige Konjunkturen, die die Zukunft bringen könnte, abschneiden.²² Lansdowne brachte auch wieder den alten schiefen

14. BD. 2. 143 f.

15. GP. 16. 472.

16. Japan erklärte, es sei bereit, sich anzuschließen. BD. 2. 144 f.

17. 16. 477 f., Anm.; vgl. BD. 2. 143 unten.

18. nicht etwa Schantungs wegen, wie der japanische Außenminister vermutete, BD. 2. 145.

19. GP. 16. 473.

20. 17. 117; vgl. BD. 2. 148.

21. 16. 482.

22. GP. 16. 467; vgl. BD. 2. 148 Nr. 164, 4. Abschn.

Vergleich mit Schantung vor;²³ die Times erinnerte an das deutsch-englische Bankabkommen vom September 1898.²⁴ Wachsamkeit war auf deutscher Seite also schon am Platze; sie war besonders in kritischen Zeiten, wie sie 1904 wieder kamen, geboten.

Der Zwischenfall wegen der Räumung von Schanghai war nur ein Spezialfall, der in der Richtung der damaligen deutsch-englischen Entfremdung lag. Chamberlain persönlich war sehr stark gegen Deutschland erbittert. Es war von Bülow sehr unklug gewesen, durch seine Rede im Januar 1902 Chamberlain endgültig Deutschland zu entfremden. Im November 1902 sprach sich Chamberlain in folgender Art aus: im deutschen Volk habe sich anscheinend der Gedanke festgesetzt, es könne Deutschland im Laufe der Jahre mit Leichtigkeit gelingen, England und sein Kolonialreich zu Fall zu bringen und dessen gesamte Erbschaft anzutreten. Der Glaube an die Isolierung Englands sei aber eine Legende. Ebenso wie England 1896 bestimmt auf Frankreich rechnen konnte, so werde es auch künftighin stets in der Lage sein, einen, wenn nicht mehrere Bundesgenossen selbst im letzten Moment zu finden. Im Februar 1902 bereits hat Chamberlain mit Cambon konferiert.

Die Verhandlungen zur englisch-französischen Entente wurden aber durch die Initiative Frankreichs eingeleitet.²⁵ Anfang August 1902 machte Cambon im Auftrage Delcassé's Lansdowne Eröffnungen zu einer Einigung über Siam und Marokko; in Siam Teilung der Interessensphären, wie in dem Abkommen von 1896 bereits vorgezeichnet;²⁶ im Falle der „Liquidation“ Marokkos eine spanische Zone im Norden, Neutralisation Tangers, im übrigen für Frankreich freie Hand. Cambon betonte, daß Deutschland aus Marokko und aus Siam ausgeschlossen werden sollte.²⁷ Frankreich sei nicht Rivale Englands auf den Weltmärkten wie die Vereinigten Staaten und Deutschland.²⁸ Auch in späteren Unterredungen trat die anti-

23. 16. 480; vgl. BD. 2. 147.

24. 16. 482.

25. BD. 2. 263 ff.

26. Allerdings zog das Abkommen von 1896 nicht das ganze Stromgebiet des Mekong in die französische Sphäre. BD. 2. 291.

27. BD. 2. 272.

28. BD. 2. 274.

deutsche Tendenz der französischen Angebote klar zutage.²⁹ Lansdowne verhielt sich zurückhaltend. Im Herbst sicherte sich Frankreich durch einen Vertrag mit Siam Vorzugsrechte für das Stromgebiet des Mekong. Um die gleiche Zeit erweiterte England durch Verträge mit malaiischen Häuptlingen seine Machtsphäre auf der Halbinsel Malaka. Es gelang allmählich, die beiderseitige Politik im Sinne des Vorschlags Cambons auszubalancieren. Wirklich in Fluß kamen die englisch-französischen Verhandlungen erst im Sommer 1903, seit dem Besuch Delcassé's in London.³⁰ Hier äußerte Delcassé, er wäre sehr für ein umfassendes Abkommen; die ägyptische Frage bilde einen Teil der größeren afrikanischen, die sicherlich zur Zufriedenheit gelöst werden würde, wenn England und Frankreich sich nur über die Stellung Frankreichs in Marokko einigten. Mehr als die Einzelheiten der nun folgenden Verhandlungen interessieren uns hier die Beziehungen dieser Annäherung zu Rußland. Würde die Annäherung Frankreich Rußland entfremden, oder alle drei Mächte zusammenführen?

Krieg oder Viererbund.

Delcassé arbeitete bewußt auf die Triple-Entente hin. Auch König Eduard war gewiß für eine englisch-russische Verständigung; doch er wünschte nicht, daß England schwere Opfer dafür brächte. Salisbury hatte gewußt, daß die anderen (d. h. Deutschland) ihre Stärke der englisch-russischen Rivalität verdankten und er beklagte daher die Fülle der Interessengegensätze zwischen England und Rußland.³¹ Balfour, Salisburys Nachfolger, war für eine reinliche Scheidung zwischen englischen und russischen Interessengebieten; er wollte eine Grenze vom Golf von Alexandrette nach dem Hindu-kusch und von dort bis nach der Mündung des Jangtse gezogen wissen.³² Im Frühjahr 1903 fanden Verhandlungen über Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Persien statt. Doch Rußland ging nicht darauf ein; warum sollte es sich hinter eine Grenze festlegen lassen? Sein Einfluß in Persien nahm ständig zu. Anderer-

29. BD. 2. 275.

30. BD. 2. 294 ff.

31. Lee 2. 279.

32. GP. 17. 557.

seits wachte Curzon über die britische Suprematie am Persischen Golf. Im Mai erklärte Lansdowne öffentlich, England werde keine Flottenstation einer anderen Macht am Persischen Golf dulden.³³ England war entschlossen, in Afghanistan keinen russischen „Agenten“ zuzulassen. Es zog Tibet in den Kreis seiner Politik. Das wichtigste Feld war und blieb China. Wenn sich dort England mit Rußland über Interessensphären hätte verständigen wollen, hätte es Amerika kränken müssen, auf dessen Freundschaft es doch so großen Wert legte. Vor allem stand zwischen Rußland und England Japan. König Eduard selbst hat die Notwendigkeit des Bündnisses vor und nach seinem Abschluß klar erkannt.³⁴ Gegen diesen politischen Antagonismus hätte auch die englische und französische Hochfinanz nicht ankommen können, die zu einer Triple-Entente geneigt war.³⁵ Wie aber, wenn Japan selbst einen Ausgleich mit Rußland suchte? Japan hatte ja auch während der Bündnisverhandlungen mit England großen Wert darauf gelegt, daß ihm die Möglichkeit zu einem Abkommen mit Rußland offenblieb.

Für Rußland, für den Zaren wie für die Regierung, standen die ostasiatischen Fragen im Vordergrund. Bei aller Unruhe, die die Jahre 1902 und 1903 auf dem Balkan brachten, ging vom Nahen Osten keine Erschütterung der Weltlage aus, weil Rußland um Ostasiens willen sich dort auf Zusammenarbeit mit Oesterreich einließ. Im Frühjahr 1901 hatte Rußland angesichts des Widerspruchs der Mächte seinen Vertragsentwurf über die Mandschurei zurückziehen müssen. Doch blieb die Mandschurei besetzt. Witte war für Räumung; Kuropatkin wünschte aus strategischen Gründen, daß die nördliche Mandschurei fest in der Hand Rußlands bliebe. Neue Verhandlungen zwischen China und Rußland begannen, wurden aber durch den Tod Lis im Oktober 1901 verzögert. China wollte die Räumungsfrist auf dreimal je vier Monate beschränkt wissen, während der russische Entwurf dreimal ein Jahr vorgesehen hatte. Im Vertrag vom April 1902³⁶ wurden die Räumungsfristen auf drei-

33. 17. 558.

34. BD. 2. 136.

35. Vgl. Eckardsteins Denkschrift GP. 17. 567 ff. und die sich daran knüpfenden Erörterungen. — Zur Tätigkeit Thomas Barclays, des Präsidenten der britischen Handelskammer in Paris, vgl. auch BD. 2. 261, 290 f.

36. Mac Murray, 326 ff.

mal $\frac{1}{2}$ Jahr festgesetzt. Rußland gab auch die Bahn Shanhaikwan-Inkeau-Sinmintin zurück. In der Präambel des Räumungsartikels aber stand der Vorbehalt: „Vorausgesetzt, daß keine inneren Unruhen entstehen und daß die Handlungsweise anderer Mächte dem kein Hindernis in den Weg legt“. Damit hatte sich Rußland eine Hintertür offengelassen, so daß es gegebenenfalls den Vertrag nicht auszuführen brauchte. Immerhin bedeutete der Vertrag den Sieg der gemäßigten Richtung, den Sieg Wittes und Lamsdorffs. Die erste Zone wurde in der Tat im Herbst 1902 geräumt. Infolgedessen lag auch die Möglichkeit einer russisch-japanischen Verständigung nahe. Im Herbst 1902 machte Japan Rußland neue, allerdings sehr anspruchsvolle Vorschläge über Korea. Witte hielt sich damals im Fernen Osten auf; doch wurde ihm nicht gestattet, nach Tokio zu fahren und dort zu verhandeln.³⁷ Witte war entschieden dafür, Japan durch Ueberlassung Koreas zu beunruhigen und zu beschäftigen. In einer Konferenz im Januar 1903³⁸ wurde die Frage besprochen; man einigte sich darauf, daß eine Entente mit Japan wünschenswert sei, daß man es aber Japan zu überlassen habe, auf seine Vorschläge zurückzukommen. In derselben Konferenz wurde auch die mandschurische Frage erörtert; denn der zweite Räumungstermin rückte heran.³⁹ Es wurde abgelehnt, unter Berufung auf den Vorbehalt des Vertrages von 1902 die Räumung zu verweigern. Dagegen fand der Vorschlag Lessars, des russischen Gesandten in Peking, Annahme, die Räumung an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Die wichtigsten dieser Bedingungen waren: China tritt kein Gebiet in der Mandschurei an eine andere Macht ab; es öffnet ohne russisches Einverständnis keine neuen Häfen in der Mandschurei und läßt keine Konsuln zu. Auf die Verwaltung von Nordchina gestattet China keinen fremden Staatsangehörigen Einfluß.⁴⁰ Die russisch-chinesische Bank behält die Zollverwaltung in Niutschwang. Auch teilte man China mit, daß Niutschwang erst nach der Annahme der drei ersten und wichtigsten russischen Bedingungen geräumt werden würde. Gleichviel ob China die Bedingungen annahm oder ob es sie ablehnte und die Räumung der

37. Marc, 154.

38. Marc, 167 f.

39. Marc, 180.

40. BD. 2. 201 f.

Mandschurei verschoben wurde, in jedem Falle behielt Rußland die Mandschurei in seiner Gewalt.

Die volle Tragweite der russischen Politik reichte noch weiter. Sie suchte die russische Macht in der Mandschurei intensiver zu machen und griff auch über die Grenzen nach Korea hinüber. Besobrasow war ihr Träger und gewann immer größeren Einfluß auf die russische Politik. Trotz des Vertrages vom April 1898 hatte Rußland seine Bestrebungen in Korea nicht völlig aufgegeben. Im Jahre 1900 fürchtete Japan, Rußland wolle sich in Masampo eine Flottenstation verschaffen.⁴¹ Dies hätte es nie geduldet; auch Ito war der Ansicht, daß Japan eine Verständigung mit Rußland nicht mit dem Preis einer russischen Flottenstation an der Koreastraße bezahlen könnte.⁴² Wichtiger für die zukünftige Entwicklung wurde das Unternehmen Besobrasows. Schon 1896 hatte ein russischer Kaufmann Briner die Konzession zur Ausbeutung der Wälder am Jalu, dem Grenzfluß zwischen der Mandschurei und Korea, bekommen; diese Konzession ging auf Besobrasow über. Hieraus entwickelte sich die „Industriegesellschaft Ostasiens“. Die politischen Ziele der Gesellschaft lagen klar auf der Hand. Im Herbst 1902 reiste Besobrasow nach dem Fernen Osten und entfaltete eine lebhaftige Tätigkeit in der Mandschurei. Er suchte seinen Einfluß gegen die Räumung geltend zu machen. Der Generalgouverneur Alexejew trat auf seine Seite. Gewiß wird man aus der Tatsache, daß die Tätigkeit der Gesellschaft auf beide Ufer des Jalu sich erstreckte und daß Offiziere und Soldaten an ihr teilnahmen, nicht eine unmittelbare Bedrohung Koreas ableiten können. Die Gesellschaft befestigte aber Rußlands Stellung in der südlichen Mandschurei; es mußte der Eindruck entstehen, daß Korea Rußland früher oder später anheimfallen werde.

Schon im Februar 1902 sah sich Rußland einer englisch-japanisch-amerikanischen Front gegenüber, als Amerika sich mit Nachdruck für die Aufrechterhaltung der offenen Tür in der Mandschurei aussprach⁴³ und kurz danach das englisch-japanische Bündnis veröffentlicht wurde. Dieselbe Front bildete sich im April 1903.

41. genaueres: BD. 2. 32 f.; Hayashi 167.

42. BD. 2. 110.

43. Dennett, 130 f.

Amerikas Interessen an der Mandschurei waren recht groß. Niutschwang stand im Wert der amerikanischen Einfuhr an dritter Stelle der chinesischen Häfen; die amerikanische Einfuhr (Textilien) übertraf stark die englische.⁴⁴ Amerikanische Kanonenboote lagen im Winter 1901/02 vor dem Hafen. Der neu ernannte amerikanische Konsul Miller bereiste im Frühjahr 1902 die Mandschurei; er empfahl als einziges Mittel gegen das Vordringen Rußlands die vollständige Oeffnung der Mandschurei. Die amerikanische Regierung beschränkte sich darauf, die Oeffnung der Häfen Tatong, Mukden und Charbin von China zu fordern. Die von Rußland an China gestellte Bedingung, es solle keine neuen Vertragshäfen öffnen, war also nur eine Gegenmaßnahme gegen die amerikanische Forderung. Amerika hatte speziell mandschurische Interessen gegen Rußland wahrzunehmen, es wollte überhaupt nicht China unter russischem Einfluß kommen lassen. Und doch war es Amerika nicht möglich, über seine bisherige Politik hinauszugehen, Bindungen zu übernehmen und energische Schritte zu ergreifen; es konnte Rußland nicht mit Krieg drohen. Japan (und in zweiter Linie England) haben Rußland für Amerika aus Ostasien herausgedrängt. Der amerikanischen Politik wurde ihre Zurückhaltung durch Rußlands Nachgiebigkeit gerade in der Angelegenheit erleichtert, bei der Amerikas Interessen unmittelbar verletzt wurden. Rußland erklärte sich im Juli 1903 mit der Oeffnung von Häfen einverstanden, vorausgesetzt, daß keine settlements darin angelegt würden. Daraufhin konnte Amerika natürlich die Oeffnung der Häfen bei China durchsetzen. Für England und Japan war es immerhin von einigem Wert, Amerika hinter sich zu wissen. Die Ratifizierung des chinesisch-amerikanischen Vertrages im Januar 1904 machte diese Front nach außen hin deutlich.⁴⁵

England sah sich durch die russische Politik vor eine ernste Lage gestellt. Der japanische Außenminister sagte im April zu Mac Donald, China werde die russischen Forderungen wahrscheinlich ablehnen und dann werde Rußland die Mandschurei weiter besetzt halten. Japan habe zu überlegen, ob nicht die Zeit gekommen sei „zu sprechen“. Denn wenn es jetzt schweige und Rußland erlaube

44. Dennett, 125 f.

45. Vgl. GP. 19. 35.

im Besitz der Mandschurei zu bleiben, so könne die Gelegenheit zu sprechen nie wieder kommen.⁴⁶ Da im allgemeinen im Kriegsfall eher ein russischer als ein japanischer Sieg erwartet wurde, so mußte England sich die Frage vorlegen, ob es in den Krieg eingreifen sollte, wenn Japan Niederlagen erlitt. Es wäre sicherlich nicht leicht für England gewesen, in einem solchen Fall Japan im Stich zu lassen und Rußland zu einer Verständigung mit ihm (England) zu bewegen.

In Wirklichkeit ist der Gedanke englisch-russischer Verständigung von ganz anderem Zusammenhang aus auf den Plan gekommen. England wünschte, Amerika auf seine und Japans Seite zu bringen.⁴⁷ Japan „sprach“ zunächst nicht, sondern versuchte, ob ein anderer Weg gangbar sei: der Weg direkter friedlicher Auseinandersetzung mit Rußland. Zu der Konferenz, die den Beschluß hierzu faßte, waren auch Ito und Inouye hinzugezogen worden.⁴⁸ Am 3. Juli machte Hayashi Lansdowne Mitteilung von seinem Vorschlag an Rußland.⁴⁹ Rußland sollte Japans Interessen in Korea anerkennen, Japan Rußlands Interessen an Eisenbahnunternehmungen in der Mandschurei.⁵⁰ Im Falle innerer Unruhen sollten beide Mächte sich gestatten, Truppen hinzuschicken; diese sollten aber nicht dauernd bleiben. Beide Mächte sollten die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität Chinas und Koreas anerkennen und das Prinzip „gleicher Gelegenheit“ für den Handel und die Industrie aller Nationen aufrecht erhalten. Wollte Japan den Krieg vermeiden, so tat es recht, eine direkte Verständigung mit Rußland für aussichtsreicher als gemeinsamen Druck mit Hilfe des schwachen Amerika anzusehen.⁵¹

England erklärte sich einverstanden. Doch behielt es sich vor zu erwägen, ob es notwendig sei, irgend welche besonderen Maßnahmen zum Schutz der britischen Interessen zu ergreifen, oder ob es nicht eher wünschenswert sei an dem Abkommen teilzunehmen, vorausgesetzt, daß analoge Abmachungen in Bezug auf die Teile

46. BD. 2. 199.

47. BD. 2. 207 unten; vgl. BD. 2. 199.

48. BD. 2. 215.

49. BD. 2. 206 ff.

50. bemerke die Ungleichheit!

51. BD. 2. 210.

Chinas gemacht werden könnten, in denen England besonders interessiert sei!⁵² Das hieß: Wenn es Japan gelang, die Ansprüche der russischen Politik in der Mandschurei so zu mäßigen, wie es England 1898 versucht hatte, so wollte sich England gleiche Vorzugsrechte für das Jangtse-Tal durch Vertrag sichern: also das Bild einer russisch-japanisch-englischen Entente, die den Fernen Osten vollkommen beherrscht hätte. Um die gleiche Zeit begannen die französisch-englischen Verhandlungen aussichtsreich zu werden. Das hätte also bedeutet: neben einer Bereinigung der afrikanischen Fragen eine Einigung zwischen England—Japan und dem Zweibund in Ostasien, Ausschluß Deutschlands (und Amerikas) aus den wichtigsten weltpolitisch umstrittenen Gebieten, Mäßigung der russischen Ostasienpolitik, also Rückwendung Rußlands nach Europa, Isolierung und Bedrohung Deutschlands. Es soll nicht behauptet werden, daß dies Letzte der eigentliche und bewußt verfolgte Zweck der englischen Politik allein oder ganz vorwiegend gewesen ist. Die Annäherung an Frankreich und an Rußland sind stark bedingt durch die speziellen ostasiatischen Verhältnisse. Es ist aber selbstverständlich keinem englischen Staatsmann entgangen, daß England dabei zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, d. h. auch Deutschland isolieren und schwächen konnte.

Delcassé sorgte dafür, daß England und Rußland einander näher kamen und Mißverständnisse aufgeklärt wurden, als sei Rußland am Jangtse England im Wege.⁵³ Ende Juli erklärte sich Rußland zu einem Abkommen mit England bereit. Lansdowne erwiderte, England würde auf ein Abkommen auf Grund der Anerkennung der beiderseitigen besonderen Interessen am Jangtse resp. an der Mandschurei eingehen, doch möge Rußland offen sagen, was es in der Mandschurei vorhabe und erstrebe.⁵⁴ Die Situation ähnelte sehr stark der im Januar 1898: in beiden Situationen Bedrohung englischer und japanischer Interessen durch Rußlands Chinapolitik, russisch-japanische Ausgleichsverhandlungen über die Mandschurei und Korea, englische Bemühungen um die Realisierung des Reciprozitätsgedankens Mandschurei—Jangtse, die innere Tendenz

52. BD. 2. 210.

53. BD. 2. 212.

54. a. a. O. auch schon StA. 69. 96 f.

gegen Deutschland, in beiden Situationen der Grund des Nichtzustandekommens die Unvereinbarkeit der beiderseitigen Interessen am Golf von Tschili, weil in Rußland die draufgängerische Partei die Oberhand hatte und weil England wegen der nördlichen Lage der chinesischen Hauptstadt Rußland keine wirklich weitgehenden Zugeständnisse machen konnte. Nur waren 1903 England und Japan durch ihren Zusammenschluß bedeutend stärker. England hatte sich im Fernen Osten fester gebunden, aber es besaß jetzt den Vorteil, nicht die Gegnerschaft Frankreichs auf dem Halse zu haben und nicht Deutschland umwerben zu müssen. Außerdem hatte England Amerika hinter sich; auch aus Rücksicht auf seine Beziehungen zu Amerika durfte England bei Teilungsverhandlungen mit Rußland diesem nicht zu stark nachgeben. Am 12. August sprach Benckendorff wieder von der Möglichkeit einer allgemeinen Verständigung zwischen England und Rußland; Lansdowne bestand darauf, daß die mandschurische Frage in sie einbezogen werde.⁵⁵ Lamsdorff wollte natürlich durch das Angebot von Verhandlungen England davon abbringen, daß es Japan im Widerstand gegen die russische Politik ermutigte.⁵⁶ Auf die Auseinandersetzungen, die im Sommer 1903 im Lager der russischen Politiker über die Ostasienpolitik stattfanden,⁵⁷ braucht hier nicht eingegangen zu werden. Am 13. August 1903 wurde Alexejew zum Statthalter der russischen Provinzen im Fernen Osten ernannt. Besobrasow hatte sich beim Zaren durchgesetzt. Die Verhandlungen, die nach dieser Entscheidung noch zwischen England und Rußland geführt wurden, waren zum Scheitern verurteilt. Bald nahm Witte seine Entlassung. Lamsdorff konnte nicht mehr nach eigenem Willen die ostasiatische Politik leiten.

Rußland bestand darauf, daß über das von Japan vorgeschlagene Abkommen in Tokio verhandelt werde. Dadurch bekam Alexejew maßgebenden Einfluß auf die Verhandlungen. Erst Anfang Oktober (!) kam Rußland mit Gegenvorschlägen. Japan sollte vorbehaltlos anerkennen, daß die Mandschurei außerhalb seines Interessengebiets lag; es sollte die Unabhängigkeit und territoriale

55. BD. 2. 213.

56. Vgl. BD. 2. 221, Nr. 257.

57. Marc, 186 ff.

Unverletzlichkeit Koreas anerkennen, im übrigen dort freie Hand haben.⁵⁸ Die japanische Antwort vom 30. Oktober bestand auf der Wahrung der Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit Chinas und der japanischen Vertragsrechte in der Mandschurei.⁵⁹ Rußlands Antwort vom 12. Dezember erwähnte die Mandschurei überhaupt nicht.⁶⁰ Anfang Januar erklärte dann Rußland, es wolle nicht andere Mächte am Genuß der Vertragsrechte hindern, doch mit dem höchst zweideutigen Vorbehalt, „ohne den Verhältnissen vorzugreifen, die in der Zukunft die Natur der Beziehungen Rußlands mit der Mandschurei bestimmen würden“.⁶¹ Japan wollte sich nicht mit den Vertragsrechten begnügen, zumal da keine settlements in der Mandschurei erlaubt sein sollten. Es machte am 13. Januar Rußland das letzte Zugeständnis, indem es allein auf der Wahrung der territorialen Integrität Chinas in der Mandschurei bestand, dagegen nicht die Souveränität erwähnte;⁶² d. h. doch wohl, es wollte Rußland die Freiheit lassen, einzelne Souveränitätsrechte Chinas in der Mandschurei zu übernehmen.⁶³ Weiter wich Japan nicht zurück; als Rußland mit der Antwort auf sich warten ließ, brach es die Verhandlungen ab.⁶⁴ In Rußland dachte man noch in letzter Stunde daran, durch eine öffentliche Erklärung die Wahrung der Integrität Chinas zuzusagen.⁶⁵ Aber selbst wenn Rußland Garantien dafür hätte geben können, daß es sich durch diese Erklärung mehr gebunden fühlen würde, als etwa durch die Erklärungen vom August und Herbst 1900,⁶⁶ so hätte es nichts mehr nützen können: Japan war nicht mehr zu Verhandlungen bereit.

Die koreanischen Fragen haben in den Verhandlungen nur eine Nebenrolle gespielt. Japan sollte sich zwar verpflichten (wie auch Rußland selbst) die Unabhängigkeit und Integrität Koreas aufrechtzuerhalten, d. h. es sollte einer formellen Annexion absagen, (und

58. Franke 231. In BD. nicht zitiert.

59. BD. 2. 220.

60. BD. 2. 224 f.

61. BD. 2. 234 f.

62. a. a. O.

63. Vgl. BD. 2. 220, auch die Randbemerkung Sandersons 2. 239.

64. BD. 2. 242 f.

65. BD. 2. 246 ff.

66. s. Seite 322 und 361 dieser Arbeit.

es war hierzu auch bereit), diese Bestimmung wurde aber durch andere ausgehöhlt. Rußland erkannte nicht allein wie 1898 das besondere wirtschaftliche Interesse Japans in Korea an, es wollte Japan auch das Recht zugestehen, nach Korea Truppen zu senden und die zivile Verwaltung zu kontrollieren. Es erklärte auch auf einen Stützpunkt an der Straße von Korea verzichten zu wollen.⁶⁷ Als einzige Differenz zwischen Rußland und Japan blieb übrig, daß Japan nicht die Verpflichtung mit übernehmen wollte: beide Mächte würden nach Nord-Korea keine Truppen senden und überhaupt Korea nicht für strategische Zwecke gebrauchen.⁶⁸

Aus diesen Verhandlungen geht zur Evidenz Folgendes hervor. Japan wollte Rußland zum Verzicht auf eine künftige Annexion der Mandschurei zwingen. Denn ließ es Rußland in der Mandschurei freie Hand und verzichtete es womöglich noch darauf, Korea militärisch strategisch beherrschen zu dürfen, so war anzunehmen, daß Rußland, im Besitz der Mandschurei, nicht vor der koreanischen Grenze Halt machen werde. Ebenso wie England 1898 den Gegenseitigkeitsgedanken Nordchina-Jangtse nicht schroff durchgeführt wissen wollte, so auch Japan nicht den Gegenseitigkeitsgedanken Mandschurei-Korea. Rußland und Japan, auch Rußland und England, konnten sich über wirtschaftliche Interessensphären einigen. Im Grunde handelte es sich aber um die militärisch-politische Beherrschung der südlichen Mandschurei durch Rußland. Die Auswirkungen einer derartigen Machtstellung nach Südwesten (Tschili) und nach Südosten (Korea) konnten England und Japan nicht dulden. Ito hat geglaubt, Rußland könne friedlich zur Mäßigung seiner mandschurischen Politik bewogen werden; mit Witte, dem Vertreter einer feineren, wirtschaftspolitischen Methode, wäre es ihm vielleicht gelungen.⁶⁹ Die Hand der russischen Militärpolitiker öffnete sich Ito nicht. Japan zog daraus die Folgerung, die Gunst des Augenblicks zu ergreifen. Auch Ito und Inouye hielten weitere Verhandlungen für zwecklos.⁷⁰ Die Waffen hatten um die Machtstellung im Golf von Tschili zu entscheiden.

67. BD. 2. 224 f.

68. BD. 2. 234.

69. Vgl. GP. 19. 2. 384.

70. 19. 1. 41; BD. 2. 241.

Während der Verhandlungen wurde England von Japan stets auf dem Laufenden gehalten. Nur in einer Frage empfahl England Japan, nachgiebiger zu sein, als Japan es sein wollte: Mehrmals deutete Lansdowne an, Japan solle nur auf der Wahrung der Vertragsrechte in der Mandschurei, nicht auch auf der Festlegung der Unabhängigkeit des chinesischen Reichs bestehen.⁷¹ Finanzielle Unterstützung Japans lehnte Lansdowne ab, damit England nicht in den Krieg sofort hineingezogen werde.⁷²

Ende Oktober gab Lansdowne Cambon zu verstehen, Delcassé möge auf Lamsdorff bei dessen Besuch in Paris mäßigend einwirken und ihm raten, gegenüber England offener zu sein, d. h. mit England über die mandschurische Frage zu verhandeln.⁷³ Delcassé sprach sich Lamsdorff gegenüber in diesem Sinne aus.⁷⁴ Benckendorff erhielt Instruktionen, mit Lansdowne die zwischen England und Rußland stehenden Fragen offen zu diskutieren. Doch diese Diskussion war aussichtslos: Lansdowne machte auf die Wiederbesetzung Mukdens durch die russischen Truppen aufmerksam, und Benckendorff mußte Lamsdorff damit entschuldigen, daß die auswärtige Politik Rußlands nicht einheitlich (Alexejew!) geleitet wurde.⁷⁵

Damals wurden die Ententeverhandlungen zwischen England und Frankreich geführt. Infolgedessen brauchte England nicht zu fürchten, daß Frankreich in einen Krieg Rußlands mit Japan eingreifen werde. In Frankreichs Interesse lag der Ausbruch eines Krieges durchaus nicht, weil es durch ihn gezwungen werden konnte, zwischen Rußland und England wählen zu müssen. Am 17. Januar gab Lamsdorff dem englischen Botschafter zu verstehen, er persönlich wünsche eine Vermittlung. Delcassé regte eine englisch-französisch-amerikanische Vermittlung an.⁷⁶ England war es recht, wenn Frankreich Rußland zum Nachgeben bewog; es selbst wollte sich aber nicht beteiligen.⁷⁷ Hayashi betonte wiederholt mit

71. BD. 2. 219, 221, 225, 241 Z. 14. Vgl. Eckardstein 3. 63; GP. 19. 41.

72. BD. 2. 230, Nr. 268 u. Nr. 269.

73. BD. 2. 218.

74. BD. 2. 221.

75. BD. 2. 222 f. Vgl. Lamsdorffs Äußerungen zum deutschen Geschäftsträger, GP. 18. 1. 82.

76. BD. 2. 240; GP. 19. 55. Ein französischer Versuch via Rothschild GP. 19. 30 f.

77. Dem widerspricht nicht BD. 2. 224 Nr. 259.

Nachdruck, Japan könne eine Vermittelung keinesfalls dulden. England durfte dem nicht zuwiderhandeln. Zwischen dem Abbruch der Verhandlungen durch Japan und der Kriegserklärung bemühten sich der russische und französische Botschafter, Lansdowne zur Vermittelung zu bestimmen, aber dieser lehnte unter Berufung auf die russische Unwahrhaftigkeit ab. Durch sein Verhalten wurden die englisch-französischen Beziehungen einer Spannung ausgesetzt.⁷⁸ Doch lag in französischem Interesse die Lokalisierung des Krieges;⁷⁹ die Ententeverhandlungen wurden zu Ende geführt.

Der Krieg: Deutsch-russisches Bündnis oder Viererbund.

Infolge der englisch-französischen Annäherung befand sich Rußland bei Kriegsausbruch in ungünstiger Lage. Zu Deutschland stand es in guten Beziehungen. Deutschland band sich aber nicht an die russische Seite. Es erklärte Japan, es werde neutral bleiben, mit dem Vorbehalt freier Hand für den Fall des Eintritts einer dritten Macht in den Krieg. Rußland suchte freilich in Tokio einen anderen Eindruck zu erwecken.⁸⁰ Holstein stellte sich dem Gedanken an ein Bündnis mit Rußland ablehnend gegenüber: Rußland werde die Garantie des deutschen Besitzstandes nicht geben, solange noch ein Zusammenhang zwischen ihm und Frankreich bestände. Selbst wenn Rußland zu der genannten Garantie bereit sei, werde Deutschland in einem Bündnis mit Rußland die Hauptlast im Kampf gegen England und Frankreich zu tragen haben und werde sich auch Japan und Amerika verfeinden. Diese Gedankengänge machten Holstein und Bülow geltend, weil der Kaiser Neigung zeigte, den Russen zu weit entgegen zu kommen. Der Kaiser stand angesichts der englisch-französischen Annäherung unter dem Eindruck, England wünsche Deutschland zu isolieren, er war noch beherrscht von dem Gedanken der gelben Gefahr,⁸¹ er war beeinflußt von den Zusagen, die er Rußland gegeben hatte (Rückendeckung), er schrieb eben jetzt dem Zaren, Korea müsse russisch werden.⁸² Der Initiative des

78. Dennett, Roosevelt 213 zit. Spring-Rice an Roosevelt, Juli 1905. GP. 19. 60.

79. Vgl. Delcassé zu Radolin am 12. Februar GP. 10. 60.

80. GP. 19. 16, 20 f.

81. GP. 19. 28.

82. 19. 84, 86 f.

Kaisers entstammen die Versuche während des Krieges, ein deutsch-russisches Bündnis oder einen Kontinentalbund zustande zu bringen.

Nach Kriegsausbruch war eine der wichtigsten Fragen die der Lokalisierung des Kriegs. England war in Mittelasien von russischem Drucke entlastet und nutzte diese Gunst der Lage in Tibet aus. Im Jangtsetal unternahm es nichts und hätte auch nichts unternehmen können, da die deutsche Politik Vorbeugungsmaßregeln ergriff. Noch vor Ausbruch des Krieges regte Frankreich die Neutralisierung Tschilis an. Holstein vermutete, Frankreich wolle damit Absichten Deutschlands auf Tschili durchkreuzen.⁸³ Um dieser Verdächtigung die Spitze abzubrechen, schlug Holstein die Neutralisierung ganz Chinas vor. Gleichzeitig sollte dadurch „eine französisch-englische Interessenkombination, die zu einer Teilung Chinas zum Nachteil Deutschlands überleiten würde“, verhütet werden.⁸⁴ Die besondere durch den Krieg geschaffene Situation machte Deutschland einen solchen Vorschlag erst möglich. Denn es konnte jetzt unverfänglich „Neutralisierung Chinas mit Ausnahme des Kriegsschauplatzes“ (also mit Ausnahme der russischen Interessensphäre) vorschlagen. Nur infolge dieser Situation ließ sich eine deutsch-amerikanische Zusammenarbeit während des Krieges durchführen. Roosevelt nahm die deutsche Anregung auf; Hay gab ihr eine Formulierung, in der der Ausschluß der Mandschurei nicht erwähnt war.⁸⁵ Die anderen Mächte stimmten in dieser oder jener Form dem Neutralitätsvorschlag Amerikas zu. Infolge deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit blieb die chinesische Frage ruhen. Deutschland und Amerika hatten beide Interesse an der Aufrechterhaltung des Grundsatzes der offenen Tür. Die besondere Schwierigkeit lag aber in dem deutsch-russischen Verhältnis. Bei allen Besorgnissen vor Rußland wünschte doch Roosevelt nicht einen Sieg Japans, der Rußland v o l l k o m m e n aus dem Fernen Osten abdrängte, weil dann Japan zu mächtig werden könnte. Hierin traf sich seine Politik mit der Deutschlands, die der deutschen Ostgrenze wegen ebenfalls eine weitere Beschäftigung Rußlands im Fernen Osten wünschte. Nur war es denkbar, daß die deutsche Politik sich ganz auf die russische Seite stellte. Ergab sich hieraus eine Koali-

83. Eine Zeitung hatte von solchen Absichten berichtet.

84. GP. 19. 98 f.

85. Thayer, *Life and Letters of John Hay* 2. 372.

tion der Kontinentalmächte und eine Erneuerung des ostasiatischen Dreibunds von 1895, dann war Rußlands Politik in Ostasien gesichert und Amerikas Interessen im Fernen Osten bedroht. Roosevelt will geäußert haben, in solchem Falle werde er sich auf Japans Seite stellen.⁸⁶ Der deutschen Politik war es schon vorher klar geworden, daß sie damit zu rechnen haben würde,⁸⁷ und sie wies daher den Gedanken an eine Erneuerung des ostasiatischen Dreibunds zurück.

Der Krieg verlief von vornherein für Rußland ungünstig, doch nicht derart ungünstig, daß man nicht eine Umwendung des Kriegsglücks zu Gunsten Rußlands noch erwarten konnte. England und Frankreich wünschten nicht in den Krieg hineingezogen zu werden; beide mußten befürchten, daß im Kriegsfall die neu begründete Entente in die Brüche ging. König Eduard bemühte sich fortwährend um Ausgleich mit Rußland. Er sprach darüber in Kopenhagen mit Iswolsky (!),⁸⁸ er sagte es offen zu Bülow in Kiel.⁸⁹ Doch Rußland rechnete damit, daß es den Krieg noch gewinnen könne. Der Zar schrieb König Eduard, Rußland werde keine Vermittelung dulden.⁹⁰ Im übrigen war es Rußland nur recht, wenn England neutral blieb und es selbst dadurch die Möglichkeit hatte, seine Flotte nach Ostasien zu schicken.

Die internationale Politik geriet in stärkere Erschütterungen nach den russischen Niederlagen im August, als sich Rußland zur Absendung seines baltischen Geschwaders entschloß. Die Hapag lieferte dem Geschwader Kohlen. Der Zar drückte die Hoffnung aus, die deutsche Regierung werde der Gesellschaft keine Schwierigkeiten bereiten.⁹¹ Durch das Eingehen auf den russischen Wunsch ging Deutschland fast schon über „wohlwollende Neutralität“ hinaus. In der Nacht vom 21. zum 22. Oktober 1904 schossen die russischen Schiffe in der Nähe der Doggerbank auf englische

86. Dennett, Roosevelt S. 2.

87. Denkschrift Holsteins vom 12. Juli 1902 (!) GP. 19. 7; vgl. die Randbemerkung des Kaisers GP. 19. 14 und die Denkschrift Holsteins vom 16. Januar 1904 GP. 19. 37.

88. Lee 2. 284.

89. GP. 19. 188, vgl. 184, 362, 366.

90. Lee 2. 287.

91. GP. 19. 223.

Fischerboote. Die Gefahr eines englisch-russischen Krieges lag nicht fern. Zum dritten Mal führte die geschichtliche Entwicklung England und Rußland an den Rand eines Krieges. 1898 und 1901 war die Folge eine deutsch-englische Annäherung gewesen. Jetzt 1904 konnte davon keine Rede sein; jetzt war Rußland der Schwächere. Der Kaiser machte den Versuch, Rußland zu gewinnen.⁹² Er schrieb am 27. Oktober dem Zaren: Im Falle eines Versuchs anderer Mächte, die Kohlenlieferungen zu behindern, sollten Rußland und Deutschland gemeinsam Frankreich an seine Verpflichtungen gegenüber Rußland erinnern. Lamsdorff wollte die Sache mit äußerster Vorsicht behandelt wissen; er fürchtete, Deutschland wolle Rußland und Frankreich auseinanderbringen. Der Zar war aber für Zusammenschluß der Kontinentalmächte, „um Europa von der übermäßigen Frechheit Englands zu befreien“ und teilte dies dem Kaiser mit.⁹³ Der Kaiser solle einen Vertrag vorschlagen. Deutschland schickte einen Vertragsentwurf nach Petersburg. Der Zar schien auf ihn eingehen zu wollen. Dann aber kam am 23. November 1904 die Mitteilung, Frankreich müsse v o r h e r von dem Vertrag benachrichtigt werden. Damit war der Bündnisplan gescheitert; Frankreich hätte alles getan, um das Zustandekommen des Vertrages zu verhindern. Der Kaiser schrieb, wenn der Vertrag Frankreich vorher mitgeteilt werde, so werde er es eventuell in englisch-japanische Arme treiben. Lamsdorff mußte sich fragen, ob diese Wirkung nicht eintreten werde, wenn der Vertrag Frankreich n i c h t vorher mitgeteilt wurde.

Um die gleiche Zeit wie die Ablehnung des Zaren trafen Berichte von englischen Angriffsabsichten auf Deutschland ein.⁹⁴ Deutschland hatte seine Flotte verstärkt. England konzentrierte stärkere Seestreitkräfte in den Heimatgewässern. England wollte im Falle eines Krieges mit Rußland sich nicht von Deutschland einen allzu hohen Preis für die deutsche Neutralität erpressen lassen. „Die Situation fängt an immer mehr derjenigen vor dem siebenjährigen Kriege zu gleichen“, schrieb der Kaiser.⁹⁵ Metternich

92. GP. 19. 303 ff. Al. Savinsky, Wilhelm II. und Rußland in *Revue des deux mondes*, Dezember 1922.

93. „Dokumente aus den russischen Geheimarchiven“ Berlin 1918, S. 63 f.

94. GP. 19. 2. 353 ff.

95. GP. 19. 1. 317.

suchte die Befürchtung vor englischen Angriffsabsichten zu zerstreuen; er sprach sich gegen ein kurzfristiges Bündnis mit Rußland aus, da Deutschland dann alle gegnerischen Kräfte auf sich lenken werde. Doch auch er befürwortete ein geheimes Bündnis mit Rußland zur Verhinderung der Tripleentente.⁹⁶

Im Dezember schloßen die Erörterungen über ein deutsch-russisches Defensivabkommen ein. Lamsdorff glaubte nicht an die Gefahr eines Krieges mit England. Der Kaiser bezeichnete das Scheitern der Verhandlungen mit Rußland als ersten persönlichen Mißerfolg, den er erlebe.⁹⁷ Verschiedene Nachrichten über russische Indiskretionen und Unfreundlichkeiten kamen hinzu. Daher schlug die Stimmung des Kaisers um. Mit England, Frankreich und Rußland war nichts zu machen; Bülow schrieb: „England und Rußland wollten uns im Schmollwinkel halten“.⁹⁸ Der Kaiser stellte seine Vorstellung von der gelben Gefahr zurück; er gab die Parole: Deutsch-amerikanisch-japanische Annäherung;⁹⁹ er meinte, die Tripleentente werde am Ende doch gelingen.

Ende November hatte Japan mit Deutschland Fühlung genommen. Jetzt, Ende Dezember 1904, suchte Deutschland sich Japan zu nähern. Doch eine solche Umstellung war nicht Hals über Kopf durchzuführen. Als in Tokio Spring-Rice von russisch-deutschen Verhandlungen erzählte, wurde Japan wieder zurückhaltend.¹⁰⁰ Bülow warnte, Deutschland dürfe sich Japan nicht aufdrängen.¹⁰¹ Solange England Japan nicht im Stich ließ, war eine Annäherung an Japan nur auf dem Wege über England möglich; diesen Weg konnte Deutschland nicht gehen.

Obgleich Deutschland als einzige europäische Macht mit keiner der kriegführenden Parteien verbündet war und seine politische Lage daher günstig war, so belastete doch die englisch-französische Entente die deutsche Politik bereits während des Krieges beängstigend. Die Tripleentente bedrohte, wenn sie zustande kam, Deutschland nicht nur in Europa, sondern auch in der Welt.

96. GP. 19. 332 ff.

97. GP. 19, 375.

98. GP. 19. 402 oben und unten.

99. GP. 19. 272, 562.

100. GP. 19. 410, 414, 419.

101. 19. 412.

Deutschland geriet in Gefahr, von den weltpolitischen Entscheidungen ausgeschlossen zu werden. Holstein befürchtete eine Verständigung der beiden Zweibünde mit Hilfe einer Zerschneidung des chinesischen Reiches. Wir wissen nicht, wie weit diese Besorgnis gerechtfertigt war. Jedenfalls gelang es der deutschen Politik, Amerikas Interesse an der offenen Tür zu benutzen, um die Verwirklichung dieser Kombination zu verhindern. Eine Quadrupelallianz mit Befriedigung aller Teilnehmer in Ostasien kam nicht zustande. Infolge der überwältigenden Siege Japans mußte Rußland einen Frieden schließen, der es zwang, vorläufig auf aktive Ostasienpolitik zu verzichten. Dadurch ergab sich die Möglichkeit, daß die ostasiatischen Spannungen zwischen den vier Mächten stillgelegt wurden, ohne daß China zerschnitten wurde. In den Jahren nach dem Frieden wurde eine Reihe von Verträgen geschlossen, die zusammen einem Viererbund (England, Japan, Frankreich, Rußland) gleichkamen.¹⁰²

Im Sommer 1905 machte der Kaiser noch einmal den Versuch, Rußland zu gewinnen. Es gelang ihm, den Zaren zur Unterschrift unter einen deutsch-russischen Vertrag (Björköe) zu bewegen. Doch Lamsdorff setzte es durch, daß der Vertrag nicht ratifiziert wurde. Rußland war an Frankreich gebunden; Lamsdorff hat diese Fessel nicht zerschnitten. Das Bündnis mit Frankreich hielt Deutschland in Schach und bot jetzt auch die Möglichkeit einer Annäherung an England. Ein Bündnis mit Deutschland hätte diese Vorteile nicht aufwiegen können. Der Versuch war gescheitert, den Moment des tiefsten Standes der Macht Rußlands auszunutzen, um Deutschland vor der Gefahr einer Bildung der Tripleentente zu bewahren.

Zur Beleuchtung der englischen Politik diene hier ein Brief, den Spring-Rice ungefähr im Januar 1905 an Roosevelt schrieb.¹⁰³ Spring-Rice erwog die Gefahren eines russischen Sieges: praktische Annexion ganz Nordostchinas und Koreas, Beherrschung Peking, allmähliche „Absorption“ der ganzen chinesischen Regierung in russischen Händen, Ausdehnung der russischen Macht mit Hilfe

102. Zu den 1907 geschlossenen Verträgen zwischen Frankreich und Japan und zwischen Rußland und Japan s. Hayashi 208 ff.

103. Dennett, Roosevelt 151 ff.

nominell belgischer Eisenbahnen bis nach Tientsin und dem Jangtse; Deutschland und Frankreich würden Rußland unterstützen. Er zitierte Beispiele, in denen Rußland die „resources of the east“ herbeigezogen hatte, um den Westen zu erobern. Dies sei die wahre „gelbe Gefahr“. Er schrieb weiter: „Wir versuchen unser bestes, zu irgend einer Art von Verständigung mit Rußland zu kommen — wenn der Krieg vorüber ist —, um dem ständigen regime of panic in Indien, Persien usw. ein Ende zu machen. Der Grund hierzu ist, daß wir mit einer starken deutschen Flotte in unserer Flanke nicht einen Kampf um Tod und Leben in Asien und im Fernen Osten aufnehmen können. Deutschland ist dabei, sich schnell eine sehr starke Stellung in Rußland zu verschaffen In jedem Fall würde Deutschland, wenn wir im Krieg mit Rußland wären, entweder Rußlands Partei nehmen oder sehr harte Bedingungen für seine Neutralität von uns fordern. Die deutsche Flotte hat wirklich die Politik revolutioniert.“ Die Bedeutung des deutschen Flottenbaus für die englische Politik ist in diesen Worten natürlich allzu-sehr übersteigert.¹⁰⁴ Im übrigen werden seine Worte Erwägungen wiedergeben, die die englischen Politiker damals wirklich bestimmt haben.

Es fehlt uns vorläufig noch an Quellen, die uns ermöglichen könnten, die Entstehungsgeschichte des erneuerten, zweiten, englisch-japanischen Bündnisses vom Jahre 1905 in Beziehung zu Englands übriger Politik zu setzen. Wir sehen nur das Ergebnis. Der Friedensschluß verdrängte Rußland aus Ostasien. Die Erneuerung des Bündnisses sicherte England die japanische Hilfe im Fall eines Angriffs Rußlands auf Indien. Rußland konnte im Fernen und Mittleren Osten England nicht bedrohen. Die englische Politik hatte Rußland schwach genug gemacht, um es jetzt zu einer Verständigung mit England zu bewegen. Unmittelbar nach der Mitteilung des Vertrages sprach Lansdowne mit Benckendorff darüber, wie wünschenswert es sei, wenn beide Länder sich über Mittelasien verständigten.¹⁰⁵ England sah „seine reiche Ladung im sicheren Hafen geborgen“ (Metternich). „Die Tripleentente“, schrieb der Kaiser, „ist de facto da; das hat König Eduard doch fein gefingert.“

104. Vgl. jedoch 19. 2. 636 Nr. 6339.

105. GP. 19. 2. 663.

Man braucht hier nicht auf die These Holsteins zurückzukommen, England habe den Kontinentalkrieg gewünscht. Der einfache Grundsatz der englischen Politik (und nicht nur der englischen) war, die Kräfte der anderen Mächte gegenseitig zu binden, um selbst Ruhe zu haben: Japan gegen Rußland, Rußland und Frankreich gegen Deutschland. Die Sicherung Indiens und Chinas gegen Rußland, vor allem die Sicherung Chinas war mit Hilfe Japans erreicht. Jetzt sollte Deutschland durch die Zweibundmächte niedergehalten werden. Es gelang der englischen Politik, zu verhindern, daß in Ostasien die Vormachtstellung Japans nach 1905 zu ähnlich starken Spannungen führte, wie vor 1905 die Politik Rußlands.¹⁰⁶

Der Fortfall des durch Rußlands Vordringen verursachten ostasiatischen Spannungsmoments hat die Einkreisung Deutschlands möglich gemacht.

106. In Europa band sich die englische Politik durch die Unterstützung Rußlands und Frankreichs, der beiden aggressiven Mächte, allmählich zu stark. Die englische Politik hat es nicht fertig gebracht, die Kräfte des Kontinents *friedlich* gebunden zu halten, wie es in englischem Interesse gelegen hätte. Dieser Vorwurf ist ihr nicht zu ersparen. Eine solche Politik wurde aber England erschwert durch die Befürchtung, wieder in die alte weltpolitische Rivalität mit Rußland und Frankreich zu kommen und dann noch mehr als zu Ende des 19. Jahrhunderts auf Deutschland angewiesen zu sein.

Nachwort.

Die Bedrohung der Vormachtstellung Englands in China durch Rußlands Vordringen im nördlichen Ostasien bestimmt das politische Geschehen im Fernen Osten von 1895 bis 1905.¹ 1895 durch eigene Schuld isoliert, sieht England zunächst zu, wie Rußland und sein Verbündeter Frankreich in Ostasien ihre Macht erweitern. Das Anwachsen der Macht Rußlands zwingt England, sich mit steigendem Eifer nach Hilfe gegen Rußland umzusehen. Während der ersten Chinakrise sucht Chamberlain, der Kolonialminister, Deutschland und Japan für England zu gewinnen; während der zweiten ist Lansdowne, der Außenminister, nahe daran, mit Deutschland ein Bündnis zu schließen. Es gelingt ihm der Abschluß eines Bündnisses mit Japan.

Daneben laufen Versuche der englischen Politik, sich mit dem Gegner friedlich zu verständigen, damit er seine Ansprüche im Fernen Osten herabmindert und seine Kräfte anderen Gebieten zuwendet. Sie verfolgt dabei zugleich das Ziel, das Jangtsetal zur englischen Einflußsphäre zu machen. 1898 macht Salisbury den ersten Anlauf zu einer Verständigung mit Rußland; er bleibt, wie alle folgenden Versuche, vergeblich, weil England nicht zugestehen will, worauf die russische Politik gerade lossteuert: Die strategische Beherrschung der südlichen Mandschurei und des Golfs von Tschili. Auch mit dem englisch-japanischen Bündnis in der Hand kann England Rußland nicht zu einer Verständigung bewegen. Erst der vollständige militärische Sieg Japans macht die Bahn für eine englisch-russische Verständigung frei.

1. Vgl. die Uebersicht zu Anfang des Teils II, in der die Epoche nur von ostasiatischen Gesichtspunkten aus charakterisiert und gegliedert ist.

Aus dem russisch-englischen Gegensatz ergeben sich für die deutsche Politik zwei Vorteile; erstens ist die Aufmerksamkeit Rußlands von Europa abgelenkt und eine Bedrohung Deutschlands durch das französisch-russische Bündnis nicht möglich; zweitens drängt der Gegensatz zu Rußland England zur Verständigung mit Deutschland. Dieser Zustand verwöhnt die deutsche Politik und veranlaßt sie, an dem Prinzip der freien Hand zu starr festzuhalten. Aus der Bindung der russischen und englischen Kräfte in Ostasien ergibt sich neben der kontinentalen Entlastung für Deutschland die Möglichkeit zu erfolgreicher Weltpolitik; die Erwerbung Kiautschous gelingt. Die Jangtse-Frage bildet einen ständigen Reibungspunkt zwischen England und Deutschland; doch läßt sich keine der Zweibundmächte auf Unterstützung Deutschlands in Ostasien ein. Als infolge der Chinaexpedition in Tschili sich deutsch-russische Spannungen ergeben, kommt es zu einer (freilich sehr unvollkommenen) Verständigung zwischen Deutschland und England in Ostasien. Die Lage verschlechtert sich für Deutschland bereits bedenklich, als England es aufgibt, Deutschland gegen Rußland zu gewinnen, und ihm 1901/02 das Bündnis mit Japan und 1903/04 die Verständigung mit Frankreich gelingt. Rußland aber bleibt noch bis 1905 auf Deutschland angewiesen. Erst seit 1905 wird der Glaube an die Notwendigkeit des englisch-russischen Gegensatzes zunichte gemacht; das Verschwinden Rußlands aus Ostasien ermöglicht die Einkreisung Deutschlands.

Japan ist durch das Zusammengehen der Kontinentalmächte 1895 eingeschüchtert und läßt Rußland zunächst gegen Zugeständnisse in Korea gewähren. Der Abschluß des Bündnisses mit England gibt ihm die Sicherheit, einen Kampf mit Rußland aufnehmen zu können.

Amerikas Interesse an der offenen Tür verstärkt im Norden die Front Englands und Japans gegen Rußland, in zweiter Linie am Jangtse die Front Deutschlands gegen England.

In der Geschichte des Weltstaatsensystems haben die Probleme des Fernen Ostens bedeutungsvolle Hemmungen und Antriebe gegeben; und doch haben sie nicht eine entscheidende Umgestaltung des Weltstaatsensystems bringen können; sie haben nicht zu einem deutsch-russischen oder deutsch-englischen Bündnis geführt. Zwei Gründe dafür sind hier hervorzuheben: Rußland gab das Bündnis

mit Frankreich, das es als Gegengewicht gegen den Dreibund zu brauchen glaubte, nicht auf; England wollte sich nicht zur Teilnahme an einem Kontinentalkrieg im voraus verpflichten. Die politische Entwicklung der Probleme im Fernen Osten hat 10 Jahre lang Deutschland *tatsächlich* entlastet, aber Gründe europäischer Art — letzten Endes die friedensfeindlichen Tendenzen der Politik Frankreichs und Rußlands — haben verhindert, daß jene Entwicklung Deutschland eine Sicherung seiner Kontinentalstellung durch *Bündnisvertrag* mit England oder Rußland gebracht hat.

Anhang.

Der Anteil der Nationen am Chinahandel.¹

	Der Gesamtaußenhandel Chinas in 1000 Taels (1 Tael ca. 3 M.)	Deutscher Gesamthandel mit China (in Millionen Mark)
1895	314.989	62.4
1896	333.671	87.1
1897	366.329	89.8
1898	368.616	87.5
1899	460.533	79.6
1900	370.067	88.9
1901	437.959	82.4
1902	529.545	93.0
1903	541.091	79.5
1904	583.547	92.4
1905	674.988	118.5

Handel, in Prozenten nach der benutzten Tonnage.

in Hankau 1892	britisch	62.87	1901	43.41
	deutsch	0.31		20.47
in Schanghai 1891	britisch	56	1901	53
	deutsch	7		16

	Anteil in Prozenten am Außenhandel Chinas.			Fremde Firmen in China.			Fremde Staatsangehörige in den chinesischen Ver- tragshäfen.		
	1895	1899	1905	1895	1899	1905	1895	1899	1905
brit.	58.56(!)	52.87(!)	56.47	361	401	434	4.084	5.562	8.4
amer.	0.52	1.00	3.98	31	70	105	1.325	2.335	3.36
deutsch.	9.11	9.79	12.60	92	115	197(!)	812	1.134	1.8
franz.	4.99	6.13	4.77	31	76	77	875	1.183	2.1
jap.	0.83	8.65	1.92	34	195	729	669	2.440(!)	16.91
chines.	17.56	18.21	11.10	—	—	—	—	—	—

1. nach „Imperial maritime customs return of trade and trade reports“;
Angaben über den deutschen Gesamthandel nach „Statistik des Deutschen
Reichs“.

Wichtigste Literatur.¹

J. V. A. Mac Murray: Treaties and agreements with and concerning China 1894—1919. Band I: Manchu Period 1894—1911. New York 1921.

Korea, Treaties and agreements. Washington 1921.

Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914.

Sammlung der diplomatischen Aktenstücke des Auswärtigen Amtes.
(zit. GP.)

— in Betracht kommen die Bände der 1.—4. Reihe, besonders Bd. 9, 14, 16, 17, 19; dazu Bernhard Schwertfegers Wegweiser. —

British Documents on the Origins of the War 1898—1914. London 1927 f.
Bd. 1, 2, 3. (zit. BD.)

Das Staatsarchiv. Sammlung der offiziellen Aktenstücke zur Geschichte der Gegenwart, herausgeg. von G. Roloff. Leipzig, Bd. 64—69. (Abdruck britischer Blaubücher.) (zit. StA.)

United States Foreign Relations 1900, 1901. (Amerikanische Aktenstücke.)
(zit. USFR.)

„The Times“. London. Jahrg. 1895, 1900, 1901, 1902.

Bismarck: Gedanken und Erinnerungen.

Frhr. v. Eckardstein: Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten.
3 Bände, Leipzig 1920 f.

Aug. Gérard: Ma Mission en Chine.

T. Hayashi: The secret Memoirs. London 1915.

S. Lee: King Edward VII. 2 Bde. London 1925, 1927.

J. M. v. Radowitz: Aufzeichnungen und Erinnerungen, hrsg. von H. Holborn.
2 Bde. Berlin und Leipzig 1925.

Thayer: Life and Letters of John Hay. 2 Bde. Boston 1915.

Graf v. Waldersee: Denkwürdigkeiten. 3. Bd. Stuttgart u. Berlin 1923.

Wilhelm II.: Briefe an den Zaren 1894—1914, hrsg. v. W. Goetz. Berlin (1920).

Graf Witte: Erinnerungen. Deutsche Uebersetzung (ausgewählter Abschnitte)
v. H. v. Hoerner. Berlin 1923.

H. Bächtold: Der einheitliche Zusammenhang der modernen Weltpolitik. —
Der entscheidende weltpolitische Wendepunkt der Vorkriegszeit: Aufsätze im Weltwirtschaftlichen Archiv, Bd. 16 und 20. (1920/21 und 1924).

O. Becker: Bismarck und die Einkreisung Deutschlands. 2 Bände.

Erich Brandenburg: Von Bismarck zum Weltkriege. 2. Aufl. Berlin 1925.

1. Das Buch von G. Menz „Flutwende“ (Leipzig 1926), in dem die Geschichte der abendländisch-chinesischen Beziehungen — besonders vor 1895 — kurz, aber gut geschildert ist, kam so spät in meine Hand, daß ich es nicht mehr für den ersten Teil meiner Arbeit berücksichtigen konnte.

- Eug. Fischer:** Holsteins großes Nein. Berlin 1925.
- O. Franke:** Die Großmächte in Ostasien von 1894—1914. Braunschweig und Hamburg 1923.
- K. O. Herkenberg:** Die Times und das deutsch-englische Verhältnis im Jahre 1898. Berlin 1925.
- Fr. Meinecke:** Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems 1890—1901. München und Berlin 1927.
- Zur Geschichte der deutsch-englischen Bündnisverhandlung von 1901: Aufsatz in „Am Webstuhl der Zeit“, Delbrück-Festschrift 1928.
- Gerh. Ritter:** Die Legende von der verschmähten englischen Freundschaft 1898/1901. Freiburg i. Br. 1929.
- H. Rothfels:** Bismarcks englische Bündnispolitik. Berlin und Leipzig 1924.
- Zur Beurteilung englischer Vorkriegspolitik: Aufsatz im Archiv für Politik und Geschichte 1926, Heft 2.
- F. Salomon:** Die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen im weltpolitischen Zusammenhang. 1921.
-
- N. Ariga:** Diplomacy (of Japan) in: „Japan by the Japanese“, herausg. von Stead. London 1904.
- J. M. Callahan:** American Relations in the Pacific and the Far East. 1901.
- V. Chirol:** The Far Eastern Question. London 1896.
- Clements,** The Boxer Rebellion. New York, Columbia University.
- H. Cordier:** Relations de la Chine avec les Puissances Occidentales. 3 Bände. Paris 1901 f.
- G. N. Curzon:** Problems of the Far East. London 1894.
- T. Dennett:** Americans in Eastern Asia. 1922. (zit. Dennett).
- Roosevelt and the Russo-Japanese War. New York 1925. (zit. Dennett, Roosevelt).
- K. Haushofer:** Geopolitik des Pazifischen Ozeans. 1924.
- J. März:** Das Schicksal überseeischer Wachstumsspitzen. 1923.
- P. Marc:** Quelques années de la politique internationale, antécédents de la guerre russo-japonaise. Leipzig 1914.
- H. B. Morse:** The international Relations of the Chinese Empire. Bd. 1—3. London, New York usw. 3. Bd. 1918.

Register.

Afghanistan 31, 33, 41 f., 156, 251 f.

Aegypten 58 ff., 73, 104.

Amerika:

Politik im Fernen Osten 9 f., 16 ff., 22 f., 37, 133 ff., 139 f., 160, 167 ff., 221, 254 f., 263 f., 271.

Beziehungen zu Deutschland 135 f., 138 f., 247, 263 f.

Beziehungen zu England 14 ff., 19, 71 f., 135, 137 f., 159, 209, 213, 256 f., 258.

Beziehungen zu Japan 17, 20, 29, 71, 263 f.

Beziehungen zu Rußland 19 f., 169, 187, 195 f., 208 ff., 219, 221, 247, 254 f., 264 f.

Burenfrage und Burenkrieg 61, 84, 137, 156, 213.

Burma 12, 31 f., 63, 102.

Chamberlain 121 f., 140 f., 142 f., 213, 250.

China:

Charakter seiner Politik 162 ff.

Aufteilung, s. besonders unter Fokien, Interessensphären, Jangtse, Mandschurei, Rußland, Schantung.

Bündnis mit Rußland 67 ff.

Beziehungen zu Japan 25 ff., 158.

Delcassé 150, 251, 256, 261.

Deutschland:

Deutsch-englische Bündnisfrage 35, 58, 61, 121 ff., 138, 140 ff., 155, 159, 206, 213 f., 224 ff.

Beziehungen zu Rußland 41 ff., 83, 96 ff., 153 ff., 174 f., 226, 228, 230, 234 f., 245 f., 265 f., 267.

Beziehungen zu Japan 51 f., 54, 98 f., 193, 234 f., 239 f., 266.

Chinapolitik, s. besonders unter Interessensphären, Jangtsetal, Ki-autschou, Mandschurei, Port Arthur, Schantung.

Eduard VII. 236, 240, 244, 251 f., 264, 268.

England:

s. deutsch-englische Bündnisfrage; Chinapolitik s. besonders unter Jangtsetal;

Entwicklung zum Bündnis mit Japan 62, 99 f., 119, 159, 171, 222, 233 ff., 268.

Das Problem einer englisch-russischen Entente 15, 48, 103 ff., 171, 217, 233, 251, 256 ff., 264, 268.

Englisch-französische Entente 59, 213, 250 f., 261.

Fokien 68, 99, 121, 193.

Formosa 25, 30, 34, 39, 134.

Frankreich:

Seine Rolle in der Politik der anderen Mächte 41 ff., 55 ff., 104 f.,

- 123 f., 131, 143, 150 f., 153, 156,
190, 217 ff., 222, 235, 246, 250 f.,
258, 261.
- Hainau 66.
- Handelsinteressen:
Rolle der H. in der Politik der
Mächte 4 f., 7, 9 ff., 13 f., 16 f., 23,
39, 49, 52, 63 ff., 74, 86, 100, 126,
144, 155, 158 ff., 163, 180, 189,
210, 226, 273.
- Hongkong 13, 130, 182.
- Indien 19, 35, 41 f., 161, 242, 268 f.
- Indochina, Französisch-I. 24 f., 31 f.,
63.
- Interessensphären (im allgemeinen)
130 ff., 157 f.
- Jangtsetal: Englands Jangtsepolitik u.
Frankreich 67, 102, 183 f.,
Amerika 14 f., 183, 247, 263,
Rußland 48 f., 102, 108 ff., 116, 149,
152, 181 f., 189, 217, 251, 256 ff.,
Deutschland 100, 144 f., 152, 176,
183 ff., 189 ff., 207 ff., 246 ff.;
siehe unter Tschusan, Nanking,
Schanghai.
- Japan:
Das Problem einer russisch-japa-
nischen Entente 120 f., 234, 237 f.,
242, 256 ff.
Japanische Flottenpolitik 119, 217 f.,
243;
s. unter: Amerika, China, Deutsch-
land, England, Fokien, Formosa,
Korea, Mandschurei, Port Arthur.
- Kiautschou 53, 69, 74 ff.
- Korea: politische Auseinandersetzun-
gen um K. zwischen
Frankreich und England 24;
Japan und China 26 ff., 30 f., 38;
Rußland und England 22, 33 ff., 48;
Rußland und Japan 50, 70 f., 91 ff.,
115, 120 f., 193, 216, 238, 240 ff.,
253 f., 256.
- Kwangtschouwan 129.
- Liautung, s. unter Port Arthur.
- Mandschurei:
Ausdehnung der russischen Macht
36, 67 ff., 87 ff., 95 f., 128, 176,
180, 184, 187 f., 211 f., 224, 252.
Rolle in der deutschen Politik 83,
94 ff., 198 ff., 203, 214, 216 ff.,
247, 249, 263.
Rolle in der japanischen Politik
216 ff., 240, 259 f.
Rolle in der amerikanischen Politik
254 f., 256.
- Meerengen 42 ff., 57 ff., 104 ff., 154.
- Nanking 49, 144, 208.
- Niger 102 f., 121, 123, 128.
- Niutschwang 146, 152, 188, 198, 253.
- Offene Tür s. unter Handelsinteressen.
- Oesterreich-Ungarn:
Seine Rolle in der Politik der ande-
ren Mächte 42 f., 55, 122 f., 153,
155 f., 231.
- Peking: Bahn von P. nach
der Mandschurei 146 ff., 151 f.,
193 f., 253.
Persien und Persischer Golf 58,
104, 153, 155 f., 161, 213, 251 f.,
268.

Philippinen 9, 133 ff.

Port Arthur 51, 69, 78 f., 82, 88 f., 91,
95, 101 f., 108 ff., 114 ff., 117, 146.

Portugiesische Kolonien in Afrika
136 f., 141, 214.

Rußland:

Ausdehnung der russischen Ein-
flußsphäre in China 89 f., 96,
107 ff., 151, 203, 267;

s. besonders unter: Amerika, China,
Deutschland, England, Jangtsetal,
Japan, Kiautschou, Korea, Mand-
schurei, Meerengen, Peking, Per-
sien, Port Arthur, Türkei; Witte.

Salisbury 58 f., 103 ff., 214, 228, 231.

Samoa 84, 156.

Schanghai 17, 182 f., 246 ff.

Schantung 86, 116, 127, 144 f., 176,
178 f., 192, 203 f.

Siam 62, 64 f., 250 f.

Sibirische Bahn 35 ff., 50; s. auch
unter Mandschurei.

Sikiang und die chinesischen Südpro-
vinzen 9, 11 f., 63 ff., 102, 129 f.

Tibet 252, 263.

Tschusan 13, 75, 116.

Türkei:

s. Meerengen;

Aufteilungspläne 58 f., 104 ff., 153 f.,
161.

Bagdadbahn 74, 105, 153, 213.

Weihaiwei 98, 115 ff., 127 f., 182.

Wilhelm II. 52 f., 54 f., 82 f., 98, 123,
139, 173 ff., 177 f., 182, 185, 190,
249, 262 f., 265 ff.

Wirtschaftsinteressen s. unter Han-
delsinteressen.

Witte 36, 56, 60, 67 ff., 89 ff., 169 f.,
176, 211, 238, 252 f., 258.

